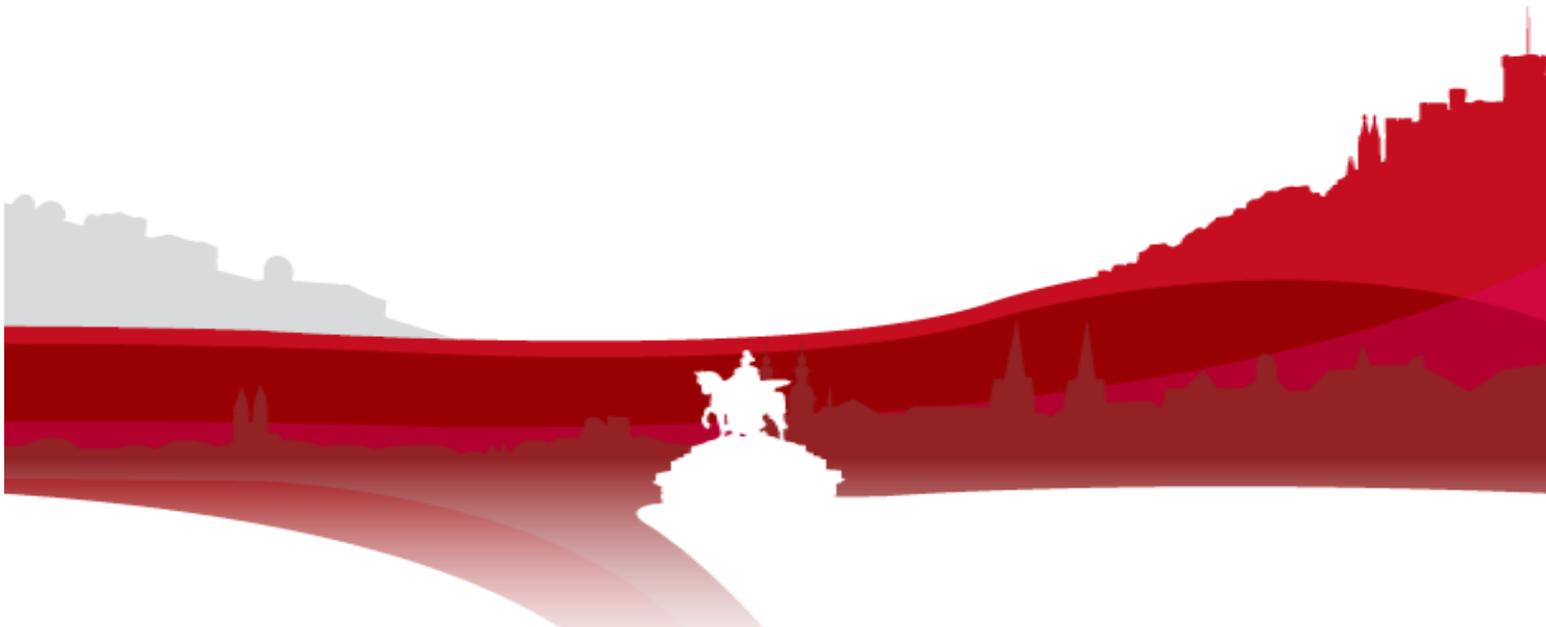


**Prüfung des Jahresabschlusses  
der Stadt Koblenz  
zum 31. Dezember 2014**



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen</b>	<b>5</b>
1.1 Prüfungsauftrag	5
1.2 Prüfungsdurchführung	5
1.3 Rechtliche Grundlagen	6
<b>2. Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>6</b>
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung	6
2.2 Unregelmäßigkeiten	7
<b>3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung</b>	<b>8</b>
3.1 Gegenstand der Prüfung	8
3.2 Art und Umfang der Prüfung	8
<b>4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung</b>	<b>10</b>
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
4.1.2 Jahresabschluss	12
4.1.3 Rechenschaftsbericht	12
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	13
4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
<b>5. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks</b>	<b>25</b>





## Anlagen zum Prüfbericht

	Seite	
<b>Anlage 1</b>	Bilanz zum 31. Dezember 2014	29
<b>Anlage 2</b>	Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	35
<b>Anlage 3</b>	Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	37
<b>Anlage 4</b>	Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	39
<b>Anlage 5</b>	Anlagenübersicht	75
<b>Anlage 6</b>	Forderungsübersicht	77
<b>Anlage 7</b>	Verbindlichkeitenübersicht	79
<b>Anlage 8</b>	Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen	81
<b>Anlage 9</b>	Rechenschaftsbericht	83
<b>Anlage 10</b>	Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz	127
<b>Anlage 11</b>	Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung	167
<b>Anlage 12</b>	Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	207
<b>Anlage 13</b>	Kennzahlenberechnung	213





# 1 Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfungsauftrag

Nach § 110 GemO i.V.m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 der

### **Stadt Koblenz.**

Nach § 108 Abs. 1 GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO beizufügen.

## 1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit von Oktober 2015 bis März 2016.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses waren zuständig:

- |                     |   |
|---------------------|---|
| ■ Amtsleiter        | Herr StOVR Harald Klein   |
| ■ Prüfgruppenleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub  |
| ■ Prüfer/in         | Herr Dipl.-Kfm. Frank J. Himpler<br>Frau StA Sabine Knipp<br>Frau StA Claudia Zentner<br>Herr StA Christian Stolz<br>Herr StOI Jan Bleidt |

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, der diesem Bericht als **Anlage 10** und **11** beigefügt ist.



## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 477)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 06. April 2010 (GVBl. S. 64)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 3 G des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2.565, 2.567)

## 2 Grundsätzliche Feststellungen

### 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der Rechenschaftsbericht ist gemäß § 113 Abs.2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 31.12.2014 der Stadt Koblenz (Anlage 9) enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte (Abschnitt 4 und 5)
4. Prognosebericht - Einschätzung der Chancen und Risiken (Abschnitt 6)

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

#### **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz**

Im ersten Teil des Rechenschaftsberichtes wird auf die Organisationsstruktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Koblenz eingegangen. Weiterhin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben und die schwierige finanzielle Situation der Stadt Koblenz dargestellt. Einzelne Positionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert. Aussagen zum Problem einer dauerhaften Überschuldung – Verbrauch des Eigenkapitals – sowie dieser Entwicklung entgegensteuernde Maßnahmen werden im Rechenschaftsbericht getroffen.

## **Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte**

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beinhaltet einige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems. Weiterhin wird im Rechenschaftsbericht eine Übersicht der einzelnen Teilhaushalte mit den jeweiligen Produkten aufgezeigt.

## **Prognosebericht - Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung**

Im letzten Abschnitt werden die zukünftigen Chancen und Risiken der Stadt Koblenz beschrieben. Insbesondere werden Maßnahmen zur Gegensteuerung der defizitären Haushaltslage benannt und es wird auf die Entwicklung der zukünftigen hohen Zinsaufwendungen eingegangen. Abschließend werden die Chancen und hohen Risiken einzelner Projekt und Maßnahmen aufgezählt.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz wieder. Auf folgende Sachverhalte wird hingewiesen:

Die Aussagen zu möglichen langfristigen finanziellen Risiken bezüglich des „Mittelrhein-Forum / Kulturgebäude“ wurden – im Gegensatz zu den Vorjahren – in ausreichender Form getroffen.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

## **2.2 Unregelmäßigkeiten**

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden keine Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen, die schwer wiegende Verstöße des Oberbürgermeisters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen, festgestellt.



## 3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

### 3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (**Anlagen 1 bis 4**) und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 (**Anlage 9**) der Stadt Koblenz geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltungsleitung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden. Verstöße die einer besonderen Berichtsdarstellung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.

### 3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 30. Mai 2015 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Koblenz Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Sachanlagevermögen, insbesondere Anlagen im Bau
- Rückstellungen mit den dazugehörigen Ertrags- und Aufwandpositionen
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Rechnungsprüfung durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde durch eine Analyse der Altersstruktur geprüft.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Zusatzversorgungskasse vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der



Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Alle erbetenen Nachweise und Auskünfte wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt. Die zuständigen Fachdienststellen haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

## 4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

### 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

#### 4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Die Rechnungsprüfung hat in Stichproben die körperliche Bestandsaufnahme vor Ort geprüft. Die seit Beginn der Eröffnungsbilanz geforderte Inventur der Straßenbeleuchtung ist für den vorliegenden Jahresabschluss noch nicht erfolgt. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung (März 2016) ist die Inventur abgeschlossen und soll ihren Niederschlag im Jahresabschluss zum 31.12.2016 finden.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung in einigen Teilen nicht den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. In einigen Fällen konnten formale Mängel bei der Handhabung der Kontierungsbelege sowie der Werthaltigkeit der beigefügten buchungsbegründenden Unterlagen festgestellt werden.

Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt Koblenz aufgestellt. Erforderliche Korrekturen aufgrund von Prüfungsfeststellungen aus

den Vorjahren in der Finanzsoftware Mach M1 wurden im Bereich der Finanz- und Anlagenbuchhaltung vorgenommen.

Bei Zugrundlegung der Nachvollziehbarkeit durch einen sachverständigen Dritten in angemessener Zeit als Beurteilungskriterium, erweist sich die Anlagenbuchhaltung in wesentlichen Teilen als schwer nachprüfbar, bedingt durch die angewandte Buchungstechnik, die eine Vielzahl an Umgebungsbuchungen aufweist. Dieser Umstand wird im Wesentlichen begründet durch die Besonderheiten der Einbindung der **Finanzrechnung innerhalb des MACH-Systems**. Die Validität dieser Begründung kann durch die Rechnungsprüfung abschließend weder bestätigt noch abgelehnt werden. Gleichwohl wurden bei der stichprobenartigen Prüfung von Buchungsfällen in der Mehrzahl der Fälle keine **weiteren** Mängel offenkundig, die eine wesentliche materielle Auswirkung auf die Darstellung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses begründen.

Weiterhin muss die in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Koblenz und ihren jeweiligen Eigengesellschaften nicht übereinstimmen, aufrechterhalten werden. Seitens der städtischen Finanzbuchhaltung wird dieser Umstand durch zeitliche Buchungsunterschiede begründet. Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabschluss sollten zukünftig konzernerheitliche Richtlinien aufgestellt und sowohl durch die Mutter als auch deren Tochtergesellschaften angewandt werden. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vergangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Zur edv-technischen Verarbeitung der doppelten Buchführung verwendet die Stadt Koblenz für den Jahresabschluss 2014 die Finanzsoftware MACH M1 sowie die MACH Veranlagung der Fa. Mach AG, Lübeck. Da eine Freigabe der Anwendung des Moduls MACH-Veranlagung aufgrund zu erwartender Unzulänglichkeiten nicht verantwortet werden konnte, wurde im Jahr 2010 auf ein selbstentwickeltes Veranlagungsmodul auf der Basis des KOFIN-Systems, das in seinen Grundzügen bereits im früheren kameralen Rechnungswesen zum Einsatz kam, zurückgegriffen.

Für die Finanzsoftware MACH M1 (Version 1.6) wurde herstellerseitig eine Prüfung nach **IDW PS 880** „Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen“ durchgeführt. Im Prüfurteil des Wirtschaftsprüfers vom 29. Juni 2007 wurde die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Eine Prüfung der KOFIN-Veranlagung nach IDW PS 880 wurde bisher nicht vorgenommen.

Eine Prüfung der Finanzsoftware MACH M1, in Anlehnung an **IDW PS 850** „Projektbegleitende Prüfung bei Einsatz von Informationstechnologie“ wurde in 2011 abgeschlossen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung und das entsprechende Prüfungsteststat liegen seit dem 10. August 2011 vor.

Für die Finanzsoftware MACH M1 wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt Koblenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, bei sachgerechter Anwendung die Einhaltung der sich aus den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gem. IDW RS FAIT 1 ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen sicherzustellen.



## 4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Aufgrund der zeitlichen Vorgabe und der Komplexität wurden im Bereich der Rückstellungen unwesentliche Fehler für den vorliegenden Jahresabschluss nicht korrigiert. Die Stadt Koblenz hat gem. § 12 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bislang keine finale Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) aufgebaut.

Der Anhang enthält gem. § 48 GemHVO RLP die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben. Die geforderten Anlagen, wie Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie die Übersicht über die aus Vorjahren fortgeltenden Haushaltsermächtigungen, sind Teil des Anhangs. Der Anlagenspiegel erweist sich hierbei als nicht durchweg fehlerfrei. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vorangegangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

## 4.1.3 Rechenschaftsbericht

Der von der Stadtkämmerei aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 9** beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 GemHVO RLP erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen nach § 4 GemHVO RLP wurden in den Rechenschaftsbericht einbezogen und erläutert. Der Aufbau des Kennzahlensystems befindet sich derzeit noch im Aufbau; eventuell werden weitere wichtige Kennzahlen in die nachfolgenden Jahresabschlüsse mit aufgenommen.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

### 4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2014 ist auf Basis der im Anhang (**Anlage 4**) dargestellten Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden. Eine Änderung wesentlicher Bewertungsgrundlagen sowie die Ausübung von Wahlrechte, die aus der Sicht der Rechnungsprüfung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, hat die Stadt Koblenz nicht vorgenommen.

Neben den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. Die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden erfordert die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessensspielräumen, die der Bilanzierende bei pflichtgemäßer Ausübung seiner Rechnungslegungsverpflichtungen auszufüllen hat. Die Rechnungsprüfung kann naturgemäß die Ausübung der Ermessensspielräume nur auf ihre Plausibilität hin untersuchen. Besonderheiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz haben sich im Rahmen der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren zudem keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.



## 4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.

### ■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtsjahr sowie zur Eröffnungsbilanz, sofern abbildbar, dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 13** aufgeführt.

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
	in %	in %	
<b><u>Wirtschaftliche Gesamtsituation</u></b>			
Aufwandsdeckungsgrad	98,4	104,2	- 5,8
Eigenkapitalquote 1	37,8	39,3	- 1,5
Eigenkapitalquote 2	53,1	54,5	- 1,4
Verschuldungsgrad	90,5	82,7	+ 7,8
Fehlbetragsquote	2,3	-	+ 2,3
<b><u>Vermögenslage</u></b>			
Anlagevermögensintensität	97,1	97,5	- 0,4
Infrastrukturquote	37,0	38,4	- 1,4
Abschreibungsintensität	7,4	6,7	+ 0,7
Investitionsquote	114,3	111,5	+ 2,8
<b><u>Finanzlage</u></b>			
Anlagendeckungsgrad 2	89,9	89,3	+ 0,6
Liquidität 2. Grades	21,8	13,5	+ 8,3
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	11,5	12,0	- 0,5
Zinslastquote	4,6	4,3	+ 0,3
<b><u>Ertragslage</u></b>			
Steuerquote	53,7	57,3	- 3,6
Zuwendungsquote	10,7	8,6	+ 2,1
Personalintensität	22,8	21,4	+ 1,4
Sach- u. Dienstleistungsintensität	17,3	15,9	+ 1,4
Transferaufwandsquote	7,2	8,8	- 1,6

## Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko widerspiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.



Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.



## ■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst, umgruppiert und den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 10** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz“.

Vermögen	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Anlagevermögen</u>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036	4,0	56.327	4,1	-291	-0,5
Sachanlagen	1.000.346	71,2	999.520	72,4	826	0,1
Finanzanlagen	<u>308.243</u>	<u>21,9</u>	<u>289.230</u>	<u>21,0</u>	<u>19.013</u>	<u>6,6</u>
	<u>1.364.625</u>	<u>97,1</u>	<u>1.345.077</u>	<u>97,5</u>	<u>19.548</u>	<u>1,5</u>
<u>Umlaufvermögen</u>						
Vorräte	6.135	0,4	6.722	0,5	-587	-8,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.980	1,4	19.926	1,4	-946	-4,7
Flüssige Mittel	<u>11.235</u>	<u>0,8</u>	<u>2.732</u>	<u>0,2</u>	<u>8.503</u>	<u>311,2</u>
	<u>36.350</u>	<u>2,6</u>	<u>29.380</u>	<u>2,1</u>	<u>6.970</u>	<u>23,7</u>
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	4.405	0,3	5.816	0,4	-1.411	-24,3
<b>Vermögen gesamt</b>	<b><u>1.405.380</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>1.380.273</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>25.107</u></b>	<b><u>1,8</u></b>
<b>Kapital</b>						
<u>Eigenkapital</u>	<u>530.513</u>	37,8	<u>542.786</u>	<u>39,3</u>	-12.273	-2,3
<u>Sonderposten</u>	<u>216.073</u>	15,4	<u>209.707</u>	<u>15,2</u>	6.366	3,0
<u>Fremdkapital</u>						
Rückstellungen	177.792	12,6	177.382	12,9	410	0,2
Verbindlichkeiten	<u>480.396</u>	<u>34,2</u>	<u>449.097</u>	<u>32,5</u>	<u>31.299</u>	<u>7,0</u>
	<u>658.188</u>	<u>46,8</u>	<u>626.479</u>	<u>45,4</u>	<u>31.709</u>	<u>5,1</u>
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	606	0,0	1.301	0,1	-695	-53,4
<b>Kapital gesamt</b>	<b><u>1.405.380</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>1.380.273</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>25.107</u></b>	<b><u>1,8</u></b>

## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Bilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 1.405.380 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 12.698 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 97,1 % (Vorjahr 97,5 %) annähernd ausschließlich aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 56.036 T€, das Sachanlagevermögen mit 1.000.346 T€ sowie das Finanzanlagevermögen mit 308.243 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 19.548 T€ bzw. 1,5 %.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geleistete Zuwendungen“ (43.232 T€) sowie „Gezahlte Investitionszuschüsse“ (10.690 T€) und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 291 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 2.770 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 3.061 T€ gegenüber.

Das **Sachanlagevermögen**, das sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um ca. 0,1 % erhöht hat, bestimmt mit 1.000.346 T€ (Vorjahr: 999.520 T€) weitestgehend die Vermögenslage der Stadt Koblenz und repräsentiert rd. drei Viertel des gesamten Anlagevermögens.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 519.331 T€ rd. 51,9 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (249.780 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege und Grundstücke (168.379 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (62.361 T€) erfasst. Der Rückgang des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr um 11.267 T€ bzw. 2,1 % resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 13.578 T€. Demgegenüber standen Zugänge und Umbuchungen in Höhe von 2.311 T€.

Der Wert der Position **bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 221.873 T€ (Vorjahr: 215.476 T€) setzt sich zusammen aus dem Wert des Grund und Bodens in Höhe von 46.770 T€ sowie dem Wert der Bauten mit 175.103 T€. Bei beiden dominieren die Werte der Schulen mit insgesamt 78.225 T€, der Sportanlagen mit 37.009 T€ und der sonstigen Gebäude mit 75.719 €. Der Anstieg in diesem Bereich ist im Wesentlichen durch die Aktivierung der Sporthalle Goethe-Realschule plus in Lützel und der Mensa GS Neuendorf begründet.

Zu den **sonstigen unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** in Höhe von insgesamt 88.362 T€ (Vorjahr: 89.249 T€) zählen vor allem die Grünflächen der Parkanlagen (39.485 T€) und Spielplätze (9.014 T€) sowie die unbebauten Grundstücke für Industrie und Gewerbe (6.019 T€) und Bauland (6.427 T€).

Die **geleisteten Anzahlungen u. Anlagen im Bau** betragen insgesamt 78.504 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr (71.910 T€) um 6.594 T€ gestiegen. Die Gründe für den



geringfügigen Anstieg sind im Erläuterungsteil (Anlage 9) unter der Position „1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ ausführlich dargestellt.

Das Vermögen in der Position **Wald und Forst** in Höhe von 25.606 T€ (Vorjahr: 25.633 T€) setzt sich vornehmlich aus dem Wert der Grundstücke und dem Holzbestand zusammen.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 308.243 T€ (Vorjahr: 289.230 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 22,6 % des gesamten Anlagevermögens.

Über die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 174.819 T€ (Vorjahr: 159.320 T€). Der Anstieg des Bilanzwertes gegenüber dem Vorjahr begründet sich ausschließlich aus der Erhöhung des Anteils an der Stadtwerke Koblenz GmbH um 15.498 T€ auf 151.522 T€.

Der Wert der **Beteiligungen** von 5.381 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (5.120 T€).

Mit einem Vermögenswert von 117.545 T€ (Vorjahr: 116.920 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich des Sondervermögens mit insgesamt 108.300 T€, im Besonderen der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (74.477 T€) und der Eigenbetrieb Koblenz Touristik (28.510 T€).

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 36.350 T€ (Vorjahr: 29.380 T€) am Gesamtvermögen ist mit 2,6 % gering.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 18.980 T€ (Vorjahr: 19.926 T€) werden im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen ausgewiesen. Diese bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen. Um dem Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurden die gesamten Forderungen durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von 6.670 T€ (Vorjahr: 5.879 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 5.253 T€ (Vorjahr: 4.516 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 6.135 T€ (Vorjahr: 6.722 T€), vornehmlich im Bereich fertiger Erzeugnisse und Leistungen (6.067 T€), zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 11.235 T€ und erhöhten sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr um 8.503 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 530.513 T€, das sich gegenüber dem Vorjahr um 12.273 T€ bzw. 2,3 % verringert hat. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist ausschließlich durch den Jahresverlust 2014 entstanden. Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 37,8 % (Vorjahr: 39,3 %), das einem Anteil von 4.793 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 53,2 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 54,5 %).



Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 216.073 T€ (Vorjahr: 209.707 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (214.806 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 131.399 T€ (Vorjahr: 126.175 T€) begründet. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Zuwendungsbeträge des Landes zurückzuführen. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 21.675 T€ (Vorjahr: 22.311 T€) hervorzuheben, die vornehmlich aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren. Die Sonderposten aus **Anzahlungen zum Anlagevermögen** blieben mit 61.731 T€ nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (+ T€ 548).

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 658.188 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 31.709 T€ bzw. 5,1 %. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 46,8 % (Vorjahr: 45,4 %). Gemessen an der Einwohnerzahl entfallen 5.947 € (Vorjahr: 5.699 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 480.396 T€ (Vorjahr: 449.097 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 177.792 T€ (Vorjahr 177.382 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 480.396 T€ einen Anteil von 34,2 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 31.299 T€ bzw. 7,0 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 405.472 T€ (Vorjahr: 385.728 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 318.972 T€ (Vorjahr: 308.728 T€) und der Liquiditätssicherung mit 86.500 T€ (Vorjahr: 77.000 T€) dienen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 41.977 T€ (Vorjahr: 36.143 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 177.792 T€, der einem Anteil von 12,6 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 410 T€ bzw. 0,2 % erhöht.

Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 151.752 T€ (Vorjahr: 148.809 T€). Diese Position setzt sich im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (129.683 T€; Vorjahr: 127.244 T€) und Beihilfeverpflichtungen (21.506 T€; Vorjahr: 21.015 T€) zusammen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 14.137 T€ (Vorjahr: 19.754 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (1.757 T€), für ausstehende Rechnungen (5.995 T€) und Urlaubs- und Überstunden (4.129 T€; Vorjahr: 3.598 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

## ■ Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die Abschlusszahlen in Form einer vereinfachten Kapitalflussrechnung zusammengestellt. Sie gibt Auskunft über die aus der Verwaltungstätigkeit sowie ihr von außen zugeflossenen Finanzmittel. Dafür werden in der vereinfachten Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

	31.12.2014	Haushalts- ansatz	Differenz
	TEUR	TEUR	TEUR
Laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	303.816	309.576	- 5.760
Laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	299.721	315.799	- 16.078
<b>Cashflow der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+ 4.095</b>	<b>- 6.223</b>	<b>+ 10.318</b>
Zins- und der sonst. Finanzein- u. -auszahlungen	- 7.393	- 7.166	- 227
<b>Ordentlicher Cashflow</b>	<b>- 3.298</b>	<b>- 13.389</b>	<b>+ 10.091</b>
Außerordentliche Ein- und Auszahlungen	+ 3.471	0	+ 3.471
<b>Ordentlicher und außerordentlicher Cashflow</b>	<b>+ 173</b>	<b>-13.389</b>	<b>+ 13.562</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	12.947	11.742	+ 1.205
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.712	28.804	- 4.092
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>- 11.765</b>	<b>- 30.451</b>	<b>+ 18.859</b>
Ein- u. Auszahlungen aus Investitionskrediten	+ 9.682	+ 2.120	+ 7.562
Ein- u. Auszahlungen aus Krediten d. Liquiditätssicherung	+ 9.938	+ 28.331	- 18.393
Veränderung der liquiden Mittel	- 8.434	0	+ 8.434
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>+ 11.186</b>	<b>+ 30.451</b>	<b>- 19.265</b>
<b>Cashflow gesamt</b>	<b>- 406</b>	<b>± 0</b>	<b>-406</b>

Die Summe der Cashflows entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertänderungen beruht.

### Effektivverschuldung

	31.12.2014	31.12.2013
	TEUR	TEUR
Fremdkapital insgesamt	658.188	626.479
abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte		
Flüssige Mittel	11.235	2.732
Vorräte	6.135	6.722
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	18.980	19.926
Rechnungsabgrenzungsposten	4.405	5.816
<b>Effektivverschuldung</b>	<b>617.433</b>	<b>591.283</b>



Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 40.755 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (658.188 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 617.433 T€. Gegenüber dem Stand zum Vorjahr ist die Effektivverschuldung um 26.150 T€ bzw. 4,4 % gestiegen.

## ■ Ertragslage (Vorjahresvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	2014		2013		Differenz	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnlich Abgaben	178.416	53,7	206.867	57,3	-28.451	-13,8
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	35.453	10,7	31.039	8,6	+4.414	+14,2
Ertrag der sozialen Sicherung	59.180	17,8	57.475	15,9	+1.705	+3,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	10.502	3,2	10.003	2,8	499	+5,0
Privatrechtliche Entgelte	6.249	1,9	5.954	1,6	+295	+5,0
Kostenerstattungen und -umlagen	7.149	2,2	8.112	2,2	-963	-11,9
Sonstiger laufender Ertrag	<u>35.219</u>	<u>10,5</u>	<u>41.765</u>	<u>11,6</u>	<u>-6.546</u>	<u>-15,7</u>
<b>Gesamtertrag</b>	<b><u>332.168</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>361.215</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>-29.047</u></b>	<b><u>-8,0</u></b>
Personalaufwand	76.882	23,1	74.349	20,6	+2.533	+3,4
Versorgungsaufwand	7.265	2,2	7.051	2,0	+214	+3,0
Sach-, Dienstleistungsaufwand	58.403	17,6	55.137	15,3	+3.266	+5,9
Abschreibungen	24.942	7,5	23.386	6,5	+1.556	+6,7
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	24.278	7,3	30.520	8,4	-6.242	-20,5
Aufwand der sozialen Sicherheit	122.391	36,8	116.395	32,2	+5.996	+5,2
Sonstiger laufender Aufwand	<u>23.516</u>	<u>7,1</u>	<u>39.968</u>	<u>11,0</u>	<u>-16.452</u>	<u>-41,2</u>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b><u>337.677</u></b>	<b><u>101,6</u></b>	<b><u>346.806</u></b>	<b><u>96,0</u></b>	<b><u>-9.129</u></b>	<b><u>-2,6</u></b>
<b>Ergebnis der Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-5.509</b>	<b>-1,6</b>	<b>14.409</b>	<b>4,0</b>	<b>-19.918</b>	
Zinsertrag	8.729	2,6	13.983	3,9	-5.254	-37,6
Zinsaufwand	<u>15.450</u>	<u>4,7</u>	<u>15.370</u>	<u>4,3</u>	<u>+080</u>	<u>+0,5</u>
<b>Finanzergebnis</b>	<b><u>-6.721</u></b>	<b><u>-2,1</u></b>	<b><u>-1.387</u></b>	<b><u>-0,4</u></b>	<b><u>-5.334</u></b>	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b><u>-12.230</u></b>	<b><u>-3,7</u></b>	<b><u>13.022</u></b>	<b><u>3,6</u></b>	<b><u>-25.252</u></b>	
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-60</b>	<b>0,0</b>	<b>-12</b>	<b>0,0</b>	<b>-48</b>	
<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b><u>-12.290</u></b>	<b><u>-3,7</u></b>	<b><u>13.010</u></b>	<b><u>3,6</u></b>	<b><u>-25.300</u></b>	



## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresfehlbetrag** von 12.290 T€, der auf die neue Rechnung vorgetragen wird. Das negative **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 5.509 T€ hat sich deutlich verschlechtert, während das ebenfalls negative **Finanzergebnis** von 6.721 T€ eine deutliche Verschlechterung zu verzeichnen hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 25.300 T€ verschlechtert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamtaufwendungen von 337.677 die Gesamterträge von 332.168 T€ um 1,6 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 178.416 T€ (Vorjahr: 206.867 T€), die im Haushaltsjahr rd. 53,7 % (Vorjahr: 57,3%) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (59.180 T€; Vorjahr: 57.475 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (35.453 T€; Vorjahr: 31.039 T€) sowie **sonstige laufende Erträge** (35.219 T€; Vorjahr: 41.765 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Erträge** in Höhe von 10.502 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 7.571 T€, Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen (4.879 T€) sowie die Erträge aus Zuschreibungen im Beteiligungsvermögen (16.119 T€). Weiterhin erfolgte auf dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (483 T€) sowie die Auflösung aus der Reduzierung der Pauschalwertberichtigung auf Forderungen (148 T€). Korrekturbuchungen im Rahmen des Schulsanierungsvertrages führten zu weiteren Erträgen in Höhe von 1.030 T€. Die **Aktivierten Eigenleistungen** verringerten sich infolge der im Berichtsjahr leicht gesunkenen Bautätigkeit um 414 T€ von 1.549 T€ auf 1.135 T€.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (122.391 T€; Vorjahr: 116.394 T€) sowie die **Personalaufwendungen** (76.882 T€; Vorjahr: 74.349 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem TDS und einem anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 24.942 T€ (Vorjahr: 23.386 T€). Gründe für den Anstieg sind die Aktivierungen bzw. Zugänge im Bereich der Schulen sowie die erstmalig ganzjährig angefallenen Abschreibungen für das Forum-Confluentes.

Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 8.729 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 15.450 T€, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5.334 T€ verschlechtert.



## ■ Ertragslage (Planvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	2014		Haushalts- ansatz		Differenz	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnlich Abgaben	178.416	53,7	176.429	56,0	+1.987	+1,1
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	35.453	10,7	36.464	11,6	-1.011	-2,8
Ertrag der sozialen Sicherung	59.180	17,8	62.320	19,8	-3.140	-5,0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	10.502	3,2	9.893	3,1	+609	+6,2
Privatrechtliche Entgelte	6.249	1,9	6.016	1,9	+233	+3,9
Kostenerstattungen und -umlagen	7.149	2,2	7.570	2,4	-421	-5,6
Sonstiger laufender Ertrag	<u>35.219</u>	<u>10,5</u>	<u>16.452</u>	<u>5,2</u>	<u>+18.767</u>	<u>+114,1</u>
<b>Gesamtertrag</b>	<b><u>332.168</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>315.144</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>+17.024</u></b>	<b><u>+5,4</u></b>
Personalaufwand	76.882	23,1	79.642	25,3	-2.760	-3,5
Versorgungsaufwand	7.264	2,2	7.300	2,3	-36	-0,5
Sach-, Dienstleistungsaufwand	58.403	17,6	68.666	21,8	-10.263	-14,9
Abschreibungen	24.942	7,5	27.957	8,9	-3.015	-10,8
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	24.278	7,3	25.318	8,0	-1.040	-4,1
Aufwand der sozialen Sicherheit	122.391	36,8	122.385	38,8	+6	+0,0
Sonstiger laufender Aufwand	<u>23.517</u>	<u>7,1</u>	<u>23.877</u>	<u>7,6</u>	<u>-360</u>	<u>-1,5</u>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b><u>337.677</u></b>	<b><u>101,6</u></b>	<b><u>355.145</u></b>	<b><u>112,7</u></b>	<b><u>-17.468</u></b>	<b><u>-4,9</u></b>
<b>Ergebnis der Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-5.509</b>	<b>-1,6</b>	<b>-40.001</b>	<b>-12,7</b>	<b>+34.492</b>	
Zinsertrag	8.729	2,6	8.457	2,7	+272	+3,2
Zinsaufwand	<u>15.450</u>	<u>4,7</u>	<u>15.590</u>	<u>4,9</u>	<u>-140</u>	<u>-0,9</u>
<b>Finanzergebnis</b>	<b><u>-6.721</u></b>	<b><u>-2,1</u></b>	<b><u>-7.133</u></b>	<b><u>-2,2</u></b>	<b><u>+412</u></b>	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b><u>-12.230</u></b>	<b><u>-3,7</u></b>	<b><u>-47.134</u></b>	<b><u>-14,9</u></b>	<b><u>+34.904</u></b>	
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b><u>-60</u></b>	<b><u>0,0</u></b>	<b><u>0</u></b>	<b><u>0,0</u></b>	<b><u>-60</u></b>	
<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b><u>-12.290</u></b>	<b><u>-3,7</u></b>	<b><u>-47.134</u></b>	<b><u>-14,9</u></b>	<b><u>+34.844</u></b>	

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresfehlbetrag** von 12.290 T€, der auf die neue Rechnung vorgetragen wird. Gegenüber dem Haushaltsansatz hat sich der Jahresfehlbetrag um 34.844 T€ verbessert.

Weitere Informationen zu einzelnen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz finden sich im Erläuterungsteil (siehe **Anlage 11**) dieses Prüfberichtes.

## 5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

### **Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung**

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 113 GemO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.



**Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.**

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

Der Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, den 18. April 2016



Harald Klein  
Amtsleiter"

## ■ Anlagen zum Prüfbericht

- Anlage 1** Bilanz zum 31. Dezember 2014
- Anlage 2** Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
- Anlage 3** Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
- Anlage 4** Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
- Anlage 5** Anlagenübersicht
- Anlage 6** Forderungsübersicht
- Anlage 7** Verbindlichkeitenübersicht
- Anlage 8** Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen
- Anlage 9** Rechenschaftsbericht
- Anlage 10** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
- Anlage 11** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung
- Anlage 12** Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
- Anlage 13** Kennzahlenberechnung





# Anlage 1 Bilanz zum 31.12.2014

## Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2014	31.12.2013		31.12.2014	31.12.2013
	in EUR	in TEUR		in EUR	in TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036.134,50	56.327	Kapitalrücklage	633.865.516,81	633.865
Sachanlagen	1.000.346.349,01	999.520	Sonstige Rücklagen	16.028,20	0
Finanzanlagen	308.242.951,28	289.230	Ergebnisvortrag	-91.079.200,10	- 104.089
Vorräte	6.134.770,54	6.722	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-12.289.666,20	13.010
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.979.968,29	19.926	Sonderposten für Belastungen aus komm. Finanzausgleich	0,00	0
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	Sonderposten zum Anlagevermögen	214.805.882,47	209.670
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben b. EZB, Kreditinstituten u. Schecks	11.235.269,22	2.732	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	54.854,96	37
Rechnungsabgrenzungsposten	4.404.831,80	5.816	Sonderposten mit Rücklageanteil	1.212.813,56	0
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
			Sonderposten aus Anzahlungen f. Grabnutzungsent.	0,00	0
			Sonstige Sonderposten	0,00	0
			Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	151.752.030,49	148.809
			Steuerrückstellungen	11.903.761,62	8.819
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
			Sonstige Rückstellungen	14.136.715,56	19.754
			Anleihen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	405.472.263,01	385.728
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.256.319,80	3.337
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistung	5.624.078,32	6.971
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	25,76	1
			Verbindlichkeiten gg. verbund. Unternehmen	18.361.169,78	9.775
			Verbindlichkeiten gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	20.819,25	9
			Verbindlichkeiten gg. Sonderverm., Zweckverb., AöR, rechtsf. komm. Stift.	41.977.453,78	36.143
			Verbindlichkeiten gg. sonst. öffent. Bereich	2.939.403,47	4.484
			Sonst. Verbindlichkeiten	2.744.338,78	2.649
			Rechnungsabgrenzungsposten	605.665,32	1.301
	<b>1.405.380.274,64</b>	<b>1.380.273</b>		<b>1.405.380.274,64</b>	<b>1.380.273</b>





Aktiva	Stand	Stand
	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	TEUR
<b>1 Anlagevermögen</b>	<b>1.364.625.434,79</b>	<b>1.345.077</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036.134,50	56.327
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werden	226.190,68	290
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	43.232.341,00	42.971
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	10.689.891,00	11.216
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.887.711,82	1.850
1.2 Sachanlagen	1.000.346.349,01	999.520
1.2.1 Wald, Forsten	25.605.660,63	25.633
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	88.362.410,76	89.249
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	221.873.008,02	215.476
1.2.4 Infrastrukturvermögen	519.330.539,29	530.598
1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden	5.175.456,00	5.488
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	37.785.004,95	37.823
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	10.147.875,21	10.268
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.562.482,54	13.075
1.2.9 Pflanzen und Tiere	0,00	0
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	78.503.911,61	71.910
1.3 Finanzanlagen	308.242.951,28	289.230
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	174.818.764,28	159.320
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.758.852,16	1.888
1.3.3 Beteiligungen	5.381.633,51	5.382
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	117.544.782,20	116.921
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	8.682.046,47	5.660
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0
1.3.8 Sonstige Ausleihungen	56.872,66	59
<b>2 Umlaufvermögen</b>	<b>36.350.008,05</b>	<b>29.380</b>
2.1 Vorräte	6.134.770,54	6.722
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	67.589,42	67
2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0
2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	6.067.181,12	6.655
2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0



2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.979.968,29	19.926
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	21.566.037,25	18.762
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	2.223.807,97	3.008
2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	233.872,54	3.809
2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	79.652,69	44
2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	73.129,27	512
2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	326.174,67	178
2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	6.400.654,62	4.008
2.2.8 Wertberichtigung Forderungen	- 11.923.360,72	-10.395
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks	11.235.269,22	2.732
<b>3 Ausgleichsposten für latente Steuern</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>4 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4.404.831,80</b>	<b>5.816</b>
4.1 Disagio	0,00	0
4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	4.404.831,80	5.816
<b>Summe Aktiva</b>	<b>1.405.380.274,64</b>	<b>1.380.273</b>

## Passiva

<b>1 Eigenkapital</b>	<b>530.512.678,71</b>	<b>542.786</b>
1.1 Kapitalrücklage	633.865.516,81	633.865
1.2 Sonstige Rücklagen	16.028,20	0
1.3 Ergebnisvortrag	- 91.079.200,10	- 104.089
1.4 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-12.289.666,20	13.010
<b>2 Sonderposten</b>	<b>216.073.550,99</b>	<b>209.707</b>
2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0
2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen	214.805.882,47	209.670
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	131.399.487,52	126.175
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	21.675.022,67	22.311
2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	61.731.372,28	61.184
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	54.854,96	37
2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil	1.212.813,56	0
2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0
2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	0



<b>3 Rückstellungen</b>	<b>177.792.507,67</b>	<b>177.382</b>
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	151.752.030,49	148.809
3.2 Steuerrückstellungen	11.903.761,62	8.819
3.3 Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
3.4 Sonstige Rückstellungen	14.136.715,56	19.754
<b>4 Verbindlichkeiten</b>	<b>480.395.871,95</b>	<b>449.097</b>
4.1 Anleihen	0,00	0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	405.472.263,01	385.728
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	318.972.219,71	308.728
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	86.500.043,30	77.000
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.256.319,80	3.337
4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.624.078,32	6.971
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	25,76	1
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	18.361.169,78	9.775
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.819,25	9
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sonderverm. , Zweckverb., Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähigen kom. Stiftungen	41.977.453,78	36.143
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.939.403,47	4.484
4.11 Sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78	2.649
<b>5 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>605.665,32</b>	<b>1.301</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>1.405.380.274,64</b>	<b>1.380.273</b>





## Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	2014	2013	Differenz
	EUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	178.415.597,11	206.866.986,04	- 28.451.338,93
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfererträge	35.452.442,78	31.038.686,01	+ 4.413.756,77
Erträge der sozialen Sicherung	59.180.226,39	57.475.193,09	+ 1.705.033,30
Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	10.502.129,49	10.002.496,95	+ 499.632,54
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.249.307,33	5.954.059,18	+ 295.248,15
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.148.833,61	8.111.801,26	- 962.967,65
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 20.890,80	- 4.236,28	- 16.654,52
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.135.066,70	1.548.843,35	- 413.776,65
Sonstige laufende Erträge	34.105.017,67	40.220.847,77	- 6.115.830,10
<b>Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>332.167.712,28</b>	<b>361.214.677,37</b>	<b>-29.046.947,09</b>
Personalaufwendungen	76.881.763,03	74.348.903,74	+2.532.859,29
Versorgungsaufwendungen	7.264.554,20	7.051.563,79	+ 212.990,41
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58.402.642,68	55.136.578,54	+ 3.266.064,14
Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr.14 GemHVO	24.942.375,18	23.385.903,76	+ 1.556.471,42
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen	24.278.288,65	30.519.706,08	- 6.241.417,43
Aufwendungen der sozialen Sicherheit	122.391.116,37	116.394.575,12	+ 5.996.541,25
Sonstige laufende Aufwendungen	23.516.570,09	39.968.414,98	- 16.451.844,89
<b>Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>337.677.310,20</b>	<b>346.805.646,01</b>	<b>- 9.128.335,81</b>
<b>Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-5.509.579,92</b>	<b>14.409.031,36</b>	<b>- 19.918.611,28</b>
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	8.729.415,02	13.982.453,78	- 5.253.038,76
Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	15.450.049,24	15.369.771,42	- 80.277,82
<b>Finanzergebnis</b>	<b>- 6.720.634,22</b>	<b>- 1.387.317,64</b>	<b>5.333.316,58</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 12.230.214,14</b>	<b>13.021.713,72</b>	<b>- 25.251.927,86</b>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>- 59.452,06</b>	<b>-11.484,41</b>	<b>- 47.967,65</b>
<b>Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)</b>	<b>- 12.289.666,20</b>	<b>-13.010.229,31</b>	<b>- 25.299.895,51</b>





## Anlage 3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Stand 31.12.2014	Haushalts- ansatz	Differenz
	TEUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	175.454	176.428	-974
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Trans- fereinzahlungen	29.963	32.416	-2.453
Einzahlungen der sozialen Sicherung	58.645	62.320	-3.675
Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	9.359	8.765	+594
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.305	6.016	+289
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.807	7.569	-762
Veränderungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	±0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.135	1.092	+43
Sonstige laufende Einzahlungen	16.148	14.970	+1.178
<b>Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>303.816</b>	<b>309.576</b>	<b>-5.760</b>
Personalauszahlungen	73.226	76.795	-3.569
Versorgungsauszahlungen	7.299	7.300	-1
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	57.136	65.842	-8.706
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferauszahlungen	25.058	25.319	-261
Auszahlungen der sozialen Sicherheit	121.429	122.385	-956
Sonstige laufende Auszahlungen	15.573	18.158	-2.585
<b>Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>299.721</b>	<b>315.799</b>	<b>-16.078</b>
<b>Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+ 4.095</b>	<b>-6.223</b>	<b>+10.318</b>
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	8.343	8.457	-114
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	15.736	15.623	+113
<b>Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen</b>	<b>-7.393</b>	<b>-7.166</b>	<b>-227</b>
<b>Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>-3.298</b>	<b>-13.389</b>	<b>+10.091</b>
Außerordentliche Einzahlungen	3.482	0	+3.482
Außerordentliche Auszahlungen	11	0	+11
<b>Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>+3.471</b>	<b>0</b>	<b>+3.471</b>
<b>Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>+173</b>	<b>-13.389</b>	<b>+13.562</b>



Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	9.859	8.700	+1.159
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	569	808	-239
Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	±0
Einzahlungen für Sachanlagen	885	1.028	-143
Einzahlungen für Finanzanlagen	0	0	±0
Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	151	62	+89
Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	1.483	1.144	+339
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	±0
<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>12.947</b>	<b>11.742</b>	<b>+1.205</b>
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.699	2.781	-1.082
Auszahlungen für Sachanlagen	22.984	25.793	-2.809
Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	±0
Auszahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	28	210	-182
Auszahlungen für der Erwerb von Vorräten	1	20	-19
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	±0
<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>24.712</b>	<b>28.804</b>	<b>-4.092</b>
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.765</b>	<b>-17.062</b>	<b>+5.297</b>
<b>Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag</b>	<b>-11.592</b>	<b>-30.451</b>	<b>+18.859</b>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	39.916	18.062	21.854
Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	30.234	15.942	-14.292
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten</b>	<b>+9.682</b>	<b>+2.120</b>	<b>+7.562</b>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	417.685	28.606	+389.079
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	407.747	275	+407.472
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung</b>	<b>+9.938</b>	<b>+28.331</b>	<b>-18.393</b>
Abnahme der liquiden Mittel	0	0	±0
Zunahme der liquiden Mittel	-8.434	0	-8.434
<b>Veränderung der liquiden Mittel</b>	<b>-8.434</b>	<b>0</b>	<b>-8.434</b>
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>+11.186</b>	<b>+30.451</b>	<b>-19.265</b>
Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	31.463	3.600	+27.863
Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	31.057	3.600	-27.457



# Anlage 4 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

## F. Rechtsgrundlage

Der Anhang zur Bilanz zum 31. Dezember 2014 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO und der §§ 33 Nr. 5, 35 Abs. 2 und Abs. 6, 40 Abs. 2, 43, 44 Abs. 3 und Abs. 4, 45 Abs. 3 und Abs. 4, 46 Abs. 2 und Abs. 3, 47 Abs. 2, 48 GemHVO erstellt.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO fanden uneingeschränkt Beachtung.

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO werden nachfolgend Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

Folgende Posten der Bilanz sind weiter untergliedert. Der Einblick in die Lage der Gemeinde wird hierdurch erheblich verbessert.

<b>2.2</b>	<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>
2.2.8	Wertberichtigungen zu Forderungen

Zusätzlich zu den in § 47 Abs. 5 GemHVO aufgeführten Bilanzposten wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage der Gemeinde und aufgrund der wesentlichen Bedeutung die Bilanzposition 2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen eingefügt. Hierunter wurden sowohl die pauschalen als auch die einzelnen Wertberichtigungen bilanziert.

## G. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

### Aktiva

#### G.1. Anlagevermögen

<b>Bilanzposition</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327.100,49 €	56.036.134,50 €	-290.965,99 €
Sachanlagen	999.520.351,65 €	1.000.346.349,01 €	825.997,36 €
Finanzanlagen	289.229.863,58 €	308.242.951,28 €	19.013.087,70 €
	<b>1.345.077.315,72 €</b>	<b>1.364.625.434,79 €</b>	<b>19.548.119,07 €</b>

Das Anlagevermögen der Stadt Koblenz ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie den laufenden Zu- und Abgängen im aktuellen Bilanzjahr. Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibung angesetzt.



Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Berichtsjahr i. H. v. 67.583,05 € vorgenommen. Davon betreffen 46.901,77 € die Bilanzposition 1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstückgleiche Rechte. Es handelt sich dabei um ein kontaminiertes Industrie- und Gewerbegrundstück. Die Finanzanlage beim Zweckverband Tierkörperbeseitigung in der Bilanzposition 1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts wurde über 20.681,28 € auf einen Erinnerungswert abgeschrieben, da das Eigenkapital des Zweckverbandes, seit den Rückzahlungsverpflichtungen der erhaltenen Umlagen, negativ ist.

Es wurden körperliche und buchmäßige Bestandsaufnahmen in den Ämtern 36/ Umweltamt, 61/ Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung und 62/ Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement unter Anwendung des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt.

Die Anlagenübersicht gemäß § 50 GemHVO ist als Anlage zum Anhang beigefügt und stellt die Entwicklung des Anlagevermögens dar.

## G.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände entwickeln sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Gewerbliche Schutzrechte u.ä.	290.249,68 €	226.190,68 €	-64.059,00 €
Geleistete Zuwendungen	42.971.282,68 €	43.232.341,00 €	261.058,32 €
Geleistete Investitionszuschüsse	11.216.112,00 €	10.689.891,00 €	-526.221,00 €
Geschäfts- oder Firmenwert	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anzahlungen auf immaterielle VG	1.849.456,13 €	1.887.711,82 €	38.255,69 €
	<b>56.327.100,49 €</b>	<b>56.036.134,50 €</b>	<b>-290.965,99 €</b>

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden buchmäßig fortgeschrieben. Sie sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2014 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen von Softwarelizenzen im Bereich des Baudezernats.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2014 bestehen neben der planmäßigen Abschreibung aus neuen Zuschüssen wie an den Eigenbetrieb Stadtentwässerung für die Straßenoberflächenentwässerung (+T€ 846), an die Kita St. Kastor (+T€ 235) und insbesondere durch die Abrechnung des Schienenhaltepunkts (+1,1 Mio. €).

Geleistete Investitionszuschüsse mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über

den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2014 bestehen nur aus der planmäßigen Abschreibung.

Anzahlungen von immateriellen Vermögensgegenständen sind gesondert auszuweisen. Anzahlungen liegen vor, wenn bereits Zahlungen geleistet wurden, die bezuschusste Baumaßnahme jedoch noch nicht fertig gestellt wurde. Die Zugänge stellen Anzahlungen von Zuschüssen für den Neubau eines Sportlerheims (+T€ 80) und Zuschüsse für den Bau von Kitas (+T€ 43) dar.

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

## G.1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	25.632.848,44 €	25.605.660,63 €	-27.187,81 €
Sonstige unbebaute Grundstücke	89.248.813,98 €	88.362.410,76 €	-886.403,22 €
Bebaute Grundstücke	215.475.996,30 €	221.873.008,02 €	6.397.011,72 €
Infrastrukturvermögen	530.598.373,74 €	519.330.539,29 €	-11.267.834,45 €
Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.487.828,00 €	5.175.456,00 €	-312.372,00 €
Kunstgegenstände und Denkmäler	37.823.602,73 €	37.785.004,95 €	-38.597,78 €
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	10.268.436,49 €	10.147.875,21 €	-120.561,28 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.074.649,09 €	13.562.482,54 €	487.833,45 €
Pflanzen und Tiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau</b>	<b>71.909.802,88 €</b>	<b>78.503.911,61 €</b>	<b>6.594.108,73 €</b>
	<b>999.520.351,65 €</b>	<b>1.000.346.349,01 €</b>	<b>825.997,36 €</b>

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Straßen, Wege und Plätze wird zusätzlich im geographischen Informationssystem geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzelkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.

Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Es folgen spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens.



### G.1.2.1. Wald, Forsten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	25.632.848,44 €	25.605.660,63 €	- 27.187,81 €

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Der gebildete Festwert wurde im Berichtsjahr beibehalten. Planmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungswerk nachgewiesen. Der nicht planmäßig bewirtschaftete Waldbestand wurde gesondert ausgewiesen.

Die Veränderung des Wald- und Forstbestands sank im Berichtsjahr durch Umnutzung der Grundstücke.

### G.1.2.2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige unbebaute Grundstücke	89.248.813,98 €	88.362.410,76 €	-886.403,22 €

Bäume in Parks, Alleen und im allgemeinen Straßenbereich wurden anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchs sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Die BUGA Flächen wurden aus dem Festwert ausgebucht, da sie zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz bereits an die BUGA GmbH übergeben wurden. Nach Neuerstellung der Flächen durch die BUGA GmbH wurden diese wieder in das Anlagevermögen der Stadt Koblenz überführt und einzeln aktiviert.

Die Veränderungen der Bilanzposition ergeben sich aus Zu- und Verkäufen von Grundstücken sowie aus Abrechnungen von Baumaßnahmen, die zu gleichen Teilen die Bilanzposition Anlagen im Bau entlasten. Im Berichtsjahr ergab sich eine planmäßige Abschreibung i.H.v. T€ 440 und außerplanmäßige Abschreibung i.H.v. T€ 47.

### G.1.2.3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bebaute Grundstücke	215.475.996,30 €	221.873.008,02 €	6.397.011,72 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Abrechnung von Baumaßnahmen (+ 12 Mio €) zurückzuführen wie z.B. die Sporthalle der Goethe Realschule plus (3,2 Mio €), der Neubau der Kita „Boelcke“ im Rauental (1,9 Mio €), die Parkplatzerstellung an der Grundschule Immendorf (1,7 Mio €), die Erweiterung der Kita „Rappelkiste“ in Güls (1,5 Mio €) und eine weitere Teilabrechnung des Forum Confluentes (1,5 Mio €).

### G.1.2.4. Infrastrukturvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Infrastrukturvermögen	530.598.373,74 €	519.330.539,29 €	-11.267.834,45 €

Maßgeblichen Anteil an der Veränderung im Berichtsjahr 2014 ist die planmäßige Abschreibung. Aufgrund von Ansprüchen auf die Erteilung von Löschungsbewilligungen wurde Grundvermögen im Bereich der Nordumgehung Metternich im Wert von 423 T€ ausgebucht. Die Grundstücke wurden aufgrund von wirtschaftlichem Eigentum im Anlagevermögen der Stadt Koblenz ausgewiesen.



### G.1.2.5. Bauten auf fremdem Grund und Boden

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.487.828,00 €	5.175.456,00 €	-312.372,00 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben.

### G.1.2.6. Kunstgegenstände und Denkmäler

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Kunstgegenstände und Denkmäler	37.823.602,73 €	37.785.004,95 €	-38.597,78 €

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß der gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten etc. im Amt 47/Stadtarchiv wird ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz der Versicherungswert als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar sind.

Die Abnahme der Bilanzposition im Jahr 2014 setzt sich aus der planmäßigen Abschreibung (-T€ 58) und Zugängen durch Schenkungen von Gemälden an das Mittelrheinmuseum(+T€ 20) zusammen.

### G.1.2.7. Maschinen, technische Anlagen, Kraftfahrzeuge

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	10.268.436,49 €	10.147.875,21 €	-120.561,28 €

Sämtliche Vermögensgegenstände dieser Position wurden ausnahmslos zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Die diesjährigen Veränderungen sind durch die planmäßige Afa bedingt und insbesondere durch den Zugang von zwei Feuerwehrfahrzeugen in Höhe von jeweils T€ 380.

### G.1.2.8. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.074.649,09 €	13.562.482,54 €	487.833,45 €

Sämtliche Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Festwerte blieben nach der letztjährigen Überprüfung dieses Jahr mit gleichem Wert bestehen. Lediglich die Festwerte für die Ausstattung der Buga wurden ausgebucht und einzeln aktiviert.

In Bezug auf geringwertige Wirtschaftsgüter wurde im Jahr 2010 auf die neue Regelung des § 35 Abs. 3 S. 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von 410,00 € ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung direkt aufwandswirksam zu buchen.

Im Übrigen wurden die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Es erfolgten allein durch die Abrechnung des Kulturbaus noch Zugänge in Höhe von T€ 632.



### G.1.2.10 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	71.909.802,88 €	78.503.911,61 €	6.594.108,73 €

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst. Der leichte Anstieg ergab sich durch Baumaßnahmen, die hinzugekommen sind (+25 Mio €) und Baumaßnahmen, die für das Berichtsjahr 2014 abgerechnet wurden (-18 Mio €).

### G.1.3. Finanzanlagen

Die Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Beteiligungen und des Sondervermögens der Eigenbetriebe wurden durch das Beteiligungsmanagement der Stadtwerke Koblenz ermittelt. Das Stiftungsvermögen sowie die langfristigen Ausleihungen wurden durch die Stadtverwaltung ermittelt.

Das Finanzanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	159.320.288,03 €	174.818.764,28 €	15.498.476,25 €
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.887.970,31 €	1.758.852,16 €	-129.118,15 €
Beteiligungen	5.381.633,51 €	5.381.633,51 €	0,00 €
Ausleihungen an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anteile Sondervermögen etc.	116.920.456,13 €	117.544.782,20 €	624.326,07 €
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	5.660.199,14 €	8.682.046,47 €	3.021.847,33 €
Sonstige Wertpapiere des Anlageverm.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Ausleihungen	59.316,46 €	56.872,66 €	-2.443,80 €
	<b>289.229.863,58 €</b>	<b>308.242.951,28 €</b>	<b>19.013.087,70 €</b>

Die Entwicklung des Finanzanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

#### G.1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	159.320.288,03 €	174.818.764,28 €	15.498.476,25 €

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen hat zum Stichtag der Bilanzaufstellung um 15,5 Mio. € zugenommen. Dies resultiert aus der Erhöhung nach anteiligem Eigenkapital an der Finanzanlage „Stadtwerke Koblenz GmbH“. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit der neuen Konzernstruktur im Bereich der Stadtwerke Koblenz GmbH.

#### G.1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.887.970,31 €	1.758.852,16 €	-129.118,15 €

Die Position beinhaltet die langfristigen Darlehen, die die Stadt Koblenz dem verbundenen Unternehmen „Koblenzer Wohnbau GmbH“ gewährt hat. Die Spalte „Entwicklung“ zeigt die planmäßigen Tilgungen sowie vorzeitig abgelöste Darlehen.



### G.1.3.3. Beteiligungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Beteiligungen	5.381.633,51 €	5.381.633,51 €	- €

Unter dieser Bilanzposition befindet sich im Wesentlichen die Beteiligung am Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH in Höhe von 5,12 Mio. €.

### G.1.3.5 Sondervermögen (Eigenbetriebe), Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile Sondervermögen etc.	116.920.456,13 €	117.544.782,20 €	624.326,07 €

Die Bewertung des Sondervermögens der Eigenbetriebe unterlag zum Bilanzstichtag einer Änderung im Wert von 43 T€ beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung. Zum Zeitpunkt der Aufstellung lagen bei den Eigenbetrieben Koblenz Touristik und Kommunalen Servicebetrieb Koblenz noch keine Jahresabschlüsse vor. Bei den übrigen Eigenbetrieben lag noch keine abschließende Feststellung der zuständigen Gremien vor.

Die übrige Erhöhung ergab sich im Wesentlichen aus der Anpassung der Versorgungsrücklage in Höhe von 578 T€ sowie Anpassungen beim Stiftungsvermögen. Das zu den Finanzanlagen gehörende Stiftungsvermögen wurde mit den entsprechenden Anschaffungskosten angesetzt und buchmäßig auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Die Werte der einzelnen Stiftungen sowie zugehörigen Sonderposten sind in separaten Bestandslisten erfasst.

Bei der Finanzanlage des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung um 21 T€ auf einen Restbuchwert von 1 €.

### G.1.3.6. Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	5.660.199,14 €	8.682.046,47 €	3.021.847,33 €

Bei dieser Bilanzposition handelt es sich um Ausleihungen in 2014 gegenüber den Eigenbetrieben Koblenz Touristik (4,8 Mio €), Kommunalen Servicebetrieb Koblenz (3,8 Mio €) und Grünflächen- und Bestattungswesen (36 T€).

### G.1.3.8. Sonstige Ausleihungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Ausleihungen	59.316,46 €	56.872,66 €	-2.443,80 €

Die zu den Finanzanlagen gehörenden langfristigen sonstigen Ausleihungen wurden mit dem Wert der Ausleihungen zum Bilanzstichtag angesetzt.

## G.2. Umlaufvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Vorräte	6.721.924,61 €	6.134.770,54 €	-587.154,07 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.925.930,18 €	18.979.968,29 €	-945.961,89 €
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kassenbestand, Bankguthaben, etc.	2.732.564,38 €	11.235.269,22 €	8.502.704,84 €
	<b>29.380.419,17 €</b>	<b>36.350.008,05 €</b>	<b>6.969.588,88 €</b>

### G.2.1. Vorräte

Das Vorratsvermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	67.228,97 €	67.589,42 €	360,45 €
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	6.654.695,64 €	6.067.181,12 €	-587.514,52 €
geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	<b>6.721.924,61 €</b>	<b>6.134.770,54 €</b>	<b>-587.154,07 €</b>

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden ausgehend vom Ansatz in der Eröffnungsbilanz durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt.

Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1,00 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke der Stadt. In diesem Jahr ist die Verringerung vor allem durch den Verkauf der Grundstücke aus dem Umlegungsverfahren Südliches Güls sowie Baugebiet Asterstein begründet

## G.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	18.761.540,96 €	21.566.037,25 €	2.804.496,29 €
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung	3.007.942,57 €	2.223.807,97 €	-784.134,60 €
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.809.315,58 €	233.872,54 €	-3.575.443,04 €
4.	Forderungen gegen Beteiligungen	43.648,06 €	79.652,69 €	36.004,63 €
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	511.794,22 €	73.129,27 €	-438.664,95 €
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	178.293,36 €	326.174,67 €	147.881,31 €
7.	sonstige Vermögensgegenstände	4.008.042,76 €	6.400.654,62 €	2.392.611,86 €
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-10.394.647,33 €	-11.923.360,72 €	-1.528.713,39 €
Gesamt		19.925.930,18 €	18.979.968,29 €	-945.961,89 €

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Der Anstieg der Position 1 besteht vor allem aus dem Gemeindeanteil aus der Umsatz- und Einkommensteuer, der erst in 2015 an die Stadtverwaltung gezahlt wurde. Ebenso beinhaltet die Position Kostenbeteiligungsforderungen gegenüber der Kreisverwaltung an Brandschutzmaßnahmen in den Schulen.

Die Abnahme der Position 2 ist durch Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken entstanden. Die signifikante Abnahme in Position 3 lässt sich im Wesentlichen auf die Rückzahlung der Aufwandszuschüsse von der Buga GmbH zurückführen.

Die Abnahme der Position 5 kommt durch eine zeitlich andere Abrechnungssystematik für die Miete und Nebenkosten des Kulturbaus gegenüber der Koblenz Touristik zustande.

Die Zunahme der Sonstigen Vermögensgegenstände ist im Wesentlichen aus den Forderungen der Eigenbetriebe begründet, die im Rahmen der Einheitskasse ihre Forderungen bei uns ausweisen. Die Forderungen sind einzeln durch eine Offene-Posten-Liste nachgewiesen.

Die Forderungsübersicht ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

### Die Wertberichtigungen entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Pauschalwertberichtigung	-4.516.200,00 €	-5.253.500,00 €	737.300,00 €
2.	Einzelwertberichtigungen	-5.878.447,33 €	-6.669.860,72 €	791.413,39 €
Gesamt		-10.394.647,33 €	-11.923.360,72 €	1.528.713,39 €

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

Die erfassten Wertberichtigungen haben sich im Haushaltsjahr analog der öffentlich rechtlichen Forderungen um 15 % erhöht.



### G.2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens

Es befinden sich keine Wertpapiere im Umlaufvermögen der Stadt Koblenz.

### G.2.4. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung Konto	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz	2.241.970,72 €	10.985.200,00 €	8.743.229,28 €
2.	Volksbank Koblenz Mittelrhein	283.074,14 €	25.819,35 €	-257.254,79 €
3.	Deutsche Bundesbank Koblenz	765,34 €	0,00 €	-765,34 €
4.	Deutsche Bank Koblenz	7.033,23 €	48.092,55 €	41.059,32 €
5.	Landesbank Baden-Württemberg	306,41 €	663,05 €	356,64 €
6.	Commerzbank Koblenz	360,30 €	6.771,27 €	6.410,97 €
7.	SEB-Bank Koblenz	834,99 €	511,76 €	-323,23 €
8.	HypoVereinsbank Koblenz	1.662,93 €	797,86 €	-865,07 €
9.	Postbank Köln	157.052,12 €	128.048,89 €	-29.003,23 €
10.	Barkasse	4.471,25 €	3.536,06 €	-935,19 €
11.	Diverse Handkassen der Ämter	35.032,95 €	35.828,43 €	795,48 €
Gesamt		2.732.564,38 €	11.235.269,22 €	8.502.704,84 €

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuchs zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Die Sparguthaben stimmen mit dem Ausweis im Sparbuch zum Bilanzstichtag überein. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse zum Bilanzstichtag überein.

Der Hohe Bestand in 2014 begründet sich aus zwei Gutschriften der Landesoberkasse für den Gemeindeanteil in Höhe von insgesamt 8,65 Mio. € mit Valuta zum 30.12.14. Da dies erst am 4.1.2015 ersichtlich war führten diese Zahlungen nicht mehr am letzten Banktag 2014 zur Rückzahlung von Kassenkrediten, sondern erst am 4. Januar 2015.

### G.4. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen und ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio.€ gesunken:

Nr.	Bezeichnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens	Bestand 31.12.
1.	Zuführung ARAP Instandhaltung EB 70	1.765.000,00 €
2.	Monatszahlung SGB XII	1.585.981,22 €
3.	Monatszahlung Heimpflegekosten	87.948,24 €
4.	Versorgungsbezüge 01/2014 RVK	651.820,00 €
5.	UHV	107.006,00 €
6.	WJH	94.547,27 €
7.	Kunstversicherung	32.724,92 €
8.	Zahlungen Ratsmitglieder Session	17.750,01 €
9.	Maschinelle Buchungen von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	61.696,07 €
10.	Restliche	358,07 €
Gesamt		4.404.831,80 €

Diese Posten wurden durch Abfragen bei den einzelnen Ämtern ermittelt. Die jeweiligen Abgrenzungen wurden durch entsprechende Unterlagen belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen. Grund für die Reduktion ist hauptsächlich die Zahlung an die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung aus dem SGB II (1,3 Mio. €). Sie wurde diesmal im Jahr der tatsächlichen Aufwandsentstehung abgebucht.



## Passiva

### G.1. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	2011	2012	2013	2014	
1.	Kapitalrücklage	654.905.477,28	600.785.311,08	629.905.035,66	633.865.516,81	
1a.	Korrekturen zur Eröffnungsbilanz	-54.120.166,20	29.119.724,58	3.960.481,15	0,00	
2.	Sonstige Rücklagen	0,00	0,00	0,00	16.028,20	
3.	Ergebnisvortrag					
		2009	-51.796.625,77	-51.796.625,77	-51.796.625,77	-51.796.625,77
	Verrechnung mit Jahresüberschuss 2013				13.010.229,31	
		2009			-38.786.396,46	
		2010	-28.029.205,74	-28.029.205,74	-28.029.205,74	-28.029.205,74
		2011		-15.493.505,09	-15.493.505,09	-15.493.505,09
		2012		-8.770.092,81	-8.770.092,81	-8.770.092,81
		2013			0,00	0,00
4.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-15.493.505,09	-8.770.092,81	13.010.229,31	-12.289.666,20	
	<b>Summe</b>	<b>505.465.974,48</b>	<b>525.815.606,25</b>	<b>542.786.316,71</b>	<b>530.512.678,71</b>	

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt.

#### G.1.1. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich durch den Übergangsgewinn im Rahmen der Eröffnungsbilanz aus der Überleitung der kameralen Rechnungslegung zur Doppik ergeben.

#### G.1.1a. Korrekturen zur Eröffnungsbilanz

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses wurden Fehler bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 entdeckt. Diese wurden entsprechend der in § 14 Abs. 4 KomDoppikLG angezeigten Vorschrift gegen das Eigenkapital bis zum Jahresabschluss 2013 bereinigt. Alle weiteren Korrekturen die sich in diesem Zusammenhang ab dem Jahresabschluss 2014 ergeben, werden über periodenfremden Ertrag oder periodenfremden Aufwand im jeweiligen Haushaltsjahr ausgewiesen.

#### G.1.2 Sonstige Rücklagen

Erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde, sind gem. § 38 Abs. 3 GemHVO in einer zweckgebundenen Rücklage auf der Passivseite auszuweisen.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Rücklagen	- €	16.028,20 €	16.028,20 €
	- €	<b>16.028,20 €</b>	<b>16.028,20 €</b>



### G.1.3 Ergebnisvortrag

Der Jahresüberschuss des Jahres 2013 wurde gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO mit dem Jahresfehlbetrag der Vorjahre 2009 bis 2012 verrechnet. Der Ergebnisvortrag setzt sich somit nunmehr aus den Jahresfehlbeträgen der Haushaltsjahre 2009 bis 2012 sowie dem Jahresüberschuss 2013 zusammen.

### G.1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2014 beträgt 12.289.666,20 €, was im Vergleich zum Jahresüberschuss des Vorjahres (-13.010.229,31€) eine Ergebnisverschlechterung um - 25,3 Mio. € bedeutet.

## G.2. Sonderposten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
SoPo zu Belastungen aus dem kom.			
Finanzausgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo zum Anlagevermögen	209.670.186,99 €	214.805.882,47 €	5.135.695,48 €
SoPo für Gebührenaussgleich	37.333,40 €	54.854,96 €	17.521,56 €
SoPo mit Rücklageanteil	0,00 €	1.212.813,56 €	1.212.813,56 €
SoPo aus Grabnutzungsentgelten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo aus Anzahlungen für Grabnutz.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Sonderposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	<b>209.707.520,39 €</b>	<b>216.073.550,99 €</b>	<b>6.366.030,60 €</b>

### G.2.2. Sonderposten zum Anlagevermögen

Die Sonderposten zum Anlagevermögen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	126.175.189,99 €	131.399.487,52 €	5.224.297,53 €
Aus Beiträgen	22.311.141,41 €	21.675.022,67 €	-636.118,74 €
Aus Anzahlungen	61.183.855,59 €	61.731.372,28 €	547.516,69 €
	<b>209.670.186,99 €</b>	<b>214.805.882,47 €</b>	<b>5.135.695,48 €</b>

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

#### G.2.2.1. Zuwendungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	126.175.189,99 €	131.399.487,52 €	5.224.297,53 €

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Die Erhöhung ist durch weitere Abrechnungen von Baumaßnahmen entstanden. Im Berichtsjahr 2014 allein 3 Mio € für die Zuwendungen im Rahmen des Forum Confluentes.



### G.2.2.2. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Beiträgen	22.311.141,41 €	21.675.022,67 €	-636.118,74 €

Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Bei Vermögensgegenständen, die in der Eröffnungsbilanz mit einem Festwert angesetzt wurden, wurden die Sonderposten analog zu den Vermögensgegenständen mit 50% angesetzt. Die Minderung ist durch die planmäßige Ertragsauflösung begründet analog der Abschreibung des dazugehörigen Anlagevermögens.

### G.2.2.3. Sonderposten aus Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Anzahlungen	61.183.855,59 €	61.731.372,28 €	547.516,69 €

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragsatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzupassenden Vermögensgegenstände, werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz verfahren, die für entsprechende noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Veränderung der Position ergibt sich überwiegend aus den abgerechneten Zuwendungen sowie durch Mittelabrufe erhaltene Zahlungen. Die diesjährig wesentlichen Bestandteile sind die Zuschüsse für den Bau der Kitas sowie der Sonderposten für die Infrastruktur der neuen Geschäftsstelle Globus an der B9.

### G.2.3. Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich entwickelte sich wie folgt:

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Rücklage KSI	37.333,40 €	17.521,56 €		54.854,96 €

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des kommunalen Studieninstitutes im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Die Zuführung beruht auf einem positiven Ergebnis des Berichtsjahres.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.



#### G.2.4. Sonderposten mit Rücklagenanteil

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Bestand
1.	Rücklage Stadtbad	0,00 €	1.212.813,56 €	1.212.813,56 €

Der Sonderposten mit Rücklageanteil enthält den Gewinn aus dem Verkauf des Stadtbadbesitzes für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) „Städtische Bäder“. Der BgA ist gemeinnützig. Gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 5 AO dürfen die Gewinne eines gemeinnützigen BgA nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Der Gewinn stellt eine Betriebsmittelrücklage dar und wird in der Kommunalbilanz nach § 42 GemHVO als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen, der in den Folgejahren in Höhe der entstehenden Verluste des BgAs aufgelöst wird.

#### G.2.5. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten

Die Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

#### G.2.6. Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte

Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

### G.3. Rückstellungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	148.808.990,51 €	151.752.030,49 €	2.943.039,98 €
Steuerrückstellungen	8.818.793,00 €	11.903.761,62 €	3.084.968,62 €
Rückstellungen für latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Rückstellungen	19.753.910,83 €	14.136.715,56 €	-5.617.195,27 €
	<b>177.381.694,34 €</b>	<b>177.792.507,67 €</b>	<b>410.813,33 €</b>

#### G.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Pensionsrückstellungen	127.244.152,43 €	2.438.632,63 €	0,00 €	129.682.785,06 €
2.	Beihilferückstellungen	21.015.117,08 €	491.274,35 €	0,00 €	21.506.391,43 €
3.	Ehrensold	236.175,00 €	0,00 €	-3.117,00 €	233.058,00 €
4.	Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG	313.546,00 €	16.250,00 €	0,00 €	329.796,00 €
<b>Gesamt</b>		<b>148.808.990,51 €</b>	<b>2.946.156,98 €</b>	<b>-3.117,00 €</b>	<b>151.752.030,49 €</b>

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RZVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherreneigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten



Beamten ausgewiesen, mit Ausnahme derjenigen des EB 85/ Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrnwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.

### G.3.2 Rückstellungen für Steuern

Die Zuführung der Steuerrückstellung begründet sich vor allem durch zu leistende zukünftige Gewerbesteuererstattung sowie aus zukünftigen Zahlungen von Körperschaftssteuer im Rahmen einer Betriebsprüfung.

Bei dem verbleibenden Betrag der Rückstellung handelt es sich um die für diesen Sachverhalt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung verbleibende voraussichtliche Verpflichtung.

### G.3.3 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Rückstellung für Instandhaltungen	1.167.433,54 €	657.200,43 €	-47.526,58 €	-20.000,00 €	1.757.107,39 €
2.	Rückstellung ausstehende Rechnungen	12.704.289,64 €	2.141.172,25 €	-8.570.354,61 €	-279.712,41 €	5.995.394,87 €
3.	Rückstellungen für Dienstjubiläen	80.264,90 €	39.452,50 €	0,00 €	0,00 €	119.717,40 €
4.	Altersteilzeitrückstellungen	232.824,56 €	93.306,94 €	0,00 €	-147.846,64 €	178.284,86 €
5.	Urlaubsrückstellungen Beamte	767.553,19 €	87.008,76 €	-29.266,83 €	0,00 €	825.295,12 €
6.	Urlaubsrückstellungen Angestellte	1.250.987,67 €	156.314,01 €	-133.189,97 €	0,00 €	1.274.111,71 €
7.	Überstundenrückstellungen Beamte	755.341,07 €	279.606,52 €	-46.021,29 €	0,00 €	988.926,30 €
8.	Überstundenrückstellungen Angestellte	824.127,59 €	252.193,65 €	-36.100,60 €	0,00 €	1.040.220,64 €
9.	Prozesskostenrückstellung	472.451,34 €	136.450,00 €	-32.462,40 €	-13.726,34 €	562.712,60 €
10.	Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	20.000,00 €	0,00 €	-1.871,47 €	-18.128,53 €	0,00 €
11.	Geschäftsunterlagen	899.225,81 €	9.778,38 €	0,00 €	0,00 €	909.004,19 €
12.	Rückstellung Zentralplatz	203.440,28 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	203.440,28 €
13.	Hangsicherung Rittersturz	216.413,24 €	0,00 €	-76.536,04 €	0,00 €	139.877,20 €
14.	Interne Jahresabschlusskosten	159.558,00 €	13.065,00 €	-30.000,00 €	0,00 €	142.623,00 €
<b>Summe</b>		<b>19.753.910,83 €</b>	<b>3.865.548,44 €</b>	<b>-9.003.329,79 €</b>	<b>-479.413,92 €</b>	<b>14.136.715,56 €</b>

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme angesetzt.

Im Jahr 2014 entwickelten sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wie folgt:



Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Sanierung Elektroleitungen	320.646,98 €	0,00 €	-2.388,52 €	0,00 €	318.258,46 €
2.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus II	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	-20.000,00 €	0,00 €
3.	Energiesparende Maßnahmen Rathaus I	14.666,80 €	0,00 €	-2.893,24 €	0,00 €	11.773,56 €
4.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	25.000,00 €	0,00 €	-13.854,52 €	0,00 €	11.145,48 €
5.	Decke Hilda Gymnasium	6.200,00 €	0,00 €	-6.200,00 €	0,00 €	0,00 €
6.	Wasserschaden BBS Wirtschaft	342.000,00 €	0,00 €	-22.190,30 €	0,00 €	319.809,70 €
7.	Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
8.	Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	18.919,76 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	18.919,76 €
9.	Eurovia - Instandsetzung Übergangskonstruktion Achse 33	0,00 €	24.159,78 €	0,00 €	0,00 €	24.159,78 €
10.	BIS - Fußgängerunterführung Schlachthofstraße	0,00 €	150.583,50 €	0,00 €	0,00 €	150.583,50 €
11.	INTEC - Ertüchtigung Brücke Mainzer Str.	0,00 €	482.457,15 €	0,00 €	0,00 €	482.457,15 €
12.	Instandsetzung STW Kolonnenweg	400.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	400.000,00 €
Summe		1.167.433,54 €	657.200,43 €	-47.526,58 €	-20.000,00 €	1.757.107,39 €

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen. Der Bestand dieser Rückstellung ist von 12,7 Mio. € auf 5,9 Mio. € gesunken. Wesentlicher Grund dafür ist die verspätete Abrechnung der Koblenzer Wohnbau GmbH für die Jahresprogramme 2005 bis 2007 der Schulbausanierungsmaßnahmen. Diese Rückstellung (7 Mio. €) wurde im Berichtsjahr in die Verbindlichkeiten umgegliedert und wird daher hier als Inanspruchnahme ausgewiesen. In den Zuführungen in Höhe von 2,1 Mio. € sind nochmals 1,1 Mio. € zurückzustellen für tatsächliche Ist-Kosten der Jahresprogramme 2008 und 2009 für konsumtive Maßnahmen der Wohnbau. Diese werden in 2015 wiederum in Anspruch genommen und in die Verbindlichkeiten umgegliedert.

Die Rückstellung für Dienstjubiläen wurde auf Grund der Meldung des Fachamtes berücksichtigt. Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienten die dem Fachamt vorliegenden Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen im Rundschreiben vom 08. Dez. 2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügten Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren (Ziffer 10) gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richtlinientafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaubslisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Wesentliche Zuführungen betreffen eine Rückstellung aus dem Schuldübernahme- und Abtretungsvertrag zwischen Buga GmbH und Stadt Koblenz (80 T€) für das Verfahren Wasserspielplatz sowie eine Rückstellung in Höhe von 50 T€ für das Verfahren Europabrücke.

Auf Grund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Abgabenordnung (AO) regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind



Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Erstellung für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und die Mitaufwendungen bzw. die anteilige Gebäudeabschreibung sowie die anteiligen Gemeinkosten (Strom, Wasser, Reinigung etc.) einbezogen. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen.

Im Rahmen eines Gutachtens wurden erhebliche Gefahren bei der Hanganlage Rittersturz festgestellt. Die in 2014 ausgewiesene Rückstellung beinhaltet ausstehende Rechnungen für Gutachterkosten.

## G.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ein Verbindlichkeitsspiegel ist der Anlage beigefügt.

Die Verbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	385.727.887,78 €	405.472.263,01 €	19.744.375,23 €
Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen	3.336.989,48 €	3.256.319,80 €	-80.669,68 €
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6.971.480,36 €	5.624.078,32 €	-1.347.402,04 €
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	850,00 €	25,76 €	-824,24 €
Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern.	9.775.235,75 €	18.361.169,78 €	8.585.934,03 €
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.133,85 €	20.819,25 €	11.685,40 €
Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc.	36.142.777,60 €	41.977.453,78 €	5.834.676,18 €
Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich	4.483.924,31 €	2.939.403,47 €	-1.544.520,84 €
sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27 €	2.744.338,78 €	95.611,51 €
<b>Gesamt</b>	<b>449.097.006,40 €</b>	<b>480.395.871,95 €</b>	<b>31.298.865,55 €</b>

Im Folgenden werden einzelne Positionen näher erläutert.

### G.4.1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen entwickelten sich wie folgt:

Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Abgrenzung Zinsaufwand lt. Berechnung	3.993.540,68 €	4.309.664,06 €	316.123,38 €
2.	Land Rheinland-Pfalz	2.234.371,64 €	1.117.185,96 €	-1.117.185,68 €
3.	Berlin-Hannoversche Hypobank	1.694.798,17 €	0,00 €	-1.694.798,17 €
4.	Eurohypo AG	106.654,78 €	0,00 €	-106.654,78 €
5.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	955.125,86 €	0,00 €	-955.125,86 €
6.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.393.800,78 €	0,00 €	-3.393.800,78 €
7.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.639.079,93 €	0,00 €	-1.639.079,93 €
8.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	134.510,86 €	0,00 €	-134.510,86 €
9.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	9.299.573,33 €	0,00 €	-9.299.573,33 €
10.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	5.199.525,09 €	5.027.703,95 €	-171.821,14 €
11.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.509.098,61 €	3.401.237,70 €	-107.860,91 €
12.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.356.685,32 €	1.260.984,52 €	-95.700,80 €
13.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.887.551,64 €	2.759.618,20 €	-127.933,44 €
14.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.568.758,36 €	1.500.934,46 €	-67.823,90 €
15.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.445.260,73 €	2.123.970,80 €	-321.289,93 €
16.	Commerzbank AG	2.515.512,06 €	2.074.483,47 €	-441.028,59 €
17.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.926.177,04 €	1.653.483,55 €	-272.693,49 €
18.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.000.247,06 €	691.845,51 €	-308.401,55 €
19.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	680.513,70 €	610.641,27 €	-69.872,43 €
20.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	782.150,84 €	592.830,60 €	-189.320,24 €
21.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	4.405.326,49 €	4.339.193,73 €	-66.132,76 €
22.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.224.100,95 €	1.151.586,54 €	-72.514,41 €
23.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	162.337,01 €	0,00 €	-162.337,01 €
24.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.706.034,36 €	2.519.160,80 €	-186.873,56 €
25.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.816.621,34 €	2.680.758,78 €	-135.862,56 €
26.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.867.957,51 €	2.774.298,90 €	-93.658,61 €
27.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.100.922,43 €	2.032.756,16 €	-68.166,27 €
28.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	0,00 €	860.383,66 €	860.383,66 €
29.	HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG	0,00 €	1.600.837,82 €	1.600.837,82 €
30.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	0,00 €	3.268.770,25 €	3.268.770,25 €
31.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	0,00 €	1.260.280,73 €	1.260.280,73 €
32.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	1.450.000,00 €	1.360.000,00 €	-90.000,00 €
33.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.360.000,00 €	2.160.000,00 €	-200.000,00 €
34.	HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG	3.531.000,00 €	3.381.000,00 €	-150.000,00 €
35.	Sparkasse Koblenz	2.933.218,94 €	2.772.170,77 €	-161.048,17 €
36.	Sparkasse Koblenz	3.915.832,10 €	3.820.399,80 €	-95.432,30 €
37.	HSH Nordbank AG	1.338.229,22 €	0,00 €	-1.338.229,22 €
38.	WestLB AG	6.373.140,64 €	5.739.355,94 €	-633.784,70 €
39.	Norddeutsche Landesbank	4.509.097,59 €	3.702.952,39 €	-806.145,20 €
40.	Norddeutsche Landesbank	6.291.868,67 €	6.008.507,02 €	-283.361,65 €
41.	Norddeutsche Landesbank	2.388.773,31 €	1.977.659,43 €	-411.113,88 €
42.	Norddeutsche Landesbank	3.436.824,43 €	2.973.162,40 €	-463.662,03 €
43.	Norddeutsche Landesbank	1.158.922,18 €	1.079.289,91 €	-79.632,27 €
44.	NRW-Bank	5.850.638,33 €	5.773.103,94 €	-77.534,39 €
45.	NRW-Bank	1.612.481,94 €	1.567.654,35 €	-44.827,59 €



Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
46	Norddeutsche Landesbank	2.393.585,15 €	2.364.158,29 €	-29.426,86 €
47	Norddeutsche Landesbank	1.602.267,36 €	1.526.150,01 €	-76.117,35 €
48	Norddeutsche Landesbank	1.844.664,74 €	1.766.062,38 €	-78.602,36 €
49	Norddeutsche Landesbank	11.100.000,00 €	10.700.000,00 €	-400.000,00 €
50	Norddeutsche Landesbank	9.170.449,97 €	8.839.983,29 €	-330.466,68 €
51	Norddeutsche Landesbank	9.250.000,03 €	8.916.666,71 €	-333.333,32 €
52	Bayerische Landesbank München	18.666.666,64 €	17.999.999,96 €	-666.666,68 €
53	NRW-Bank	19.950.000,00 €	19.250.000,00 €	-700.000,00 €
54	Landesbank Baden-Württemberg	8.625.000,00 €	8.325.000,00 €	-300.000,00 €
55	Bayerische Landesbank München	2.768.053,87 €	2.626.053,87 €	-142.000,00 €
56	Landesbank Baden-Württemberg	0,00 €	4.070.653,25 €	4.070.653,25 €
57	Bayerische Landesbank München	0,00 €	5.334.875,66 €	5.334.875,66 €
58	Landesbank Baden-Württemberg	48.536.623,64 €	47.713.985,02 €	-822.638,62 €
59	Landesbank Baden-Württemberg	1.249.000,00 €	1.111.000,00 €	-138.000,00 €
60	NRW-Bank	3.240.000,00 €	3.100.000,00 €	-140.000,00 €
61	Kreditanstalt für Wiederaufbau	603.060,18 €	561.468,64 €	-41.591,54 €
62	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.485.484,83 €	1.392.640,35 €	-92.844,48 €
63	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.173.705,18 €	1.104.662,36 €	-69.042,82 €
64	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.704.931,51 €	1.610.211,63 €	-94.719,88 €
65	Kreditanstalt für Wiederaufbau	3.059.954,00 €	2.910.686,00 €	-149.268,00 €
66	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.924.040,00 €	2.784.800,00 €	-139.240,00 €
67	Kreditanstalt für Wiederaufbau	118.275,00 €	39.425,00 €	-78.850,00 €
68	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.640.000,00 €	2.520.000,00 €	-120.000,00 €
69	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.002.000,00 €	3.828.000,00 €	-174.000,00 €
70	Kreditanstalt für Wiederaufbau	8.113.920,00 €	7.775.840,00 €	-338.080,00 €
71	Kreditanstalt für Wiederaufbau	5.294.116,00 €	4.941.174,00 €	-352.942,00 €
72	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.810.000,00 €	4.810.000,00 €	0,00 €
73	Kreditanstalt für Wiederaufbau	8.700.000,00 €	8.400.000,00 €	-300.000,00 €
74	Debeka Lebensversicherung	4.137.110,71 €	0,00 €	-4.137.110,71 €
75	Debeka Lebensversicherung	7.873.028,75 €	7.659.362,34 €	-213.666,41 €
76	Debeka Lebensversicherung	3.395.073,93 €	3.304.865,57 €	-90.208,36 €
<b>Gesamt</b>		<b>324.452.572,20 €</b>	<b>308.727.818,63 €</b>	<b>15.724.753,57 €</b>

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. Die auf das Haushaltsjahr 2014 entfallenden Zinsen, welche erst im Haushaltsjahr 2015 zahlungswirksam werden, wurden abgegrenzt und auf Grund des Wahlrechts offen in der Bilanzposition ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz - Konto 885	69,15 €	43,30 €	-25,85 €
2.	Sparkasse Koblenz - Tagesgeldkonto 1007913	0,00 €	18.500.000,00 €	18.500.000,00 €
3.	ING Diba - Tages-/Termingeld	67.000.000,00 €	58.000.000,00 €	-9.000.000,00 €
4.	Sonstige Banken	10.000.000,00 €	10.000.000,00 €	0,00 €
<b>Gesamt</b>		<b>77.000.069,15 €</b>	<b>86.500.043,30 €</b>	<b>9.499.974,15 €</b>

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen.



### G.4.3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Sachverhalt	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	für Grundschule Niederberg	720.921,48 €	700.469,80 €	-20.451,68 €
2.	für Mensaneubau Asterstein	255.758,00 €	249.520,00 €	-6.238,00 €
3.	für Speisesaal Diesterwegschule/ St. Castor	543.840,00 €	531.480,00 €	-12.360,00 €
4.	Mensa Anbau Max-von-Laue Gymnasium (geplant: 1.481	1.288.470,00 €	1.258.850,00 €	-29.620,00 €
5.	Jugend- und Bürgerzentrum Koblenz-Karthause	528.000,00 €	516.000,00 €	-12.000,00 €
Gesamt		3.336.989,48 €	3.256.319,80 €	-80.669,68 €

Die Verbindlichkeit wurde im Rahmen der in § 103 GemO i. V. m. § 47 Abs. 6 Nr. 4.3 GemHVO genannten Vorschrift gebildet. Hierbei handelt es sich um Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH. Auf Grund der Bilanzklarheit wurde der Posten in die Eröffnungsbilanz der Bilanz der Stadt Koblenz übernommen, da die Darlehen zu 100% durch die Stadt Koblenz refinanziert werden. Die Darlehen dienen weitestgehend der Absicherung von Investitionen auf dem Schulsektor. Vergleiche zu dem Sachverhalt auch Mutius/Rentsch, Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Kiel 2003, Erl. 17 zu § 85 Go SchlH. Die Darlehensbestände werden analog zur entsprechenden Tilgung ertragswirksam aufgelöst.

### G.4.5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6.971.480,36 €	5.624.078,32 €	-1.347.402,04 €

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt.

### G.4.7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.775.235,75 €	18.361.169,78 €	8.585.934,03 €

Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die Bilanzierung des Sanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH, so dass sich in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nunmehr die nachträglich berechneten Fremdfinanzierungskosten und die tatsächlichen Spitzabrechnungen der Jahresprogramme 2005 bis 2007 befinden.

### G.4.9. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen entwickelten sich wie folgt:



<b>Liquiditätskredite</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
1	EB 17 Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.367.702,42 €	2.238.858,79 €	-128.843,63 €
2	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	805.970,04 €	0,00 €	-805.970,04 €
3	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4	EB 83 Koblenz Touristik	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	32.588.676,84 €	37.233.230,59 €	4.644.553,75 €
6	Jagdgenossenschaft links der Mosel	38.264,19 €	17.503,22 €	-20.760,97 €
7	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	38.705,55 €	36.378,67 €	-2.326,88 €
<b>Summe</b>		<b>35.839.319,04 €</b>	<b>39.525.971,27 €</b>	<b>3.686.652,23 €</b>

<b>Verrechnungskonten</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
8.	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	200.191,35 €	45.916,90 €	-154.274,45 €
9.	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	0,00 €	1.654.178,84 €	1.654.178,84 €
10.	EB 83 Koblenz Touristik	0,00 €	91.506,86 €	91.506,86 €
11.	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	98.716,48 €	100.937,49 €	2.221,01 €
12.	Jagdgenossenschaft links der Mosel	-16.366,98 €	0,00 €	16.366,98 €
13.	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14.	Konto 3531 - laufendes Mitbuchkonto	20.917,71 €	558.942,42 €	538.024,71 €
<b>Summe</b>		<b>303.458,56 €</b>	<b>2.451.482,51 €</b>	<b>2.148.023,95 €</b>
<b>Entwicklung (gesamt)</b>				
<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>	
Liquiditätskredite	35.839.319,04 €	39.525.971,27 €	3.686.652,23 €	
Verrechnungskonten	303.458,56 €	2.451.482,51 €	2.148.023,95 €	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>36.142.777,60 €</b>	<b>41.977.453,78 €</b>	<b>5.834.676,18 €</b>	

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Die Posten wurden mit den Eigenbetrieben abgestimmt und von diesen bestätigt. Die Verbindlichkeiten entstanden durch die laufenden Verrechnungskonten und die Zahlungsabwicklung über die Einheitskasse. Sie dienen ausschließlich der Liquiditätssicherung.

#### **G.4.10. Sonstige Verbindlichkeiten**

<b>Bilanzposition</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
Sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27 €	2.744.338,78 €	95.611,51 €

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt.



## G.5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelten sich wie folgt:

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Kursgebühren VHS	67.234,00 €	70.121,28 €	- 67.234,00 €	70.121,28 €
2.	Großes Abo Stadttheater	23.263,50 €	22.788,17 €	- 23.263,50 €	22.788,17 €
3.	Kleines Abo Stadttheater	137.748,92 €	129.106,83 €	- 137.748,92 €	129.106,83 €
4.	Kartenverkauf Bunter Nachmittag	612,00 €	- €	- 612,00 €	- €
5.	Spende Volksbank Mittelrhein-Bunter Nachmittag 2015	- €	250,00 €	- €	250,00 €
6.	Zuwendung Lotto RLP	250,00 €	- €	- 250,00 €	- €
7.	Abrechnung der Sozialhilfe vom Land	712.052,84 €	- €	- 712.052,84 €	- €
8.	Zuwendung Rosenmontagsdisco	2.222,00 €	- €	- 2.222,00 €	- €
9.	Zuwendung Tischtennisplatte	30,00 €	- €	- 30,00 €	- €
10.	Rentenzahlung Januar	57.407,91 €	58.003,23 €	- 57.407,91 €	58.003,23 €
11.	UVG-Abschlag für 01/2015	- €	34.000,00 €	- €	34.000,00 €
12.	Wildschadenpauschale und Jagdpacht Eigenjagd	- €	6.139,47 €	- €	6.139,47 €
13.	Nutzungsentschädigung Wald über 25 Jahre	24.666,67 €	- €	- 1.000,00 €	23.666,67 €
14.	Fahrzeugwerbung VW Caddy	1.174,14 €	- €	- 1.174,14 €	0,00 €
15.	Fahrzeugwerbung Fiat Ducato	10.131,80 €	- €	- 4.342,20 €	5.789,60 €
16.	Fahrzeugwerbung Firma Brunner - Sponsoringfahrzeug	- €	25.227,66 €	- 427,59 €	24.800,07 €
17.	Erbbaurechtsablöse Viktoriastraße	264.000,00 €	- €	- 33.000,00 €	231.000,00 €
<b>Gesamt</b>		<b>1.300.793,78 €</b>	<b>345.636,64 €</b>	<b>-1.040.765,10 €</b>	<b>605.665,32 €</b>

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden durch Abfragen in den jeweiligen Fachämtern ermittelt und durch Rechnungen bzw. Verträge belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert. Die Posten werden in den Folgejahren aufgelöst. Der unter der laufenden Nummer 7 dargestellte Sachverhalt konnte entsprechend der Zahlungsströme in diesem Jahr direkt in das zutreffende Haushaltsjahr verbucht werden.

## H. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden im Überblick Erläuterungen zur Ergebnisrechnung aufgeführt. Weitergehende Informationen auf Gesamt- und Teilhaushaltsebene können den „Erläuterungen der erheblichen Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt“ entnommen werden.

### H.1. Erträge

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
1 Steuern und Ähnliche Abgaben	178.416	206.867	-28.451
2 Zuwendungen, all. Umlagen und sonst.			0
Transfererträge	35.453	31.039	4.414
3 Erträge der sozialen Sicherung	59.180	57.475	1.705
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentg.	10.502	10.002	500
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.249	5.954	295
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.149	8.112	-963
7 Erhöhung o. Verminderung d. Bestands an fertigen und unfert. Erzeugnissen	-21	-4	-17
8 Andere aktivierte Eigenleistungen	1.135	1.549	-414
9 Sonstige laufende Erträge	34.105	40.221	-6.116
<b>10 Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit ( Summe 1 - 9)</b>	<b>332.168</b>	<b>361.215</b>	<b>-29.047</b>

### H.1.1. Allgemein

Die öffentlich-rechtlichen Erträge resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Privat-rechtliche Erträge wurden grundsätzlich zum Zeitpunkt erfasst, wenn die Lieferung erfolgt ist bzw. die Dienstleistung erbracht wurde.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Erträge können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

### H.1.2. Sonstige laufende Erträge

Sonstige laufende Erträge in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Erträge aus der Anpassung von Bilanzpositionen	81	81	0
Erträge aus der Erhöhung von Beteiligungsvermögen	16.119	7.400	8.719
Erträge aus Konzessionsabgaben	7.571	7.594	-23
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder, Säumnis- und Vollstreckungsgebühren) sowie Mahngebühren	2.995	3.061	-66
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	148	295	-147
Erträge aus der Baulandumlegung Bubenheim	0	362	-362
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	483	4.307	-3.824
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen	4.879	4.892	-13
sonstige Erträge	1.829	12.229	-10.400
davon <i>periodenfremde Erträge</i>	1.492	11.845	-10.353
<b>Gesamt</b>	<b>34.105</b>	<b>40.221</b>	<b>-6.116</b>

### H.1.3. Aufgliederung Periodenfremde Erträge

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Korrekturen aus Schulsanierungsvertrag Jahre 2005 - 2009	1.030	0
Korrekturen Anlagevermögen	343	11.527
Restabwicklung USt VJ	0	268
Rückforderung an Mitarbeiter	0	18
Neuberechnung Zinsen Sonderkasse 2011 für KSK	0	14
Auflösung Rücklage KSI	0	5
Korrektur Amt für Brand- und Katastrophenschutz	0	4
Wegfall Verbindlichkeit zum Trafobau durch Stadt Koblenz	38	0
Nachträgliche Rechnungen	81	9
Gesamtergebnis	1.492	11.845

## H.2. Aufwendungen

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
11 Personalaufwendungen	-76.882	-74.349	-2.533
12 Versorgungsaufwendungen	-7.264	-7.052	-213
13 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-58.403	-55.137	-3.266
14 Abschreibung gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	-24.942	-23.386	-1.556
15 Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO			
16 Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	-24.278	-30.520	6.242
17 Aufwendungen der sozialen Sicherung	-122.391	-116.394	-5.997
18 Sonstige laufende Aufwendungen	-23.517	-39.968	16.452
<b>19 Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 - 18)</b>	<b>-337.677</b>	<b>-346.806</b>	<b>9.129</b>

### H.2.1 Allgemein

Aufwendungen wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Die Vollständigkeit wurde durch die Fachämter bestätigt.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Aufwendungen können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

### H.2.2. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden durch Schnittstelle aus dem Lohnprogramm Fidelis übernommen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Unterkonten erfolgt durch Überleitung von Lohnarten zu Konten und Hinterlegung der Kostenstelle je Mitarbeiter. Die Vollständigkeit wurde durch Abgleichung der Daten durch das Fachamt nachgewiesen.

### H.2.3 Abschreibungen

Abschreibungen werden automatisiert durch das System gebucht. Die Abschreibungen wurden im Rahmen der Stichprobe auf Plausibilität geprüft.

## H.2.4 Sonstige laufende Aufwendungen

Sonstige laufende Aufwendungen in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	794	738	56
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.449	8.758	-309
<i>davon Mieten, Pachten, Leasing</i>	2.876	2.870	6
<i>davon EDV-Aufwendungen</i>	4.218	4.033	185
Geschäftsaufwendungen	2.442	2.453	-11
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.886	1.815	71
Verluste aus dem Verkauf von Anlagevermögen oder Einstellung in Sonderposten	1.980	2.167	-187
Wertberichtigungen von Forderungen	1.676	1.235	441
Aufwendungen für Steuern	5.582	1.715	3.867
Zuschüsse an Fraktionen	404	317	87
sonstige Aufwendungen	18	18	0
Periodenfremde Aufwendungen	286	20.752	-20.466
<b>Summe</b>	<b>23.517</b>	<b>39.968</b>	<b>-16.451</b>

## H.2.5 Aufgliederung Periodenfremde Aufwendungen

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Korrekturen Anlagenbuchhaltung Eröffnungsbilanz	0	12.224
Anpassungsbuchungen Vertrag Koblenzer Wohnbau	0	7.048
Abrechnungen Bauvorhaben Vorjahre	196	776
Nachträgliche Rechnungen	16	449
Konzessionsabgabe Strom	47	255
Korrekturen aus der Lohnverbuchung	27	0
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>286</b>	<b>20.752</b>

## H.3 Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresfehlbetrag wird im Folgejahr gemäß § 18 Abs. 4 GemHVO in das Ergebnis vorgetragen.

## H.4 Außerordentliches Ergebnis

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	-59	-11	48
27 Außerordentliches Ergebnis	-59	-11	48

Die außerordentlichen Aufwendungen beziehen sich vollständig auf die Reduzierung der im Vorjahr bilanzierten Forderung aufgrund eines Rückerstattungsanspruchs an die Buga Koblenz 2011 GmbH.

# **I. Sonstige Angaben**

## **I.1. Trägerschaften bei Sparkassen, die nicht bilanziert sind**

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

## **I.2. Währungsumrechnungen**

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen.
- Der Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.
- Währungsumrechnungen auf Grund der Euroumstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

## **I.3. Einschränkungen von Grundbesitzrechten**

Die Recherche nach Grundbesitzrechten ist durch die Technik des Grundbuchsystems äußerst personalintensiv. Die Personalsituation im zuständigen Sachgebiet des hiesigen Amtes im Jahr 2014 hat sich gegenüber den letzten Jahren nicht verändert. Die Aufgabenstellung wird erfüllt, sobald ein/e Mitarbeiter/in zur Erledigung dieser Aufgabenstellung freigestellt werden kann.

Die Gemeinde hat mit der Energieversorgung Mittelrhein AG mit Sitz in Koblenz Konzessionsverträge geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

## **I.4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden**

Gem. § 48 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO sind im Anhang drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, anzugeben.

In den Koblenzer Schulen besteht ein erheblicher Sanierungsstau. Dieser beläuft sich auf ca. 200 Mio. €. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde ein „Masterplan Schulen“ aufgestellt, welcher im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 verabschiedet wurde. Ziel des Planes ist es, den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren im Wesentlichen mit einem Volumen von jährlich 7 Mio. € plus etwaiger Zu-



wendungen Dritter (z. B. Landeszuwendung aus dem Schulbauprogramm) abzubauen. Diese Bereitstellung ist das absolute Mindestmaß, um dem nach wie vor prekären Sanierungsstau zu begegnen.

Wegen des Zustandes der Schulgebäude und weiterer nicht festgestellter Mängel oder Schäden, impliziert mit etwaigen Naturereignissen und Unvorhergesehenem, ist eine ständige Fortschreibung und Aktualisierung erforderlich. Die Maßnahmenabwicklung richtet sich nach Prioritätenfestlegung. Höchste Priorität genießen die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen sofort umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgende werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderungen des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Im Bereich der städtischen Ingenieurbauwerke ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan „Brücken“ vorgestellt. In den nächsten 10 Jahren werden demnach ca. 120 Mio. Euro für Neubau und Instandhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken benötigt. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rund 3 Mio. EUR bereitzustellen. Es wird eine unabwiesbare Aufgabe der Stadt sein, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Bis Ende 2014 hat das Land entsprechende Projekte mit 75 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gefördert. Für 2014 bis 2019 kann mit einer Förderung von 65 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden.

In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen stehen derzeit im Vordergrund die Erneuerung/Verstärkung des Brückenzuges der Europabrücke (Fahrtrichtung Innenstadt) und die Erneuerung der Pfaffendorfer Brücke.

Die Leistungen für die Instandsetzung und Ertüchtigung der Balduinbrücke wurden im Januar 2013 vergeben. Die Baumaßnahme wird im Sommer 2015 abgeschlossen und bis Ende des Jahres abgerechnet.

Seit August 2014 laufen die Bauarbeiten zur Erneuerung der Vorlandbrücke Lützel. Die Arbeiten liegen im Zeitplan und innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets und werden termingerecht im Frühjahr 2016 abgeschlossen. Die erforderlichen Verstärkungsmaßnahmen für die Flussbrücke werden derzeit vorbereitet und sollen bis zur Verkehrsfreigabe der Vorlandbrücke ebenfalls abgeschlossen sein.

Nach einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist für die Pfaffendorfer Brücke statt der ursprünglich geplanten Ertüchtigung nunmehr die Erneuerung vorgesehen. Hierbei werden die Unterbauten der Flussbrücke erhalten und verstärkt bzw. umgebaut. Neu gebaut werden nur der Überbau sowie die beiden Rampenbauwerke auf der Ost- und der Westseite der Flussbrücke. Die Vorplanungen haben begonnen. Im Jahr 2015 soll der Bauwerksentwurf fertiggestellt werden. Gleichzeitig wird das erforderliche Planfeststellungsverfahren beim LBM Rheinland-Pfalz eingeleitet. Mit dem Baubeginn ist ab dem Jahr 2017 zu rechnen.

Nachdem eine differenzierte Nachrechnung des Kreuzungsbauwerks Mainzer Straße / B 49 ergeben hatte, dass hier beträchtliche Tragfähigkeitsdefizite bestehen, wurden als Sofortmaßnahme provisorische Sicherungsmaßnahmen (Stahlunterstützungen und CFK-Lamellen) eingebaut. Da das Bauwerk auf Dauer trotzdem nicht zu halten ist, wurde bereits die Neubauplanung beauftragt. Im Jahr 2015 soll der Bauwerksentwurf fertig gestellt werden. Baubeginn für den Neubau soll dann im Jahr 2016 sein. Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Brücke in der Ravensteynstraße haben sich verzögert, da die Aufsichtsbehörde (ADD Trier) nicht von der Unabwiesbarkeit der Maßnahme zu überzeugen war und daher keine Mittelfreigabe erreicht werden konnte. Es wurden daher weitere ergänzende Vorlagen vorgelegt. Mittlerweile ist die Zustimmung der ADD erfolgt und die Bauvorbereitungen sind in vollem Gange. Die Fertigstellung des neuen Bauwerks ist für das Jahr 2017 vorgesehen.



### I.5. Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Gemeinde ist mit monatlichen Leasingzahlungen in Höhe von 3.031,07 € belastet. Finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

### I.6. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Es sind keine Sachverhalte bekannt.

### I.7. Sonstige Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

	Gesamtbetrag	Davon gegenüber Tochterorganisationen
	T€	T€
1. Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	---	---
2. Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	31.314	31.081
3. Gewährleistungen		
3.1. für eigene Leistungen		
a) unselbstständige Garantien, die über die gewöhnliche Garantie hinausgehen	---	---
b) selbstständige Gewährleistungsverträge	---	---
Summe Gewährleistungen für eigene Leistungen	---	---
3.2. für fremde Leistungen		
a) Freistellungsverpflichtungen	---	---
b) Haftungsübernahmen	---	---
c) Liquiditätsgarantien	---	---
d) Werthaltigkeitsgarantien	---	---
e) Einstehen für die Bezahlung abgetretener oder verkaufter Forderungen	---	---
f) Garantie für die Ausführung von Arbeiten Dritter	---	---
g) Schuldmitübernahme	---	---
h) Haftungen für Bürgschaften und Garantien Dritter	---	---
i) Bürgschafts-, Garantie- und Schuldbefreiungsversprechen	---	---
j) bindende Versprechen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten auf dessen Wunsch eine Grundschuld oder eine andere Sicherheit für die Verpflichtung des Schuldners zu bestellen	---	---
k) Patronatserklärungen, die ein bürgschaftsähnliches Rechtsverhältnis begründen	---	---
Summe Gewährleistungen für fremde Leistungen	---	---
4. Bedingt rückzahlbare Zuwendungen / Zuschüsse	---	---
Insgesamt	31.314	31.081

Zu 2.: In dieser Position ist gegenüber Dritten ein Betrag in Höhe von 233,1 T € enthalten. Dies betrifft die Restschuld eines Darlehens des TuS Rot-Weiß Koblenz e. V., für das die Stadt Koblenz eine modifizierte Ausfallbürgschaft übernommen hat.

**I.8. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen**

Folgende Verpflichtungsermächtigungen wurden in Anspruch genommen, die jedoch noch keine Verbindlichkeiten begründen:

Projekt	Maßnahmebezeichnung	Betrag
<b>Teilhaushalt 5</b>		
<b>P371007</b>	<b>Ersatzbeschaffung Funkgeräte</b>	<b>55.000 €</b>

**I.9. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können**

Im Haushaltsjahr 2014 waren hierzu keine Sachverhalte bekannt.

**I.10. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben**

Für folgende Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag fertig gestellt wurden, wurden noch keine Entgelte oder Abgaben erhoben (die Aufstellung erfolgte gem. § 48 Abs. 2 Nr. 14 GemHVO.):

**I.10.1. Erschließungsbeiträge**

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	Fritz-von-Unruh-Str. von Garagenzufahrt bis Ortsumgehung	Februar 2004	179.003,46 €	161.519,46 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
2	Gulisastraße	2012	100.000,00 €	0,00 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Eigenständigkeit und Bildung Erschließungseinheit waren zu klären, noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden; keine Erhebung Vorausleistung mehr möglich, da bereits technisch fertiggestellt
3	Herm.-Dienz-Str. von Fritz-von-Unruh bis Hans-Maria-Lux	August 2008	143.816,61 €	115.676,26 €	Februar 2016	Widmung/Bestandskraft erst am 25.08.2012 erfolgt, vorrangige Vorausleistungserhebungen
4	Karl-Tesche-Straße	Mai 2008	1.508.405,89 €	1.335.008,24 €	Juli 2015	Widmung/Bestandskraft erst am 25.08.2012 erfolgt, vorrangige Vorausleistungserhebungen
5	Sonneneck	August 2008	366.938,93 €	157.330,23 €	September 2015	Grunderwerb und Widmung fehlen

## I.10.2. Ausbaubeiträge und Ausgleichsbeträge

### Ausbaubeiträge:

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	Aachenerstr. 3. BA	Februar 2011	21.582,62 €	15.321,11 €	Februar 2015	vorrangige andere Arbeiten
2	Andernacher Straße	Dezember 2013	17.000,10 €	11.362,43 €	April 2015	vorrangige andere Arbeiten
3	Emserstr. Stadtteilmittelpunkt H'heim, 1. BA	Oktober 2009	353.501,19 €	353.501,19 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Abrechenbarkeit erst nach Beendigung des 2. BA
4	Friesenstr. einschließlich Kreisel	Mai 2011	194.087,75 €	169.826,78 €	Oktober 2015	Anpassung Stadtanteil an Stadtrechtsausschussentscheidung erforderlich
5	Herberichstr.von Wallersheimer Weg bis Brenderweg	Dezember 2006	231.575,84 €	231.575,84 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden/Grunderwerb nicht abgeschlossen
6	Kardinal Kremenztz Str.	Juni 2006	75.589,68 €	75.589,68 €	Juli 2015	Grunderwerb erst 09/2014 abgeschlossen
7	Kornpfortstr. von Peter Altmeier-Ufer bis Auf der Danne	April 2011	39.727,97 €	39.727,97 €	Juni 2015	vorrangige andere Arbeiten
8	Löhrrondell	April 2011	322.439,41 €	386.683,35 €	März 2015	keine sachliche Beitragspflicht, umfangreiche Kostenermittlungen notwendig, Schlussvermessung fehlt, Ablösungen
9	Löhrstr. Abschnitt Schloßstr. bis Friedrich Ebert Ring, Hohenfelderstr. (Gehweg)	April 2011	208.114,55 €	208.114,55 €	August 2015	andere vorrangige Arbeiten

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
10	Mendelssohnstraße	Juni 2013	36.344,86 €	36.344,86 €	April 2015	vorrangige andere Arbeiten
11	Mittelstr. Bornsgasse bis Alte Heerstr.	November 2005	159.507,68 €	160.537,46 €	Februar 2015	sachliche Beitragspflicht erst mit Abschluss Grunderwerb in 2013 entstanden
12	Neustadt (Seite Schloss), verlaufend von Straße Clemensplatz bis zum Beginn des anbaufreien Bereichs einschl. Grundstück Neustadt 24, Flurstück 1044/227	Februar 2011	61.757,64 €	61.757,64 €	Mai 2015	Widerspruchsverfahren
13	Neustadt (Seite Schloßrondell), verlaufend von der Clemensstraße bis zum Friedrich-Ebert-Ring	März 2011	70.459,49 €	70.459,49 €	Mai 2015	Widerspruchsverfahren
14	Niederberger Höhe von Friesenstr. bis General-Allen- Str.	Mai 2011	201.578,83 €	201.578,83 €	April 2015	Grunderwerb fehlt; Klageverfahren
15	Niederberger Höhe von Friesenstr. bis Greiffenklastr. Beginn Außenbereich	Mai 2011	323.968,58 €	323.968,58 €	April 2015	Grunderwerb fehlt; Klageverfahren
16	Niederberger Höhe von L 127 bis General- Allen- str.	Mai 2011	63.000,26 €	63.000,26 €	April 2015	Grunderwerb fehlt; Klageverfahren
17	Rheinstr. von Konrad-Adenauer -Ufer bis Karmeliterstr.	Februar 2011	272.923,69 €	272.923,69 €	März 2015	Widerspruchsverfahren
18	Sebastianistr./ Grunderwerb	Jul 13			März 2016	nur Grunderwerb Abrechnung, Kostenspaltung, Straßenbau vor vielen Jahren abgerechnet. Sachliche Beitragspflicht erst mit Abschluss Grunderwerb in 2013 entstanden
19	Stresemannstr.	März 2011	259.996,96 €	259.996,96 €	Juni 2015	vorrangige andere Arbeiten
20	Vogelweide	Juni 2013	12.713,35 €	12.713,35 €	Februar 2015	andere vorrangige Arbeiten
21	Im Acker von Rübenacher bis Trierer Straße	September 2014	28.835,05 €	28.835,05 €	Februar 2016	Sachliche Beitragspflicht erst November 2014 entstanden
22	Rübenacher Straße	Juli 2014	312.185,74 €	312.185,74 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht noch nicht entstanden, Schlussrechnung fehlt noch
23	Handwerkerstraße	Dez 14	127.425,77 €	127.425,77 €	Dezember 2015	sachliche Beitragspflicht erst im Dezember 2014 entstanden



### Ausgleichsbeträge:

Nr.	Maßnahme	endgültig festgesetzt	Vorauslstg.	laufende Verfahren	Begründung	voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung
1	Sanierung Altstadt	367.895,65	462.575,54	353.796,12	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2016-2019
2	Sanierung Ehrenbreitstein	89.663,51	46.861,00	35.993,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2016-2019
3	Boelckekaserne, H oevelstraße u. Behringstraße	0,00	335.947,00	0,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen	2016
4	Sanierung Zentralplatz	777.397,00	0,00	0,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen	2017

### **I.11. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Im Haushaltsjahr 2014 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Lohn- und Gehaltssumme brutto. (Mit berücksichtigt wurde auch das vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld). Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Haushaltsjahr 2014 auf 41.149 T€. Die Stadt zahlte im Haushaltsjahr 2014 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 3.189 T€.

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftsplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

### **I.12. Derivative Finanzinstrumente**

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

Art	Umfang	Barwert
SWAP Ref. 263790M - langer Swap	Laufzeit: 12.12.2005 - 29.12.20020 Ursprungskapital: 2.111.243,07 € Stand am 31.12.2014: 965.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,92 %	-117.528,74 €
SWAP Ref. 30211 - Swap 2	Laufzeit: 15.12.2005 - 30.03.2020 Ursprungskapital: 4.128.626,02 € Stand am 31.12.2014: 2.940.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,125 %	-524.511,61 €
SWAP Ref. 267597M - langer Swap	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025 Ursprungskapital: 2.025.568,80 € Stand am 31.12.2014: 1.360.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 %	-272.246,73 €
SWAP Ref. 30143 - Swap 2	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2023 Ursprungskapital: 3.622.262,03 € Stand am 31.12.2014: 2.160.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 %	-372.562,93 €
SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT	Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024 Ursprungskapital: 4.237.781,12 € Stand am 31.12.2014: 3.381.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 %	-947.105,38 €
Swap Ref. 513225	Laufzeit: 30.12.2013 - 30.12.2016 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,845 %	-1.080.851,50 €
Swap Ref. 520113	Laufzeit: 21.11.2010 - 21.01.2018 Bezugsbetrag: 14.077.770,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt variabel, max. 3,45 %, jedoch auch dann 3,45 %, wenn 3-M-Euribor <= 1,00 % ist	-1.526.824,45 €
Swap Ref. 513076	Laufzeit: 22.11.2010 - 22.01.2018 Bezugsbetrag: 25.922.230,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,48 %	-2.026.204,07 €
Swap Ref. 3751234L	Laufzeit: 01.12.2010 - 30.10.2015 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt - bis 30.04.2012 variabel, max. 1,5 % - ab 30.04.2012 fest 2,555 %	-501.590,84 €
Gesamt		-7.369.426,25 €

Bei den Barwerten handelt es sich um indikative Bewertungen der jeweiligen Banken, die keine rechtsgeschäftliche Bindungswirkung auf die Bilanzierung entfalten. Die Barwerte stellen keine handelbaren Kurse oder Preise dar. Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden (z. B. Diskontierungsmethode).

### I.13. Beteiligungen

Die direkten und indirekten Beteiligungen der Stadt Koblenz können gemäß § 90 Abs. 2 Satz 1 dem aktuell vorliegenden Beteiligungsbericht der Stadtwerke Koblenz GmbH entnommen werden.



#### I.14. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde uneingeschränkt für folgende Organisationen:

Name / Rechtsform	Sitz	Rechtsform	Mithaftung Dritter	Haftungsgrund
Eigenbetrieb Koblenz-Touristik	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt

#### I.15. Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt folgende Übersicht:

Durchschnittliche Anzahl	HH-VJ	HH
Beamtinnen / Beamte*	448	448
– davon teilzeitbeschäftigt	63	62
Beschäftigte*	1197	1170
- davon teilzeitbeschäftigt	412	418
Insgesamt *	1645	1618
<hr/>		
Anwärterinnen und Anwärter	25	23
Auszubildende	60	58
Insgesamt	85	81
<hr/>		
Beamtinnen/Beamte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	7	9
Beschäftigte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	26	24
Insgesamt	33	33
<hr/>		
Leiharbeiter	---	---

Quelle: Werte der vierteljährigen Personalstandstatistik zum 31.12.2014 (ohne Eigenbetriebe)

\* inkl. Auszubildende im aktuellen Haushaltsjahr

#### I.16. Mitglieder des Stadtrats

Der Stadtrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

a) Vorsitz: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

b) Ratsmitglieder:



Stand 31.12.2013	Datum des Ausscheidens	Zugang Kommunalwahl	Datum des Eintritts	Stand 31.12.2014
Ackermann, Hans-Peter				Ackermann, Hans-Peter
Altmaier, Christian				Altmaier, Christian
-		Arndt, Florian	01.06.14	Arndt, Florian
-		Artz, Monika	01.06.14	Artz, Monika
Bäcker, Sabine	31.05.14			-
Balmes, Peter				Balmes, Peter
Bastian, Manfred				Bastian, Manfred
Baum, Walter				Baum, Walter
Biebricher, Andreas				Biebricher, Andreas
Biewer, Leo				Biewer, Leo
Bocklet, Herbert				Bocklet, Herbert
Bohn, Eitel				Bohn, Eitel
Bordelle, Michael	31.05.14			-
Contento, Vito				Contento, Vito
Coßmann, Bernd	31.05.14			-
Diederichs-Seidel, Uwe				Diederichs-Seidel, Uwe
Diehl, Manfred				Diehl, Manfred
-		Dott, Herbert	01.06.14	Dott, Herbert
-		Enger, Sylvia	01.06.14	Enger, Sylvia
Gniffke, Manfred				Gniffke, Manfred
Gross Dr., Michael				Gross Dr., Michael
Heinrich, Heribert				Heinrich, Heribert
Heinrich-Lotz, Christiane	31.05.14			-
Henchel, Paul	31.05.14			-
-		Hentschel, Ute	01.06.14	Hentschel, Ute
Herrmann, Karin	31.05.14			-
Hoernchen, Birgit	31.05.14			-
Hoernchen, Edith				Hoernchen, Edith
Hoffmann, Ute	31.05.14			-
-		Hofmann, Gabriele	01.06.14	Hofmann, Gabriele
Hömberger, Monika	31.05.14			-
Honsdorf, Heinz	31.05.14			-
Hühnerfeld, Ursula				Hühnerfeld, Ursula
-		Kalenberg, Rudolf	01.06.14	Kalenberg, Rudolf
Keul-Göbel, Angela				Keul-Göbel, Angela



Stand 31.12.2012	Datum des Ausscheidens	Zugang Kommunalwahl	Datum des Beitritts	Stand 31.12.2014
-		Kirsch, Thomas	01.06.14	Kirsch, Thomas
Klein, Franz-Josef	31.05.14			-
Kneis Dr., Joachim	31.05.14			-
-		Knopp, Ernst	01.06.14	Knopp, Ernst
Krebs, Gundula	31.05.14			-
Kriebs, Claudia	31.05.14			-
Kübler, Julia Maria				Kübler, Julia Maria
Kühlenthal, Edgar	31.05.14			-
Lehmkühler, Gerhard				Lehmkühler, Gerhard
Lipinski-Naumann, Marion				Lipinski-Naumann, Marion
Mehlbreuer, Andrea				Mehlbreuer, Andrea
-		Mertin, Herbert	01.06.14	Mertin, Herbert
-		Möhlich, Franz-Josef	01.06.14	Möhlich, Franz-Josef
Mühlbauer, Marion				Mühlbauer, Marion
Naumann, Fritz				Naumann, Fritz
Otto, Stephan				Otto, Stephan
Pieper Dr. h. c., Friedhelm	31.05.14			-
Pilger, Detlev				Pilger, Detlev
Probst, Claudia				Probst, Claudia
Reinstädler, Wolfram	31.05.14			-
-		Roos, Thomas	01.06.14	Roos, Thomas
Rosenbaum, Karl-Heinz				Rosenbaum, Karl-Heinz
Rosenbaum, Werner	31.05.14			-
Sauer, Monika				Sauer, Monika
-		Scheer, Stefan	01.06.14	Scheer, Stefan
Scherhag, Mark	31.05.14			-
-		Schmenk, Julia	01.06.14	Schmenk, Julia
Schmidt, Hermann-Josef				Schmidt, Hermann-Josef
-		Schneider, Thorsten	01.06.14	Schneider, Thorsten
Schumann-Dreyer, Anna-Maria				Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Schupp, Thorsten				Schupp, Thorsten
Stölzgen, Harald	31.05.14			-
-		Veidt, Sabine	01.06.14	Veidt, Sabine
Voell, Gerhard	31.05.14			-
-		von Berg, Martina	01.06.14	von Berg, Martina
Wefelscheid, Stephan				Wefelscheid, Stephan
-		Wehran, Jens	01.06.14	Wehran, Jens
-		Weichert Dr., Catharina	01.06.14	Weichert Dr., Catharina
Weis, Anita				Weis, Anita
Wiechmann, Nils				Wiechmann, Nils
-		Wilbert, Joe	01.06.14	Wilbert, Joe
-		Zwiernik, Patrick	01.06.14	Zwiernik, Patrick

### I.17. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Alle Bilanzpositionen wurden erläutert. Von dem in § 48 Abs. 4 GemHVO genannten Wahlrecht wurde kein Gebrauch gemacht.

### I.18. Unterzeichnung Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2014 wird wie folgt unterzeichnet.

Koblenz den,

\_\_\_\_\_  
 (Der Oberbürgermeister)  
 (Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig)



# Anlage 5 Anlagenübersicht

Anlagenübersicht GJ 2014 [in EUR]

Stand 20.01.2016

Posten	Gem. § 47 (4) Nr. 1 GemHVO	Anschaffung- und Herstellungskosten					Abschreibungen, Wertberichtigungen						Restbuchwerte		Kennzahlen		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, Sonstiges
		AHK zum 31.12. des Vorjahres	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	AHK zum 31.12. des HH-Jahres	aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen im HH-Jahr	AFA Umbuchungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des HH-Jahres	Buchwert am 31.12. des HH-Jahres	Buchwert am 31.12. d. Vorjahres	Durchschn. Abschreibungssatz	Durchschn. Restbuchwert	
<b>ANLAGENSPIEGEL</b>		<b>1.661.588.197,29</b>	<b>52.857.524,62</b>	<b>-7.749.479,32</b>	<b>-1.030.883,53</b>	<b>1.705.665.359,06</b>	<b>316.510.881,57</b>	<b>0,00</b>	<b>24.942.375,18</b>	<b>0,00</b>	<b>-413.332,48</b>	<b>341.039.924,27</b>	<b>1.364.625.434,79</b>	<b>1.345.077.315,72</b>	<b>1,5%</b>	<b>80,0%</b>	<b>0,00</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		<b>88.036.551,37</b>	<b>1.563.285,96</b>	<b>0,00</b>	<b>1.206.423,33</b>	<b>90.806.260,66</b>	<b>31.709.450,88</b>	<b>0,00</b>	<b>3.060.675,28</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>34.770.126,16</b>	<b>56.036.134,50</b>	<b>56.327.100,49</b>	<b>3,4%</b>	<b>61,7%</b>	<b>0,00</b>
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.715.359,27	63.333,27	0,00	0,00	1.778.692,54	1.425.109,59	0,00	127.392,27	0,00	0,00	1.552.501,86	226.190,68	290.249,68			0,00
1.1.2 Geleistete Zuwendungen		68.413.443,00	1.376.872,00	0,00	1.291.248,33	71.081.563,33	25.442.160,32	0,00	2.407.062,01	0,00	0,00	27.849.222,33	43.232.341,00	42.971.282,68	7,2%	12,7%	0,00
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse		16.058.292,97	0,00	0,00	0,00	16.058.292,97	4.842.180,97	0,00	526.221,00	0,00	0,00	5.368.401,97	10.689.891,00	11.216.112,00	3,3%	66,6%	0,00
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		1.849.456,13	123.080,69	0,00	-84.825,00	1.887.711,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.887.711,82	1.849.456,13		0,0%	100,0%	0,00
1.2 Sachanlagen		<b>1.283.257.216,70</b>	<b>26.461.935,15</b>	<b>-1.950.943,79</b>	<b>-2.237.306,86</b>	<b>1.305.530.901,20</b>	<b>283.736.865,05</b>	<b>0,00</b>	<b>21.861.019,62</b>	<b>0,00</b>	<b>-413.332,48</b>	<b>305.184.552,19</b>	<b>1.000.346.349,01</b>	<b>999.520.351,65</b>	<b>1,7%</b>	<b>76,6%</b>	<b>0,00</b>
1.2.1 Wald, Forsten		25.632.848,44	0,00	-261,60	-26.926,21	25.605.660,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.605.660,63	25.632.848,44		0,0%	100,0%	0,00
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		89.515.417,09	83.145,91	-271.062,68	-211.214,11	89.116.286,21	266.603,11	0,00	487.272,34	0,00	0,00	753.875,45	88.362.410,76	89.248.813,98	0,5%	99,2%	0,00
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		240.015.319,22	45.629,88	-511.961,93	11.700.736,78	251.249.723,95	24.539.322,92	0,00	4.888.416,68	0,00	-51.023,67	29.376.715,93	221.873.008,02	215.475.996,30	1,9%	88,3%	0,00
1.2.4 Infrastrukturvermögen		772.901.817,81	261.939,19	-780.150,78	2.794.054,19	775.177.660,41	242.303.444,07	0,00	13.577.766,24	0,00	-34.089,19	255.847.121,12	519.330.539,29	530.598.373,74	1,8%	67,0%	0,00
1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden		6.192.849,85	0,00	0,00	0,00	6.192.849,85	705.021,85	0,00	312.372,00	0,00	0,00	1.017.393,85	5.175.456,00	5.487.828,00	5,0%	83,6%	0,00
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler		37.958.261,49	19.256,00	-1,00	342,72	37.977.859,21	134.658,76	0,00	58.195,50	0,00	0,00	192.854,26	37.785.004,95	37.823.602,73	0,2%	99,5%	0,00
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		19.114.108,16	835.369,26	-195.643,71	194.681,08	19.948.514,79	8.845.671,67	0,00	1.144.858,12	0,00	-189.890,21	9.800.639,58	10.147.875,21	10.268.436,49	5,7%	50,9%	0,00
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung		20.016.791,76	710.812,92	-145.454,32	1.176.284,18	21.758.434,54	6.942.142,67	0,00	1.392.138,74	0,00	-138.329,41	8.195.952,00	13.562.482,54	13.074.649,09	6,4%	62,3%	0,00
1.2.9 Pflanzen und Tiere		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		71.909.802,88	24.505.781,99	-46.407,77	-17.865.265,49	78.503.911,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	78.503.911,61	71.909.802,88		0,0%	100,0%	0,00
1.3 Finanzanlagen		<b>290.294.429,22</b>	<b>24.832.303,51</b>	<b>-5.798.535,53</b>	<b>0,00</b>	<b>309.328.197,20</b>	<b>1.064.565,64</b>	<b>0,00</b>	<b>20.680,28</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>1.085.245,92</b>	<b>308.242.951,28</b>	<b>289.229.863,58</b>	<b>0,0%</b>	<b>99,6%</b>	<b>0,00</b>
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		160.384.853,67	15.498.476,25	0,00	0,00	175.883.329,92	1.064.565,64	0,00	0,00	0,00	0,00	1.064.565,64	174.818.764,28	159.320.288,03	0,0%	0,0%	0,00
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen		1.887.970,31	0,00	-129.118,15	0,00	1.758.852,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.758.852,16	1.887.970,31		0,0%	100,0%	0,00
1.3.3 Beteiligungen		5.381.633,51	0,00	0,00	0,00	5.381.633,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.381.633,51	5.381.633,51		0,0%	0,0%	0,00
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		116.920.456,13	651.780,79	-6.774,44	0,00	117.565.462,48	0,00	0,00	20.680,28	0,00	0,00	20.680,28	117.544.782,20	116.920.456,13			0,00
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen		5.660.199,14	8.682.046,47	-5.660.199,14	0,00	8.682.046,47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.682.046,47	5.660.199,14		0,0%	100,0%	0,00
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.8 Sonstige Ausleihungen		59.316,46	0,00	-2.443,80	0,00	56.872,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	56.872,66	59.316,46		0,0%	100,0%	0,00



## Anlage 5 Erläuterungen zur Anlagenübersicht

---

### Manuelle Korrekturen in der Anlagenübersicht:

#### Position 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte:

Korrektur Umbuchungen gegen Zugänge in Höhe von 363.577,04 EUR nach Abschluss des Nebenbuchs. Sachverhalt wurde in 2015 im Nebenbuch nachvollzogen.

#### Position 1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Umgliederung in Höhe von 178.606,55 EUR von den Zugängen in den Vortragswert, jeweils bei den AHK sowie der kumulierten AfA. Es handelt sich um eine manuelle Anpassung aus 2013, die 2014 im Nebenbuch nachvollzogen wurde.

#### Position 1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Abgang von Grundstücken in Höhe von 423.275,74 EUR im Bereich der Nordumgehung Metternich nach Abschluss des Nebenbuchs. Sachverhalt wurde in 2015 im Nebenbuch nachvollzogen.

#### Position 1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Korrektur Zugänge gegen Umbuchungen in Höhe von 11.682,00 EUR.

#### Position 1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge:

Korrektur Zugänge gegen Abgänge in Höhe von 2,00 EUR.

#### Position 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Korrektur Zugänge gegen Umbuchungen in Höhe von 25.059,44 EUR.

#### Position 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Korrektur Zugänge gegen Abgänge in Höhe von 243,67 EUR.

#### Position 1.2.10 Anlagen im Bau:

Nachträgliche Erfassungen zum Schulbausanierungsvertrag nach Abschluss des Nebenbuchs für die Jahresprogramme 2005 bis 2007 sowie den Tätigkeitsbericht 2014 bei den Zugängen (1.049.483,63 EUR; 584.018,41 EUR; 1.291.080,64 EUR; 9.586,99 EUR)

#### Position 1.2.10 Anlagen im Bau:

Manuelle Umgliederung für das Konto 0955 in Höhe von 630.419,96 EUR von den Abgängen in die Zugänge.

#### Position 1.2.10 Anlagen im Bau:

Manuelle Umgliederung der Zugänge und Abgänge gegen Umbuchungen aus der Position 1.2.3 in Höhe von 363.577,04 EUR, 1.2.4 in Höhe von 11.682,00 EUR und 1.2.8 in Höhe von 25.059,44 EUR .

#### Position 1.3 Finanzanlagen:

Generelle Erläuterungen: Aus Gründen des zeitlichen Ablaufs der Jahresabschlusserstellung erfolgt die Erfassung der Beteiligungen in den Positionen 1.3.1, 1.3.3 und 1.3.5 ab dem Jahr 2014 nur noch im Hauptbuch.



## Anlage 6 Forderungsübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr 2.2 GemH-VO)	Forderungen zum 31.12.2014 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2014 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2014	Stand der Wertberichtigungen zum 31.12.2014*	Stand zum 31.12.2014 (Bilanzwert)	Stand zum 31.12. des Haushaltsvorjahr (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren					
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.908.239,61	3.599.761,43	3.395.327,97	30.903.329,01	N.V.	11.923.360,72	18.979.968,29	19.925.930,18**
1.1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	15.354.688,14	2.847.710,64	3.363.638,47	21.566.037,25	N.V.	-	21.566.037,25	18.761.540,96
1.2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.443.008,89	750.578,14	30.220,94	2.223.807,97	N.V.	-	2.223.807,97	3.007.942,57
1.3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	233.872,54	-	-	233.872,54	N.V.	-	233.872,54	3.809.315,58
1.4.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	79.652,69	-	-	79.652,69	N.V.	-	79.652,69	43.648,06
1.5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige komm. Stiftungen	73.129,27	-	-	73.129,27	N.V.	-	73.129,27	511.794,22
1.6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	326.174,67	-	-	326.174,67	N.V.	-	326.174,67	178.293,36
1.7.	Sonstige Vermögensgegenstände	6.397.713,41	1.472,65	1.468,56	6.400.654,62	N.V.	-	6.400.654,62	4.008.042,76

\* davon Pauschalwertberichtigung: 5.253.500,00 €

\*\* Abzgl Wertberichtigungen VJ 10.394.647,33 €





# Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht

Ifd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO)	Verbindlichkeiten zum 31.12.2014 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2014 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2014	Stand zum 31.12.2014 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12.2013 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
in €										
1.	Anleihen	-	-	-	-	N.V.	-	-	-	N.V.
2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	107.461.331,05	63.297.631,54	234.713.300,42	405.472.263,01	N.V.	405.472.263,01	405.472.263,01	Kommunalkredit	385.727.887,78
davon:										
3.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	20.961.287,75	63.297.631,54	234.713.300,42	318.972.219,71	N.V.	318.972.219,71	318.972.219,71	Kommunalkredit	308.727.818,63
4.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	86.500.043,30	-	-	86.500.043,30	N.V.	86.500.043,30	86.500.043,30	Kommunalkredit	77.000.069,15
5.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	3.256.319,80	3.256.319,80	N.V.	3.256.319,80	3.256.319,80	Bürgschaft	3.336.989,48
6.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-	-	-	-	N.V.	-	-	-	-
7.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	5.594.406,39	29.671,93	-	5.624.078,32	N.V.	5.624.078,32	5.624.078,32	Eigentumsvorbehalt	6.971.480,36
8.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	25,76	-	-	25,76	N.V.	25,76	-	keine	850,00
9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	812.312,96	17.548.856,82	-	18.361.169,78	N.V.	18.361.169,78	-	keine	9.775.235,75
10.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.819,25	-	-	20.819,25	N.V.	20.819,25	-	keine	9.133,85
11.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	41.977.453,78	-	-	41.977.453,78	N.V.	41.977.453,78	41.977.453,78	Auf Grund gesetzl. Bestimmungen zur Einheitskasse	36.142.777,60
12.	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.664.806,88	274.596,59	-	2.939.403,47	N.V.	2.939.403,47	-	keine	4.483.924,31
13.	Sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78	-	-	2.744.338,78	N.V.	2.744.338,78	-	keine	2.648.727,27
14.	Summe der Verbindlichkeiten	161.275.494,85	81.150.756,88	237.969.620,22	480.395.871,95	N.V.	480.395.871,95	456.330.114,91	-	449.097.006,40





## Anlage 8 Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres	Planungsdaten des Haushaltsfolgejahres (2015)	Planungsdaten des zweiten Haushaltsfolgejahres (2016)	Planungsdaten des dritten Haushaltsfolgejahres (2017)	Planungsdaten der weiteren Haushaltsfolgejahre
<b>1. Aufwandsermächtigungen</b>						
	Teilhaushalt 1	0	20.418.186	20.608.459	20.819.899	-
	Teilhaushalt 2	0	1.603.587	1.615.093	1.626.801	-
	Teilhaushalt 3	0	1.612.806	1.624.335	1.641.801	-
	Teilhaushalt 4	264.000	1.214.731	932.421	907.890	-
	Teilhaushalt 5	0	21.403.813	21.817.959	22.058.057	-
	Teilhaushalt 6	230.000	137.226.594	138.235.795	139.420.813	-
	Teilhaushalt 7	134.900	7.499.879	6.927.032	8.074.638	-
	Teilhaushalt 8	15.000	31.756.659	30.664.086	31.478.474	-
	Teilhaushalt 9	0	25.978.217	26.108.606	26.361.940	-
	Teilhaushalt 10	7.012.440	62.647.460	64.267.516	67.340.673	-
	Teilhaushalt 11	0	24.837.605	25.555.655	26.448.905	-
<b>2. Auszahlungsermächtigungen</b>						
<b>2.1</b>	<b>Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen</b>					
	Teilhaushalt 1	0	19.569.125	19.745.774	19.943.513	-
	Teilhaushalt 2	0	1.566.521	1.577.678	1.589.076	-
	Teilhaushalt 3	0	1.557.546	1.568.630	1.585.644	-
	Teilhaushalt 4	132.000	1.187.819	814.203	828.014	-
	Teilhaushalt 5	0	19.261.943	19.572.249	19.763.246	-
	Teilhaushalt 6	230.000	135.373.356	136.364.815	137.525.450	-
	Teilhaushalt 7	134.900	5.895.782	5.320.418	6.248.754	-
	Teilhaushalt 8	15.000	28.051.506	26.790.105	27.541.204	-
	Teilhaushalt 9	0	23.979.824	24.105.981	24.349.571	-
	Teilhaushalt 10	6.777.560	43.156.193	43.937.119	46.742.469	-
	Teilhaushalt 11	0	40.239.305	41.887.755	44.085.105	-
<b>2.2</b>	<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>					
	Teilhaushalt 1	135.800	60.000	60.000	60.000	-
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 3	0	10000	10000	10000	-
	Teilhaushalt 4	3.519.800	3.300.500	1.590.500	1.205.500	-
	Teilhaushalt 5	1.260.110	594.000	1.175.000	535.000	-

	Teilhaushalt 6	4.149.890	256.000	146.000	260.000	-
	Teilhaushalt 7	1.474.060	755.000	55.000	4.093.000	-
	Teilhaushalt 8	2.469.970	11.984.430	4.997.330	1.487.830	-
	Teilhaushalt 9	19.400	55.000	30.000	85.000	-
	Teilhaushalt 10	17.598.030	24.290.220	21.099.500	26.005.900	-
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	-
<b>2.3</b>	<b>Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>					
	Teilhaushalt 1-11	16.216.600	16.926.300	17.270.700	17.826.600	-
<b>3.</b>	<b>Ermächtigungen für die Aufnahme von Investitionskrediten</b>					
	Teilhaushalt 1-11	18.062.250	25.314.670	7.790.720	17.796.120	-
<b>4.</b>	<b>Aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen</b>					
	Teilhaushalt 1	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 3	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 4	0	1.200.000	0	0	-
	Teilhaushalt 5	659.000	55.000	0	0	-
	Teilhaushalt 6	940.300	0	0	0	-
	Teilhaushalt 7	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 8	1.727.000	0	0	0	-
	Teilhaushalt 9	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 10	8.470.000	6.662.000	0	0	-
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	-



# Rechenschaftsbericht zum Haushaltsjahr 2014

## 1. Rechtsgrundlagen / Vorbemerkungen

Die Gemeinde hat nach **§ 108 Abs. 3 GemO** dem Jahresabschluss als Anlage einen Rechenschaftsbericht beizufügen. Im Rechenschaftsbericht sind nach **§ 49 GemHVO** der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist im Rechenschaftsbericht ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr abzulegen. Ebenso hat eine Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu erfolgen. Letztlich sollte auch auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingegangen werden und Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde dargestellt werden.

Die diesem Rechenschaftsbericht zugrunde liegende Haushaltssatzung wurde vom Rat der Stadt Koblenz am 13.12.2013 beschlossen. Eine weitere Änderungssatzung zur Haushaltssatzung 2014 beschloss der Rat in seiner Sitzung am 30.01.2014. In dieser Sitzung wurden notwendige Haushaltsmittel durch Absetzung von der Einzahlung für folgende Projekte zur Verfügung gestellt, da Landesmittel zurückgefordert worden sind:

Kurt-Schumacher-Brücke/Anbindung B 49/B 416	410.140 €
Ausbau B 9/ Römerstraße/5. BA	192.370 €

Weiterhin wurde beschlossen, 2.000.000 € beim Projekt Bahnhofsteil Stadtmitte zur Verfügung zu stellen. Die Mitteilung an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion erfolgte am 03.02.2014.

Die Historie des Haushaltsgenehmigungsprozesses wird nachstehend kurz erläutert:

Mit Schreiben vom 10.01.2014 wurde die Haushaltssatzung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorgelegt. Ergänzende angeforderte Unterlagen wurden der Aufsichtsbehörde am 21.01.2014 nachgereicht.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen der Investitionskredite und Verpflichtungsermächtigungen wurden seitens der ADD mit Schreiben vom 20.03.2014 für Kernhaushalt und Eigenbetriebe grundsätzlich erteilt.

Der Beschluss über die Haushaltssatzung 2014 wurde wegen Verstöße gegen die Haushaltsausgleichsgebote und den Grundsatz der stetigen Aufgabenerfüllung mit v. g. Schreiben beanstandet, soweit der unter Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung auf den freiwilligen städtischen Leistungsbereich entfallende saldierte Zuschussbedarf im Ergebnishaushalt 2014 über den Betrag von 23.373.359 € hinausgeht. Ferner wurde der Beschluss über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Koblenz-Touristik beanstandet, soweit der Erfolgsplan 2014 einen Jahresfehlbetrag planmäßig in Höhe von 642.172 € ausweist.

Die Haushaltssatzung 2014 wurde am 16.04.2014 durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung öffentlich bekannt gemacht. Der Haushaltsplan lag nachfolgend zur Einsichtnahme im Rathaus aus.

*Anmerkung: Sofern im Rechenschaftsbericht Ergebnisdaten aus den Jahren 2013 und 2014 ausgewiesen werden, handelt es sich hierbei um noch nicht endgültig festgestellte Daten.*

## 2. Lage der Gemeinde

### 2.1 Organisation der Gemeinde

Die **rechtliche Struktur** der **Gemeinde** stellt sich wie folgt dar:

- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO

Die **Organe** der Gemeinde sind:

- der **Oberbürgermeister**  
Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
- der **Stadtrat**

Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die **letzte Kommunalwahl** hat am **25. Mai 2014** stattgefunden. Der Stadtrat wird alle 5 Jahre neu gewählt, so dass die nächste Wahl 2019 stattfinden wird.

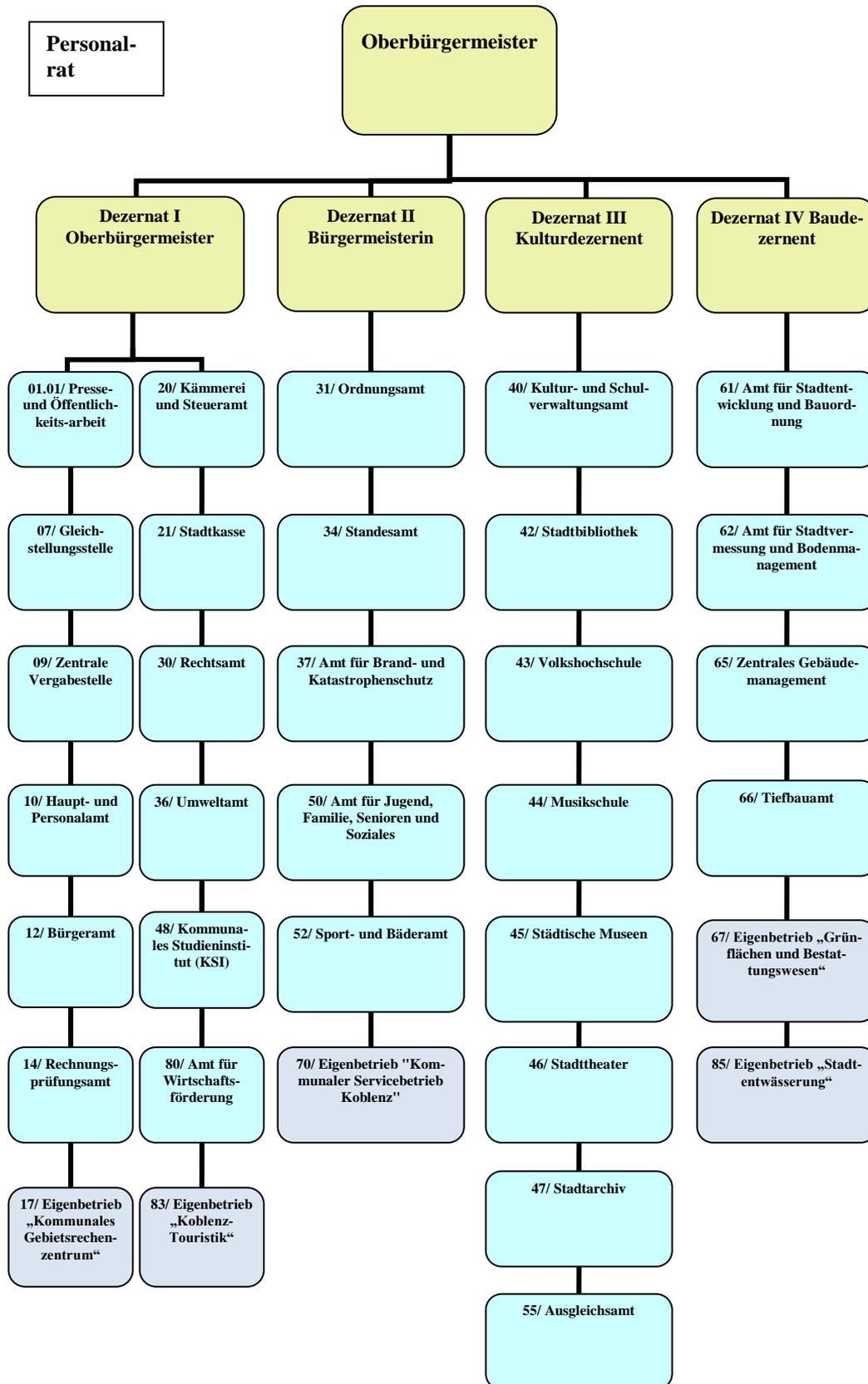
Die **Zusammensetzung** des **Stadtrates** im Einzelnen:

	<u>Wahlergebnis 2009</u>	<u>Wahlergebnis 2014</u>
- CDU	19 Ratsmitglieder	21 Ratsmitglieder
- SPD	14 Ratsmitglieder	14 Ratsmitglieder
- BIZ	6 Ratsmitglieder	3 Ratsmitglieder
- Grüne	6 Ratsmitglieder	8 Ratsmitglieder
- FDP	5 Ratsmitglieder	2 Ratsmitglieder
- FBG	5 Ratsmitglieder	3 Ratsmitglieder
- LINKE	1 Ratsmitglied	2 Ratsmitglieder*
- AfD	-/-	2 Ratsmitglieder
- SfK	-/-	1 Ratsmitglied*

\* Während der Wahlperiode hat sich das Ratsmitglied der SfK der FBG angeschlossen. Ebenfalls wechselte ein Mitglied der Linken-Fraktion zur BIZ.



## 2.2 Aufbau der Gemeindeverwaltung

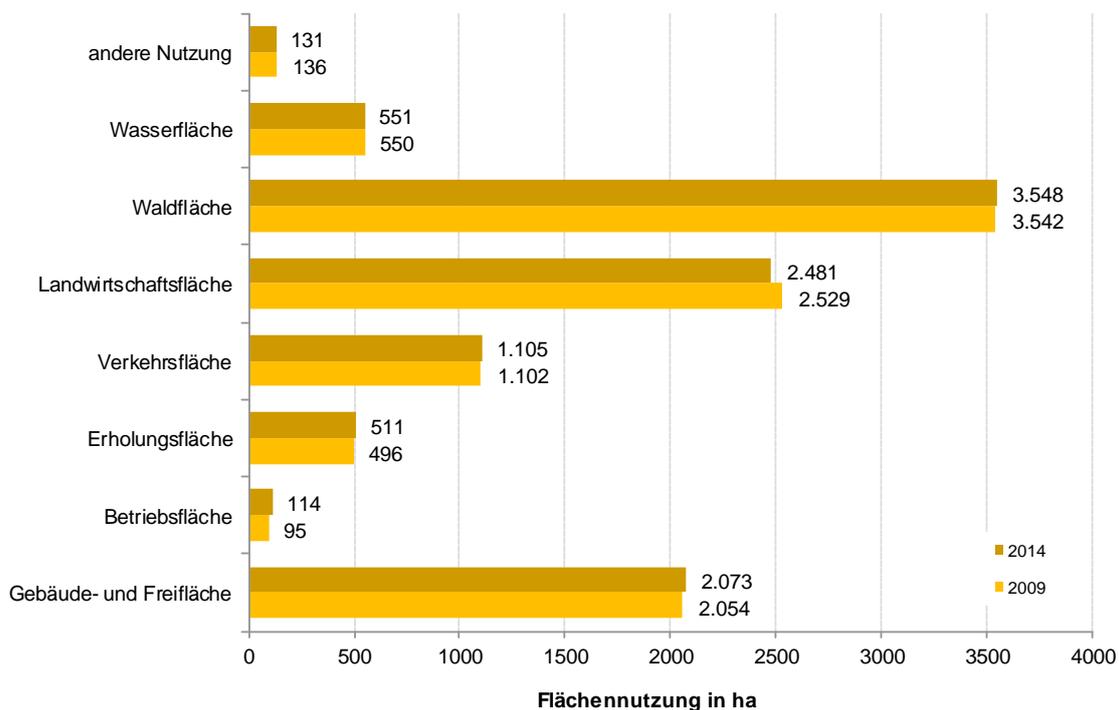


## 2.3 Rahmenbedingungen

- Nachfolgend werden die **Gemeindeflächen** dargestellt:

Nutzungsart	Jahr						Veränderung 2009-2014
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Fläche (in ha)	10.504	10.505	10.508	10.512	10.513	10.513	+ 9
davon ...							in ha
Gebäude- und Freifläche	2054,0	2027,0	2044,0	2059,0	2064,0	2073,0	+ 19,0
Betriebsfläche	95,0	118,0	118,0	115,0	114,0	114,0	+ 19,0
Erholungsfläche	496,0	503,0	512,0	520,0	512,0	511,0	+ 15,0
Verkehrsfläche	1102,0	1104,0	1104,0	1107,0	1104,0	1105,0	+ 3,0
Landwirtschaftsfläche	2529,0	2512,0	2497,0	2482,0	2488,0	2481,0	- 48,0
Waldfläche	3542,0	3555,0	3552,0	3549,0	3548,0	3548,0	+ 6,0
Wasserfläche	550,0	550,0	551,0	551,0	551,0	551,0	+ 1,0
andere Nutzung	136,0	136,0	132,0	131,0	131,0	131,0	- 5,0

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz



Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

- Zur Darstellung der **Bevölkerungsentwicklung** können folgende Übersichten beitragen:

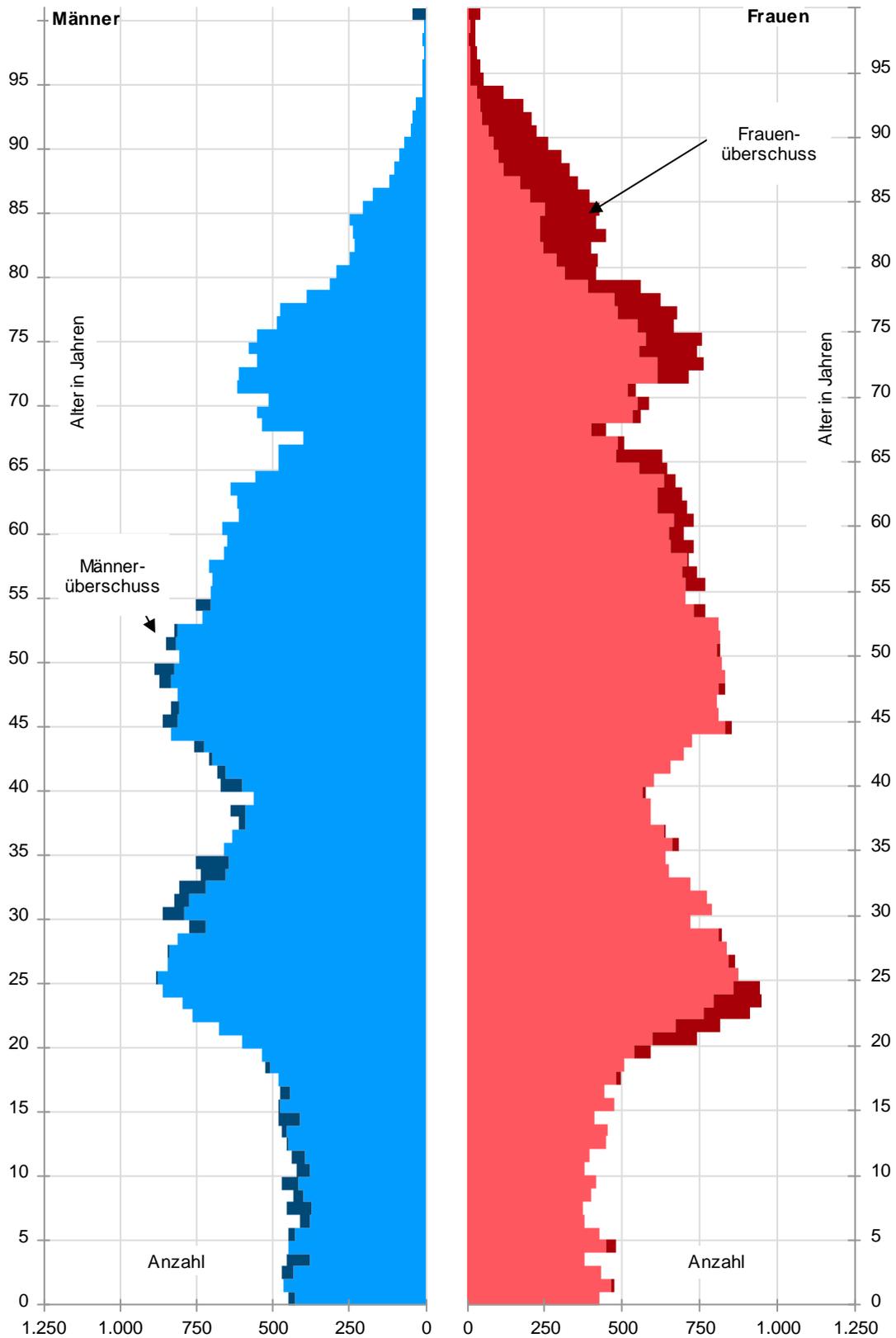
### Bevölkerungsdaten von Koblenz

Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes	31.12.2012		31.12.2013		31.12.2014		31.12.2015		Veränderung 2015 gegenüber 2012	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Insgesamt	108.900	100,0	109.922	100,0	110.677	100,0	111.870	100,0	+ 2.970	+ 2,7
unterteilt nach Geschlecht										
männlich	52.320	48,0	52.969	48,2	53.498	48,3	54.219	48,5	+ 1.899	+ 3,6
weiblich	56.580	52,0	56.953	51,8	57.179	51,7	57.651	51,5	+ 1.071	+ 1,9
unterteilt nach Nationalität										
Deutsche	99.561	91,4	99.988	91,0	99.891	90,3	99.856	89,3	+ 295	+ 0,3
Ausländer	9.339	8,6	9.934	9,0	10.786	9,7	12.014	10,7	+ 2.675	+ 28,6
unterteilt nach Altersgruppe										
0 bis unter 3	2.729	2,5	2.777	2,5	2.834	2,6	2.938	2,6	+ 209	+ 7,7
3 bis unter 6	2.642	2,4	2.617	2,4	2.615	2,4	2.672	2,4	+ 30	+ 1,1
6 bis unter 18	10.535	9,7	10.462	9,5	10.492	9,5	10.494	9,4	- 41	- 0,4
18 bis unter 25	10.226	9,4	10.607	9,6	10.757	9,7	11.101	9,9	+ 875	+ 8,6
25 bis unter 35	15.836	14,5	16.406	14,9	16.850	15,2	17.360	15,5	+ 1.524	+ 9,6
35 bis unter 45	13.382	12,3	13.053	11,9	12.948	11,7	12.982	11,6	- 400	- 3,0
45 bis unter 65	29.890	27,4	30.245	27,5	30.293	27,4	30.326	27,1	+ 436	+ 1,5
65 und älter	23.660	21,7	23.755	21,6	23.888	21,6	23.997	21,5	+ 337	+ 1,4
unterteilt nach Konfession										
katholisch	55.979	51,4	55.673	50,6	54.786	49,5	54.147	48,4	- 1.832	- 3,3
evangelisch	20.619	18,9	20.525	18,7	20.210	18,3	20.278	18,1	- 341	- 1,7
unterteilt nach Familienstand										
ledig	46.279	42,5	47.609	43,3	47.947	43,3	48.713	43,5	+ 2.434	+ 5,3
verheiratet	45.355	41,6	45.109	41,0	44.889	40,6	44.807	40,1	- 548	- 1,2
verwitwet	7.918	7,3	7.851	7,1	7.804	7,1	7.657	6,8	- 261	- 3,3
geschieden	9.348	8,6	9.353	8,5	9.394	8,5	9.392	8,4	+ 44	+ 0,5

Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz



# Bevölkerungspyramide 2014



Stichtag 31.12.2012

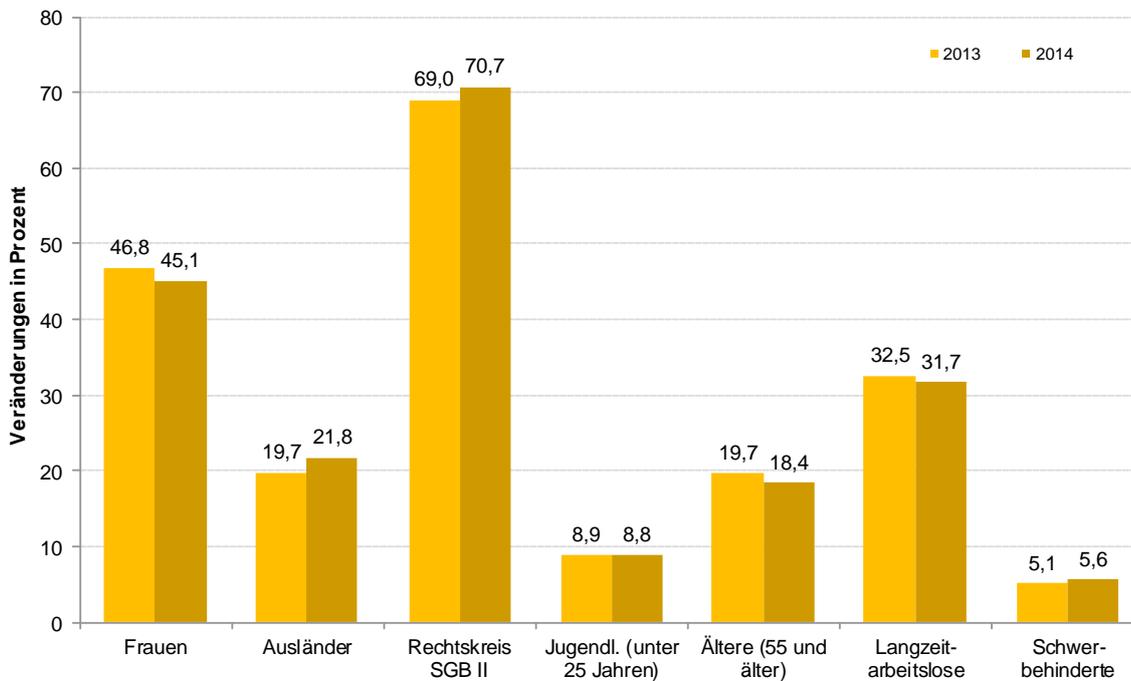
Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz



▪ **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen**

Strukturelle Gruppen	2010	2011	2012	2013	2014	Differenz zum Vorjahr	
	Mittelwerte der vier Quartalsmonate					Anzahl	Prozent
Arbeitslose	4.045	3.552	3.783	3.633	3.851	+ 219	+ 6,0
<b>nach Geschlecht</b>							
Männer	2.226	1.919	2.008	1.932	2.114	+ 182	+ 9,4
Frauen	1.819	1.633	1.775	1.700	1.737	+ 37	+ 2,2
<b>nach Nationalität</b>							
Deutsche	3.252	2.893	3.060	2.915	3.011	+ 96	+ 3,3
Ausländer	790	657	723	716	838	+ 122	+ 17,0
<b>nach Rechtskreis</b>							
SGB III	1.159	987	1.061	1.126	1.127	+ 2	+ 0,1
SGB II	2.886	2.565	2.722	2.507	2.724	+ 217	+ 8,7
<b>nach Altersgruppe</b>							
unter 25 Jahren	386	351	350	323	341	+ 18	+ 5,6
55 Jahre und älter	579	568	664	715	707	- 8	- 1,0
<b>nach Beschäftigungsumfang</b>							
Vollzeit	3.249	2.756	2.865	2.623	2.788	+ 165	+ 6,3
Teilzeit	686	696	819	856	930	+ 74	+ 8,7
<b>weitere strukturelle Gruppen</b>							
Schw erbehinderte	227	237	206	184	215	+ 31	+ 16,9
Langzeitarbeitslose	1.218	1.049	1.211	1.181	1.219	+ 38	+ 3,2

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen



▪ **Beherbergungsstatistiken:**

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Beherbergungsstätten (1.Juli)	52	52	56	53	55	60
Betten (1. Juli)	3.474	3.418	3.991	3.937	4.024	3.879
Bettenauslastung (Jahresmittel in %)	39,4	40,4	46,5	42,2	42,7	45,2
<b>Ankünfte</b>						
gesamt	255.053	257.612	351.937	322.284	332.451	337.173
darunter Ausländische Gäste	57.610	60.739	53.060	59.010	61.885	62.598
<b>Übernachtungen</b>						
gesamt	499.420	504.611	678.097	606.099	627.627	640.089
darunter Ausländische Gäste	102.847	108.638	96.242	105.321	112.743	113.407
<b>Aufenthaltsdauer in Tagen</b>						
gesamt	1,96	1,96	1,93	1,88	1,89	1,90
Ausländische Gäste	1,79	1,79	1,81	1,78	1,82	1,81

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Statistikstelle der Stadtverwaltung Koblenz

▪ **Bevölkerungsbewegung:**

Art der Bewegung	Jahr									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Zuzüge</b>	6.719	6.740	7.004	7.166	7.031	7.211	9.271	8.867*	9.176	9.494
davon										
Deutsche	5.407	5.331	5.725	5.825	5.672	5.710	7.362	6.574	6.436	6.155
Ausländer	1.312	1.409	1.279	1.341	1.359	1.501	1.909	2.293	2.740	3.339
<b>Wegzüge</b>	6.648	6.259	6.590	6.827	6.677	6.771	7.037	7.519	8.111	8.065
davon										
Deutsche	5.533	5.099	5.541	5.627	5.530	5.673	5.742	6.116	6.478	6.230
Ausländer	1.115	1.160	1.049	1.200	1.147	1.098	1.295	1.403	1.633	1.835
<b>Umzüge</b>	8.047	8.135	8.004	7.676	7.437	7.424	7.350	7.140	7.318	7.002
davon										
Deutsche	6.815	7.044	7.035	6.676	6.402	6.499	6.340	6.119	6.022	5.398
Ausländer	1.232	1.091	969	1.000	1.035	925	1.010	1.021	1.296	1.604
<b>Geburten</b>	850	927	987	891	915	984	931	1.016	1.010	991
davon										
Deutsche	776	871	925	828	859	927	876	970	923	911
Ausländer	74	56	62	63	56	57	55	46	87	80
<b>Sterbefälle</b>	1.268	1.185	1.267	1.264	1.263	1.213	1.239	1.331	1.310	1.246
davon										
Deutsche	1.230	1.152	1.236	1.234	1.225	1.176	1.198	1.298	1.268	1.208
Ausländer	38	33	31	30	38	37	41	33	42	38

\* incl. der 1.000 Ummeldungen zum Hauptwohnsitz in Folge der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer

Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz

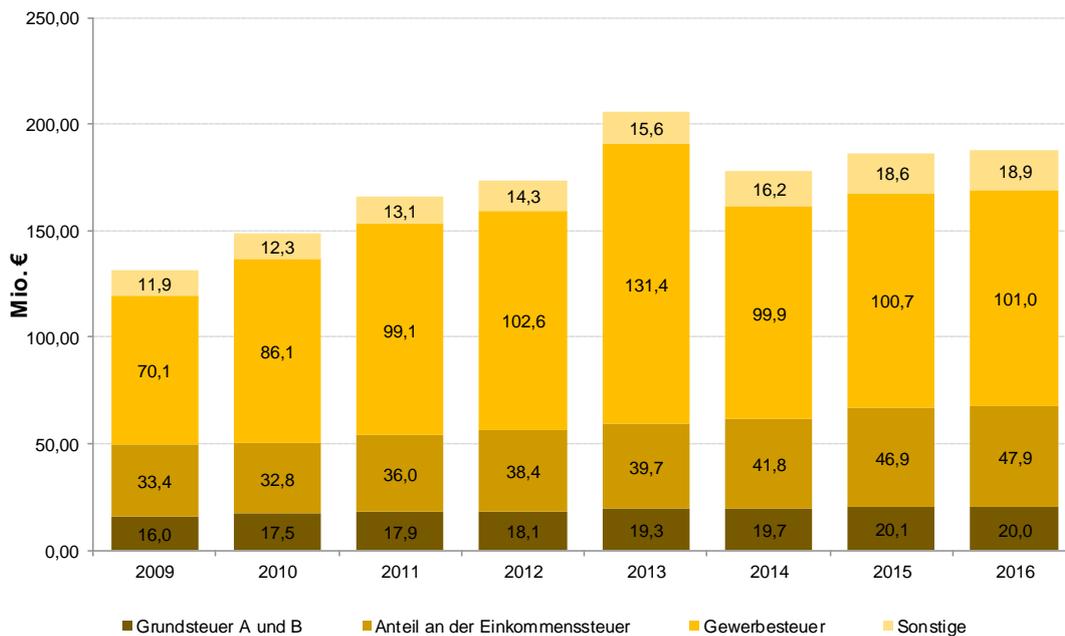


▪ **Steuererträge:**

	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Nachtrag	Ansatz
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €							
<b>Steuererträge (Brutto)</b>	<b>131,45</b>	<b>148,66</b>	<b>166,03</b>	<b>173,50</b>	<b>206,05</b>	<b>177,61</b>	<b>186,25</b>	<b>187,78</b>
davon:								
+ Grundsteuer A und B	15,99	17,47	17,89	18,13	19,35	19,73	20,07	19,98
+ Anteil an der Einkommensteuer	33,44	32,77	35,96	38,41	39,67	41,78	46,90	47,90
+ Gewerbesteuer	70,12	86,09	99,14	102,61	131,41	99,90	100,70	101,00
+ Grunderwerbssteuer*	0,12	-	-	-	-	-	-	-
+ Umsatzsteuerermehreinnahmen vom Land	3,29	3,74	3,84	4,00	3,97	4,36	4,78	4,40
+ Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7,28	7,46	7,82	8,33	8,50	8,66	10,25	10,30
+ Sonstige Steuern	1,23	1,13	1,39	2,00	3,15	3,18	3,54	4,21
- abzüglich Gewerbesteuerumlage	- 11,75	- 15,28	- 16,93	- 17,57	- 23,31	- 16,54	- 16,13	- 16,59
<b>Steuererträge (Netto)</b>	<b>119,70</b>	<b>133,38</b>	<b>149,11</b>	<b>155,93</b>	<b>182,74</b>	<b>161,08</b>	<b>170,12</b>	<b>171,19</b>

\* seit 2003 ausschließlich vom Land Rheinland-Pfalz erhoben

Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-



Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-



- Im nachfolgenden werden die **Hebesätze** der Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Koblenz, sowie ausgewählter kreisfreier Städte in Rheinland-Pfalz dargestellt:

Gemeindebezeichnung	Hebesätze 2014		
	Gewerbesteuer	Grundsteuer B	Grundsteuer A
Kaiserslautern	410	420	310
Koblenz	410	420	340
Ludwigshafen am Rhein	375	420	320
Mainz	440	440	290
Trier	420	420	350

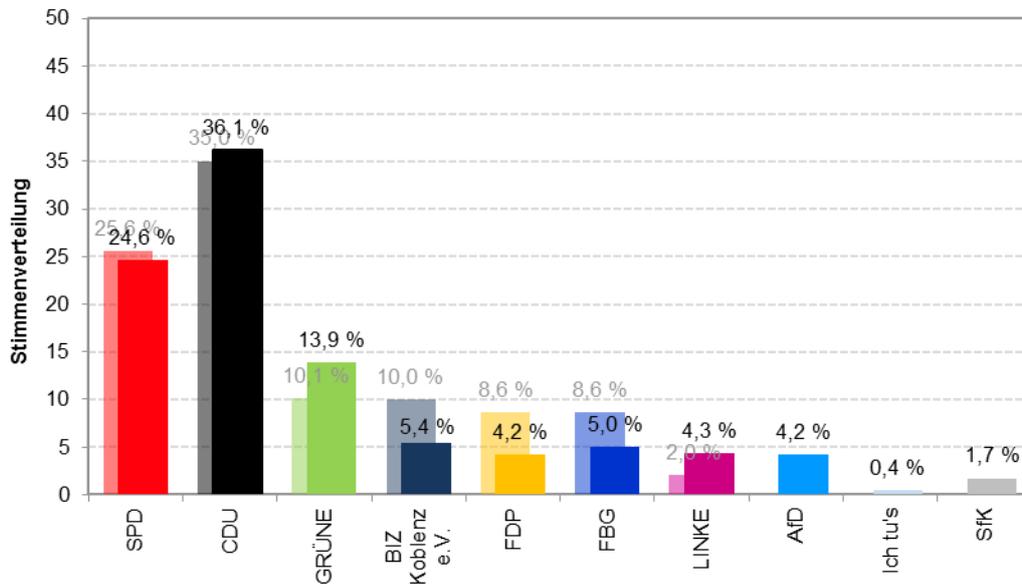
- Schulentwicklung:**

Schulart	Schuljahr					
	2009/2010	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014	2014/2015
Grundschulen	3.491	3.431	3.345	3.297	3.301	3.374
Hauptschulen	817	119	82	48	-	-
Realschulen plus	380	2.101	2.115	1.993	1.888	1.811
Gymnasien	6.139	6.154	6.147	6.120	6.063	5.926
Integ. Gesamtschulen	743	789	784	769	760	746
Realschulen	1.739	586	560	563	561	558
Förderschulen	386	353	357	342	327	312
Kollegs u. Abendgym.	262	262	237	268	242	229
Schüler insgesamt	13.957	13.795	13.627	13.400	13.142	12.956

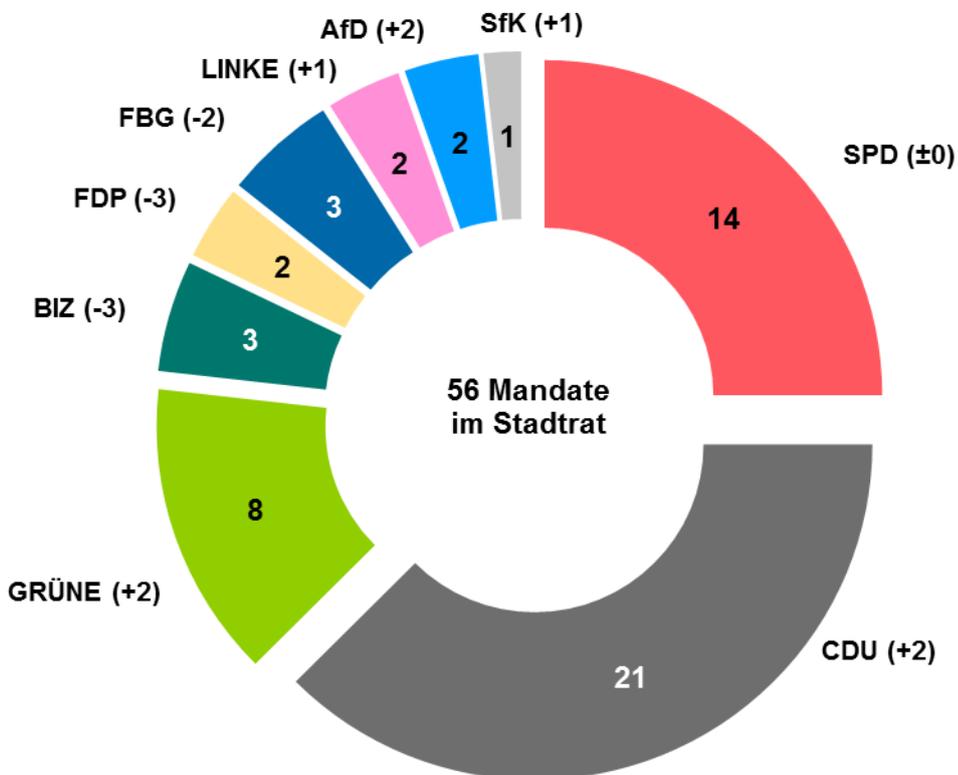
Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kultur- und Schulverwaltungsamt-; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



▪ **Ergebnis Kommunalwahlen 2014:**



Die blassen Säulen stellen das Ergebnis der Wahl 2009 dar.  
 Datenquelle: Endergebnis Kommunalwahl 2014; Stadt Koblenz



Datenbasis: Amtliches Endergebnis Kommunalwahl 2014; Stadt Koblenz



## 3. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

### Zusammengefasstes Ergebnis

#### 3.1 Bilanz

Die Bilanz hat die Aufgabe, das kommunale Vermögen und dessen Veränderungen wertmäßig nachzuweisen, sowie die Finanzierung des Vermögens darzustellen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 1.405 Mio. € und erhöhte sich um 25,1 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.

Zum Schluss des Haushaltsjahres weist die Bilanz ein positives Eigenkapital in Höhe von 530,5 Mio. € aus.

Die Ursachen der Erhöhung der Bilanzsumme sind unter 3.5 Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage beschrieben.



# Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €	Passiva	31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327.100,49	56.036.134,50	Kapitalrücklage	633.865.516,81	633.865.516,81
Sachanlagen	999.520.351,65	1.000.346.349,01	Sonstige Rücklagen	0,00	16.028,20
Finanzanlagen	289.229.863,58	308.242.951,28	Ergebnisvortrag	-104.089.429,41	-91.079.200,10
Vorräte	6.721.924,61	6.134.770,54	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	13.010.229,31	-12.289.666,20
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.925.930,18	18.979.968,29	Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	Sonderposten zum Anlagevermögen	209.670.186,99	214.805.882,47
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.732.564,38	11.235.269,22	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	37.333,40	54.854,96
Rechnungsabgrenzungsposten	5.815.596,73	4.404.831,80	Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	1.212.813,56
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0,00
			Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00
			Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
			Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	148.808.990,51	151.752.030,49
			Steuerrückstellungen	8.818.793,00	11.903.761,62
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0,00
			Sonstige Rückstellungen, (z. B. Instandhaltung)	19.753.910,83	14.136.715,56
			Anleihen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	385.727.887,78	405.472.263,01
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.336.989,48	3.256.319,80
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.971.480,36	5.624.078,32
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	850,00	25,76
			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.775.235,75	18.361.169,78
			Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.133,85	20.819,25
			Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	36.142.777,60	41.977.453,78
			Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	4.483.924,31	2.939.403,47
			Sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27	2.744.338,78
			Rechnungsabgrenzungsposten	1.300.793,78	605.665,32
	1.380.273.331,62	1.405.380.274,64		1.380.273.331,62	1.405.380.274,64



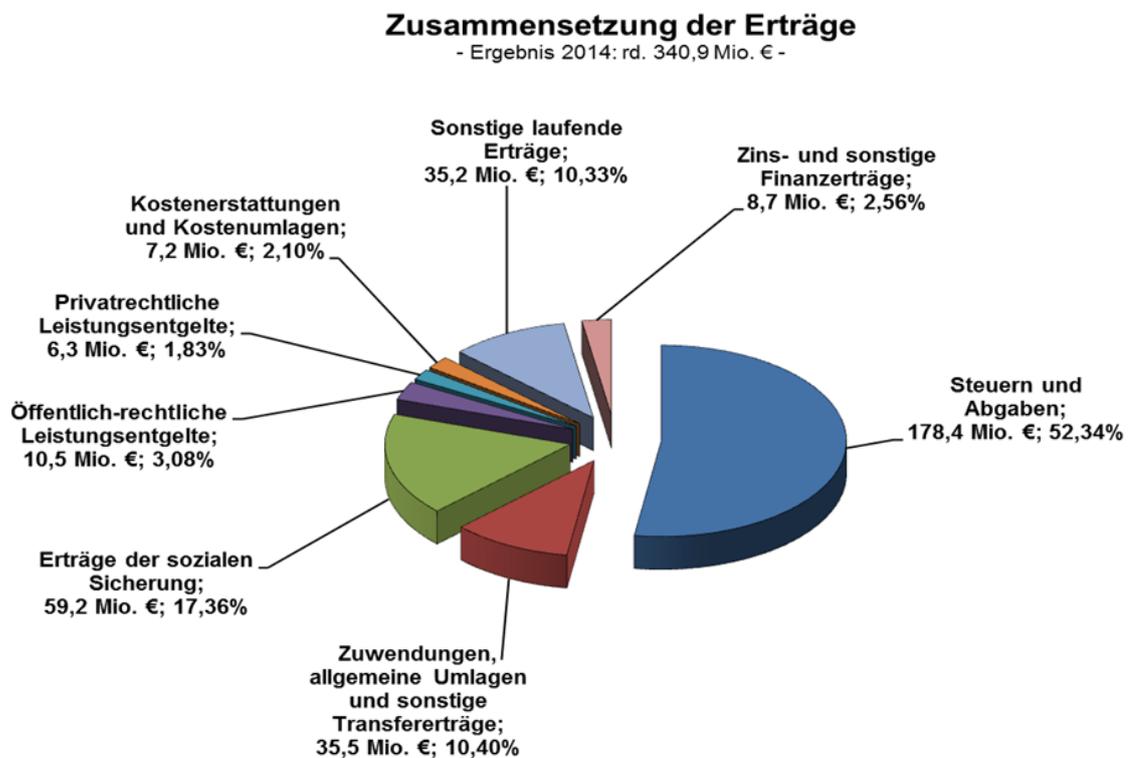
	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung	
			€	%
<b>Eigenkapital</b>	<b>542.786.316,71 €</b>	<b>530.512.678,71 €</b>	<b>-12.273.638,00 €</b>	<b>-2,26%</b>
Kapitalrücklage	633.865.516,81 €	633.865.516,81	0,00 €	
Sonstige Rücklagen	0,00 €	16.028,20	16.028,20 €	
Ergebnisvortrag	-104.089.429,41 €	-91.079.200,10	13.010.229,31 €	
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	13.010.229,31 €	-12.289.666,20 €	-25.299.895,51 €	

Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2014 beträgt 12,3 Mio. €, was im Vergleich zum Jahresüberschuss des Vorjahres (13 Mio. €) eine Ergebnisverschlechterung um -25,3 Mio. € bedeutet. Aus den Jahresfehlbeträgen der Haushaltsjahre 2009 bis 2012 sowie dem Jahresüberschuss 2013 (13 Mio. €) setzt sich der Ergebnisvortrag zusammen. Bei einer Bilanzsumme von 1.405 Mio. € beträgt die Eigenkapitalquote 37,75%.

	2010	2011	2012	2013	2014
Eigenkapitalquote in %	43,11	38,62	38,42	39,32	37,75

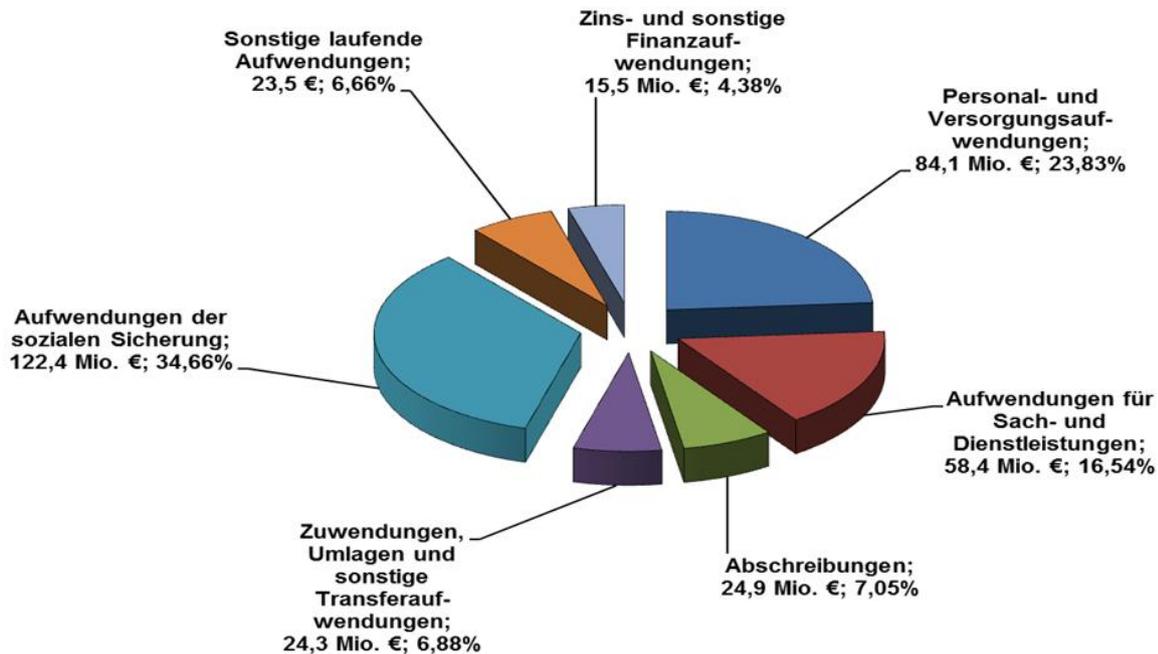
Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme. Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die „Gesundheit“ der Kommunalfinanzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz stark durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

## 3.2 Ergebnisrechnung



## Zusammensetzung der Aufwendungen

- Ergebnis 2014: rd. 353,1 Mio. € -



### Planvergleich:

In der Ergebnisrechnung wird ein **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **rd. 12,3 Mio. €** ausgewiesen, der um 34,8 Mio. € **unter** dem im Nachtragshaushaltsplan 2014 veranschlagten Jahresfehlbetrag von 47,1 Mio. € liegt.

Ursächlich hierfür waren insbesondere Mehrerträge von rd. 2 Mio. € bei den Steuern und rd. 18,7 Mio. € bei den sonstigen laufenden Erträgen (davon rd. 15,5 Mio. € durch die Erhöhung des Buchwertes bei der Beteiligung Stadtwerke Koblenz GmbH). Im Gegensatz dazu wurden Mindererträge bei den Positionen Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge von rd. 1 Mio. € und bei den Erträgen der sozialen Sicherung von rd. 3,1 Mio. € erzielt. Der Aufwandsbereich (lfd. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit) endete mit einer Verbesserung von rd. 17,5 Mio. € im Vergleich zum Nachtragsplan 2014. Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus den folgenden Minderaufwendungen:

- Personalaufwendungen von 2,76 Mio. €,
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 10,26 Mio. € (u. a. Unterhaltung Gebäude = 3,27 Mio. €, Unterhaltung Brücken = 1,09 Mio. € und Kostenerstattungen an verbundene Unternehmen = 2,32 Mio. €),
- Abschreibungen von 3,01 Mio. € (u. a. 1,13 Mio. € Kulturgebäude Forum Confluentes) und
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen von 1,04 Mio. €.

### Ergebnisveränderung zum Vorjahr:

Im Ergebnisvergleich zum Vorjahr 2013 (Jahresüberschuss 13 Mio. €) ergibt sich eine **Verschlechterung** von **25,3 Mio. €**.

Die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit sind im Betrachtungszeitraum um 29 Mio. € (-8,04 %) gesunken.

Die Steuern und ähnlichen Abgaben sanken in 2014 gegenüber dem Vorjahr um 28,5 Mio. € (-13,75 %). Die sonstigen laufenden Erträge reduzierten sich im Vergleichszeitraum von 40,2 Mio. € um 6,1 Mio. € (-15,21 %) auf 34,1 Mio. €.

Laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	206.866.986,04 €	178.415.597,11 €	-28.451.388,93 €	-13,75%
Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf.	31.038.686,01 €	35.452.442,78 €	4.413.756,77 €	14,22%
Erträge der sozialen Sicherung	57.475.193,09 €	59.180.226,39 €	1.705.033,30 €	2,97%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.002.496,95 €	10.502.129,49 €	499.632,54 €	5,00%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.954.059,18 €	6.249.307,33 €	295.248,15 €	4,96%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.111.801,26 €	7.148.833,61 €	-962.967,65 €	-11,87%
Bestandsveränd. fert. u. unfert.Erzeugn.	-4.236,28 €	-20.890,80 €	-16.654,52 €	393,14%
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.548.843,35 €	1.135.066,70 €	-413.776,65 €	-26,72%
Sonstige laufende Erträge	40.220.847,77 €	34.105.017,67 €	-6.115.830,10 €	-15,21%
<b>Gesamt</b>	<b>361.214.677,37 €</b>	<b>332.167.730,28 €</b>	<b>-29.046.947,09 €</b>	<b>-8,04%</b>

Die Zinserträge und sonst. Finanzerträge sind in 2014 gegenüber 2013 um 5,3 Mio. € (-37,57 %) gesunken.

Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit sind im Vergleichszeitraum um 9,1 Mio. € (-2,63 %) gesunken.

Laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Personal- u. Versorgungsaufwendungen	81.400.467,53 €	84.146.317,23 €	2.745.849,70 €	3,37%
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleist.	55.136.578,54 €	58.402.642,68 €	3.266.064,14 €	5,92%
Abschreibungen	23.385.903,76 €	24.942.375,18 €	1.556.471,42 €	6,66%
Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf.	30.519.706,08 €	24.278.288,65 €	-6.241.417,43 €	-20,45%
Aufwendungen der sozialen Sicherung	116.394.575,12 €	122.391.116,37 €	5.996.541,25 €	5,15%
Sonstige laufende Aufwendungen	39.968.414,98 €	23.516.570,09 €	-16.451.844,89 €	-41,16%
<b>Gesamt</b>	<b>346.805.646,01 €</b>	<b>337.677.310,20 €</b>	<b>-9.128.335,81 €</b>	<b>-2,63%</b>

Die Zinsaufwendungen stiegen im Betrachtungszeitraum nur geringfügig um 80.277,82 € (0,52 %) auf 15,5 Mio. €. Aufgrund des weiterhin historisch niedrigen Zinsniveaus ist bei künftig möglichen steigenden Zinsen und zunehmender Verschuldung ein besonderes Risiko zu sehen.

### 3.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 4,09 Mio. € und liegt mit 10,31 Mio. € über dem geplanten Ansatz im Nachtragshaushaltsplan 2014 von -6,22 Mio. €.

Die im Nachtrag 2014 mit 28,8 Mio. € (zzgl. 30,2 Mio. € übertragene Ermächtigungen) geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen konnten u. a. wegen der späten Haushalts- und Nachtragshaushaltsgenehmigungen 2014 lediglich mit 24,7 Mio. € kassenwirksam werden.

Im Berichtszeitraum wurden Investitionskredite in Höhe von insgesamt 25,9 Mio. € aufgenommen. Hierbei handelt es sich um 23,6 Mio. € aus der Kreditermächtigung des Jahres 2012 und 2,3 Mio. € (von 12,2 Mio. €) aus 2013. Aufgrund der Kreditermächtigung für das Jahr 2014 in Höhe von rund 18,1 Mio. € wurde im Berichtszeitraum kein Investitionskredit aufgenommen. Bei dem ausgewiesenen Betrag von 39,9 Mio. € in Zeile 45 "Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten" sind Umschuldungen in Höhe von 14 Mio. € enthalten. Dieser Umschuldungsbetrag ist auch in Zeile 46 „Auszahlung zur Tilgung von Investitionskrediten“ enthalten, sodass der in Zeile 47 „Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten“ ausgewiesene Betrag von 9,7 Mio. € die tatsächlich in 2014 gebuchte Erhöhung des Investitionskreditbestandes wiedergibt.

Die tatsächlichen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen waren mit 9,9 Mio. € (+ 1,2 Mio. €) höher als im Nachtragshaushaltsplan veranschlagt (8,7 Mio. €).



Die geplante Finanzierung des Investitionshaushalts mit Erschließungs- und Ausbaubeiträgen von 0,81 Mio. € wurde tatsächlich nur mit 0,57 Mio. € (-0,24 Mio. €) verwirklicht.

### 3.4 Haushaltsausgleich

Für den Haushaltsausgleich im Rahmen der Jahresrechnung gelten die Regeln nach § 18 Abs. 2 GemHVO. Die **Ergebnisrechnung** ist nicht ausgeglichen. Der Jahresfehlbetrag bemisst sich auf 12,3 Mio. €.

Ebenso konnte auch die **Finanzrechnung** nicht ausgeglichen werden. Hierfür ist es grundsätzlich erforderlich, dass der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken. Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt 0,17 Mio. € und die planmäßigen Tilgungen bemessen sich auf 15,94 Mio. €. Es ergibt sich somit eine negative freie Finanzspitze in Höhe von -15,77 Mio. €.

Der Haushaltsausgleich ist in der **Bilanz** gewährleistet, weil bisher noch kein negatives Eigenkapital ausgewiesen wurde.

Im Hinblick auf die beschlossenen Haushaltspläne 2015 und 2016 ist zurzeit nicht von einem Erreichen des Haushaltsausgleichs in den Finanzplanungsjahren auszugehen. Die Bilanz wird dagegen auf der Basis der in der Eröffnungsbilanz festgestellten guten Eigenkapitalquote (52,53 %) mittelfristig noch ein positives Eigenkapital darstellen können.

### 3.5 Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

#### ▪ Darstellung Vermögenslage

In Anknüpfung an die grundsätzlichen Ausführungen zur Bilanz zum 31.12.2014 (s. Abschnitt 3.1) sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** haben die Anteile an verbundenen Unternehmen zum Stichtag der Bilanzaufstellung um 15,5 Mio. € zugenommen. Dies resultiert aus der Erhöhung nach anteiligem Eigenkapital an der Finanzanlage „Stadtwerke Koblenz GmbH“. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit der neuen Konzernstruktur im Bereich der Stadtwerke Koblenz GmbH.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327.100,49 €	56.036.134,50	-290.965,99 €	-0,52%
Sachanlagen	999.520.351,65 €	1.000.346.349,01	825.997,36 €	0,08%
Finanzanlagen	289.229.863,58 €	308.242.951,28	19.013.087,70 €	6,57%
<b>Gesamt</b>	<b>1.345.077.315,72 €</b>	<b>1.364.625.434,79 €</b>	<b>19.548.119,07 €</b>	<b>1,45%</b>

Die **Forderungen** und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 0,9 Mio. € gesunken und betragen zum Stichtag 31.12.2014 insgesamt 19 Mio. €:



Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Veränderung	
				€	%
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	18.761.540,96 €	21.566.037,25 €	2.804.496,29 €	14,95%
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.007.942,57 €	2.223.807,97 €	-784.134,60 €	-26,07%
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.809.315,58 €	233.872,54 €	-3.575.443,04 €	-93,86%
4.	Forderungen gegen Unternehmen, m. d. e. Beteiligungsverhältnis besteht	43.648,06 €	79.652,69 €	36.004,63 €	82,49%
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	511.794,22 €	73.129,27 €	-438.664,95 €	-85,71%
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	178.293,36 €	326.174,67 €	147.881,31 €	82,94%
7.	sonstige Vermögensgegenstände	4.008.042,76 €	6.400.654,62 €	2.392.611,86 €	59,70%
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-10.394.647,33 €	-11.923.360,72 €	-1.528.713,39 €	14,71%
<b>Gesamt</b>		<b>19.925.930,18 €</b>	<b>18.979.968,29 €</b>	<b>-945.961,89 €</b>	<b>-4,75%</b>

Der hohe Kassenbestand bei den **Liquiden Mitteln** in 2014 begründet sich aus zwei Gutschriften der Landesoberkasse für den Gemeindeanteil in Höhe von insgesamt 8,65 Mio. € mit Valuta zum 30.12.2014. Da dies erst aus dem Kontoauszug am 04.01.2015 ersichtlich war, führten diese Zahlungen nicht mehr am letzten Banktag 2014 zur Rückzahlung von Kassenkrediten, sondern erst am 4. Januar 2015.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Liquide Mittel	2.732.564,38 €	11.235.269,22 €	8.502.704,84 €	311,16%
<b>Gesamt</b>	<b>2.732.564,38 €</b>	<b>11.235.269,22 €</b>	<b>8.502.704,84 €</b>	<b>311,16%</b>

Auf der Passivseite sind die Veränderungen der **Sonderposten** hervorzuheben:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
SoPo zum Anlagevermögen	209.670.186,99 €	214.805.882,47 €	5.135.695,48 €	2,45%
SoPo für Gebührenaussgleich	37.333,40 €	54.854,96 €	17.521,56 €	46,93%
SoPo mit Rücklageanteil	0,00 €	1.212.813,56 €	1.212.813,56 €	-
<b>Gesamt</b>	<b>209.707.520,39 €</b>	<b>216.073.550,99 €</b>	<b>6.366.030,60 €</b>	<b>3,04%</b>

Während prozentual keine erhebliche Veränderung eintrat (3,04%), so wurde doch ein erstmaliger Sonderposten mit Rücklageanteil gebildet.

Der Sonderposten mit Rücklageanteil enthält den Gewinn aus dem Verkauf des Stadtbades Weißergasse für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) „Städtische Bäder“. Der BgA ist gemeinnützig. Gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 5 AO dürfen die Gewinne eines gemeinnützigen BgA nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Der Gewinn stellt eine Betriebsmittelrücklage dar und wird in der Kommunalbilanz nach § 42 GemHVO als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen, der in den Folgejahren in Höhe der entstehenden Verluste des BgA aufgelöst wird.

Die **Rückstellungen** haben sich um 0,4 Mio. € auf 177,8 Mio. € erhöht. Dies resultierte aus einem Anstieg der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 2,9 Mio. €, einem Anstieg der Steuerrückstellungen von 3,1 Mio. € (z. B. Rückstellung für Gewerbesteuererstattungen an Unternehmen für Vorjahre) und einem Rückgang der sonstigen Rückstellungen (z. B.: Instandhaltungen) von 5,6 Mio. €.



Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	148.808.990,51 €	151.752.030,49 €	2.943.039,98 €	1,98%
Steuerrückstellungen	8.818.793,00 €	11.903.761,62 €	3.084.968,62 €	34,98%
Sonstige Rückstellungen	19.753.910,83 €	14.136.715,56 €	-5.617.195,27 €	-28,44%
<b>Gesamt</b>	<b>177.381.694,34 €</b>	<b>177.792.507,67 €</b>	<b>410.813,33 €</b>	<b>0,23%</b>

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** erhöhten sich im Jahr 2014 um insgesamt 20,1 Mio. € auf 436,6 Mio. €. Hierbei erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen um 10,2 Mio. € und die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung (Geldmarkt, Eigenbetriebe und unverzinsliche Landeskredite) um 9,9 Mio. €.

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung	
			€	%
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	308.727.818,63 €	318.972.219,71 €	10.244.401,08 €	3,32%
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	107.728.381,72 €	117.618.564,67 €	9.890.182,95 €	9,18%
<i>davon in Bilanzposition:</i>				
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	77.000.069,15 €	86.500.043,30 €		
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	30.179.119,90 €	30.843.924,78 €		
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	549.192,67 €	274.596,59 €		
<b>Gesamt</b>	<b>416.456.200,35 €</b>	<b>436.590.784,38 €</b>	<b>20.134.584,03 €</b>	<b>4,83%</b>

Die restlichen **Verbindlichkeiten** sind vor allem im Bereich der verbundenen Unternehmen angestiegen. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die Bilanzierung des Sanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH, so dass sich in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nunmehr die nachträglich berechneten Fremdfinanzierungskosten und die tatsächlichen Spitzabrechnungen der Jahresprogramme 2005 bis 2007 befinden.

Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.336.989,48 €	3.256.319,80 €	-80.669,68 €	-2,42%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.971.480,36 €	5.624.078,32 €	-1.347.402,04 €	-19,33%
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.775.235,75 €	18.361.169,78 €	8.585.934,03 €	87,83%
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.133,85 €	20.819,25 €	11.685,40 €	127,94%
Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen etc.	36.142.777,60 €	41.977.453,78 €	5.834.676,18 €	16,14%
Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	4.483.924,31 €	2.939.403,47 €	-1.544.520,84 €	-34,45%
Sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27 €	2.744.338,78 €	95.611,51 €	3,61%
<b>Gesamt (ohne Bilanzpositionen 4.2.1 + 4.2.2)</b>	<b>63.368.268,62 €</b>	<b>74.923.583,18 €</b>	<b>11.555.314,56 €</b>	<b>18,24%</b>



▪ **Darstellung Ertragslage**

	Ergebnis 2014	Nachtrag 2015	Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Haushaltsplan 2016)			
			2016	2017	2018	2019
Steuern und ähnliche Abgaben, öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Leistungsentgelte, Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, andere aktivierte Eigenleistungen, sonstige laufende Erträge	230.386.228 €	221.805.634 €	219.532.320 €	225.417.632 €	227.522.627 €	233.670.666 €
abzüglich						
Personal- und Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen, sonstige laufende Aufwendungen	191.007.905 €	202.840.512 €	218.512.212 €	206.673.826 €	206.088.851 €	198.986.899 €
<b>Zwischensumme 1</b>	<b>39.378.322 €</b>	<b>18.965.122 €</b>	<b>1.020.108 €</b>	<b>18.743.806 €</b>	<b>21.433.776 €</b>	<b>34.683.767 €</b>
Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfererträge, Erträge der sozialen Sicherung, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	101.781.503 €	117.867.098 €	139.755.414 €	134.101.154 €	130.010.379 €	124.525.371 €
abzüglich						
Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transferaufwendungen, Aufwendungen der sozialen Sicherung	146.669.405 €	154.186.774 €	161.995.282 €	161.758.165 €	165.055.772 €	166.110.052 €
<b>Zwischensumme 2</b>	<b>-44.887.902 €</b>	<b>-36.319.676 €</b>	<b>-22.239.868 €</b>	<b>-27.657.011 €</b>	<b>-35.045.393 €</b>	<b>-41.584.681 €</b>
<b>Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-5.509.580 €</b>	<b>-17.354.554 €</b>	<b>-21.219.760 €</b>	<b>-8.913.205 €</b>	<b>-13.611.617 €</b>	<b>-6.900.914 €</b>
Finanzergebnis	-6.720.634 €	-7.813.194 €	-6.973.726 €	-7.120.161 €	-8.796.556 €	-9.952.238 €
Außerordentliches Ergebnis	-59.452 €	998.290 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-12.289.666 €</b>	<b>-24.169.457 €</b>	<b>-28.193.486 €</b>	<b>-16.033.366 €</b>	<b>-22.408.173 €</b>	<b>-16.853.152 €</b>

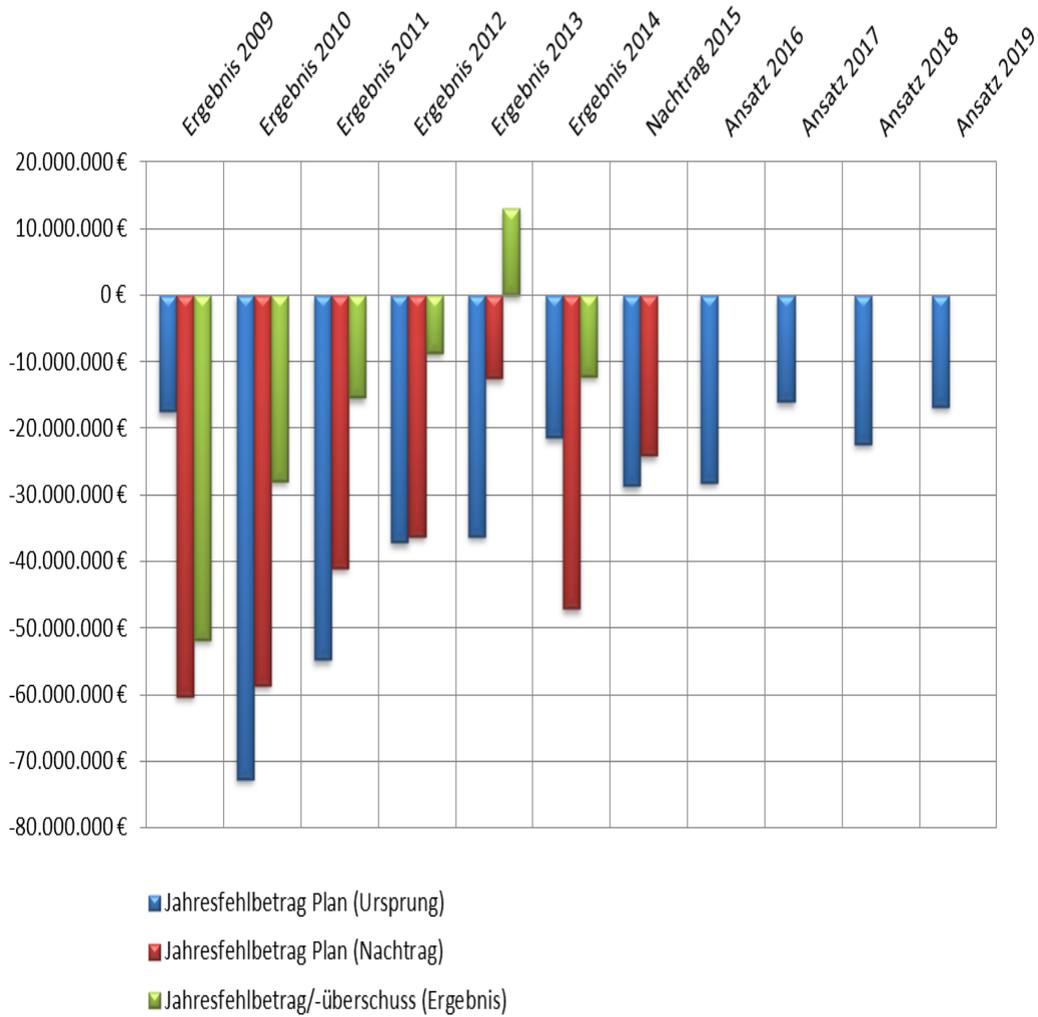
**Erläuterungen zur Ergebnisrechnung:**

In der Ergebnisrechnung wird ein negatives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 5,5 Mio. € dargestellt. Der Saldo des Finanzergebnisses beträgt -6,7 Mio. €.

Es wird letztlich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 12,3 Mio. € ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre wird auf Grundlage der Haushaltspläne 2015 und 2016 wieder mit Fehlbeträgen gerechnet.



## Entwicklung Jahresergebnisse Ergebnisrechnung/-haushalt



▪ Darstellung Finanzlage

	Ergebnis 2014	Nachtrag 2015	Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Haushaltsplan 2016)			
			2016	2017	2018	2019
<b>18 Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>4.094.805 €</b>	<b>-3.567.788 €</b>	<b>9.107.642 €</b>	<b>15.161.910 €</b>	<b>10.574.149 €</b>	<b>17.387.710 €</b>
<b>21 Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen</b>	<b>-7.392.858 €</b>	<b>-8.796.454 €</b>	<b>-7.113.726 €</b>	<b>-7.120.161 €</b>	<b>-8.796.556 €</b>	<b>-9.952.238 €</b>
<b>26 Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>172.815 €</b>	<b>-11.365.952 €</b>	<b>1.993.916 €</b>	<b>8.041.749 €</b>	<b>1.777.593 €</b>	<b>7.435.472 €</b>
35 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	12.946.395 €	11.979.490 €	25.896.075 €	20.538.805 €	16.826.555 €	13.333.010 €
abzüglich						
42 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.711.690 €	27.597.505 €	58.131.070 €	54.865.240 €	35.012.330 €	37.415.630 €
<b>43 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.765.295 €</b>	<b>-15.618.015 €</b>	<b>-32.234.995 €</b>	<b>-34.326.435 €</b>	<b>-18.185.775 €</b>	<b>-24.082.620 €</b>
<b>44 Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-11.592.480 €</b>	<b>-26.983.967 €</b>	<b>-30.241.079 €</b>	<b>-26.284.686 €</b>	<b>-16.408.182 €</b>	<b>-16.647.148 €</b>
45 Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten (*1)	39.915.950 €	16.618.015 €	33.080.395 €	35.326.435 €	18.930.875 €	24.663.620 €
abzüglich						
46 Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten (*1)	30.234.281 €	16.651.700 €	15.939.600 €	16.891.000 €	18.281.100 €	17.768.500 €
<b>47 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten</b>	<b>9.681.669 €</b>	<b>-33.685 €</b>	<b>17.140.795 €</b>	<b>18.435.435 €</b>	<b>649.775 €</b>	<b>6.895.120 €</b>

(\*1): Ergebnis 2014 berücksichtigt: Umschuldungen von rd. 14 Mio. €

**Erläuterungen zur Finanzrechnung:**

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 4,09 Mio. €. Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen wird in 2014 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen in Höhe von 7,39 Mio. €. In der Finanzrechnung wird im Jahr 2014 ein ordentliches Ergebnis von -3,3 Mio. € dokumentiert.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 24,71 Mio. € kassenwirksam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 12,95 Mio. € gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt -11,77 Mio. € in 2014.

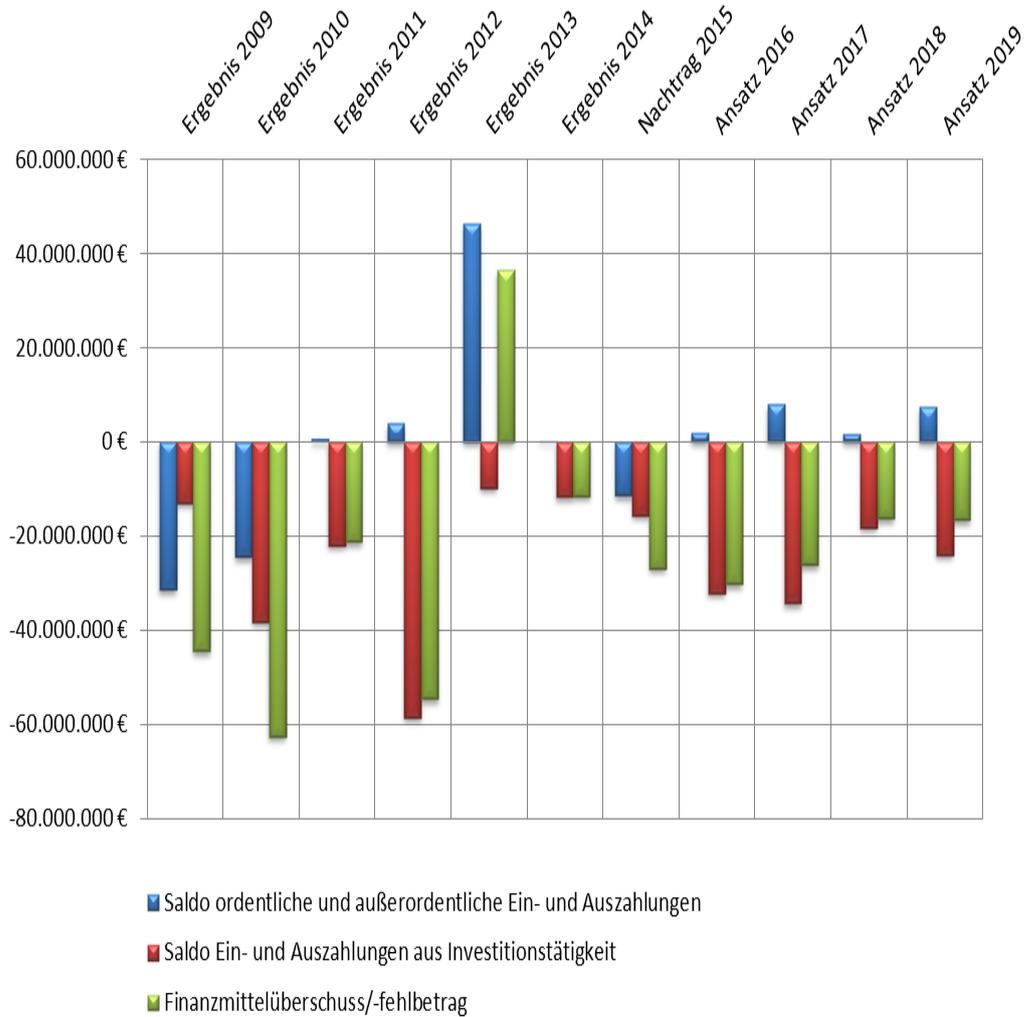
## Summarische Darstellung der Investitionen 2014 (Ergebnis) nach Teilhaushalten

TH	Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
1	Innere Verwaltung	26.052 €	218.796 €	-192.744 €
2	Bürgerdienste	0 €	0 €	0 €
3	Umwelt	0 €	0 €	0 €
4	Wirtschaft	3.279.491 €	2.972.877 €	306.614 €
5	Sicherheit u. Ordnung	128.589 €	823.797 €	-695.208 €
6	Jugend u. Soziales	1.528.121 €	6.405.144 €	-4.877.023 €
7	Sport	666.644 €	972.813 €	-306.169 €
8	Schulen	291.764 €	1.617.614 €	-1.325.850 €
9	Kultur	183 €	55.552 €	-55.369 €
10	Bauen, Wohnen, Verkehr	7.025.551 €	11.645.096 €	-4.619.546 €
11	Zentrale Finanzdienstleistungen	0 €	0 €	0 €
	<b>Summe</b>	<b>12.946.395 €</b>	<b>24.711.690 €</b>	<b>-11.765.295 €</b>

## Wesentliche Projekte des Investitionshaushaltes 2014

Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
Vorlandbrücke Europabrücke	943.979 €	2.446.410 €	-1.502.431 €
Bahnhaltepunkt Stadtmitte	0 €	1.473.117 €	-1.473.117 €
Neubau KiTa "Boelcke"	579.029 €	2.004.605 €	-1.425.576 €
Neubau KiTa Musikerviertel	476.242 €	1.901.030 €	-1.424.788 €
Erweiterung Kita "Rappelkiste"	468.412 €	1.519.637 €	-1.051.225 €
Hochwasserschutzmaßnahmen Lützel, Neuendorf, Wallersheim	865.760 €	1.755.609 €	-889.849 €
Sanierung Balduinbrücke	1.714.966 €	2.326.551 €	-611.585 €
Sanierung Zentralplatz mit umliegenden Straßen	421.479 €	960.573 €	-539.094 €
Sanierungsvertrag Wohnbau	0 €	424.587 €	-424.587 €

## Entwicklung Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge Finanzrechnung/-haushalt



## 4. Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage der Stadt Koblenz dargestellt. Kennzahlen beinhalten verdichtete Informationen, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf einfache Weise darzustellen und einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten.

Basis zur Ermittlung der folgenden Kennzahlen sind für die Jahre 2013 und 2014 die der Ergebnisrechnung entnommenen Istdaten. Für das Jahr 2015 wird von dem entsprechenden Ansatz (Nachtragshaushalt) im Ergebnishaushalt ausgegangen.

### Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

	Ertrag	Aufwand	Quote
<b>2013 - Ist</b>	375.197.131,15 €	362.175.417,43 €	103,60%
<b>2014 - Ist</b>	340.897.145,30 €	353.127.359,44 €	96,54%
<b>2015 - Nachtrag</b>	347.143.797,50 €	372.311.545,00 €	93,24%

### Ertragsquoten

	2013 - Ist		2014 - Ist		2015 - Nachtrag	
	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote
Steuerertragsquote <sup>1</sup>	206.051.986,04	57,04%	177.618.228,51	53,47%	186.245.500,00	54,83%
Zuwendungsquote <sup>2</sup>	31.038.686,01	8,59%	35.452.442,78	10,67%	45.446.971,50	13,38%
Ertragsquote der sozialen Sicherung <sup>3</sup>	57.475.193,09	15,91%	59.180.226,39	17,82%	64.420.200,00	18,97%
Leistungsentgeltquote <sup>4</sup>	24.068.357,39	6,66%	23.900.270,43	7,20%	23.917.198,00	7,04%
Quote der sonstigen Erträge <sup>5</sup>	41.765.454,84	11,56%	35.219.193,57	10,60%	18.742.863,00	5,52%

<sup>1</sup> Die Steuerertragsquote beschreibt den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht (Ergebnisrechnung/-haushalt, Anteil von Pos. 1 - Kontenart 401 bis 403 und 40521), bezogen auf die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit. Hierunter fallen Realsteuern, Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, sonstige Gemeindesteuern sowie der Familienlastenausgleich.

- <sup>2</sup> Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit eine Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Der Anteil der Erträge aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen wird in Bezug zu der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit gesetzt.
- <sup>3</sup> Anteil der Erträge der sozialen Sicherung an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>4</sup> Anteil der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen/-umlagen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>5</sup> Anteil der Erträge aus der Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen laufenden Erträgen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwandsquoten

	2013 - Ist		2014 - Ist		2015 - Nachtrag	
	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote
Personal- und Versorgungsaufwandsquote (Intensität I) <sup>6</sup>	81.400.467,53	23,47%	84.146.317,23	24,92%	89.016.002,00	24,93%
Sach- und Dienstleistungsintensität <sup>7</sup>	55.136.578,54	15,90%	58.402.642,68	17,30%	67.291.695,00	18,85%
Abschreibungsintensität I <sup>8</sup>	23.385.903,76	6,74%	24.942.375,18	7,39%	25.736.495,00	7,21%
Transferaufwandsquote <sup>9</sup>	30.519.706,08	8,80%	24.278.288,65	7,19%	23.956.352,00	6,71%
Soziallastquote I <sup>10</sup>	116.394.575,12	33,56%	122.391.116,37	36,24%	130.230.422,00	36,48%
Quote der sonst. laufenden Aufwendungen <sup>11</sup>	39.968.414,98	11,52%	23.516.570,09	6,96%	20.796.320,00	5,82%

- <sup>6</sup> Die Personal- und Versorgungsintensität I gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.
- <sup>7</sup> Anteil der Sach- und Dienstleistungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>8</sup> Anteil der Abschreibungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>9</sup> Anteil der Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>10</sup> Die Soziallastquote zeigt an, welchen Anteil die Aufwendungen der sozialen Sicherung an den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.
- <sup>11</sup> Anteil der sonstigen laufenden Aufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.



## Aufwendungen je Einwohner

	2013 - Ist	2014 - Ist	2015 - Nachtrag
	Betrag	Betrag	Betrag
Personal- und Versorgungsaufwendungen je Einwohner	740,53 €	760,29 €	795,71 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen je Einwohner	501,60 €	527,69 €	601,52 €
Sozialaufwendungen je Einwohner	1.058,88 €	1.105,84 €	1.164,12 €
Einwohnerzahl zum 31.12. d. J. <sup>12</sup>	109.922	110.677	111.870

<sup>12</sup> Quelle: Stadt Koblenz, Monatlicher Bevölkerungsbericht, Ausgaben: Dezember 2013, Dezember 2014, Dezember 2015

## Zinsquoten

	2013 - Ist		2014 - Ist		2015 - Nachtrag	
	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote
Zinslastquote <sup>13</sup>	13.748.647,30	3,96%	14.145.424,29	4,19%	14.063.400,00	3,94%
Zinsdeckungsquote <sup>14</sup>	13.748.647,30	3,81%	14.145.424,29	4,26%	14.063.400,00	4,14%

<sup>13</sup> Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) im Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit an.

<sup>14</sup> Die Zinsdeckungsquote zeigt an, in welchem Umfang die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit von den Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) aufgezehrt werden.

## Zinsaufwendungen

	2013 - Ist	2014 - Ist	2015 - Nachtrag
	Betrag	Betrag	Betrag
Zinsaufwendungen für Investitionskredite (inkl. Derivatgeschäfte)	12.068.573,15 €	12.003.153,14 €	11.509.000,00 €
Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite (inkl. Derivatgeschäfte)	1.680.074,15 €	2.142.271,15 €	2.554.400,00 €
Zinsaufwendungen (gesamt) je Einwohner	125,08 €	127,81 €	125,71 €

Einwohnerzahl zum 31.12. d. J. <sup>12</sup>	109.922	110.677	111.870
--	---------	---------	---------

## Entwicklung der Kreditverschuldung der Stadt Koblenz

(Ist-Ergebnisse, ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung, ohne Zinsabgrenzung)

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015 (vorläufig)
--	------------	------------	------------	---------------------------

Investitionskreditverschuldung (€)	320.203.238,40	304.734.277,95	314.662.555,65	298.010.931,96
Liquiditätskreditverschuldung (€)	129.273.396,00	107.728.381,72	117.618.564,67	141.585.400,80
<b>Gesamtkreditverschuldung (€)</b>	<b>449.476.634,40</b>	<b>412.462.659,67</b>	<b>432.281.120,32</b>	<b>439.596.332,76</b>

Investitionskreditverschuldung je Einwohner (€)	2.940,34	2.772,28	2.843,07	2.663,90
Liquiditätskreditverschuldung je Einwohner (€)	1.187,08	980,04	1.062,72	1.265,62
<b>Gesamtkreditverschuldung je Einwohner (€)</b>	<b>4.127,43</b>	<b>3.752,32</b>	<b>3.905,79</b>	<b>3.929,53</b>

Einwohnerzahl zum 31.12. d. J. <sup>12</sup>	108.900	109.922	110.677	111.870
--	---------	---------	---------	---------



## 5. Gliederung der Teilhaushalte

Die Stadt Koblenz hat in den jeweiligen Teilhaushalten folgende Produkte gebildet:

### Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

- 1111 Verwaltungssteuerung
- 1113 Öffentlichkeitsarbeit
- 1116 Gleichstellung
- 1117 Personalvertretung
- 1149 Zentrale Vergabestelle
- 1114 Gremien
- 1121 Personal
- 1122 Allgemeine Personalwirtschaft
- 1131 Organisation
- 1145 Zentrale Dienste
- 1146 Versicherungen
- 1211 Statistik
- 1226 Schiedsamt
- 3516 Sozialversicherungsangelegenheiten
- 5222 Mietspiegel
- 1181 Rechnungsprüfung
- 1161 Finanzverwaltung
- 1162 Zahlungsabwicklung/Vollstreckung
- 1191 Recht
- 2313 Kommunales Studieninstitut

### Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

- 1223 Bürgerservice

### Teilhaushalt 03 „Umwelt“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

- 1115 Lokale Agenda 21
- 5374 Abfallrecht
- 5522 Gewässeraufsicht und Bodenschutz
- 5541 Naturschutz/Landschaftspflege
- 5611 Umweltschutzmaßnahmen

### Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

- 5117 Stadtentwicklung - BUGA 2011
- 5711 Kommunale Wirtschaftsförderung



### **Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“**

Verantwortlich: Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

- 1118 Integrationsbeauftragte/r und Beirat für Migration und Integration
- 1212 Wahlen
- 1221 Sicherheit und Ordnung
- 1231 Verkehrsüberwachung
- 1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
- 1241 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Tierschutz
- 5732 Märkte, Kirmesse
- 1227 Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen
- 1261 Brandschutz
- 1262 Leitstelle
- 1281 Zivil- und Katastrophenschutz

### **Teilhaushalt 06 „Soziales und Jugend“**

Verantwortlich: Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

- 3111 Grundversorgung und Hilfen gem. SGB XII
- 3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 3122 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes
- 3131 Hilfen für Asylbewerber
- 3141 Soziale Einrichtungen
- 3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 3411 Unterhaltsvorschussleistungen
- 3431 Betreuungsleistungen
- 3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- 3521 Bildung und Teilhabe
- 3611 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege
- 3621 Jugendarbeit
- 3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 3641 Jugendhilfeplanung
- 3651 Tageseinrichtungen für Kinder
- 3661 Einrichtungen der Jugendarbeit

### **Teilhaushalt 07 „Sport“**

Verantwortlich: Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

- 4211 Förderung des Sports
- 4241 Sportstätten und Bäder



## **Teilhaushalt 08 „Schulen“**

Verantwortlich: Beigeordneter Detlef Knopp

- 2012 Allgemeine Schulverwaltung
- 2111 Grundschulen
- 2151 Realschulen plus
- 2171 Gymnasien
- 2181 Integrierte Gesamtschule
- 2211 Förderschulen
- 2311 Berufsbildende Schulen
- 2411 Schülerbeförderung
- 2431 Schulartübergreifende Maßnahmen
- Lastenausgleich

## **Teilhaushalt 09 „Kultur“**

Verantwortlich: Beigeordneter Detlef Knopp

- 2621 Musikpflege
- 2811 Heimat- und Kulturpflege
- 2911 Förderung von Kirchen- und sonstigen Religionsgemeinschaften
- 2721 Stadtbibliothek
- 2711 Volkshochschule
- 2631 Musikschule
- 2511 Mittelrhein-Museum
- 2512 Ludwig-Museum
- 2611 Stadttheater
- 2522 Stadtarchiv

## **Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“**

Verantwortlich: Beigeordneter Martin Prümm

- 1143 Ausgleichsflächen
- 5111 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- 5211 Bau- und Grundstücksordnung
- 5221 Wohnungsbauförderung
- 5231 Denkmalschutz- und pflege
- 5471 ÖPNV
- 1142 Liegenschaften
- 5112 Geoinformation
- 5113 Grundstückswertermittlung
- 5551 Kommunaler Forstbetrieb
- 1144 Zentrales Gebäudemanagement
- 1233 Straßenverkehrsbehörde
- 5411 Gemeindestraßen
- 5421 Kreisstraßen
- 5431 Landesstraßen
- 5441 Bundesstraßen
- 5461 Parkeinrichtungen
- 5481 Fähren



- 5521 Gewässerunterhaltung
- 5511 Öffentliches Grün

**Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“**

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

- 6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
- 6121 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
- 6129 Haushaltsweite Sonderbuchungssachverhalte
- 6221 Nichtrechtsfähige Stiftungen
- 6231 Wirtschaftliche Unternehmen ohne Rechtsfähigkeit
- 6261 Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens



## 6. Prognosebericht - Chancen und Risiken

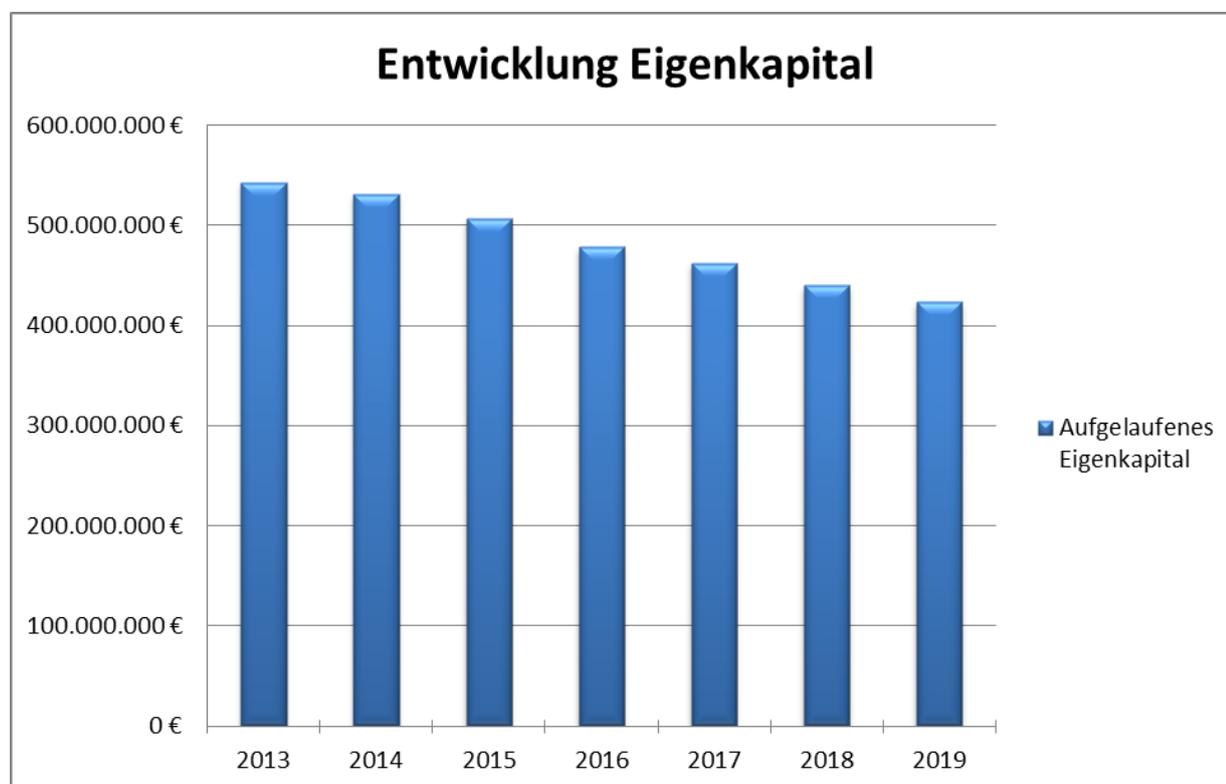
Der vom Rat beschlossene **Ergebnishaushalt** des Jahres 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 28,19 Mio. € ab.

Die mittelfristige Ergebnisplanung für die kommenden Haushaltsjahre weist Fehlbeträge in folgender Höhe aus:

2017: 16,03 Mio. €; 2018: 22,41 Mio. €; 2019: 16,85 Mio. €

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der zuvor genannten Jahresergebnisse auf der Basis der Haushaltsplanung 2016 demnach wie folgt:

in €	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	Bildung Rücklage (§ 38 III GemHVO)	Aufgelaufenes Eigenkapital
<b>31.12.2013</b>	13.010.229		<b>542.786.317</b>
<b>31.12.2014</b>	-12.289.666	16.028	<b>530.512.679</b>
<b>31.12.2015</b>	-24.169.458		<b>506.343.221</b>
<b>31.12.2016</b>	-28.193.486		<b>478.149.735</b>
<b>31.12.2017</b>	-16.033.366		<b>462.116.369</b>
<b>31.12.2018</b>	-22.408.173		<b>439.708.196</b>
<b>31.12.2019</b>	-16.853.152		<b>422.855.044</b>



Bei einer weiteren jährlichen Fehlbetragsentwicklung von durchschnittlich rd. 21 Mio. €, ausgehend von den Planjahren 2016 bis 2019, wäre im Jahr 2040 die bilanzielle Überschuldung gegeben.

Die voraussichtliche mittelfristige Entwicklung der **Steuern und ähnlichen Abgaben** stellt sich basierend auf der Haushaltsplanung 2016 wie folgt dar:

in Mio. €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Nachtrag	2016 Plan	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Steuern und Abgaben</b>	206,9	178,4	187,1	188,7	196,3	199,1	205,0

Das **laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** wird in der Haushaltsplanung 2016 folgendermaßen ausgewiesen:

in Mio. €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Nachtrag	2016 Plan	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Lfd. Erg. aus Verw.tätigkeit</b>	14,4	-5,5	-17,4	-21,2	-8,9	-13,6	-6,9

Neben dem für alle Planjahre prognostizierten negativen laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit trägt auch ein jährlich negatives **Finanzergebnis** zu dem im Planungszeitraum (Jahre 2016 bis 2019) durchschnittlichen Jahresfehlbetrag von rd. 21 Mio. € bei.

in Mio. €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Nachtrag	2016 Plan	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Zinserträge und sonstige Finanzerträge</b>	14,0	8,7	7,5	7,6	7,7	7,5	7,4
<b>Zinsaufwendungen und sonst. Finanzaufwendungen</b>	15,4	15,5	15,3	14,6	14,8	16,2	17,3
<b>Finanzergebnis</b>	-1,4	-6,7	-7,8	-7,0	-7,1	-8,8	-10,0

Aufgrund der zu erwartenden Kreditaufnahmen und der antizipierten steigenden Zinsentwicklung ergeben sich in den kommenden Haushaltsjahren folgende **Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite**, einschließlich der zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivatgeschäfte:

in Mio €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Nachtrag	2016 Plan	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Nettozinsaufw. für Investitionskredite (inkl. Derivate)</b>	12,1	12,0	11,5	11,1	11,2	12,4	12,3
<b>Nettozinsaufw. für Liquiditätskredite (inkl. Derivate)</b>	1,7	2,1	2,6	2,7	2,8	3,3	4,5
<b>Nettozinsaufwendungen GESAMT</b>	<b>13,7</b>	<b>14,1</b>	<b>14,1</b>	<b>13,8</b>	<b>14,0</b>	<b>15,7</b>	<b>16,8</b>

Weitere erhebliche finanzielle Belastungen sind weiterhin im **Kinder- und Jugendhilfebereich** auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen vorgegeben:

Die gesetzlichen Änderungen zur **Kindertagesbetreuung** haben auf Bundesebene den Rechtsanspruch neu geregelt. Seit dem 1.8.2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege.

Für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind daher dauerhaft hohe finanzielle Mittel aufzuwenden. Dabei geht es nicht nur formal darum, den Rechtsanspruch von Kindern ab Vollendung des ersten Lebensjahres zu erfüllen. Die Kindertageseinrichtungen erfüllen vielmehr einen unverzichtbaren Bildungsauftrag und sichern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die betrieblichen Einrichtungen stellen durch ihre arbeitsplatznahe Kinderbetreuung einen Standortvorteil zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften dar.

Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der städtischen Baumaßnahmen Oberwerth, Rauental und Güls wurden 180 neue Plätze geschaffen. Am Standort des Bundeswehrzentralkrankenhauses wurde in 2014 eine dreigruppige Betriebskindertagesstätte in Betrieb genommen, die dauerhaft 54 Kinder von 0 Jahren bis zum Schuleintritt aufnehmen kann. Im Dezember 2015 hat der Stadtrat ein weiteres umfangreiches Maßnahmenpaket zum Kita-Ausbau beschlossen; in den Stadtteilen Neuendorf, Karthause, Asterstein und Horchheimer Höhe entstehen insgesamt 16 neue Gruppen. Es handelt sich zum Teil um Ersatzbauten für abgängige Gebäude kirchlicher Träger, deren Sanierung nicht wirtschaftlich wäre.

Perspektivisch stehen darüber hinaus auch weiterhin mehrere Sanierungsmaßnahmen von Kindertageseinrichtungen freier Träger an, über die in den nächsten Jahren zu entscheiden sein wird, insbesondere St. Josef in der Südlichen Vorstadt, St. Martin in Kesselheim und St. Beatus auf der Karthause. Neben der Schaffung zusätzlicher Plätze für Kinder unter 3 Jahren steht hier die Erhaltung und energetische Sanierung der Bausubstanz im Vordergrund, was aber in der Regel mit hohen Investitionskosten verbunden ist.

Der Bund und das Land beteiligen sich nach wie vor an den Investitionskosten des U3-Ausbaus; allerdings ist das Genehmigungsverfahren auf Landesebene mit hohem Verwaltungsaufwand und engen Fristsetzungen und Unsicherheiten verbunden, was wiederum die Planungssicherheit für Kommune und freie Träger erheblich beeinflusst. Die Tatsache, dass die Investitionszuschüsse des Landes nicht mehr zeitnah während bzw. nach der Baumaßnahme abgerufen werden können, führte dazu, dass die Stadt Koblenz die Vorfinanzierung von Landeszuschüssen zusagen musste.

Einhergehend mit den gestiegenen und weiterhin notwendigen Investitionsausgaben wird es dauerhaft zu steigenden Personalkosten im Kitabereich kommen. Dies ist eine konsequente Folge der Schaffung zusätzlicher Plätze und Verkleinerung von Gruppen, die Kinder ab einem Jahr aufnehmen; die jährlichen Tarifsteigerungen sind ebenso von Bedeutung. Der Tarifabschluss für das Jahr 2015 hat eine

verbesserte Eingruppierung im Erzieherbereich zur Folge, verbunden mit zusätzlichen linearen Einkommenssteigerungen.

Die kirchlichen Träger haben darüber hinaus weitere Sparmaßnahmen für Kindertagesstätten ab dem Jahr 2017 angekündigt; die konkreten Verhandlungen hierzu sind aufgenommen worden. Perspektivisch ist daher eine höhere Beteiligung der Stadt Koblenz an den Kosten der kirchlichen Träger abzu-sehen. Eine Entscheidung der Beschlussgremien ist in 2016 herbeizuführen.

Weitere Kostensteigerungen sind im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** zu erwarten, insbesondere ist hierbei die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger von Bedeutung.

Eine hierzu am 1.11.2015 in Kraft getretene Gesetzesänderung beinhaltet ein bundesweites Verteilungsverfahren auf die Länder und einzelnen Jugendämter. Für Koblenz bewirkte dies eine Fallzahlsteigerung; so befinden sich mit Stichtag 10.2.2016 85 unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in der Betreuung des Jugendamtes.

Die Einzelfallkosten werden zu 100% vom Land Rheinland-Pfalz erstattet; ob es eine dauerhafte Erstattung der Sach- und Personalkosten für die Bearbeitung der Fälle seitens des Landes geben wird, ist unklar.

Im **Bereich Asyl** sind durch eine in diesem Ausmaße noch nie vorgekommene Flüchtlingswelle mittlerweile über 1.300 Personen der Stadt Koblenz zugewiesen worden.

Ob dieser Flüchtlingsstrom sich auch im Jahre 2016 in diesem Umfange fortsetzt, ist aus heutiger Sicht absolut ungewiss. Um diese hohe Anzahl von zugewiesenen Flüchtlingen unterzubringen, ist es erforderlich, dass zentrale Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2016 wird insgesamt von städtischen Aufwendungen in Höhe von 20,8 Mio. € im Konsumtivbereich ausgegangen.

Als Erträge dagegen werden Beträge in Höhe von lediglich 14,2 Mio. € erwartet.

Die Erstattung durch den Bund und das Land Rheinland-Pfalz wurde durch das mittlerweile in Kraft getretene geänderte Landesaufnahmegesetz deutlich verbessert, ist aber immer noch nicht ausreichend um alle städtischen Aufwendungen zu decken.

Außerdem sind im Investivbereich Auszahlungen von rund 8,5 Mio. € im Haushalt 2016 eingeplant. Eine Gegenfinanzierung ist nicht vorgesehen.

Im Teilhaushalt 7 „Sport“ rückt der **Neubau des Hallenbades** in den Fokus:

Der Neubau eines Hallenbades beinhaltet die Chance, einen dem Bedarf gerecht werdenden und energetisch optimierten Bau zu errichten. Hierdurch können die späteren Betriebserträge und -kosten maßgeblich beeinflusst werden.

Das Grundstück für den Neubau soll im Jahr 2016 durch die noch zu gründende Bäder GmbH erworben werden.

Das Land hat die grundsätzliche Förderbereitschaft für den Neubau eines Hallenbades mit bis zu 3 Mio. € in Aussicht gestellt. Damit hat das Land aus unserer Sicht auch grundsätzlich anerkannt, dass eine Großstadt wie Koblenz, an zwei Flüssen gelegen, im Rahmen der Daseinsvorsorge seiner Bevölkerung eine adäquate Möglichkeit bieten muss, schwimmen zu lernen bzw. den Schwimmsport auszuüben. Somit sollten Gründe des Gemeinwohls (VV zu § 103 GemO) darstellbar sein.

Sowohl der Stadtvorstand als auch alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen unterstützen den Neubau eines Hallenbades.

Die im Jahre 2008 von Altenburg sowie die im Jahr 2013 von der Firma con.pro erstellten Machbarkeitsstudien kommen schlussendlich beide zum Ergebnis, dass Koblenz ausreichend Nachfrage und Bedarf für ein Familien- und Wohlfühlbad mit einem an den Bedarf der Koblenzer Bevölkerung angepassten Raumkonzept (siehe Konzeptanalyse der Arbeitsgruppe) hat.

Wenn Koblenz nicht einen weiteren weichen Standortfaktor verlieren möchte, ist der Neubau des Hallenbades zwingend erforderlich.



Ebenfalls sind jedoch auch Risiken im Zusammenhang mit dem Neubau des Hallenbades verbunden.

Zum einen besteht ein Wettbewerbsrisiko, da der Ist-Zustand des Marktes zwar analysiert werden kann, jedoch lassen sich Vorhersagen zur Marktentwicklung nur schwierig prognostizieren.

Ebenfalls besteht ein wirtschaftliches Risiko. An den meisten Standorten stellen Bäder defizitäre Einrichtungen dar. Hier muss durch eine vorausschauende Planung das kalkulierbare Defizit minimal gehalten werden. Durch entsprechende energetische Maßnahmen muss ebenso der zukünftige Energiebedarf minimiert werden.

Wie auch im Vorjahr bereits ausgeführt, werden sich weitere deutliche Belastungen des städtischen Haushalts im Rahmen des Teilhaushalts 8 „**Schulen**“ ergeben:

Nach Beschlussfassung über den Masterplan Schulen (23.03.2012; BV/0021/2012) wurden im laufenden Jahr 2014 elf Sanierungsmaßnahmen durch das Zentrale Gebäudemanagement der Stadtverwaltung Koblenz an verschiedenen Schulen durchgeführt bzw. begonnen. Hierzu gehörten Brandschutzsanierungen zur Schaffung des zweiten Rettungsweges bzw. Maßnahmen zur Verbesserung der Rettungswegegesamtssituation.

So wurde beispielsweise am Eichendorff Gymnasium das Brandschutzkonzept aus dem Jahr 2009, in Verbindung mit der Sanierung der Elektroinstallation, im Jahr 2013 begonnen. Die hierauf entfallenden Mittel gemäß Masterplan Schulen 2014 belaufen sich auf 787.300,00 €. Die Aufwendungen für die Gesamtmaßnahme Elektro- und Brandschutzsanierung betragen 1.649.800,00 €. Nach Beginn der Maßnahme wurde festgestellt, dass die im Gebäude befindlichen Abhangdecken aus statischer Sicht nicht bestehen bleiben konnten. Die Mehrkosten für die zusätzlichen Deckenbauarbeiten wurden mit 505.699,06 € beziffert.

Zur Verbesserung verschiedener in die Jahre gekommener Fassaden wurden Fenster erneuert und Wandflächen wärmegeklämt. Hierzu wäre die Comenius-Schule als Beispiel zu nennen, an der im Rahmen der Umwidmung zur Berufsbildenden Schule Wirtschaft auch Fassadenbauarbeiten umgesetzt wurden. Die so energetisch sanierte Fassade führt zu deutlichen Minderausgaben bei den zukünftigen Heizkosten.

Die beiden vorgenannten Beispiele zeigen, dass sich der hohe Sanierungsstau von rund 193.000.000,00 € sowie die aktuelle Schulentwicklung jederzeit auf den Masterplan auswirken können. Als Fazit muss also festgehalten werden, dass eine Fortschreibung des Masterplans Schulen unerlässlich ist. Durch die jährliche Investition von rund 7.000.000,00 € wird der Sanierungsstau kontinuierlich abgebaut und der schulischen Entwicklung kann entsprochen werden.

Höchste Priorität genießen immer noch die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgend werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderung des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Parallel zu den Maßnahmen des Zentralen Gebäudemanagements wurden fünf weitere Maßnahmen, gemäß Sanierungsprogramm 2014, durch die Koblenzer Wohnbau ausgeführt. Die Mittel hierzu betragen 3.764.900,00 € für das Jahr 2014. Die vom Zentralen Gebäudemanagement durchgeführten Maßnahmen waren laut Masterplan mit Mitteln in Höhe von 6.636.148,00 € vorgesehen.

Der Schulsanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau wird nach Abstimmung mit der ADD Trier zum 31.12.2016 aufgehoben. Bis dahin erbringt die Wohnbau die vertraglich vorgeschriebene Sanierungsleistung. Im Anschluss daran werden die weiteren Maßnahmen verstärkt über das Zentrale Gebäudemanagement der Stadt Koblenz abgewickelt.

Im Bereich der **städtischen Ingenieurbauwerke** ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan „Brücken“ vorgestellt. In den nächsten 10 Jahren werden demnach ca. 120 Mio. € für Neubau und Instandhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken benötigt. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rund 3 Mio. € bereitzustellen. Es wird eine unabwiesbare Aufgabe der Stadt sein, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Bis Ende 2014 hat das Land entsprechende Projekte mit 75 v. H. der zuzuwendenden Kosten ge-

fördert. Für 2014 bis 2019 kann mit einer Förderung von 65 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden.

In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen stehen derzeit im Vordergrund die Erneuerung/Verstärkung des Brückenzuges der Europabrücke (FR Innenstadt) und die Erneuerung der Pfaffendorfer Brücke.

Die Leistungen für die Instandsetzung und Ertüchtigung der Balduinbrücke wurden im Januar 2013 vergeben. Die Baumaßnahme wurde im Sommer 2015 abgeschlossen und bis Ende des Jahres 2015 abgerechnet.

Seit August 2014 laufen die Bauarbeiten zur Erneuerung der Vorlandbrücke Lützel. Die Arbeiten liegen im Zeitplan und innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets und werden termingerecht im Frühjahr 2016 abgeschlossen. Die erforderlichen Verstärkungsmaßnahmen für die Flussbrücke werden derzeit vorbereitet und sollen bis zur Verkehrsfreigabe der Vorlandbrücke ebenfalls abgeschlossen sein.

Nach einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist für die Pfaffendorfer Brücke statt der ursprünglich geplanten Ertüchtigung nunmehr die Erneuerung vorgesehen. Hierbei werden die Unterbauten der Flussbrücke erhalten und verstärkt bzw. umgebaut. Neu gebaut werden nur der Überbau sowie die beiden Rampenbauwerke auf der Ost- und der Westseite der Flussbrücke. Die Vorplanungen haben begonnen. Im Jahr 2015 soll der Bauwerksentwurf fertiggestellt werden. Gleichzeitig wird das erforderliche Planfeststellungsverfahren beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz eingeleitet. Mit dem Baubeginn ist ab dem Jahr 2017 zu rechnen.

Nachdem eine differenzierte Nachrechnung des Kreuzungsbauwerks Mainzer Straße / B 49 ergeben hatte, dass hier beträchtliche Tragfähigkeitsdefizite bestehen, wurden als Sofortmaßnahme provisorische Sicherungsmaßnahmen (Stahlunterstützungen und CFK-Lamellen) eingebaut. Da das Bauwerk auf Dauer trotzdem nicht zu halten ist, wurde bereits die Neubauplanung beauftragt. Im Jahr 2015 soll der Bauwerksentwurf fertig gestellt werden. Baubeginn für den Neubau soll dann im Jahr 2016 sein. Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Brücke in der Ravensteynstraße haben sich verzögert, da die Aufsichtsbehörde (ADD Trier) nicht von der Unabweisbarkeit der Maßnahme zu überzeugen war und daher keine Mittelfreigabe erreicht werden konnte. Es wurden daher weitere ergänzende Vorlagen vorgelegt. Mittlerweile ist die Zustimmung der ADD erfolgt und die Bauvorbereitungen sind in vollem Gange. Die Fertigstellung des neuen Bauwerks ist für das Jahr 2017 vorgesehen.

Als Ergebnis einer externen Organisationsuntersuchung hat die Stadtverwaltung Koblenz Aufgaben im Zusammenhang mit der **Straßenunterhaltung** zu bündeln. Dem Eigenbetrieb Kommunalen Servicebetrieb Koblenz wurde daher zum 1.1.2013 die operative Aufgabe der Unterhaltung als Straßenbaulastträger vornehmlich nach dem Landesstraßengesetz übertragen.

Für den Bereich Straßenunterhaltung werden Grundlagen aktualisiert und in das Straßeninformationssystem eingepflegt; mit der Maßnahme sollen insbesondere Unterhaltungs- und Erhaltungsleistungen weiter optimiert und in einem "Masterplan Straßen" fortgeschrieben werden.

Mit der weiteren Umsetzung des "Glasfaser-Projektes" der Telekom in verschiedenen Stadtteilen sollen gleichzeitig im Rahmen der Baumaßnahme Teile der Oberflächen der verbleibenden Restgehwegbreiten erneuert werden.

Neben der Umsetzung der Konzeption zur Prüfung der Standsicherheit von Beleuchtungsmasten steht für den Betriebszweig Elektrowerkstatt die Erarbeitung eines Energieeinspar- bzw. Modernisierungskonzeptes zur Optimierung der Straßenbeleuchtung an.

Der Bilanzposten „**Anlagen im Bau**“ dient der Sammlung der einzelnen aktivierungsfähigen Bestandteile der Herstellungskosten, die bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft summiert auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umbucht werden.

Während der Bauphase werden die unterschiedlichen Zugänge wie Fremd- oder Eigenleistungen auf der Anlage im Bau gesammelt. Mit der Umbuchung auf die endgültige Anlage wird die Anlage im Bau entsprechend ihrer Vermögensverwendung entlastet und die endgültige Anlage bebucht, ab dann beginnen auch die Abschreibungen. Hierfür wird eine Abschreibungsplanung für den Vermögensgegenstand festgelegt, die die Grundlage für die planmäßigen Abschreibungen bildet. In aller Regel wird eine lineare Abschreibung durchgeführt.

Für Anlagen im Bau dürfen keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen werden.



Der Anstieg von 7 Mio. € ergab sich durch Baumaßnahmen, die hinzugekommen sind (+25 Mio. €) und Baumaßnahmen, die für das Berichtsjahr 2014 abgerechnet wurden (-18 Mio. €). Das Verfahren der quartalsweisen Berichterstattung an den Stadtvorstand sowie einer verbesserten Absprache zwischen Fachämtern und Finanzbuchhaltung hat sich positiv auf die Abrechnungen der Anlagen im Bau ausgewirkt.

In der Organisationsverfügung zur Einrichtung des **Zentralen Gebäudemanagements** zum 01.01.2014 wurden folgende Zielsetzungen formuliert:

1. Generierung von Einsparpotentialen
2. Nutzen von Professionalisierungschancen und
3. Ausschöpfung von Rationalisierungschancen

Mit der Zentralisierung der objektbezogenen Aufgabenwahrnehmung wurde die vorhandene Fachkompetenz gebündelt und durch die Integration von infrastruktureller, kaufmännischer und technischer Bewirtschaftung ein ganzheitlicher Bewirtschaftungsansatz der Raumressourcen ermöglicht.

Im Rahmen der Neukonzeption des Zentralen Gebäudemanagements mussten Antworten für eine Vielzahl schwer überschaubarer Fragen gefunden werden. Durch die Betroffenheit zahlreicher Organisationseinheiten ergab sich eine Vielfalt an unterschiedlichen Interessenlagen. Aus den bislang gemachten Erfahrungen folgt die Notwendigkeit, den Prozess weiter zu optimieren, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Mit der Entscheidung für die Einführung eines professionellen Gebäudemanagements war auch die Bereitstellung geeigneter Informationstechnik verbunden. Nur so lassen sich die im KGSt-Bericht „Gebäudewirtschaft“ geforderten Informationen (Flächen-/Gebäudebestände, Vertragswesen, Unterhaltungsdaten, Auftragswesen etc.) effizient in der für die Sachbearbeitung und ein Berichtswesen geeigneten und erforderlichen Form erheben, darstellen, transportieren und pflegen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die sich mit der Beschaffung einer geeigneten Software befasst. Die hierdurch zu erwartenden Synergieeffekte werden sich auf alle der zuvor genannten Zielsetzungen positiv auswirken.

Dies insbesondere deshalb, da sich durch die freiwerdenden Ressourcen der Fachkräfte (Ingenieure, Architekten, Techniker etc.) weiterer Freiraum für die Durchführung „eigener“ Projekte ergeben wird.

Die Implementierung der Software inkl. der umfangreichen Datengenerierung und -erfassung wird jedoch zunächst auch umfangreiche Kapazitäten binden.

Auf dem Weg zu einem modernen und wirtschaftlich arbeitenden Zentralen Gebäudemanagement sind darüber hinaus u. a. noch weitere Herausforderungen zu bewältigen:

- Konsequente, begleitende Organisationsentwicklung
- Lfd. Evaluation und Optimierung der Arbeitsprozesse; Überprüfung der vorhandenen Strukturen auf Zukunftsfähigkeit
- Optimierung der interdisziplinären Zusammenarbeit
- Qualifizierung der Mitarbeiter
- Anpassung der Personalstrukturen

Im Zuge der Organisationsentwicklung sollten auch Erfahrungswerte anderer, vergleichbarer Kommunen einbezogen werden („Best Practice“).

Letztlich ist auch umfänglich zu definieren, welchen Verpflichtungen (gesetzliche Vorgaben, DIN-Vorschriften etc.) ein Zentrales Gebäudemanagement gerecht werden muss - Stichwort: Betreiberverantwortung. Andererseits sollte auch das Dienstleistungsspektrum/ -angebot klar umrissen werden.

Der Entwicklungsprozess des Zentralen Gebäudemanagements ist noch nicht abgeschlossen und wird voraussichtlich auch noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Der kommunale Immobilienbestand bedarf einer gezielten strategischen Entwicklung. Für den Bereich der Schulen wurde mit dem Schulbausanierungsvertrag und dem Masterplan Schulen bereits ein effek-



tiver Schritt in Richtung Erhalt und Optimierung des Immobilienvermögens der Stadt Koblenz gemacht. Aufgrund des vorliegenden Sanierungsstaus sind allerdings auch weiterhin umfangreiche Maßnahmen unerlässlich.

Für den sonstigen Gebäudebestand sind neben klaren Zieldefinitionen ebenfalls eine ganzheitliche Steuerung und ein aussagekräftiges Controlling erforderlich. Die Implementierung in das bestehende Verwaltungsgefüge stellt eine umfangreiche Herausforderung dar. Dieser soll mit Unterstützung der Abteilung Organisationsentwicklung des Haupt- und Personalamtes adäquat begegnet werden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass mit der Zentralisierung des Gebäudemanagements ein wichtiger Schritt in Richtung zielgerichteter und strategischer Steuerung und Entwicklung des Immobilienbestandes der Stadt Koblenz gemacht wurde.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** ist zu berichten, dass im Jahr 2014 die Verschmelzung von Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) und Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG) rückwirkend zum 1.1.2014 erfolgt ist. Das Unternehmen trägt nunmehr den Namen **evm - Energieversorgung Mittelrhein AG**.

Weiterhin wurde im Jahr 2014 rückwirkend zum 1.1.2014 die Fusion des Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz - St. Elisabeth Mayen gGmbH mit der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH vertraglich fixiert. Das Unternehmen trägt nunmehr den Namen **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH**. Am Stammkapital dieser Gesellschaft ist die Stadt Koblenz mit nominell 5.120.000 € (= 25 %) beteiligt.

Diese Zusammenführung der Krankenhäuser hat auch im zweiten Jahr noch zu keiner Vereinheitlichung, Straffung der Abläufe oder Nutzung von Synergieeffekten führen können. Dies ist auch bedingt durch den Wechsel der Geschäftsführung. Durch die geplanten Neueinstellungen in den Bereichen kaufmännische Leitung/ärztliche Geschäftsführung wird eine Verbesserung in den o. g. Feldern erwartet.

Beim **Eigenbetrieb Koblenz-Touristik** wurde bedingt durch eine zeitintensive Bilanzerstellung für das Jahr 2013 (maßgeblich beeinflusst durch die langwierige Betriebsprüfung durch das Finanzamt Koblenz) die finanzielle Schieflage, in die der Eigenbetrieb in den letzten Jahren geraten ist, zu spät erkannt. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass der Wirtschaftsplan nicht ausgeglichen werden kann und der Liquiditätskreditbestand angewachsen ist.

Dieser Entwicklung will die Stadt Koblenz und der Eigenbetrieb massiv entgegen wirken. Neben Maßnahmen wie Haushaltssperren und Abbau des Liquiditätskreditbestandes verspricht man sich insbesondere positive Entwicklungen durch die neue Werkleitung, die ein Konzept zur organisatorischen Neuausrichtung erstellt hat und in den Folgejahren umsetzen wird.

Ebenfalls werden in der Entwicklung entsprechende Steueroptimierungsmodelle überlegt.

Mit diesen Maßnahmen verspricht sich die Stadt Koblenz, den Eigenbetrieb Koblenz-Touristik in den kommenden Jahren aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu optimieren.

Des Weiteren stellt sich die zu erwartende wirtschaftliche Perspektive des Großprojektes **„Forum Mittelrhein / Kulturgebäude Forum Confluentes“** wie folgt dar:

#### Vorbemerkung:

Die grundlegenden Zielsetzungen des Projektes Zentralplatz/Forum Mittelrhein sind in der Broschüre Zentralplatz (Version Nr. 3) dargelegt. Diese Broschüre ist erstmalig im Jahre 2008 anlässlich des Abschlusses des städtebaulichen Wettbewerbsverfahrens (in der Version 1) herausgegeben worden. In gekürzter Form werden nochmals die wesentlichen Argumente im nachfolgenden Text aus der Version 3 wiedergegeben:

#### a) Sanierungsgebiet Zentralplatz

Das Sanierungsgebiet Zentralplatz und angrenzende Bereiche wurde festgesetzt, um den anhaltenden Funktions- und Frequenzverlust im Bereich Zentralplatz/Innenstadt aufzuhalten bzw. umzukehren. Der Mindernutzung und Leerstände von Ladenlokalen und Büroflächen in den oberen Etagen soll durch die wieder erhöhte Kundenfrequenz aufgrund des neuen Shopping-Centers und des Kulturgebäudes im Bereich Zentralplatz begegnet werden. Damit ergibt sich die Chance, dass mehr und höherwertige Arbeitsplätze im Bereich Zentralplatz und damit einhergehende Einkommenseffekte generiert werden.



## b) Attraktivitätssteigerung im Bereich der Innenstadt/Zentralplatz

Mit dem neuen Shopping-Center und dem neuen Kulturgebäude kann sich die Innenstadt der Stadt Koblenz im kommunalen Wettbewerb zukünftig neu positionieren und seine führende Stellung im Einzelhandel und im Tourismus/Kulturangebot für die Region behaupten und ausbauen. Neben den neu geschaffenen Arbeitsplätzen im Shopping-Center wird die erhöhte Besucher- und Kundenfrequenz auch die umliegenden Einzelhandels- und sonstigen Dienstleistungsunternehmen (hier insbesondere Gastronomie) unterstützen. Es ist von Umsatzzuwächsen und einhergehenden erhöhten Beschäftigungszahlen auszugehen. Soweit die Unternehmen gewerbesteuerpflichtig sind, ist mit erhöhtem Gewerbesteueraufkommen zu rechnen. Für das neue Shopping-Center ist bereits die Zahlung von erheblichen Grundsteuern anzusetzen (Mehreinnahmen für die Kommune).

Ziel ist eine Erhöhung der Einzelhandels-Zentralität und damit die Generierung zusätzlicher Kaufkraftzuflüsse aus der Region.

## c) Kulturgebäude Forum Confluentes

### Stadtbibliothek

Die attraktive und zukunftsorientierte Zentralbibliothek im Forum Confluentes fungiert als zentrale Bildungs- und Informationseinrichtung für die Stadt und die Region und ist damit ein kultureller Ort der Information, der Bildung und der Kommunikation für Kinder und Erwachsene aus allen Schichten. Sie zeigt aufgrund des hohen Kundenzuspruchs seit der Eröffnung 2013, dass den Bürgerinnen und Bürgern des Oberzentrums Koblenz ein modernes und attraktives Bildungsangebot bereitgestellt werden muss und von diesen auch angenommen wird.

Die Besucherzahlen im Gesamtsystem der StadtBibliothek sind erfreulicherweise von 271.981 in 2013 auf 403.773 in 2014 gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass ein Vergleich dieser Zahlen schwierig ist, da die Zentralbibliothek im Juni 2013 mit ihren drei Altstadtstandorten nach einer Schließzeit ins Forum Confluentes umgezogen ist. In der Eröffnungsphase wird die Besucherzahl vom Neugiereffekt beeinflusst gewesen sein. Ein Aufwärtstrend insbesondere durch die neue Zentralbibliothek ist jedoch deutlich erkennbar.

Vor allem die Lesefähigkeit als Primärkompetenz kann somit sowohl bei Kindern als auch bei Migranten frühzeitig gefördert und unterstützt werden. Die positiven sozialen Auswirkungen (bessere Schulabschlüsse etc.) der Sprach- und Leseförderung für Kinder und Erwachsene und der Unterstützung der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der kulturellen Bildung durch die Bibliothek können nur aufgezeigt, aber nicht finanziell bewertet werden.

Die neue Zentralbibliothek, die Stadtteilbüchereien und die Bücherbusse fördern die Medien- und Informationskompetenz und wirken als Kommunikationsplattformen zwischen den Altersgruppen (Demografie) und den verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen.

### Touristinformation mit Romanticum

Die Touristinformation im Forum Confluentes ist die zentrale touristische Anlaufstelle in Koblenz. Durch die Kombination der Tourist-Information mit dem Romanticum wurde eine attraktive touristische Service- und Erlebniswelt geschaffen, die die Attraktivität der Stadt weiter steigert und damit hilft, die Gäste- und Übernachtungszahlen weiter auszubauen.

Während die Touristinformation mit ihrem Service- und Merchandisingangebot sehr gut angenommen wird, sind die Besucherzahlen des Romanticum bislang hinter den Erwartungen zurück geblieben. Die Steigerung der Besucherzahlen wird durch Marketingmaßnahmen im Rahmen der Möglichkeiten angestrebt.

Dass die geplanten Besucherzahlen bisher nicht erreicht werden konnten, hat sicherlich auch mit zu der Negativentwicklung des Eigenbetriebes Koblenz-Touristik beigetragen. Im Rahmen der Neustrukturierung des Eigenbetriebes müssen auch in diesem Bereich Überlegungen angestellt werden, um die Attraktivität dieser Einrichtung zu steigern.

### Mittelrhein-Museum

Mit dem neuen Mittelrhein-Museum kann der Kultur- und Bildungsauftrag des Museums besser als bisher umgesetzt werden. Hierzu zählen insbesondere auch die pädagogischen Möglichkeiten (Malraum) im Mittelrhein-Museum für Kleinkinder und Schüler. Im Zusammenwirken mit dem Romanticum wird dem Besucher und Touristen ein weiteres Angebotsselement in inhaltlich und räumlich verbesserter



Qualität angeboten werden. Ein Besuch des Mittelrhein-Museums bietet sich als weiterer Baustein für den Touristen beim Aufenthalt in Koblenz an, um die Verweildauer zu verlängern.

#### Multifunktionales Foyer (bis 300 Personen)

Mit dem Veranstaltungsfoyer im Forum Confluentes verfügt Koblenz über einen außergewöhnlichen Veranstaltungsort. Auf einer Fläche von ca. 350 m<sup>2</sup> können kleine und mittelgroße Veranstaltungen in einem attraktiven Umfeld ausgerichtet werden. Mit dem Veranstaltungsfoyer wurde das Portfolio von Koblenz-Kongress (Betriebszweig des Eigenbetriebes Koblenz-Touristik) um einen weiteren zentral gelegenen Veranstaltungsort ergänzt. Aufgrund der besonderen Situation vor Ort und einer Nutzungsmöglichkeit erst nach Schließung der Einrichtungen im Forum Confluentes ist die Zahl der Veranstaltungen bisher hinter den Erwartungen zurück geblieben.

#### d) Zentralplatz – Neugestaltung Straßen und Platz

Mit der Neugestaltung der Platzfreifläche bietet sich ein neuer zentraler Veranstaltungsort für Open-Air-Veranstaltungen und andere Veranstaltungsformen an. Dies führt zu einer Erhöhung der Besucher- und Kundenfrequenz für den Zentralplatz und für die angrenzenden Bereiche. Die Stadt Koblenz kann hier auch als Eigentümer der öffentlichen Platzfläche durch die Erteilung von Sondererlaubnissen und anderen Veranstaltungen (Nutzungsentgelte) Einnahmen generieren, die auf dem alten Zentralplatz aufgrund der fehlenden Attraktivität nicht möglich waren bzw. nicht stattfanden oder nachgefragt wurden. Die neue Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes soll zu einer Verlängerung der Verweildauer des Besuchers und des Touristen führen und damit den Umsatz im Bereich Einzelhandel und Gastronomie weiter fördern.

Die vorgenannten Ziele konnten durch die Umsetzung der Projekte im Wesentlichen erreicht werden. Seit Fertigstellung der Baumaßnahmen (2015 Fertigstellung des Straßenausbaues Viktoriastraße und der neuen Erschließung Parkhaus Altlohrtor) ist eine Belebung des Zentralplatzes durch Erhöhung des Fußgängerverkehres und eine Erhöhung der Nutzung der Stadtbibliothek zu verzeichnen.

#### e) Risiko Kulturgebäude Forum Confluentes

Beim Betrieb des Kulturgebäudes liegt ein Risiko für die Stadt Koblenz (wie immer bei Immobilien) in der Entwicklung der Energie- und Instandhaltungskosten, da hier ein Volumen von 103.000 m<sup>3</sup> zu unterhalten und zu beheizen/kühlen ist.

Ebenso belasten die Abschreibungen den städtischen Haushalt. So weist die Haushaltsplanung 2016 für die Jahre 2016 bis 2019 für das Kulturgebäude eine jährliche Abschreibung in Höhe von 908.165 € aus.

Die investiven Schuldendienstleistungen der Stadt Koblenz für den Kulturbau stellen sich wie folgt dar: Im Rahmen des Finanzierungsvertrages wurde hierfür eigens ein Darlehen über 49 Mio. € aufgenommen. Der darüber hinaus gehende Investitionskreditbedarf für die Errichtung des Forum Confluentes ab 2010 wurde einzelnen Darlehen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Kernhaushaltes zugeordnet. Da vor Aufnahme dieser Investitionskredite der Finanzierungsbedarf zum Teil über Liquiditätskredite vorfinanziert wurde, handelt es sich bei den Angaben in der nachstehenden Tabelle immer um gerundete, nicht abgegrenzte Zinsaufwendungen:



## Investive Schuldendienstleistungen der Stadt Koblenz für den Kulturbau

Jahr	Zinsen	Tilgung	Gesamt
2010	1.000 €	961 €	1.961 €
2011	33.700 €	34.526 €	68.226 €
2012	1.343.400 €	544.376 €	1.887.776 €
2013	2.205.100 €	903.638 €	3.108.738 €
2014	2.165.300 €	940.744 €	3.106.044 €
2015	2.426.000 €	1.314.525 €	3.740.525 €
2016	2.371.100 €	1.355.054 €	3.726.154 €
2017	2.347.300 €	1.467.148 €	3.814.448 €
2018	2.287.100 €	1.511.417 €	3.798.517 €
2019	2.227.200 €	1.557.681 €	3.784.881 €
2020	2.165.100 €	1.606.033 €	3.771.133 €
...	...	...	...
2030	1.406.900 €	2.227.297 €	3.634.197 €
...	...	...	...
2040	304.200 €	3.192.123 €	3.496.323 €
...	...	...	...
2047	0 €	0 €	0 €

In den vorstehenden Zahlen ist der Investitionskreditbedarf bis einschließlich 2014 berücksichtigt. Der vorläufige Investitionskreditbedarf 2015 i. H. v. rd. 97 T€ wurde bisher noch keinem Investitionskredit zugeordnet.

Vor dem Hintergrund, dass der Finanzhaushalt keine Überschüsse aufweist (der Überschuss des Jahres 2013 konnte die bis dahin aufgelaufenen Fehlbeträge nicht ausgleichen), müssen die Auszahlungen für die Schuldendienstleistungen über die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert werden. Die Bezifferung der Zinsen hierfür ist äußerst aufwendig. Sie sind daher nicht in der vorstehenden Aufstellung enthalten.

Eine Bewertung der Chancen und Risiken dieser Schuldendienstleistungen kann nur im Kontext des Gesamtproduktes erfolgen, da Investitionen auch immer im Hinblick auf die damit verbundene Produktivität gesehen werden müssen.

Ein weiteres Risiko hinsichtlich des Forum Confluentes könnte darin bestehen, dass im Rahmen einer aktuellen Betriebsprüfung angezeigt wurde, dass die mit dem Finanzamt anlässlich der Umsatzsteuer-sonderprüfung mit der Stadt vereinbarten Vorsteueraufteilungsmaßstäbe für das Kulturgebäude nochmals überarbeitet werden könnten. Dies würde zu Rückzahlungen von bereits geltend gemachten Vorsteuerbeträgen gemäß § 15a UStG führen.

### f) Schlussbemerkung zum „Forum Mittelrhein / Kulturgebäude Forum Confluentes“

Der Neubau des gesamten Forums hat sich als sehr positive Investition gezeigt, die noch immer ihre anhaltenden Effekte für das Umfeld erzeugt. So wurden umfängliche Neubauten inzwischen in Angriff genommen und viele Nachnutzungen folgen den neuen Publikumsmagneten. Der nahende Ausbau des Altlöhrtors zeigt bereits auch schon seine Wirkung. Insgesamt wird für den Bereich eine weitere positive Entwicklung erwartet (Ausbau Clemensstraße, wo auch bereits investiert wurde). Die Anwesenheit der Koblenz-Touristik und der sonstigen öffentlichen Einrichtungen bringt ebenfalls zusätzliche Frequenz. Auch das ehemalige Dresdner-Bank-Gebäude (jetzt Commerzbank) hat einen neuen Eigentümer gefunden, der eine Erneuerung plant. Die Qualitätsoffensive beginnt sich auszuzahlen.



## Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs:

Der Verfassungsgerichtshof (VGH) hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis spätestens zum 1.1.2014 eine verfassungsmäßige Regelung vorzulegen. Dabei differenzierte der VGH zwischen dem vertikalen und dem horizontalen Finanzausgleich. Er stellte im Ergebnis fest, dass sowohl die vertikale Verteilungssymmetrie (Land-Kommunen) als auch das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung verletzt ist.

Mit dem am 08. Oktober 2013 verabschiedeten Landesgesetz zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs wurden die aus Sicht des Landes sich aus dem Urteil ableitenden erforderlichen Regelungen getroffen.

Als zentrale Änderung im Rahmen des Ausgleichssystems wurden die Schlüsselzuweisungen ergänzt. Mit den neu geschaffenen Schlüsselzuweisungen C1 und C2 werden aus Sicht des Gesetzgebers Entlastungen für die Kommunen im Sozialbereich geschaffen.

Neben dieser wesentlichen Änderung umfasst das Gesetz noch weitere Änderungen, wie z. B. die Änderung der Schlüsselzuweisung B1 (Zuweisung für kreisfreie Städte wurde um 15 € je Einwohner von 46 € auf 61 € angehoben).

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass auch aus heutiger Sicht noch keine abschließende Bewertung zu dieser Gesetzesänderung in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht getroffen werden kann, da neben den sicherlich positiven auch negative Anpassungen vorgenommen wurden, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt bewerten lassen. Definitiv kann aber heute schon festgehalten werden, dass sich die Komplexität des rheinland-pfälzischen Finanzausgleichssystems noch weiter erhöht hat.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde bereits koordiniert, dass einige Kommunen das neue LFAG erneut vom Verfassungsgerichtshof mittels Normenkontrollanträgen überprüfen lassen.

Mit Beschluss vom 30.10.2015 hat der Verfassungsgerichtshof diese Anträge aus rein „formalen“ Gründen abgewiesen, da eine Vorklärung der komplexen Thematik durch Fachgerichte notwendig sei.

Weiterhin ist der Verfassungsgerichtshof der Auffassung, dass dem neuen LFAG eine Art Bewährungszeit einzuräumen sei.

Gemäß LFAG - Reformgesetz werden die Auswirkungen der Neuregelungen nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten überprüft. Dies hat somit bis zum 31.12.2017 zu geschehen.

## Gewerbsteuer

Zwischen Haushaltsansatz und tatsächlichem Ergebnis bei Jahresende klaffen immer wieder - auch größere - Lücken. Dies hat folgende Ursache:

Bei Veranschlagung der im jeweils folgenden Jahr zu erwartenden Haushaltsansätze wird für die Fortentwicklung der laufenden Vorauszahlungen auf die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung des Finanzministeriums RLP (im Anschluss an die bundesweite Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung, z. B. vom November 2015 für den Ansatz 2016) zurückgegriffen. Diese Ansätze sind valide. Nicht einzuschätzen sind dagegen die im Jahresverlauf zu vereinnahmenden bzw. auszahlenden Nachzahlungen und Erstattungen für Altjahre. Deren Salden zu Gunsten der Stadt Koblenz betragen in 2011: 14,5 Mio. €, in 2012: 12,8 Mio. €, in 2013: 42,2 Mio. € (!), in 2014: 3,9 Mio. €. In 2015 dagegen - 5,5 Mio. € - also erstmals überwogen die saldierten Erstattungen zu Gunsten der Steuerpflichtigen. Gründe für diese Schwankungen: Betriebsprüfungen, lang laufende Rechtsbehelfsverfahren bei Großunternehmen und Firmenumstrukturierungen (z. B. Begründung von Organschaften zwischen Gewinn- und Verlustunternehmen unterjährig mit Rückwirkung) etc. Diese im Vorhinein nicht abzuschätzenden Salden für Altjahre machen die Gewerbesteuer insgesamt volatil. Ein kürzlich beim Deutschen Städte- tag veranstalteter Workshop zum Thema "Steuerschätzung" hat diese Erkenntnisse bestätigt.



## Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz

### AKTIVA

<b>1 Anlagevermögen</b>	<b>31.12.2014</b>	1.364.625.434,79 €
	<b>31.12.2013</b>	1.345.077.315,72 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036.134,50	56.327.100,49
Sachanlagen	1.000.346.349,01	999.520.351,65
Finanzanlagen	308.242.951,28	289.229.863,58
	1.364.625.434,79	1.345.077.315,72

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (**Anlage 5**).

<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2014</b>	56.036.134,50 €
	<b>31.12.2013</b>	56.327.100,49 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Gewerbl. Schutzrechte, Rechte, Lizenzen	226.190,68	290.249,68
Geleistete Zuwendungen	43.232.341,00	42.971.282,68
Gezahlte Investitionszuschüsse	10.689.891,00	11.216.112,00
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegen.	1.887.711,82	1.849.456,13
	56.036.134,50	56.327.100,49

<b>1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten</b>	<b>31.12.2014</b>	226.190,68 €
	<b>31.12.2013</b>	290.249,68 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2013	290.249,68
Zugänge	63.333,27
Abschreibungen	<u>- 127.392,27</u>
Stand am 31.12.2014	226.190,68

Die Zugänge beinhalten die Anschaffungskosten für verschiedene Softwarepakete und zusätzliche Lizenzen bereits implementierter Software.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	127.392,27 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

<b>1.1.2 Geleistete Zuwendungen</b>	<b>31.12.2014</b>	43.232.341,00 €
	<b>31.12.2013</b>	42.971.282,68 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2013	42.971.282,68
Zugänge inkl. Umbuchungen	2.668.120,33
Abschreibungen	<u>- 2.407.062,01</u>
Stand am 31.12.2014	43.232.341,00

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>EUR</u>
Nachaktivierung SHPM aus Vergleich mit der ARGE	1.119.800,04
Investitionskostenzuschuss Stadtentwässerung	846.000,00
Zuschuss Kindergrippe St. Kastor	235.000,00
Zuschuss Neubau Sportlerheim Schartwiesenweg	149.000,00
Zuschuss Kita Sonnenschein	84.825,00
Zuschuss Kita St. Martin	69.615,00
Zuschuss Kita Regenbogen	55.687,65
Zuschuss Kita St. Beatus	50.000,00
Zuschüsse für Sportgeräte, Sonstiges	<u>58.192,64</u>
	2.668.120,33

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	2.407.062,01 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die mit einer vereinbarten, mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung verbundenen geleisteten Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen wurden buchmäßig fortgeschrieben.



Geprüft wurden im Wege des Jahresabschlusses 2014 zum einen Zugänge im Bereich der Kindertagesstätten, weiterhin wurden die Zuschüsse an verschiedene Sportvereine zur Beschaffung von Sportgeräten einer näheren Betrachtung unterzogen. Gezahlt wurden hier gemäß den Sportförderrichtlinien jeweils 20 % der zuwendungsfähigen Kosten. In Ausnahmefällen beträgt dieser 33 1/3 %, wenn die Geräte auch von Schulen genutzt werden.

Bei dem Zuschuss an die Stadtentwässerung in Höhe von 846.000 € handelt es sich um den Investitionskostenanteil des Straßenbaulasträgers an der Straßenoberflächenentwässerung für Gemeinde-, Landes-, Kreis- und Bundesstraßen sowie öffentliche Plätze.

<b>1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse</b>	<b>31.12.2014</b>	10.689.891,00 €
	<b>31.12.2013</b>	11.216.112,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	11.216.112,00
Abschreibungen	- 526.221,00
Stand am 31.12.2014	10.689.891,00

Die bisher geleisteten Zuschüsse wurden anteilig gemäß der vereinbarten Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	526.221,00 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

<b>1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2014</b>	1.887.711,82 €
	<b>31.12.2013</b>	1.849.456,13 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	1.849.456,13
Zugänge	123.080,69
Umbuchung	-84.825,00
Stand am 31.12.2014	1.887.711,82

Wesentliche Zugänge in 2014 waren Investitionskostenzuschüsse für Baumaßnahmen an Kindertagesstätten sowie für den Bau eines Sportlerheimes.

Bei der Umbuchung handelt es sich um den Zuschuss an die evangelische Kirche für die Baumaßnahme Kita Sonnenschein.



<b>1.2 Sachanlagen</b>	<b>31.12.2014</b>	1.000.346.349,01 €
	<b>31.12.2013</b>	999.520.351,65 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Wald, Forsten	25.605.660,63	25.632.848,44
Sonstige unbebaute Grundstücke	88.362.410,76	89.248.813,98
Bebaute Grundstücke	221.873.008,02	215.475.996,30
Infrastrukturvermögen	519.330.539,29	530.598.373,74
Bauten auf fremden Grund	5.175.456,00	5.487.828,00
Kunstgegenstände, Denkmäler	37.785.004,95	37.823.602,73
Maschinen, technische Anlagen, KFZ	10.147.875,21	10.268.436,49
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	13.562.482,54	13.074.649,09
Anzahlungen, Anlagen im Bau	78.503.911,61	71.909.802,88
	1.000.346.349,01	999.520.351,65

<b>1.2.1 Wald, Forsten</b>	<b>31.12.2014</b>	25.605.660,63 €
	<b>31.12.2013</b>	25.632.848,44 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	25.632.848,44
Umbuchungen bzw. Umgliederungen	- 26.926,21
Abgang	- 261,60
Stand am 31.12.2014	25.605.660,63

Im Gegensatz zur Eröffnungsbilanz erfolgt der Ausweis als kumulierter Bilanzwert, d.h. eine Differenzierung hinsichtlich der Grundstückswerte und des Baumbestands nach Holzart ist nicht erfolgt. Für die Folgejahre wird die Fortführung eines differenzierten Ausweises empfohlen. Der diesbezügliche Hinweis des Vorjahresprüfberichts wird insofern **eindringlich** wiederholt.

<b>1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>31.12.2014</b>	88.362.410,76 €
	<b>31.12.2013</b>	89.248.813,98 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:



	EUR
Stand am 31.12.2013	89.248.813,98
Zugänge	83.145,91
Umbuchungen	-211.214,11
Abschreibungen	-487.272,34
Abgänge	-271.062,68
Stand am 31.12.2014	88.362.410,76

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr (147.863 €) mit rd. 487.272 € deutlich gestiegen. Ursächlich hierfür sind die Anlagenzugänge des Vorjahres wie z.B. der Schloßgarten und Blumenhof sowie verschiedene Spielplätze (u.a. Spielplatz Bleidenberg, Wasserspielplatz vor dem Schloß, Spielplatz Ehrenbreitstein), die im Berichtsjahr erstmals einer ganzjährigen Abschreibung unterliegen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um ehemalige BUGA-Flächen, die seit dem Jahr 2013 im Anlagevermögen der Stadt Koblenz ausgewiesen werden.

Korrekturen gegen das Eigenkapital sind letztmalig im Vorjahr durchgeführt worden.

Die Umbuchungen resultieren, wie auch schon im Vorjahr, vornehmlich aus Verschmelzungen und Zerlegungen von Flurstücken. Weiterhin ergaben sich Umbuchungen innerhalb des Sachanlagevermögens oder in das Umlaufvermögen.

Die in der Anlagenübersicht ausgewiesenen Zugänge umfassen Solche aus Umbuchungen, Nachaktivierungen zu einzelnen Anlagen sowie die tatsächlichen Zugänge von Anlagen durch Ankäufe.

Die Zu- und Abgänge wurden stichprobenweise geprüft. Hierbei konnte festgestellt werden, dass ein Verkauf von Grundstücken im Wert von ca. 500.000 € aus dem Jahr 2010 nun mehr abgeschlossen wurde. Da die Grundstücke bereits wirtschaftlich auf den neuen Eigentümer übergegangen waren, jedoch die vertraglichen und rechtlichen Grundlagen inkl. der Vermessung erst im Jahr 2014 vorgelegen haben, erfolgte diese verspätete Abwicklung.

<b>1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>31.12.2014</b>	221.873.008,02 €
	<b>31.12.2013</b>	215.475.996,30 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	215.475.996,30
Zugänge	45.629,88
Umbuchungen	11.700.736,78
Abgänge	-460.938,26
Abschreibungen	-4.888.416,68
Stand am 31.12.2014	221.873.008,02



Die Umbuchungen inkl. Zugänge verteilen sich im Wesentlichen auf Zugänge durch Aktivierung. Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf die Position 1.2.10 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ verwiesen, die eine Darstellung der wesentlichen Bauvorhaben enthält, die im Berichtsjahr durch Umbuchung auf diese Bilanzposition überführt worden sind.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	4.888.416,68 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf Plausibilität geprüft. Die Abschreibungen gliedern sich wie folgt auf:

	EUR
Wohnbauten	20.709,00
soziale Einrichtungen	164.466,56
Schulgebäude und -turnhallen	2.533.444,13
Kulturanlagen	294.811,99
Sportanlagen	470.051,33
Verwaltungsgebäude	115.333,94
Sonstige Gebäude	1.289.599,73
	<b>4.888.416,68</b>

Korrekturen gegen die Eröffnungsbilanz wurden letztmalig im Vorjahr durchgeführt.

Die deutliche Steigerung der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf der Aktivierung (Umbuchung) des „Forum Confluentes“ von den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition, verbunden mit dem Einsetzen der linearen Abschreibung. Aus diesem Grund sind insb. die Abschreibungen der sonst. Gebäude hervorzuheben, die allein durch die Abschreibung des „Forum Confluentes“ eine Steigerung um rd. 800 T€ erfahren haben. Die übrigen Positionen bewegen sich im Rahmen der Erwartungen und weisen keine signifikanten Veränderungen auf.

Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass die Höhe der bilanziellen Abschreibungen dieser Bilanzposition auch zukünftig nicht mehr unterschritten wird und mit sukzessiver Aktivierung noch im Bau befindlicher Anlagen stetig zunimmt.

<b>1.2.4 Infrastrukturvermögen</b>	<b>31.12.2014</b>	519.330.539,29 €
	<b>31.12.2013</b>	530.598.373,74 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Infrastruktur (Grundstücke u. ä.)	6.367.126,95	6.351.685,98
Brücken	30.502.425,00	32.595.326,49
Ingenieurtechnische Anlagen	2.795.735,00	2.859.376,87
Stützbauwerke	22.696.126,00	23.095.393,99
Grundstücke Gleisanlagen	300.398,90	300.078,90
Verteilungsanlagen	908,00	1.210,00
Abfallanlagen (Grundstücke u. ä.)	996.319,32	996.859,52
Straßen, Wege, Plätze (Grundstücke u. ä.)	249.780.291,18	248.583.980,95
Bundesstraßen	10.461.462,44	11.118.081,96
Landstraßen	5.190.871,00	5.535.759,44
Kreisstraßen	10.826.950,53	11.500.967,22
Gemeindestraßen	76.870.825,55	81.263.274,25
Gehwege	51.146.119,79	53.251.515,28
Straßenbegleitgrün	13.882.886,84	14.390.947,38
Fußwege	9.481.421,60	9.811.110,60
Radwege	1.625.350,00	1.707.709,36
Landwirtschaftliche Wege	2.635.127,00	2.872.401,00
Forstwirtschaftliche Wege	1.403.873,00	1.492.531,00
Parkplätze	13.036.298,14	13.527.314,97
Lichtsignalanlagen	1.388.446,00	1.506.604,17
Techn. Anlagen der Verkehrslenkung	254.961,00	320.031,75
Sonstige Verkehrslenkungsanlagen	263.599,00	284.799,15
Infrastrukturanlagen zur Unterhaltung	1.310.478,46	1.319.532,46
Straßenbeleuchtung	3.712.811,47	3.458.071,03
Uferbefestigungen	1.755.894,00	1.810.766,00
Sonstige Infrastruktur, Grundstücke u. ä.	643.833,12	643.044,02
	519.330.539,29	530.598.373,74

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	530.598.373,74
Zugänge	273.621,19
Umbuchungen	2.782.372,19
Abgänge	-746.061,59
Abschreibungen	-13.577.766,24
Stand am 31.12.2014	519.330.539,29

Insgesamt betrachtet hat die Bilanzposition des Infrastrukturvermögens mit 11,3 Mio. € (rd. 2,17 %) einen signifikanten Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ergibt sich aus der Differenz zwischen den Abschreibungen einerseits, und den Zugängen und Umbuchungen von den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition andererseits.



Im Berichtsjahr ist der durch die Abschreibung bezifferte Werteverzehr um den o.g. Betrag größer als der durch Umbuchung (Aktivierung) geschaffene Wert neuer Anlagegüter. Im Einzelnen sind die Abschreibungen für Brücken mit rd. 2,2 Mio. €, für Straßen mit rd. 10,8 Mio. € und für sonst. Infrastrukturvermögen mit rd. 600 T€ zu beziffern.

Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf die Bilanzposition der Anlagen im Bau verwiesen, die eine Übersicht der im Berichtsjahr aktivierten (umgebuchten) Anlagegüter enthält.

Im Zuge der sukzessiven Aktivierung weiterer, noch im Bau befindlicher sowie geplanter Infrastrukturanlagen (Straßenbaumaßnahmen, Brücken), muss auch zukünftig mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen für Abschreibungen gerechnet werden.

Der Anstieg der Abschreibungen im Bereich der Fußwege beruht auf der Übernahme der BUGA-Flächen aus dem Vorjahr, die nicht mehr im Festwert „Flächenherstellung“, sondern nach der Art der betroffenen Vermögensgegenstände abgebildet werden.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	13.577.766,24 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Prüfung der Abschreibungen des Infrastrukturvermögens ergab, dass diese nach den Vorschriften des § 35 GemHVO durchgeführt wurden.

<b>1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden</b>	<b>31.12.2014</b>	5.175.456,00 €
	<b>31.12.2013</b>	5.487.828,00 €

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Mahnmale	1,00	1,00
Stadien	1.976.613,00	2.061.738,00
Sonstige Gartenanlagen	2.578.330,00	2.734.359,00
Sonstige Sportstätten	620.512,00	691.730,00
	<u>5.175.456,00</u>	<u>5.487.828,00</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	5.487.828,00
Abschreibungen	<u>- 312.372,00</u>
Stand am 31.12.2014	5.175.456,00

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:



Bilanzielle Abschreibungen	312.372,00 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Bauten auf fremden Grund und Boden sind dann gegeben, wenn das Grundstückseigentum vom Gebäudeeigentum getrennt ist. Die Bewertungen der Bauten auf fremden Grund und Boden erfolgten analog der Bewertung der bebauten Grundstücke. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Bausubstanz des Stadions Oberwerth sowie anderer Sportanlagen im Stadtgebiet und Bauten auf BUGA-Flächen (Schlossvorplatz, Schlossgarten etc.).

Zuschreibungen und Abgänge sind im Haushaltsjahr nicht erfolgt.

<b>1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler</b>	<b>31.12.2014</b>	37.785.004,95 €
	<b>31.12.2013</b>	37.823.602,73 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Denkmäler und sonst. Kunstgegenstände	24.009.960,10	24.067.807,88
Gemälde	9.432.817,35	9.413.567,35
Skulpturen	4.342.227,50	4.342.227,50
	<u>37.785.004,95</u>	<u>37.823.602,73</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	37.823.602,73
Zugänge	19.256,00
Umbuchungen	342,72
Abgänge	-1,00
Abschreibungen	<u>-58.195,50</u>
Stand am 31.12.2014	37.785.004,95

Der Bestand an Kunstgegenständen und Denkmälern wurde im Berichtsjahr fortgeschrieben. Die Abschreibungen setzen sich aus den Aufwendungen für das Romanische Haus, die Feste Franz und das Fort Asterstein zusammen.

Die Zugänge betreffen ausschließlich den Bereich der Gemälde und bestehen aus Sachzuwendungen (Schenkungen).

<b>1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge</b>	<b>31.12.2014</b>	10.147.875,21 €
	<b>31.12.2013</b>	10.268.436,49 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Fahrzeuge	2.589.295,21	2.113.479,96
Maschinen und technische Anlagen	2.532.355,00	2.664.932,53
Betriebsvorrichtungen	5.026.225,00	5.490.024,00
	<u>10.147.875,21</u>	<u>10.268.436,49</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	10.268.436,49
Zugänge einschließlich Umbuchungen	1.030.050,34
Abgänge	-5.753,50
Abschreibungen	<u>-1.144.858,12</u>
Stand am 31.12.2014	10.147.875,21

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und betreffen die drei Bereiche Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen sowie die Betriebsvorrichtungen. Im Einzelnen wurden insbesondere Fahrzeuge für die Feuerwehr angeschafft bzw. Schlussrechnungen aktiviert. Auch wurden zwei Brunnen sowie die Sanierung der Lehrküche der IGS Koblenz aktiviert.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	954.967,91 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Abschreibungen wurden stichprobenweise anhand der Anlagenstammsätze betragsmäßig überprüft und die Gegenbuchung auf dem entsprechenden Konto der Ergebnisrechnung nachvollzogen. Die Prüfung ergab jeweils Übereinstimmung.

Die Abgänge wurden stichprobenweise anhand der Buchungen im Bilanzkonto überprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

<b>1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>	<b>31.12.2014</b>	13.562.482,54 €
	<b>31.12.2013</b>	13.074.649,09 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Betriebsausstattung	893.236,11	1.023.110,93
Geschäftsausstattung	5.714.261,04	5.596.181,82
Medienbestand	1.877.582,96	1.909.337,96
GWG	758,00	12.297,00
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.076.644,43	4.533.721,38
	<u>13.562.482,54</u>	<u>13.074.649,09</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	13.074.649,09
Zugänge einschließlich Umbuchungen	1.887.097,10
Abgänge	-7.124,91
Abschreibungen	<u>-1.392.138,74</u>
Stand am 31.12.2014	13.562.482,54

Die Zugänge inkl. Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und sind allesamt durch Rechnungen belegt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Es handelt sich hierbei neben vielen weiteren ämterspezifischen Anlagenaktivierungen im Wesentlichen um die Abrechnung der Mensabauten am Max-von-Laue Gymnasium und an der Grundschule Neuendorf, die Abrechnung der Baumaßnahme Sporthalle Goethe-Realschule-Plus sowie die Abrechnung des Kulturbaus.

Die Abgänge erfolgten hauptsächlich durch Abschreibungsbuchungen und wurden in Stichproben geprüft. Hierbei ergaben sich keine Beanstandungen.

Im Gegensatz zur gesetzlichen Regelung des § 35 Abs. 3 GemHVO wurde im **Jahresabschluss 2009** zur Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter § 6 Abs. 2 EStG angewandt. Demnach wurde eine Abgrenzung der Vermögensgegenstände anhand der steuerlichen Grenzen von 150 und 1.000 € durchgeführt und, sofern nach dieser Vorschrift erforderlich, die Bildung eines Sammel pools geringwertiger Wirtschaftsgüter mit einer 5-jährigen Abschreibungsdauer vorgenommen.

Ab dem Jahr 2010 wurden die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter auf die Regelung des § 35 (3) Satz 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam zu buchen.



<b>1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau</b>	<b>31.12.2014</b>	78.503.911,61 €
	<b>31.12.2013</b>	71.909.802,88 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	71.909.802,88
Zugänge	24.505.781,99
Umbuchungen	-17.865.265,49
Abgänge	-46.407,77
Stand am 31.12.2014	78.503.911,61

Die Bilanzposition der Anlagen im Bau beinhaltet die bis zum Bilanzstichtag getätigten städtischen Investitionen für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die am Bilanzstichtag noch nicht ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten. Diese Position setzt sich zum Bilanzstichtag aus insgesamt 202 Anlagen im Bau zusammen (Vorjahr 191) und hat sich wertmäßig gegenüber dem Vorjahr um saldiert rd. 6,6 Mio. € erhöht.

Bis zum Bilanzstichtag konnten 32 Anlagen im Bau (Wert: 8,7 Mio. €) ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben und somit in das Anlagevermögen überführt werden (Einsetzen der Abschreibung). Durch Nach- und Teilaktivierung zu bereits bestehenden Anlagen in Höhe von 9,2 Mio. € wurden somit insgesamt ca. 17,9 Mio. € umgebucht.

Die nachfolgend genannten Anlagen konnten im Berichtsjahr einer bestimmungsgemäßen Nutzung zugeführt werden und stellen einen maßgeblichen Teil der Umbuchungen dar (vollständige Abrechnung von Projekten, ohne Nachaktivierungen):

Goethe-Realschule plus, Sporthalle	3.630.288,86 €
GS Neuendorf, Mensabau	1.956.224,59 €
Max-v.-Laue, Mensabau	653.144,61 €
Anbau KITA Pustebume	428.726,51 €
Umbau-, Brandschutzmaßnahme Max-von-Laue Gymnasium	403.200,00 €
Umbau Förderschule Am Bienhorntal	285.731,32 €
Heizung Clemens-Brentano / Overberg-RS plus	202.052,67 €
Neubau KITA Musikerviertel	200.979,74 €
Erweiterung Kita "Rappelkiste"	178.564,60 €
Neugestaltung NAWIS Max-von-Laue Gymnasium	140.345,16 €
Neubau Kita "Boelcke" Rauental	129.066,85 €
Projektierungsmittel Sporthalle	109.046,67 €
Sanierung Lehrküche IGS	100.000,00 €
Zugang Schrägaufzug Ehrenbreitein	91.192,96 €
Ausbau Löwentor/Görtzstraße	54.201,51 €

(aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen sind nur Projekte mit einem Wert von mehr als 50 T€ aufgeführt)



Es verstetigt sich die Annahme des Vorjahres, dass die Anlagenbuchhaltung der Entwicklung der vergangenen Jahre weiter deutlich entgegenwirkt und die enge Abstimmung zwischen den ausführenden Fachämtern und der Anlagenbuchhaltung weiter notwendig ist.

Durch die Entwicklung und Inkraftsetzung der „Arbeitsrichtlinie Anlagevermögen, Sonderposten und Vorräte“ zeigt sich weiter eine deutliche Verbesserung im Abrechnungsprozess gegenüber den Vorjahren. Von einer temporären Überlastung des Abrechnungsprozesses im Bereich der Anlagenbuchhaltung, wie es in den Vorjahren der Fall war, kann insofern nicht mehr ausgegangen werden. Vielmehr gelangen die Fachämter durch die Vereinheitlichung des Abrechnungsprozesses und die enge Abstimmung mit der Anlagenbuchhaltung nun deutlich schneller zur Abrechnung der Projekte / Maßnahmen.

Die Annahme der Rechnungsprüfung, dass sich der temporäre Überlastungszustand im Abrechnungsprozess mit fortschreitender Dauer entzerren wird und letztendlich in den kontinuierlichen Abbau der bereits aufgelaufenen Abschreibungen mündet setzt sich nun, nach dem Wendepunkt im Jahr 2013, weiter fort.

Da die Abschreibung jedoch erst mit der Aktivierung (Umbuchung auf die entspr. Bilanzposition) des Vermögensgegenstandes einsetzt, weist die Ergebnisrechnung, wie in den Vorjahren auch, zu geringe Aufwendungen für Abschreibungen aus (siehe Prüfberichte zum Jahresabschluss 2009 bis 2013). Dieser Umstand wird sich auch zukünftig nicht gänzlich ausschließen lassen, da z.B. die Kosten für Straßenbauprojekte erst mit der endgültigen Abrechnung der Erschließungs- und Ausbaubeiträge vollständig aktiviert werden können. Hier bietet sich die Teilaktivierung von Projekten an, bei der ein bereits feststehender Kostenanteil auf die korrespondierende Bilanzposition umgebucht werden kann und somit der Abschreibung unterliegt. Die vollständige Abrechnung dieser Projekte muss dann auf dem Wege der Nachaktivierung geschehen.

Da die bis zur Aktivierung der Vermögensgegenstände aufgelaufene Abschreibung nicht nachgeholt werden kann, erhöht sich der Abschreibungssatz der Anlagegüter aufgrund der Herabsetzung der Nutzungsdauer (Verteilung der Abschreibungsbeträge auf die Restnutzungsdauer des Anlagegutes), was zwangsläufig materielle Auswirkungen auf die Ergebnisrechnungen der Folgejahre haben wird.

<b>1.3 Finanzanlagen</b>	<b>31.12.2014</b>	308.242.951,28 €
	<b>31.12.2013</b>	289.229.863,58 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Anteile an verbundene Unternehmen	174.818.764,28	159.320.288,03
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.758.852,16	1.887.970,31
Beteiligungen	5.381.633,51	5.381.633,51
Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen	117.544.782,20	116.920.456,13
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	8.682.046,47	5.660.199,14
Sonstige Ausleihungen	56.872,66	59.316,46
	<u>308.242.951,28</u>	<u>289.229.863,58</u>

<b>1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>31.12.2014</b>	174.818.764,28 €
	<b>31.12.2013</b>	159.320.288,03 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0	151.522.310,89	136.023.834,64
Wirtschaftsförderungsges. mbH	100,0	3.178.088,00	3.178.088,00
Koblenzer Wohnungsbau GmbH	100,0	20.050.439,20	20.050.439,20
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0	51.276,19	51.276,19
Bundesgartenschau GmbH	66,6	16.650,00	16.650,00
		<u>174.818.764,28</u>	<u>159.320.288,03</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Anteile an fünf verbundenen Unternehmen mit einem Vermögenswert von insgesamt 174.818.764,28 Euro. Mit Ausnahme der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH besteht bei allen dieser Unternehmen eine Beteiligung in Höhe von 100 v.H. (Eigengesellschaften). Alle Anteile sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i.V.m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

#### ■ Stadtwerke Koblenz GmbH

Die Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH erhöht sich um 15.498.476,25 Euro, bedingt durch die Zunahme des Eigenkapitals der Stadtwerke GmbH und der Bewertung der Anteile anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode.



<b>1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen</b>	<b>31.12.2014</b>	1.758.852,16 €
	<b>31.12.2013</b>	1.887.970,31 €

Diese Ausleihungen beinhalten neun Darlehensverträge mit dem verbundenen Unternehmen Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben.

Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen und außerplanmäßigen Tilgungen.

<b>1.3.3 Beteiligungen</b>	<b>31.12.2014</b>	5.381.633,51 €
	<b>31.12.2013</b>	5.381.633,51 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Gemeinschaftsklinikum gGmbH	50,00	5.120.000,00	5.120.000,00
Technologie Zentrum GmbH	28,39	247.001,35	247.001,35
EK02 GmbH	0,01	11.264,40	11.264,40
Verkehrsverbund RM GmbH	11,11	3.067,76	3.067,76
Volksbank Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00	300,00
		<u>5.381.633,51</u>	<u>5.381.633,51</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Beteiligungen mit einem Vermögenswert von insgesamt 5.381.633,51 €. Die Beteiligung an dem Gemeinschaftsklinikum Kemperhof – St. Elisabeth Mayen gGmbH bestimmt zu rd. 95 % die Höhe dieser Bilanzposition. Alle Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i. V. m. § 52 GemHVO angege- ben und erläutert.

<b>1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen</b>	<b>31.12.2014</b>	117.544.782,20 €
	<b>31.12.2013</b>	116.920.456,13 €

In dieser Position sind die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen), rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen (z.B. Ruhegeld- und Versorgungskassen), das Stiftungsvermögen sowie die Mitgliedschaft in einem Zweckverband und einer vorhandenen Anstalt des öffentlichen Rechts auszuweisen.

Das **Sondervermögen** umfasst die fünf Eigenbetriebe der Stadt Koblenz mit einem Vermögenswert von insgesamt 108.300.461,64 Euro. Der Eigenbetrieb 85 Stadtentwässerung bestimmt zu rd. 69 % die Höhe dieses Vermögens.

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
EB 17: KGRZ	1.161.786,75	1.161.786,75
EB 67: Grünflächen- u. Bestattungswesen	568.789,46	568.789,46
EB 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30	3.582.814,30
EB 83: Koblenz Touristik	28.510.108,89	28.510.108,89
EB 85: Stadtentwässerung	74.476.962,24	74.434.432,19
	108.300.461,64	108.257.931,59

Es bestehen keine erläuterungswürdigen Veränderungen der Vermögenswerte zum Bilanzstichtag.

Das Vermögen aus **Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts** umfasst folgende Zweckverbände:

Zweckverband „Industriepark A61/ GVZ-Koblenz“	257.152,30 Euro
Zweckverband „Tierkörperbeseitigung in RLP“	1,00 Euro

Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Veränderung des Wertansatzes des Zweckverbandes „Tierkörperbeseitigung in RLP“. Die Insolvenz dieses Zweckverbandes führte zwangsläufig zu einer Herabsetzung des Anteilswertes auf einen Erinnerungswert von 1,00 Euro.

Das **Stiftungsvermögen** im Berichtsjahr beträgt 4.188.075,08 Euro (+ 24.620,41 Euro zu Vorjahr) und wurde anhand des Buchwerts des eingelegten Vermögens bewertet sowie auf den 31.12.2014 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr bestehen folgende Vermögen:

Stiftung von Düsseldorf	Stiftung Zehe	Vermächtnis Brambosch Schaelen
Philipine-Kerwer-Stiftung	Nachlass Straub	Nachlass Willisch / Sauer
Stiftung Mohr	Nachlass Born	Nachlass Rothländer
Stiftung Petrou	Nachlass Neddermeyer	Nachlass Pöschmann
General-Allen-Spende	Nachlass Legner	Stiftung Erich u. Irmgard Schneider
Nachlass Rüttgers	Nachlass Blettner	

Die Entwicklung dieser Stiftungen wird in einer gesonderten Bestandsliste aufgezeichnet und fortgeschrieben.

Zudem besteht aus der **Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“** der Rheinischen Versorgungskasse Köln ein Anteilswert zum 31.12.2014 in Höhe von 4.789.092,18 Euro bei einer effektiven Einzahlungshöhe der Stadt Koblenz von bislang 3.742.127,26 Euro. Der Zuwachs des Anteilswertes gegenüber dem Vorjahr beträgt 577.855,89 Euro. Als nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst.

<b>1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen</b>	<b>31.12.2014</b>	8.682.046,47 €
	<b>31.12.2013</b>	5.660.199,14 €

Diese Ausleihungen beinhalten gewährte Liquiditätskredite an die Eigenbetriebe 83 Koblenz Touristik (4.850 T€), 70 Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (3.796 T€) und 67 Grünflächen- und Bestattungswesen (36 T€).



<b>1.3.8 Sonstige Ausleihungen</b>	<b>31.12.2014</b>	56.872,66 €
	<b>31.12.2013</b>	59.316,46 €

Diese Ausleihungen beinhalten zwei Darlehensverträge mit Dritten im Rahmen von Bau-  
sanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben. Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren  
aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen sowie außer-  
planmäßigen Tilgungen.

<b>2 Umlaufvermögen</b>	<b>31.12.2014</b>	36.350.008,05 €
	<b>31.12.2013</b>	29.380.419,17 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Vorräte	6.134.770,54	6.721.924,61
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	18.979.968,29	19.925.930,18
Kasse, Bankguthaben und Schecks	11.235.269,22	2.732.564,38
	36.350.008,05	29.380.419,17

<b>2.1 Vorräte</b>	<b>31.12.2014</b>	6.134.770,54 €
	<b>31.12.2013</b>	6.721.924,61 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	67.589,42	67.228,97
Fertige Erzeugnisse, Leistungen u. Waren	6.067.181,12	6.654.695,64
	6.134.770,54	6.721.924,61

<b>2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	<b>31.12.2014</b>	67.589,42 €
	<b>31.12.2013</b>	67.228,97 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Rohstoffe	0,00	0,00
Hilfsstoffe	41.951,03	46.029,34
Betriebsstoffe	25.638,39	21.199,63
	67.589,42	67.228,97



Im Wesentlichen handelt es sich um die Bestände der Feuerwehr und der verschiedenen städtischen Lager.

<b>2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren</b>	<b>31.12.2014</b>	6.067.181,12 €
	<b>31.12.2013</b>	6.654.695,64 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Waren	324.576,64	345.827,89
Grundstücke	5.742.604,48	6.308.867,75
Gebäude	0,00	0,00
	<u>6.067.181,12</u>	<u>6.654.695,64</u>

Der Buchwert der Grundstücke zum 31.12.2014 liegt rund 570.000 € unter dem Vorjahreswert. Grund für diesen Rückgang sind im Wesentlichen Grundstücksverkäufe in Höhe von insgesamt rd. 1,6 Mio. €. Dem stehen Zugänge aus Umbuchungen in Höhe von saldiert rd. 1 Mio. € gegenüber. Hierbei handelt es sich um Grundstücke, die zum Verkauf stehen und daher aus dem Anlagevermögen ins Umlaufvermögen umgliedert wurden.

<b>2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2014</b>	18.979.968,29 €
	<b>31.12.2013</b>	19.925.930,18 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Öffentlich- rechtliche Forderungen	21.566.037,25	18.761.540,96
Privatrechtliche Forderungen	2.223.807,97	3.007.942,57
Forderungen gg. verbundene Unternehmen	233.872,54	3.809.315,58
Forderungen gg. Beteiligungsunternehmen	79.652,69	43.648,06
Forderungen gg. Sondervermögen, u.a.	73.129,27	511.794,22
Forderungen gg. sonst. öffentl. Bereich	326.174,67	178.293,36
Sonstige Vermögensgegenstände	6.400.654,62	4.008.042,76
Wertberichtigung Forderungen	-11.923.360,72	-10.394.647,33
	<u>18.979.968,29</u>	<u>19.925.930,18</u>

Die gesetzlich vorgeschriebenen Einzelwertberichtigungen gem. § 35 GemHVO wurden in 2012 erstmals in fast ausreichendem Maße vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist abermals ein deutlicher Anstieg der Einzelwertberichtigungen festzustellen. Die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) sind somit für den Bereich der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen weitestgehend korrigiert worden. Für bestimmte Bereiche werden Forderungen als Summe von Einzelwertberichtigungen über einen Betrag korrigiert.



<b>2.2.1 Öffentlich- rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>31.12.2014</b>	21.566.037,25 €
	<b>31.12.2013</b>	18.761.540,96 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Gebührenforderungen	1.303.311,98	1.305.689,08
Beitragsforderungen	717.187,78	911.947,87
Steuerforderungen	14.032.595,78	11.845.106,52
Forderungen aus Transferleistungen	2.170.358,71	1.787.464,93
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	3.342.583,00	2.911.332,56
	<u>21.566.037,25</u>	<u>18.761.540,96</u>

Um dem allgemeinen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurde eine detaillierte Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen wurde wie folgt ermittelt:

	Forderungshöhe (nach EWB) EUR	%	Wertberichtigung EUR
Gebührenforderungen	897.006,08	20,00	179.401,22
Beitragsforderungen	493.605,37	20,00	98.721,07
Steuerforderungen	9.727.938,98	43,27	4.209.160,15
Forderungen aus Transferleistungen	2.170.358,71	0,00	0,00
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	2.300.536,87	20,00	460.107,37
	<u>15.589.446,01</u>		<u>4.947.389,81</u>

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wird bei Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Mögliche Änderungen aufgrund von Prüfungsfeststellungen werden nicht vorgenommen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Anstieg der Steuerforderungen zurückzuführen.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

<b>2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>31.12.2014</b>	2.223.807,97 €
	<b>31.12.2013</b>	3.007.942,57 €

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Forderungen aus dem Verkauf von Grundstücken, übergebenen Unterhaltsansprüchen sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen. In 2014 wurden diese Forderungen unter der Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 13,8% bzw. 306.107,72 € pauschal wertberichtigt.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.



<b>2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen</b>	<b>31.12.2014</b>	233.872,54 €
	<b>31.12.2013</b>	3.809.315,58 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	137.442,33	3.672.100,16
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	12.507,06	18.395,49
Stadtwerke Koblenz GmbH	1.670,80	38.453,18
Sporthalle Oberwerth GmbH	14.607,83	21.880,25
Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH	41.807,50	24.928,77
Koblenzer Entsorgungs- und Versorgung GMBH	19.524,92	33.507,56
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	6.312,10	50,17
	<u>233.872,54</u>	<u>3.809.315,58</u>

Ausgewiesen werden hier die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Leistungen, die verschiedene Ämter der Stadt für die jeweilige Gesellschaft erbracht haben.

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (22. Dez. 2015) bis auf 18.901,79 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>31.12.2014</b>	79.652,69 €
	<b>31.12.2013</b>	43.648,06 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH	71.456,74	43.303,05
KEVAG	2.418,32	345,01
Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug	5.777,63	0,00
	<u>79.652,69</u>	<u>43.648,06</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (22. Dezember 2015) ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen</b>	<b>31.12.2014</b>	73.129,27 €
	<b>31.12.2013</b>	511.794,22 €

Die Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und Kommunale Stiftungen setzen sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Entsorgungsbetrieb	4.503,36	84.892,63
Koblenz Touristik	68.625,91	424.297,91
Grünflächen- und Bestattungswesen	0,00	2.392,75
Kommunales Gebietsrechenzentrum	0,00	210,93
	<u>73.129,27</u>	<u>511.794,22</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (08. Dezember 2015) ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich</b>	<b>31.12.2014</b>	326.174,67 €
	<b>31.12.2013</b>	178.293,36 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Zinsen Sonderkasse Eigenbetriebe	201.971,65	136.402,81
Landkreise, Verbandsgemeinden	55.217,97	7.847,08
Bund	39.906,10	8.593,54
Land Rheinland-Pfalz	10.544,04	13.169,70
DLP-Konten	1.682,70	1.682,70
Sonstiges	16.852,21	10.597,53
	<u>326.174,67</u>	<u>178.293,36</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (10. Dezember 2015) bis auf 957,74 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2014</b>	6.400.654,62 €
	<b>31.12.2013</b>	4.008.042,76 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Beamtenbezüge Januar Folgejahr	1.221.501,94	1.217.784,96
Forderungen aus Abwicklung für Eigenbetriebe	2.747.961,11	797.855,37
Umsatzsteuerabwicklung	1.735.140,72	1.326.179,33
Ansprüche aus Dienstherrwechsel nach § 107 BeamtVG	563.226,00	547.902,00
DLP-Konten	49.110,61	54.908,85
Baudispensgebühren	36.047,60	34.981,14
Sonstiges	47.666,64	28.431,11
	<u>6.400.654,62</u>	<u>4.008.042,76</u>



<b>2.2.8 Wertberichtigung Forderungen</b>	<b>31.12.2014</b>	- 11.923.360,72 €
	<b>31.12.2013</b>	- 10.394.647,33 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Einzelwertberichtigung	6.669.860,72	5.878.447,33
Pauschalwertberichtigung	5.253.500,00	4.516.200,00
	11.923.360,72	10.394.647,33

Für das Ausfallrisiko in den Bereichen **Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen** und **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 5.253.500,00 € gebildet. Die Pauschalwertberichtigung korrigiert somit ca. 30,7 % der zum Bilanzstichtag bestehenden (wertberichtigten) Forderungen und ist der Höhe nach ausreichend. Die Erhöhung der Pauschalwertberichtigung ist durch den Anstieg der Forderungen begründet. Einzelwertberichtigt wurden in 2014 insgesamt 6.669.860,72 €.

<b>2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	<b>31.12.2014</b>	11.235.269,22 €
	<b>31.12.2013</b>	2.732.564,38 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Kassenbestand	39.364,49	39.504,20
Guthaben bei Kreditinstituten	11.195.904,73	2.693.060,18
	11.235.269,22	2.732.564,38

#### ■ Kassenbestand

Innerhalb der Stadt Koblenz werden bei insgesamt 22 Ämtern Barkassen (Handvorschüsse) geführt. Der Kassenbestand ist durch Kassenaufnahmeprotokolle nachgewiesen.

#### ■ Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Sparkasse Koblenz	10.985.200,00	2.241.970,72
Postbank Köln	128.048,89	157.052,12
Deutsche Bank Koblenz	48.092,55	7.033,23
Commerzbank Koblenz	6.771,27	360,30
Deutsche Bundesbank Filiale Koblenz	0,00	765,34
Volksbank Mittelrhein	25.819,35	283.074,14
SEB Koblenz	511,76	834,99
LBBW Stuttgart	663,05	306,41
Hypovereinsbank Koblenz	797,86	1.662,93
	11.195.904,73	2.693.060,18



Für Kreditinstitute, bei denen ein Guthabenkonto geführt wird, lagen Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit der Sparkasse Köln-Bonn, Sparkasse Koblenz, der Volksbank Mittelrhein und der Postbank Köln wurden jeweils Bankbestätigungen angefordert. Auffälligkeiten und Abweichungen zu den bilanzierten Beträgen ergaben sich keine. Die Bewertung erfolgte zum Nominalwert.

<b>4</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>31.12.2014</b>	4.404.831,80 €
		<b>31.12.2013</b>	5.815.596,73 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Monatsbezüge SGB XIII	1.875.482,73	1.777.254,35
EB 70 (Entsorgungsbetrieb)	1.765.000,00	2.038.101,46
SGB II –BA-Abrechnung	0,00	1.285.100,81
Versorgungsbezüge	651.820,00	634.150,00
Kunstversicherung Museen	32.724,92	33.982,68
Maschinelle Abgrenzungen	61.696,07	28.000,85
Diverse Rechnungen Amt 10	17.750,01	18.164,16
Amt 10 Audi Miete (2 Fahrzeuge)	254,65	327,97
Abgrenzung Mitgliedsbeitrag ADAC	44,92	40,79
Amt 10 Coaching/Beratung AHG Gesundheitsdienste	0,00	473,66
Abrechnung Bahnfahrkarte Amt 50	58,50	0,00
	<u>4.404.831,80</u>	<u>5.815.596,73</u>

Für Ausgaben, die vor dem Bilanzstichtag für einen Aufwand nach dem 31.12.2014 geleistet wurden, erfolgte eine Wertermittlung in Höhe von 4.404.831,80 €.

## PASSIVA

1	<b>Eigenkapital</b>	<b>31.12.2014</b>	530.512.678,71 €
		<b>31.12.2013</b>	542.786.316,71 €

Das Eigenkapital setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Kapitalrücklage	633.865.516,81	633.865.516,81
Sonstige Rücklagen	16.028,20	0,00
Ergebnisvortrag	-91.079.200,10	-104.089.429,41
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12.289.666,20	13.010.229,31
	<u>530.512.678,71</u>	<u>542.786.316,71</u>

### ■ Kapitalrücklage

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	633.865.516,81
Ergebnisneutrale Korrektur der Eröffnungsbilanz	<u>0,00</u>
Stand am 31.12.2014	633.865.516,81

Gemäß dem § 14 des Landesgesetzes zur Einführung der kommunalen Doppik (KomDoppikLG) vom 2. März 2006 war es den Gemeinden letztmalig im Jahresabschluss 2013 möglich die Eröffnungsbilanz zu ändern. Dementsprechend wurde bei der Stadt Koblenz verfahren, so dass es nach fünf Jahren erstmalig zu keiner Änderung der Kapitalrücklage gekommen ist.

### ■ Sonstige Rücklagen

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	<u>0,00</u>
Zugang	16.028,20
Stand am 31.12.2014	<u>16.028,20</u>

Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, für die der Zuwendungsgeber eine ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen hat. Der Zugang des Berichtsjahres betrifft eine Landeszuwendung für die Erweiterung und den Umbau der Willi-Graf-Schule in Neuendorf.



## ■ Ergebnisvortrag

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	-104.089.429,41
Jahresergebnis 2013	13.010.229,31
Stand am 31.12.2014	-91.079.200,10

## ■ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Ausgewiesen ist das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung 2014.

<b>2</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>31.12.2014</b>	216.073.550,99 €
		<b>31.12.2013</b>	209.707.520,39 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Sonderposten zum Anlagevermögen	214.805.882,47	209.670.186,99
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	54.854,96	37.333,40
Sonderposten mit Rücklageanteil	1.212.813,56	0,00
	<u>216.073.550,99</u>	<u>209.707.520,39</u>

<b>2.2</b>	<b>Sonderposten zum Anlagevermögen</b>	<b>31.12.2014</b>	214.805.882,47 €
		<b>31.12.2013</b>	209.670.186,99 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Sonderposten aus Zuwendungen	131.399.487,52	126.175.189,99
Sonderposten aus Beiträgen u.ä. Entgelten	21.675.022,67	22.311.141,41
Sonderposten aus Anzahlung Anlageverm.	61.731.372,28	61.183.855,59
	<u>214.805.882,47</u>	<u>209.670.186,99</u>

## ■ Sonderposten aus Zuwendungen

Die Stadt Koblenz hat im Berichtsjahr Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens erhalten, für die gem. § 38 Abs. 2 GemHVO Sonderposten zu bilden waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgt durch die entsprechenden Fachämter. Die Zuwendungen sind den damit geförderten Vermögensgegenständen sachgerecht zuzuordnen.



Der Sonderposten aus Zuwendungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mio. € (rd. 2,45 % angewachsen). Den größten Anteil bilden die Zuwendungen des Landes mit einer Steigerung von rd. 4,3 Mio. € auf insgesamt rd. 92,5 Mio. €.

#### ■ **Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten**

Für Ertragszuschüsse aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten Nutzungsberechtigter ist nach § 38 Abs. 4 Satz 1 GemHVO ein Sonderposten auf der Passivseite zu bilden. Hierunter fallen im Wesentlichen Erschließungskosten-, Ausbau- und Ausgleichsbeträge sowie Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenerstattungen. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten aus dem Jahresabschluss 2013 wurden auf den 31.12.2014 fortgeschrieben. Zugewungen sind im Berichtsjahr hauptsächlich Beiträge für Infrastrukturmaßnahmen.

#### ■ **Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen**

In diesem Posten werden sämtliche Zuschüsse und Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen dargestellt, die noch nicht schlussgerechnet worden sind. Es handelt sich hierbei vorwiegend um den Bereich der Städtebauförderung (sog. Infrastrukturmaßnahmen). Im Berichtsjahr ist dieser Posten um 548 T€ angestiegen (Vorjahr: rd. 8,57 Mio. €).

Insgesamt betrachtet konnte die Rechnungsprüfung bei 36 Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen mit einem Volumen von rd. 4,8 Mio. € feststellen, dass das Anlagegut bereits von den Anlagen im Bau auf die entsprechende Bilanzposition umgebucht worden ist, jedoch der korrespondierende Sonderposten noch nicht. Dies hat zwangsläufig zur Folge, dass die Anlagegüter bereits der regulären Abschreibung unterliegen im Gegensatz zu den Sonderposten, deren ertragswirksame Auflösung erst mit der Abrechnung und Umbuchung einsetzt.

Es handelt sich vorwiegend um Infrastrukturprojekte (ca. 2,1 Mio. €) bei denen Erschließungs- und Ausbaubeiträge noch nicht abschließend feststehen sowie um BUGA-Maßnahmen (ca. 2 Mio. €), die aufgrund des noch ausstehenden Schlussverwendungsnachweises nicht umgebucht werden können. Weitere 700 T€ verteilen sich auf div. Maßnahmen, u.a. den Schulsanierungsvertrag und Maßnahmen, die nach abschließender Klärung mit den zuständigen Fachämtern erst umgebucht werden können.

<b>2.3</b>	<b>Sonderposten für den Gebührenausgleich</b>	<b>31.12.2014</b>	54.854,96 €
		<b>31.12.2013</b>	37.333,40 €

Zuführung zur Rücklage „Kommunales Studieninstitut“.

<b>2.4</b>	<b>Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	<b>31.12.2014</b>	1.212.813,56 €
		<b>31.12.2013</b>	0,00 €

Verkaufserlös des alten Stadtbades Weißer Gasse. Der Posten wird dazu verwendet um voraussichtliche Verluste des BgA in den Folgejahren abzudecken.

<b>3</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>31.12.2014</b>	177.792.507,67 €
		<b>31.12.2013</b>	177.381.694,34 €

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	151.752.030,49	148.808.990,51
Steuerrückstellungen	11.903.761,62	8.818.793,00
Sonstige Rückstellungen	14.136.715,56	19.753.910,83
	<u>177.792.507,67</u>	<u>177.381.694,34</u>
		<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2013		177.381.694,34
Auflösung / Inanspruchnahme		- 18.204.653,71
Zuführung		<u>18.615.467,04</u>
Stand am 31.12.2014		177.792.507,67

<b>3.1</b>	<b>Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>31.12.2014</b>	151.752.030,49 €
		<b>31.12.2013</b>	148.808.990,51 €

Der Bestand an Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Pensionsrückstellungen	129.682.785,06	127.244.152,43
Rückstellung für Ehrensold	233.058,00	236.175,00
Beihilferückstellung	21.506.391,43	21.015.117,08
Rückstellung für Dienstherrwechsel	329.796,00	313.546,00
	<u>151.752.030,49</u>	<u>148.808.990,51</u>



Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2013	148.808.990,51
Auflösung / Inanspruchnahme	-3.117,00
Zuführung	<u>2.946.156,98</u>
Stand am 31.12.2014	151.752.030,49

### ■ Pensionsrückstellungen

Der Wert der nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO zu bildenden Pensionsrückstellung in Höhe von 129.682.785,06 € wurde von der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) anhand der versicherungsmathematisch anerkannten Grundlage der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Heubeck ermittelt. Der Teilwertberechnung wurde gem. § 6 a Abs. 3 EStG ein Zinssatz von z. Z. 6 % zugrunde gelegt.

Während die RVK für die Pensionäre bzw. deren Hinterbliebenen auf ihre eigenen Daten zurückgreifen konnte, wurden für den Bereich der aktiven Beamten die erforderlichen Berechnungsgrundlagen durch die Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die bei den städtischen Eigenbetrieben beschäftigten Beamten sind in der Pensionsrückstellung der Stadt Koblenz erfasst. Eine Ausnahme bilden die Beamten des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, für die in der Bilanz des Eigenbetriebs eine eigene Pensionsrückstellung gebildet wurde. An einer Vereinheitlichung der Regelung für alle Eigenbetriebe wird noch gearbeitet.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2013 ist der Wert der Pensionsrückstellung um rd. 2,4 Mio. € angestiegen. Während sich die Rückstellung für die noch aktiven Beamten um ca. 2,0 Mio. € erhöhten, ergab sich bei den Pensionären ein Zuwachs von 0,4 Mio. €.

Für insgesamt 6 Ehrensoldempfänger wurde **festgestellt**, dass für diese eine Pensions- und eine Ehrensoldrückstellung durch die RVK berechnet wurde. Aufgrund der eher geringfügigen Höhe des falschen Ausweises (120.492 €) wird der Fehler im darauffolgenden Abschluss korrigiert.

### ■ Rückstellung für Ehrensold

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Zahlung von Ehrensold zu bilden. Seitens der RVK wurde diese Rückstellung nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren für 15 aktive und ehemalige Ortsvorsteher berechnet. Die Berechnung hat der Rechnungsprüfung vorgelegen.

### ■ Beihilferückstellung

Für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern sind gem. § 36 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO Rückstellungen in Höhe eines prozentualen Zuschlags auf die Pensionsrückstellungen zu bilden. Der prozentuale Zuschlag in Höhe von 20,146 % wurde aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger zu den durchschnittlichen Versorgungszahlungen der letzten drei Jahre ermittelt.



In den Jahresabschlüssen bis einschließlich 2012 wurde dieser Prozentsatz auf den zum jeweiligen Stichtag ermittelten Bestand der Pensionsrückstellung angewandt. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 kam man jedoch zu dem Ergebnis, dass es realitätsnäher sei, die Zuführung zur Beihilferückstellung an der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu orientieren.

Aufgrund des leicht gestiegenen prozentualen Zuschlags erhöhte sich der Rückstellungswert zum 31.12.2014 um den Zuführungsbetrag in Höhe von 491.274,35 € auf insgesamt 21.506.391,43 €.

### ■ Rückstellung für Dienstherrnwechsel

Die nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO von der RVK nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren ermittelten Werte für die Pensionsrückstellung beinhalten auch die Rückstellungen der Mitarbeiter, die unter dem Personenkreis des § 107 b BVG zu subsumieren sind.

Die hieraus resultierende Erstattungsverpflichtung für acht Mitarbeiter/innen beläuft sich auf insgesamt 329.796 €.

<b>3.2 Steuerrückstellungen</b>	<b>31.12.2014</b>	11.903.761,62 €
	<b>31.12.2013</b>	8.818.793,00 €

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	8.818.793,00
Auflösung / Inanspruchnahme	8.718.793,00
Zuführung	11.803.761,62
Stand am 31.12.2014	11.903.761,62

Diese Position erfasst alle Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme.

Die Summe der Steuerrückstellungen besteht hauptsächlich aus einer im Haushaltsjahr 2014 gebildeten Gewerbesteuerückstellung für Januar 2015 (7,7 Mio. €) sowie der Körperschaftsteuer der Jahre 2008 bis 2012 für den Eigenbetrieb Touristik resultierend aus der Betriebsprüfung durch das Finanzamt (4,1 Mio. €).

<b>3.4 Sonstige Rückstellungen</b>	<b>31.12.2014</b>	14.136.715,56 €
	<b>31.12.2013</b>	19.753.910,83 €

Der Bestand an sonstigen Rückstellungen setzt sich folgendermaßen zusammen:



	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Rückstellung für Instandhaltungen	1.757.107,39	1.167.433,54
Rückstellung ausstehende Rechnungen	5.995.394,87	12.704.289,64
Rückstellung für Dienstjubiläen	119.717,40	80.264,90
Altersteilzeitrückstellungen	178.284,86	232.824,56
Urlaubsrückstellungen Beamte	825.295,12	767.553,20
Urlaubsrückstellungen tarifl. Beschäftigte	1.274.111,71	1.250.987,66
Überstundenrückstellungen Beamte	988.926,30	755.341,08
Überstundenrückstellungen tarifl. Besch.	1.040.220,64	824.127,58
Prozesskostenrückstellungen	562.712,60	472.451,34
Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	0,00	20.000,00
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	909.004,19	899.225,81
Rückstellung Zentralplatz	203.440,28	203.440,28
Hangsicherung Rittersturz	139.877,20	216.413,24
Jahresabschlusskosten	142.623,00	159.558,00
	<u>14.136.715,56</u>	<u>19.753.910,83</u>

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2013	19.753.910,83
Auflösung / Inanspruchnahme	- 9.482.743,71
Zuführung	<u>3.865.548,44</u>
Stand am 31.12.2014	14.136.715,56

#### ■ Rückstellung für Instandhaltungen

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 5 GemHVO sind für unterlassene Aufwendungen von Instandhaltungen Rückstellungen zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre hinreichend konkret beabsichtigt ist.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 bestanden für folgende Maßnahmen Rückstellungen bzw. wurden neu gebildet:

Maßnahme	Rückstellungsbetrag / €
Ertüchtigung Brücke Mainzer Straße	482.457,15
Instandsetzung STW Kolonnenweg	400.000,00
Wasserschaden BBS Wirtschaft	319.809,70
Sanierung Elektroleitungen	318.258,46
Fußgängerunterführung Schlachthofstraße	150.583,50
Instandsetzung Übergangskonstruktion Achse 33	24.159,78
Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00
Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	18.919,76
Energiesparende Maßnahmen Rathaus I	11.773,56
Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	11.145,48
<b>Summe</b>	<b>1.757.107,39</b>



## ■ Rückstellung für ausstehende Rechnungen

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldung der Fachämter ermittelt. Es bestehen Rückstellungen für folgende Sachverhalte:

Amt	Maßnahme	Betrag / €
Amt 05	Insolvenzverfahren	3.000,00
Amt 36	Passivhaus-Förderung, Beratungskosten	16.857,11
Amt 40	Mehrleistung Sanierungsvertrag Wohnbau 2008-2009, konsumtiver Anteil	1.091.741,25
Amt 45	Insbes. Restaurierungen, Reparaturen, Katalogkosten, Transportkosten	67.856,00
Amt 50	AOK RLP Abr. für Betreute nach §264 V 4.Quartal 2014/AZ Dezember 2014, Beweissicherungsverfahren BUGA	243.970,00
Amt 52	Abrisskosten Stadtbad	1.187.853,20
Amt 61	Rückzahlung Fördergelder Flugfeld Karthause, Nachzahlung Kaufpreinsnachlass	1.582.179,44
Amt 62	Rückzahlung Baumbestand an Bund, Abbruch Tierheim, Bodenbefestigungen/Verkehrssicherungsmaßnahmen,	527.461,21
Amt 66	Diverse bautechnische Prüfungen und Planungen, Straßenoberflächenentwässerung, Begrünung und Anwuchspflege, Zinszahlungen an Land, diverse Straßenbauarbeiten	445.415,66
Amt 67	GRIS/Grünflächenunterhaltung	427.061,00
Amt 80	Rückzahlung an Strueg	402.000,00
<b>Gesamt</b>		<b>5.995.394,87</b>

Die Rückstellungen für Mehrleistungen aus dem Schulsanierungsvertrag wurden im Jahresabschluss 2013 erstmals gebildet. Der Betrag aus 2013 für die Jahre 2005 bis 2007 wird im vorliegenden Jahresabschluss in die Verbindlichkeiten um gegliedert (siehe auch die Position „4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen“)

## ■ Rückstellungen für Dienstjubiläen

Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienten die vom Fachamt vorgelegten Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen in einem Rundschreiben vom 08.12.2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügten Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren gem. Ziffer 10 gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richttafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Für den vorliegenden Abschluss kann **festgestellt** werden, dass in der Berechnung die Beschäftigten der Eigebetriebe im Kernhaushalt der Stadt Koblenz miterfasst wurden. Dieser Umstand führt zu dem ca. 50%igen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Eine Korrektur (ca. 40 T€) erfolgt im darauffolgenden Jahresabschluss.



## ■ Altersteilzeitrückstellungen

Zum Stichtag 31.12.2014 beläuft sich die Rückstellung für die Beamten auf 49.840,95 € (Vorjahr: 180.380,89 €) und für die tariflich Beschäftigten auf 128.443,91 € (Vorjahr: 52.443,67 €). Zum 31.12.2014 waren für einen Beamten und fünf tariflich Beschäftigte Altersteilzeitrückstellungen zu bilden.

Die Berechnung der Rückstellung wurde in Stichproben geprüft.

Berechnet wurde die Rückstellung nach der vom BFH bestätigten „alternativen Vorgehensweise“, die von der Annahme ausgeht, dass der Altersteilzeitberechtigte während der Beschäftigungsphase jährlich einen Anspruch für ein Jahr Freistellung in Höhe des gezahlten Altersteilzeitentgeltes erwirbt. Dieser Anspruch führt während der Beschäftigungsphase zu einer regelmäßigen Zuführung zur Rückstellung, während diese dann in der Freistellungsphase kontinuierlich aufgelöst wird.

## ■ Urlaubsrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte

Gemäß § 36 GemHVO RLP sind für die von der Gemeinde zu gewährenden Urlaubszeiten der Bediensteten unter Fortzahlung des Arbeitslohns (Urlaubsentgelt) Rückstellungen zu bilden.

Grundlage der Bemessung der Urlaubsrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage zum Stichtag 31.12.2014, die anhand der in den Ämtern geführten Urlaubskarteien für insgesamt 1.835 städtische Mitarbeiter ermittelt wurden.

Insgesamt beträgt die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage zum Stichtag 10.727. Der individuelle Stundensatz jedes Mitarbeiters errechnet sich auf Grundlage der Jahresarbeitszeit und des Jahresbruttoeinkommens. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter in Höhe von 1.144,09 € (Vorjahr: 1.095,25 €). Der betragsmäßige Anstieg der Urlaubsrückstellung um ca. 81 T€ bei gleichzeitigem Rückgang der Überstunden um ca. 1.500 ist durch Änderungen in der Berechnungsmethode begründet. Hier wurden im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2013 **Feststellungen** getroffen und Änderungen festgelegt, so dass für 2014 eine gegenläufige Veränderung festzustellen ist.

Die der Berechnung der Urlaubsrückstellungen zugrunde liegenden Arbeitstage wurden im Jahresabschluss 2013 noch mit 260,88 beziffert. Unter Berücksichtigung einschlägiger Vorschriften wurde diese Zahl handelsbilanziell zum 31.12.2014 auf 220 Arbeitstage reduziert, da sich der Auffassung der Mittelrheinischen Treuhand GmbH angeschlossen wird, die ausstehende Urlaubstage zum Bilanzstichtag als Pflicht zur Freizeitgewährung im Folgejahr ansieht. Der gegenteiligen Auffassung, dass nicht in Anspruch genommene Urlaubstage als Geldschuld am Bilanzstichtag anzusehen sind, kann mithin nicht gefolgt werden. Die Höhe würde sich in vorgenanntem Falle danach bestimmen, welches Urlaubsentgelt der Arbeitgeber hätte aufwenden müssen, wenn er seiner Zahlungsverpflichtung bereits am Bilanzstichtag nachgekommen wäre.

Ferner bleibt festzustellen, dass die Berechnungsformel für Urlaubsrückstellungen in 2013 für Teilzeitkräfte dahingehend falsch war, dass der Multiplikator (Stunden eines Urlaubstages) bei den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Teilzeitba-



sis nicht an die Arbeitsteilzeit angepasst wurde. Der Stundensatz der betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde somit mit der Stundenzahl eines Arbeitstages auf Vollzeit multipliziert.

Hinsichtlich der Rückstellungen für die Künstler des Amtes 46/Stadttheater wurde von dortiger Seite mitgeteilt, dass die Rückstellungssumme für 2013 um rd. 147 T€ zu verringern sei. Grund hierfür war die Anpassung der Resturlaubstage sowie die Abänderung der Tageweche der Künstler von 5 auf 7 Tage (Kalendertage).

Sämtliche o.g. Korrekturen wurden zum Jahresabschluss 2014 vorgenommen.

#### ■ **Überstundenrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte**

Rückstellungen für Überstunden werden sowohl auf Grundlage der Werte der automatisierten Zeiterfassung als auch auf Grundlage der manuellen Werte (Meldung Fachämter) gebildet. Zum Stichtag bestanden für 1.835 Mitarbeiter 64.169 Überstunden.

Für die Berechnung des Wertes der Rückstellung wurde der auf Basis des Jahresbruttoeinkommens aus dem Lohnkonto und der Jahresarbeitszeit ermittelte individuelle Stundensatz jedes einzelnen Mitarbeiters gebildet und mit der Anzahl der jeweils geleisteten Überstunden multipliziert. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für geleistete Überstunden pro Mitarbeiter in Höhe von 1.105,80 € (Vorjahr: 857,01 €).

Neben weiteren zu vernachlässigenden Problemstellungen wurden in 2013 für einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der automatisierten Zeiterfassung teilnehmen, vom Fachamt falsche manuelle Zeitsalden gemeldet, was de facto dazu geführt hat, dass die vorhandenen automatisierte Zeitguthaben von nicht unerheblicher Höhe bei der Berechnung der Rückstellungen außer Acht gelassen wurden.

Entsprechende Korrekturen wurden zum Jahresabschluss 2014 vorgenommen.

#### ■ **Prozesskostenrückstellungen**

Prozesskostenrückstellungen wurden aufgrund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Als Schätzwert wurden ca. 10 % des zu erwartenden Streitwertes berücksichtigt.

#### ■ **Hangsicherung Rittersturz**

Die Rückstellung für die Sicherung des Hanges am Rittersturz in Höhe von T€ 216 wurde in 2014 mit rd. 76.000 € in Anspruch genommen. Der Restbetrag von rd. T€ 140 wird nach 2015 übertragen. Der noch zur Verfügung stehende Betrag wird für weitere geologische Untersuchungen benötigt.

#### ■ **Jahresabschlusskosten**

Für 2013 wurden erstmals Rückstellungen für die Kosten der Erstellung des Jahresabschlusses gebildet. Dabei wurden sowohl Kosten für den Einzelabschluss als auch für den in 2015 gesetzlich erstmals zu bildenden Gesamtabschluss berücksichtigt.



Die Kosten setzen sich insbesondere aus den Anteilen der den Jahresabschluss betreffenden Stellen der Finanz- und Anlagenbuchhaltung zusammen. Für den Bilanzstichtag 31.12.2014 betragen die Rückstellungen für den Einzelabschluss 114.860 € und für den Gesamtabchluss 27.763 €.

<b>4 Verbindlichkeiten</b>	<b>31.12.2014</b>	480.395.871,95 €
	<b>31.12.2013</b>	449.097.006,40 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten setzt sich folgendermaßen zusammen:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	405.472.263,01	385.727.887,78
Verbindlichkeiten kreditähnlicher Vorgängen	3.256.319,80	3.336.989,48
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leist.	5.624.078,32	6.971.480,36
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	25,76	850,00
Verbindlichkeiten gg. verbund. Untern.	18.361.169,78	9.775.235,75
Verbindlichkeiten gg. Beteiligungsuntern.	20.819,25	9.133,85
Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen u.a.	41.977.453,78	36.142.777,60
Verbindlichkeiten gg. sonst. öffentl. Bereich	2.939.403,47	4.483.924,31
Sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78	2.648.727,27
	<u>480.395.871,95</u>	<u>449.097.006,40</u>

<b>4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</b>	<b>31.12.2014</b>	405.472.263,01 €
	<b>31.12.2013</b>	385.727.887,78 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzt sich folgendermaßen zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
4.1.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	318.972.219,71	308.727.818,63
4.1.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	86.500.043,30	77.000.069,15
	<u>405.472.263,01</u>	<u>385.727.887,78</u>

<b>4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen</b>	<b>31.12.2014</b>	318.972.219,71 €
	<b>31.12.2013</b>	308.727.818,63 €

davon

- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: **20.961.287,75 €**  
Vorjahr: 37.199.174,53 €
- mit einer Restlaufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren: **63.297.631,54 €**  
Vorjahr: 57.067.939,00 €
- mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: **234.713.300,42 €**  
Vorjahr: 214.460.705,10 €
- durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: 0,00 €  
Vorjahr: 0,00

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Darlehen	314.662.555,65	304.734.277,95
Zinsabgrenzung	4.309.664,06	3.993.540,68
	<u>318.972.219,71</u>	<u>308.727.818,63</u>

#### ■ Darlehen

	EUR
Entwicklung:	
Stand am 31.12.2013	304.734.277,95
Zugänge	39.915.949,71
Tilgungen	- 29.987.672,01
Stand am 31.12.2014	<u>314.662.555,65</u>

Die Zugänge enthalten fünf Darlehen, deren Zinsbindungsfrist im Berichtsjahr ausgelaufen ist und die dementsprechend umgeschuldet worden sind. Die Tilgungen in Höhe von 29.987.672,01 € sind um diesen Betrag zu kürzen, so dass „planmäßige Tilgungsleistungen“ in Höhe von 15.941.022,30 € entstanden sind. Der Anstieg der „planmäßigen Tilgungsleistungen“ in 2014 um ca. 473 T€ resultiert ausschließlich daher, dass die Stadt Koblenz in der Mehrzahl Annuitätendarlehen abgeschlossen hat und sich somit bei gleichbleibender Leistung an die Bank der jeweilige Tilgungsanteil erhöht hat.

#### ■ Zinsabgrenzung

Der Anstieg der Zinsabgrenzung ist hauptsächlich auf die Neuaufnahme von insgesamt 12 einzelnen Darlehen zurückzuführen.

Eine Aufstellung der Darlehen ist aus dem beigefügten Anhang (**Anlage 4**) ersichtlich.



<b>4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung</b>	<b>31.12.2014</b>	86.500.043,30 €
	<b>31.12.2013</b>	77.000.069,15 €

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bestanden zum Stichtag 31.12.2014 kurzfristige Darlehen in Höhe von 86.500.043,30 €. Kreditgeber waren die ING-DiBa AG (58.000.000 €), die Allgemeine Beamtenbank (10.000.000 €) und die Sparkasse Koblenz (18.500.000 €). Ein Kontokorrentkonto bei der Sparkasse Koblenz war zum Stichtag mit 43,30 € belastet.

Die Bestände sind durch Kontoauszüge nachgewiesen.

<b>4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen</b>	<b>31.12.2014</b>	3.256.319,80 €
	<b>31.12.2013</b>	3.336.989,48 €

In dieser Position werden Zahlungsverpflichtungen für Darlehen, die die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH bei verschiedenen Banken aufgenommen hat, ausgewiesen. Die Darlehen dienen der Durchführung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Jugendbereich. Sie betreffen originäre Aufgaben der Stadt Koblenz, die aber aufgrund der bestehenden Kreditlimitierung von der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft durchgeführt wurden.

Die Darlehen sind in der Bilanz der Wohnungsbau enthalten. Die Stadt hat sich vertraglich zur Leistung von Zins- und Tilgungsleistungen sowie Verwaltungskosten verpflichtet; sie sind daher im Jahresabschluss als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, zu bilanzieren.

Die Verbindlichkeiten, resultierend aus dem Schulbausanierungsvertrag, werden nunmehr bei Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Sporthalle Max-von-Laue Gymnasium	1.258.850,00	1.288.470,00
Grundschule Niederberg	700.469,80	720.921,48
Speisesaal Diesterwegschule	531.480,00	543.840,00
Jugend- und Bürgerzentrum Karthause	516.000,00	528.000,00
Mensa Asterstein	249.520,00	255.758,00
	<u>3.256.319,80</u>	<u>3.336.989,48</u>



<b>4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>31.12.2014</b>	5.624.078,32 €
	<b>31.12.2013</b>	6.971.480,36 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
8 (10) Kreditoren über 100 T€	1.881.412,54	2.768.707,39
93 (105) Kreditoren zwischen 10 T€ und 100 T€	2.671.524,43	3.060.190,28
221 (289) Kreditoren zwischen 1 T€ und 10 T€	769.625,33	933.986,89
993 (1.120) Kreditoren unter 1 T€	232.030,01	221.246,31
Sicherheitseinbehalte	101.566,85	46.349,58
	<u>5.656.159,16</u>	<u>7.030.480,45</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	<u>32.080,84</u>	<u>59.000,09</u>
	5.624.078,32	6.971.480,36

Die Verbindlichkeiten – ohne Sicherheitseinbehalte - waren zum Prüfungszeitpunkt (November 2015) bis auf 97.195,52 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	<b>31.12.2014</b>	25,76 €
	<b>31.12.2013</b>	850,00 €

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (November 2015) beglichen.

<b>4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</b>	<b>31.12.2014</b>	18.361.169,78 €
	<b>31.12.2013</b>	9.775.235,75 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
Koblenzer Wohnbau GmbH	17.549.164,21	8.223.727,20
Stadtwerke Koblenz	31.602,07	0,00
Energieversorgung Mittelrhein	620.198,79	493.894,86
EVM Verkehr GmbH	105.987,90	22.900,54
Buga GmbH	62.858,41	1.032.033,89
Sporthalle Oberwerth GmbH	11.320,56	935,17
Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft	283,22	1.744,09
	<u>18.381.415,16</u>	<u>9.775.235,75</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	<u>20.245,38</u>	<u>0,00</u>
	18.361.169,78	9.775.235,75



Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (Januar 2016) bis auf den Sanierungsvertrag Koblenzer Wohnbau GmbH (5.191.491,06 €) sowie die Mehrleistungen auf den Sanierungsvertrag Koblenzer Wohnbau GmbH (12.357.365,76 €) ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>31.12.2014</b>	20.819,25 €
	<b>31.12.2013</b>	9.133,85 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2014 EUR	Buchwert 31.12.2013 EUR
KEVAG	1.167,70	0,00
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	0,00	308,98
Kemperhof Koblenz	0,00	430,62
Abfallzweckverband RME	26.270,02	0,00
KVG/Kraftwagen-Verkehr Koblenz	0,00	35.112,70
	<u>27.437,72</u>	<u>35.852,30</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	6.618,47	26.718,45
	<u>20.819,25</u>	<u>9.133,85</u>

#### ■ debitorische Kreditoren

Die Forderungen bestehen gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Koblenz - Mayen (6.618,47 €).

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (Januar 2016) bis auf 103,00 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>4.9 Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen, Zweckverbänden, AöR, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen</b>	<b>31.12.2014</b>	41.977.453,78 €
	<b>31.12.2013</b>	36.142.777,60 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Stadtentwässerung	37.334.168,08	32.687.393,32
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	1.654.178,84	0,00
Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.238.858,79	2.367.702,42
Grünflächen und Bestattungswesen	45.916,90	1.006.161,39
Koblenz Touristik	91.506,86	0,00
Jagdgenossenschaft	53.881,89	60.602,76
Konto 3531000000	558.942,42	20.917,71
	<u>41.977.453,78</u>	<u>36.142.777,60</u>

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe. Die Eigenbetriebe führen die wesentlichen Kassengeschäfte über das Konto 240 der Stadtkasse, so dass die ausgewiesenen 41.977.453,78 € ähnlich einem Kassenkredit zu behandeln sind.



Auf dem Konto 3531000000 werden weitere verschiedene Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und ihren Eigenbetrieben bzw. Gesellschaften verbucht. Das Konto beinhaltet nicht nur Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, sondern auch Sonstige Verbindlichkeiten sowie interne Verrechnungen, die aber im Januar 2015 wieder korrigiert wurden. Die Zuordnung in der Finanzsoftware erfolgte bei der o.g Position.

Aufgrund der aktuellen Liquiditätslage der Stadt ist diese Position als eine langfristige Darlehensgewährung anzusehen. Zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs werden je nach Betriebszweig bis zu fünf Konten verwendet.

Eine Abstimmung mit den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe ist erfolgt. Dieser Abgleich führt wie schon im Vorjahr zu der Feststellung, dass aufgrund zeitlicher Buchung Unterschiede die Forderungen und Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe mit denen der Stadt **nicht** übereinstimmen.

Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabchluss (Konzern) besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns „Stadt Koblenz“ untereinander abzustimmen. Auf die gleich lautende Prüfungsbemerkung im Vorjahresbericht wird verwiesen.

<b>4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich</b>	<b>31.12.2014</b>	2.939.403,47 €
	<b>31.12.2013</b>	4.483.924,31 €

Zusammensetzung:	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
Finanzamt	1.145.920,65	1.145.284,77
Land Rheinland-Pfalz	613.314,88	1.151.692,67
Statistisches Landesamt	476.635,97	1.246.469,32
Interner Partner Stadt Koblenz	181.930,93	252.893,29
Sonstiges	153.600,49	173.641,39
Deutsche Rentenversicherung	87.082,61	86.340,60
Künstlersozialkasse	71.707,09	0,00
DLP-Konten	69.445,96	62.111,02
Bistum Trier	62.883,60	0,00
Städtetag	41.259,50	0,00
Evangelische Kirchengemeinde	20.633,98	172.767,65
Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	9.606,81	24.348,34
Rheinische Versorgungskasse	5.381,00	127.115,00
Bundesagentur für Arbeit	0,00	41.260,26
	<u>2.939.403,47</u>	<u>4.483.924,31</u>

#### ■ Statistisches Landesamt

Gewerbesteuerumlage 4. Quartal 2014



## ■ Land Rheinland-Pfalz

Zinslose Darlehen für Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (274.596,59 €) sowie Zinsen auf die Überzahlung von Fördergeldern für die Maßnahmen „Kurt-Schumacher-Brücke“ (248.336,92 €) und „Ausbau der B9, Römerstraße, 5. Bauabschnitt“ (90.381,37 €).

## ■ Finanzamt

Lohnsteuer Dezember 2014 (1.036.913,64 €) sowie Umsatzsteuer November und Dezember 2014 (109.007,01 €).

## ■ Interner Partner Stadt Koblenz

Dieser Partner beinhaltet Verrechnungen das Jahr 2014 betreffend, deren Zahlungen aber erst in 2015 erfolgten (z. Bsp. Zinsen Sonderkassen Eigenbetriebe).

<b>4.11 Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>31.12.2014</b>	2.744.338,78 €
	<b>31.12.2013</b>	2.648.727,27 €

Zusammensetzung:	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
DLP-Konten, Parkzahlungen	1.141.824,12	1.589.543,82
Maßnahmen Amt 62	663.136,13	537.655,61
Steuerverbindlichkeiten	873.630,71	436.637,60
Sonstiges	65.747,82	84.890,24
	<u>2.744.338,78</u>	<u>2.648.727,27</u>

## ■ DLP-Konten, Parkzahlungen

Der Rückgang der Parkzahlungen ist durch die Abrechnung einer Maßnahme (Grundstücksverkauf) begründet.

Auf die entsprechenden Ausführungen zu dieser Thematik in den Prüfberichten 2010 bis 2012 wird verwiesen.

## ■ Maßnahmen Amt 62

Umlegungsverfahren Reiffenbergstraße und Grundstücksverkäufe Rübenach.

<b>5 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>31.12.2014</b>	605.665,32 €
	<b>31.12.2013</b>	1.300.793,78 €

Die Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten besteht zum großen Teil aus den bereits zum 31.12.2014 bezahlten großen und kleinen Abos des Stadttheaters für die Saison 2014/15. Weiterhin wurden die jahresübergreifenden Kurse der Volkshochschule ordnungsgemäß abgegrenzt.

Der starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass von 2013 auf 2014 eine Abgrenzung der Abrechnung der Sozialhilfe vom Land in Höhe von 712 T€ erfolgte.



# Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung

## 1. Steuern und ähnliche Abgaben

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Realsteuern	150.763.659,04	119.630.970,52
Gemeindeanteile an den Gemein- schaftssteuern	48.169.486,33	50.443.014,25
Sonstige Gemeindesteuern	3.146.566,88	3.182.838,08
Ausgleichsleistungen	4.787.273,79	5.158.774,26
	<b>206.866.986,04</b>	<b>178.415.597,11</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 176.428.500 € wies die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben knapp 2,0 Mio. € Mehreinnahmen aus. Zum Vorjahresergebnis ergeben sich Mindereinnahmen in Höhe von rd. 28,5 Mio. €; dies entspricht einem Rückgang von 13,76 %.

### ■ Realsteuern

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Gewerbesteuer	131.413.925,90	99.902.682,69
Grundsteuer B	19.276.062,37	19.652.403,71
Grundsteuer A	73.670,77	75.884,12
	<b>150.763.659,04</b>	<b>119.630.970,52</b>

Die Erträge aus den Realsteuern hatten im Vergleich zum Vorjahr eine insgesamt negative Entwicklung zu verzeichnen. Sie stiegen zum Haushaltsansatz von 119.372.500 € um 258.470 € (0,2 %) und reduzierten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 31,132 Mio. € = 20,7 %.

Während die Erträge aus der Grundsteuer A bis auf einen geringen Betrag sowohl dem Haushaltsansatz als auch dem Vorjahresergebnis entsprachen, stiegen die Erträge aus der Grundsteuer B um ca. 2,0 % auf nunmehr rd. 19,65 Mio. € an. Der Hebesatz betrug - nach der Anhebung zum 01.01.2013 - unverändert 420 %.

Schlechtere wirtschaftliche Rahmenbedingungen führten dazu, dass die Gewerbesteuererträge gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um rd. 31,5 Mio. € zu verzeichnen hatten. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatzes beträgt 410 % und gilt seit 01.01.2011. Im Zeitverlauf der letzten Jahre unterliegen die Gewerbesteuererträge sehr starken Schwankungen. Nach dem Ausreißer des letzten Jahres sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder auf das Niveau der Jahre 2011 und 2012 zurückgekehrt.



## ■ Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Gem. Anteil an der Einkommenssteuer	39.669.715,61	41.783.236,13
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8.499.770,72	8.659.778,12
	<b>48.169.486,33</b>	<b>50.443.014,25</b>

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern erhöhte sich zum Vorjahr insgesamt betrachtet um rd. 2.274 T€ oder rd. 4,72 %.

Die positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde durch die gute Konjunkturlage und den damit verbunden höheren Einkommenssteuerzahlungen fortgesetzt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 2,11 Mio. € oder 5,3 % erhöht. Gleiches gilt für den Gemeindeanteil aus der Umsatzsteuer, bei der - wie im Vorjahr - ein leichtes Plus verzeichnet werden konnte. Die Steigerung betrug rd. 160 T€ (1,9 %).

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 49.303.000 € lagen die städtischen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um rd. 1.140 T€ über den geplanten Werten. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein zu niedrig bemessener Ansatz an den Anteilen aus der Einkommenssteuer.

## ■ Sonstige Gemeindesteuern

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Sonstige Steuern (Vergnügungssteuer)	2.448.823,43	2.549.956,67
Hundesteuer	415.225,10	428.777,08
Jagdsteuer	10.062,35	7.436,86
Zweitwohnungssteuer	272.456,00	196.667,47
	<b>3.146.566,88</b>	<b>3.182.838,08</b>

Die sonstigen Gemeindesteuern erhöhten sich zu 2013 um rd. 36 T€ = 1,1 %.

Dem Anstieg im Bereich der Vergnügungs- und Hundesteuer steht ein Rückgang bei der Zweitwohnsteuer gegenüber.

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und brachte im Berichtsjahr Einnahmen in Höhe von ca. 197 T€. Der Rückgang bei dieser Einnahmeart ist dadurch begründet, dass in 2013 periodenfremde Erträge in Höhe von 83 T€ verbucht wurden.

Der Haushaltsansatz bei den Sonstigen Gemeindesteuern von insgesamt 2.609.000 € wurde insbesondere durch höhere Erträge bei der Vergnügungssteuer erreicht. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt im Bereich der Vergnügungssteuer realistischere Planwerte zu Grunde zulegen.

## ■ Ausgleichsleistungen

Zusammensetzung:

	2013 EUR	2014 EUR
Familienausgleichsleistungen	3.972.273,79	4.361.405,66
Grundsicherung für Arbeitssuchende	815.000,00	797.368,60
	<b>4.787.273,79</b>	<b>5.158.774,26</b>

Die Erträge aus den Ausgleichsleistungen übersteigen den Haushaltsvoranschlag von 5.144.000 € um rd. 15 T€. Während der Ansatz bei den Erträgen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende um 103 T€ deutlich unterschritten wurde, ergaben sich bei den Familienausgleichsleistungen Mehreinnahmen um 118 T€ bzw. 2,8%.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um rd. 372 T€ zu verzeichnen. Dem Anstieg der Familienausgleichsleistungen in Höhe von 389 T€, hierbei handelt es sich um die Beteiligung der Kommunen an den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes nach § 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern, steht ein Rückgang der Leistungsbeteiligung an den Personalkosten des Job-Centers für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende um ca. 17 T€ gegenüber.

## 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

Zusammensetzung:

	2013 EUR	2014 EUR
Schlüsselzuweisungen	12.172.162,00	14.111.294,00
Sonstige allgemeine Zuweisungen	2.933.308,00	2.627.408,00
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	11.295.085,24	13.284.811,91
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.632.907,16	5.423.705,26
Schuldendiensthilfen	5.223,61	5.223,61
	<b>31.038.686,01</b>	<b>35.452.442,78</b>

Im Vergleich zum **Haushaltsansatz** von 36.463.539 € weist die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen ein Minus von rund 1.011 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Anstieg in Höhe von 4.414 T€ (14,2 %) festzustellen, der durch die folgenden Erläuterungen dargestellt wird.



## ■ Schlüsselzuweisungen

Zusammensetzung:

	2013 EUR	2014 EUR
Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG)	5.730.624,00	0,00
Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG)	4.974.394,00	6.666.507,00
Schlüsselzuweisung C1 (§ 9a (2) Ziffer 1 LFAG)	0,00	3.174.719,00
Schlüsselzuweisung C2 (§ 9a (2) Ziffer 2 LFAG)	0,00	3.956.308,00
Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG)	1.467.144,00	0,00
Härteausgleich § 34d LFAG	0,00	313.760,00
	<b>12.172.162,00</b>	<b>14.111.294,00</b>

Da die Bedarfsmesszahl die Finanzkraftmesszahl nicht überschritt, gewährte das Land im Berichtsjahr keine Schlüsselzuweisungen nach § 9 (2) Ziffer 2 LFAG.

Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der Schlüsselzuweisung (B1) nach § 9 (2) Ziffer 1 LFAG Erträge i.H.v. 6,67 Mio. €. Die deutliche Steigerung beruht zum einen auf der um 1.148 Einwohner höheren Bevölkerungsmesszahl sowie dem erhöhten Berechnungsmaßstab von 46 € auf 61 € je Einwohner.

Die in 2014 erstmalig gezahlte Schlüsselzuweisung C wird in zwei Zuweisungen aufgeteilt. Aus der **Schlüsselzuweisung C1**, die 50 v. H. der Belastung aus der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen als örtliche Träger der Sozialhilfe nach dem SGB 12 abdecken soll, erhielt die Stadt Koblenz im Berichtsjahr 3,17 Mio. €.

Weitere Erträge in Höhe von 3,96 Mio. € ergaben sich aus der **Schlüsselzuweisung C2**, die als Ausgleich für die Belastung der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeiträgen, Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen nach dem SGB 2, aus der Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach dem SGB 8 sowie aus der Beteiligung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gemäß § 6 des Landesgesetzes zur Ausführung des SGB 12 gezahlt wurden.

Investitionsschlüsselzuweisungen nach § 10 LFAG, die im Finanzhaushalt zur Verminderung des Saldos der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verwendet werden sollen, wurden im Berichtsjahr keine gewährt.

Für die von der Streichung des § 4 Abs. 2 und 3 des Landesgesetzes zur Ausführung des SGB II besonders betroffenen Kommunen wird ein Härteausgleich gewährt. Dieser betrug in 2014 rd. 314 T€.

## ■ Sonstige allgemeine Zuweisungen

Die Sonstigen allgemeinen Zuweisungen beinhalten die Zahlung des Landes im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds.

## ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Land Rheinland-Pfalz	10.267.413,32	12.002.585,61
Sparkasse	554.700,00	563.168,07
Bund	43.399,78	89.021,89
Rechtsfähige Stiftungen	146.977,29	216.281,12
Sonstige	282.594,85	413.755,22
	<b>11.295.085,24</b>	<b>13.284.811,91</b>

Die Erträge erhöhten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 1.990 T€ (17,6 %). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die höheren Zuweisungen für die Schülerbeförderungskosten (+ 1.127 T€) sowie für die Schulen. Hervorzuheben sind die in diesem Jahr abgerechneten Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II für konsumtive Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Gymnasien (947 T€), der Berufsbildenden Schulen (326 T€) und Realschule plus (285 T€).

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes beinhalten u. a den Zuschuss für das Theater (5.212 T€; 2013: 5.073 T€; 2012: 4.981 T€; die Schülerbeförderung (3.166 T€; 2013: 2.039 T€; 2012: 1.841 T€;) sowie die allgemeine Straßenzuweisungen (833 T€; 2013: 830 T€; 2012: 834 T€). Darüber hinaus erhielt die Stadt Koblenz weitere Zuweisungen vom Land bspw. für ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule, Stadtbibliothek sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Gegenüber **dem Budget** (15.672.015 €) reduzierten sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse um rd. 2.387 T€. Dies begründet sich hauptsächlich durch die verzögerte Einnahme von Landeszuschüssen / -zuwendungen für Schulsanierungsmaßnahmen im Bereich der Gymnasien.

## ■ Erträge aus der Auflösung der Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erhöhten sich **zum Vorjahr** um rd. 791 T€. Der Anstieg ist vor allem auf die Abrechnung der einzelnen Buga-Maßnahmen Ende 2013 im Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ (+ 585 T€) zurückzuführen, die sich in 2014 erstmalig vollständig niederschlägt.



### 3. Erträge der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	944.290,06	1.049.021,38
Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	3.401.775,89	3.386.457,22
Kostenbeteiligung/Kostenerstattung nach SGB XII u. a. sozialer Leistungen	18.570.245,50	18.476.606,12
Kostenbeteiligung/-erstattung SGB VIII und anderer Jugendhilfe	17.788.531,06	17.302.958,11
Kostenerstattungen von anderen Sozialhilfeträgern	291.904,58	49.018,86
Leistungsbeteiligung nach dem SGB II	8.249.026,57	7.154.655,05
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	8.229.419,43	11.761.509,65
	<b>57.475.193,09</b>	<b>59.180.226,39</b>

Die Erträge aus der sozialen Sicherung waren im Haushaltsplan mit insgesamt 62.319.700 € veranschlagt, so dass ausweislich der Ergebnisrechnung ein Minus von rd. 3,14 Mio. € = 5,0 % entstand. Insgesamt wurden 27 Konten bebucht, wobei sich das Ergebnis rechnerisch aus der Saldierung der Mehrerträge von rd. 1.178 T€ abzüglich der Mindererträge von 4.318 T€ ergibt.

Nach der Einführung der kommunalen Doppik zum 01.01.2009 ist bei den Erträgen aus der sozialen Sicherung nunmehr ein langfristiger, aussagefähiger Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres möglich. Insgesamt betrachtet haben sich die Erträge um 1,7 Mio. € = 3,0 % erhöht, wobei die wesentliche Steigerung im Bereich der Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung (+ 3.532.090 €) anfiel. Demgegenüber stand eine deutliche Reduzierung bei Leistungsbeteiligung nach dem SGB II (- 1.094.371 €).

Insgesamt betrachtet weisen die Erträge aus der sozialen Sicherung seit Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens zum 01.01.2009 mit einem Plus von rd. 21,349 Mio. € oder 56,4 % eine durchaus positive Entwicklung aus. Allerdings stiegen im gleichen Zeitraum auch die Aufwendungen für die soziale Sicherung um rd. 24,814 Mio. € = 25,4%.

#### ■ Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Kostenbeiträge und Aufwendungserersatz	136.170,13	209.166,15
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	436.056,27	461.980,09
Leistungen von Sozialleistungsträgern	155.029,90	202.431,80
Rückzahlungen	123.424,87	105.336,05
Sonstige	93.608,89	70.107,29
	<b>944.290,06</b>	<b>1.049.021,38</b>

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen lagen um rd. 132 T€ über dem Ur-Budget von 917.500 €.

Trotz einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr weisen diese Erträge mittelfristig allerdings einen negativen Trend auf. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um rd. 105 T€ erhöht; zum Jahr 2010 mit Erträgen von rd. 1.176 T€ beträgt der Rückgang rd. 127 T€.

#### ■ Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Kostenbeiträge u. Aufwendungsersatz	672.732,11	541.059,55
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	395.021,17	345.009,67
Leistungen von Sozialleistungsträgern	2.012.510,92	2.218.298,49
Rückzahlungen	267.841,49	253.307,61
Sonstige	53.670,20	28.781,90
	<b>3.401.775,89</b>	<b>3.386.457,22</b>

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen lagen um rund 195 T€ (+ 6,1 %) über dem Ur-Budget von 3.191.000 €.

Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Erträge aus Ersätzen für soziale Leistungen in Einrichtungen um rd. 15 T€. Während im Bereich der Kostenbeiträge ein Rückgang von ca. 132 T€ zu verzeichnen war, erhöhten sich die Leistungen von Sozialleistungsträgern im Produkt 3111 um 206 T€, bei dem bspw. die Hilfen zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfen zur Gesundheit und zur Eingliederung für behinderte Menschen und die Hilfe zur Pflege abgebildet werden.

Im Gegensatz hierzu haben sich die nicht unter den Einzelpositionen zu subsumierenden Erträge bei der Sammelposition „Sonstige“ zum Vorjahr um rd. 25 T€ reduziert.

#### ■ Kostenbeteiligung und -erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Land RLP	18.514.045,59	18.324.864,21
Landkreise	28.241,80	134.919,97
Gemeinden	2.870,40	16.764,83
Sonstige	25.087,71	57,11
	<b>18.570.245,50</b>	<b>18.476.606,12</b>

Im Budget waren 18.738.700 € an Erträgen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach SGB XII veranschlagt; mithin ergibt sich zum Voranschlag ein Minus von rd. 262.094 € oder 1,4 %. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis haben sich die Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen **saldiert** um rd. 94 T€ bzw. 0,5 % reduziert.



Die Kostenbeteiligung und –erstattung des Landes nach SGB XII wird maßgeblich durch die hierfür in Zeile 17 ausgewiesenen Mittel für die soziale Sicherung beeinflusst. Gegenüber dem Vorjahr ist bei der Kostenerstattung des Landes ein leichter Rückgang in Höhe von 189 T€ zu verzeichnen. Das SGB XII beinhaltet die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege sowie die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

#### ■ Kostenbeteiligung u. -erstattung im Bereich SGB VIII und anderer Jugendhilfe

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Land RLP	14.780.215,50	14.973.396,50
Örtlicher Träger	0,00	713,16
Landkreise	522.354,25	889.577,09
Gemeinden	231.989,45	284.634,44
Sonstige	2.253.971,86	1.154.636,92
	<b>17.788.531,06</b>	<b>17.302.958,11</b>

Für das Jahr 2014 waren im Haushalt insgesamt 19.765.500,00 € veranschlagt, so dass ein Minderertrag von rd. 2,463 Mio. € erzielt wurde.

Die größten Abweichungen zum Urbudget sind bei den Kostenbeteiligungen und –erstattungen durch den überörtlichen Träger sowie bei den Sonstigen festzustellen. Bei einem Ansatz von 17.712.000 € bzw. 1.353.500 € sind niedrigere Erträge von 2.739 T€ bzw. 199 T€ zu verzeichnen. Bei den Landkreisen und Gemeinden ergaben sich hingegen Mehreinnahmen in Höhe von 491 T€ gegenüber dem Planansatz.

Die Entwicklung der in der Aufstellung zusammengefassten Erträge ist nach wie vor recht positiv zu bewerten. Nach dem starken Anstieg in 2012 haben sich die Erträge bei rd. 17,5 Mio. € konsolidiert.

Nachdem in den Jahren 2010 bis 2012 ein Plus von insgesamt 8,468 Mio. € verzeichnet werden konnte, sanken die Erträge im Berichtsjahr – zum zweiten Mal in Folge - seit Einführung der Doppik um rd. 0,486 Mio. € (Vorjahr: - 1,025 Mio. €). Die Gesamtsteigerung in den letzten fünf Jahren seit Einführung der Doppik trägt zusammen mithin rd. 6,977 Mio. € und erreicht eine Quote von 67,6 %.

Der Rückgang bei den Sonstigen ist durch die im Vorjahr einmalig verbuchten periodenfremden Einnahmen im Rahmen des Produktes 3611 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ begründet. Hier wurden in 2013 für die Jahre 2008 bis 2012 rund 718 T€ für die Erstattung von Aufwendungen für Pendlerkinder vereinnahmt.

#### ■ Kostenerstattung von anderen Sozialleistungsträgern

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Landkreise	269.044,56	40.706,18
Gemeinden	15.892,19	0,00
Land	6.967,83	8.312,68
	<b>291.904,58</b>	<b>49.018,86</b>



Die Erträge reduzierten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 243 T€. Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 95 T€ ergab sich ein Minderertrag in Höhe von 46 T€. Grund hierfür war ein zu hoher Budgetansatz bei den Kostenerstattungen von Landkreisen und Gemeinden für Aufwendungen an Hilfen zum Lebensunterhalt, an Hilfen zur Gesundheit, an Hilfen zur Pflege, für die Grundsicherung im Alter und weitere Hilfearten. Die Planansätze sind für diesen Bereich im Vorfeld schwer zu ermitteln.

#### ■ Leistungsbeteiligung nach dem SGB II

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Unterkunft und Heizung § 46 SGB II, Leistungsbeteiligung für § 28 SGB II	8.097.490,29	7.093.867,40
Rückzahlung Bundesanstalt	151.536,28	60.787,65
	<b>8.249.026,57</b>	<b>7.154.655,05</b>

Die Erträge aus Leistungsbeteiligung nach dem SGB II waren im Haushalt mit 7.650.000 € veranschlagt; der Fehlbetrag beträgt mithin rd. 495.345 €.

Die Erträge setzen sich aus den Ausgleichsleistungen des Bundes und des Landes zusammen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Rückgang in Höhe von rd. 1.094 T€.

Bei der zum dritten Mal erfolgten Leistungsbeteiligung nach § 28 SGB II handelt es sich um die Kostenbeteiligung des Bundes an den Bildungs- und Teilhabeleistungen, die sich gegenüber dem Vorjahr um rund 323 T€ reduziert hat.

#### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige	<b>8.229.419,43</b>	<b>11.761.509,65</b>

Der Haushalt für das Jahr 2014 sah für die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige 11.962.000 € vor, so dass sich gemessenen am Volumen ein geringfügiges Minus ergab. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg des Ertrages in Höhe von 3.532 T€ bzw. 42,9 % festzustellen, der darauf zurückzuführen ist, dass die prozentuale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung in 2013 von bisher 75 % auf 100 % in 2014 angehoben wurde.



#### 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Verwaltungsgebühren	4.162.574,69	4.439.697,21
Benutzungsgebühren	4.621.897,78	4.625.378,86
Auflösung Sonderposten aus Beiträgen	992.933,32	1.066.859,70
Schülerbeförderungsentgelte	84.114,30	76.621,19
Sonstiges	140.976,86	293.572,53
	<b>10.002.496,95</b>	<b>10.502.129,49</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 9.892.770 € ergaben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 609 T€ (6,2 %). Zum Vorjahr erhöhten sich die Erlöse aus öffentlich-rechtlichen Entgelten um saldiert 500 T€ bzw. 5,0 %. Nach einer Minderung im Vorjahr wurde somit das Ergebnis von 2012 wieder erreicht.

Im Bereich der Verwaltungsgebühren konnten gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen in Höhe von zusammen 277 T€ verzeichnet werden. Eine deutliche Erhöhung ergab sich beim Bürgeramt infolge gestiegener Fallzahlen, vor allem im Bereich „Führungszeugnisse“ sowie bei der Ausstellung von Personalausweisen für unter 24jährige. Des Weiteren wurden rund 66.000 € höhere Verwaltungsgebühren im Bereich bei der Kfz-Zulassungsstelle gebucht, hierunter fallen alle Maßnahmen von nicht ordnungsgemäß durchgeführter Hauptuntersuchung, Verwarnungen sowie Außerbetriebnahme von Fahrzeugen. Ebenso konnten bei der Erteilung von Auskünften aus dem Geo-Informationssystem Mehreinnahmen von rund 50.000 € verbucht werden.

Nachdem im Jahresabschluss 2013 die Auswirkungen der Gesetzesänderung für die Schülerbeförderungskosten erstmals für ein volles Kalenderjahr dargestellt wurden, kann für den Jahresabschluss 2014 gesagt werden, dass sich der Ertrag nochmals um 7 T€ reduziert hat. Die Stadt Koblenz erhielt hierfür eine Teilkompensation durch einen sog. „Mehrbetragsausgleich“ im Rahmen der Zuweisungen für die Schülerbeförderung. Beitragspflichtig sind aktuell nur noch die Schüler der Sekundarstufe II (Klassen 11 – 13) sowie die entsprechenden Bildungszweige der Berufsbildenden Schulen.

#### 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Verkaufserlöse	682.876,52	784.752,00
Mieten und Pachten	1.435.989,88	1.396.061,10
Beteiligung Essenskosten durch Eltern sowie Zuschüsse des Bundes	492.458,32	338.112,63
Eintrittsgelder	2.437.401,10	2.610.564,24
Sonstiges	905.333,36	1.119.817,36
	<b>5.954.059,18</b>	<b>6.249.307,33</b>

Der Haushaltsansatz von 6.016.049 € wurde um rd. 233 T€ (3,9 %) übertroffen.



Nach dem Anstieg bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten im vergangenen Jahr um rd. 687 T€ zu 2012, lässt sich in diesem Jahr insgesamt betrachtet wiederum eine Erhöhung verzeichnen. Das Ergebnis wird maßgeblich durch die Erlössituation des komm. Forstbetriebes (Produkt 5551) beeinflusst. Die Erlöse aus dem Holzverkauf steigerten sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 127 T€.

Die Erträge aus Mieten und Pachten lagen mit rd. 40 T€ unter dem Vorjahresergebnis. Das Rechnungsergebnis wird aus der Saldierung von 41 Einzelprodukten gebildet. Erwähnenswert sind die Abschlüsse der Produkte 2171 „Gymnasien“ mit einer Reduzierung um 12 T€ sowie 2141 „Sportstätten und Bäder“ mit einer Minderung um 48 T€. Demgegenüber verbesserte sich die Erlössituation bei Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ um 18 T€.

Die Beteiligungen an der Schul- und Kindertagesstättenverpflegung belaufen sich auf 242 T€ (Vorjahr: 399 T€) durch die Eltern und 95 T€ (Vorjahr: 93 T€) durch den Bund. Der Rückgang beruht darauf, dass die Verpflegungszahlungen in Kita's bei den öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten verbucht wurden.

Die positive Entwicklung der erzielten Eintrittsgelder basieren im Wesentlichen auf dem Übergang der Verbuchung der Eintrittsgelder der Bäder von Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Privatrechtliche Leistungsentgelte. Die Erlössituation beim Stadttheater verschlechterte sich um 54 T€, beim Ludwig-Museum um 14 T€ sowie bei der Volkshochschule um 63 T€. Demgegenüber verbesserte sich die Erlössituation beim Mittelrhein-Museum um 13 T€.

## 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Sondervermögen	3.782.420,74	3.194.825,82
Öffentlicher Bereich	2.838.931,27	2.406.166,34
Verbundenen Unternehmen	535.477,62	599.801,79
Private Unternehmen	886.383,51	376.422,52
Unternehmen, mit Beteiligungsverhältnis	3.128,68	616,00
Sonstige	65.459,44	571.001,14
	<b>8.111.801,26</b>	<b>7.148.833,61</b>

Zum Haushaltsansatz von 7.569.830 € verzeichnet die Ergebnisrechnung ein Minus von rd. 421.000 € = 5,6 %. Zum Vorjahr ist eine Reduzierung an Kostenerstattungen und –umlagen um saldiert rd. 963 T€ = 11,9 % zu verzeichnen.

### ■ Sondervermögen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	1.456.067,36	1.576.382,56
Stadtentwässerung	654.663,49	705.156,26
Grünflächen- und Bestattungswesen	340.909,19	380.522,71
Koblenz-Touristik	1.088.094,62	252.814,67
Kommunales Gebietsrechenzentrum	242.686,08	279.949,62
	<b>3.782.420,74</b>	<b>3.194.825,82</b>



Die mit den Eigenbetrieben (EB) verrechneten Kostenerstattungen und -umlagen verringerten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 588 T€; dies entspricht 15,5 %. Die Erstattungen im Bereich des EB Koblenz-Touristik verringerten sich - nach dem einmaligen Anstieg im letzten Jahr - wieder auf das Jahresniveau von 2012.

#### ■ Öffentlicher Bereich

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Gemeinde und Gemeindeverbände	1.350.091,85	1.238.129,22
Land Rheinland-Pfalz	1.375.907,20	1.127.596,59
Bund	72.182,49	24.846,23
Europäische Union	25.171,48	0,00
Sonstige	15.578,25	15.594,30
	<b>2.838.931,27</b>	<b>2.406.166,34</b>

Die Verrechnungen im öffentlichen Bereich verringerten sich zum Vorjahr saldiert um rd. 433 T€ und basieren im Wesentlichen aus gesunkenen Kostenerstattungen vom Land und von den Gemeinden und Gemeindeverbänden und resultiert im Wesentlichen aus geringeren Kostenerstattungen für die Durchführung von Wahlen, den Sachkosten für den Betrieb der Integrierten Leitstelle und die Durchführung der Schulbuchausleihe. Demgegenüber konnte für den Bereich des Lastenausgleichs ein um rd. 45 T€ höherer Erstattungsbetrag realisiert werden.

#### ■ Private Unternehmen und Sonstige

Der durch die Personalkostenerstattung für den Betrieb der integrierten Leitstelle dominierte Bereich hatte zum Vorjahr einen Rückgang um rd. 509 T€ zu verzeichnen. Die Reduzierung begründet sich im Wesentlichen auf die in 2014 geänderte Verbuchung dieser Erstattungen im Bereich „Sonstige“. In diesem Bereich ist ein Anstieg von rd. 506 T€ zum Vorjahr zu verzeichnen.

### 7. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	5.756,06	- 6.816,68
Bestandsveränderungen an Waren	- 2.935,88	- 14.434,57
Bestandsveränderungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	-7.056,46	360,45
	<b>-4.236,28</b>	<b>-20.890,80</b>

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie die für die Herstellung benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind in der Bilanz beim Umlaufvermögen bilanziert. Die Ergebnisrechnung beinhaltet lediglich die Veränderungen zum Vorjahresergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Bestände zum Stichtag insgesamt betrachtet um rd. 21 T€ verringert.

## 8. Andere aktivierte Eigenleistungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Aktivierte Personalkosten	1.548.843,35	1.135.066,70
Sonstige andere aktiv. Eigenleistungen	0,00	0,00
	<b>1.548.843,35</b>	<b>1.135.066,70</b>

Bei der Position der anderen aktivierten Eigenleistungen werden im Wesentlichen die Leistungen der Mitarbeiter dargestellt, die diese im Haushaltsjahr 2014 für die Erstellung eigener, aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände erbracht haben. Mit der Aktivierung werden die entstandenen Kosten, bspw. für Gehälter und Material, in der Ergebnisrechnung neutralisiert und über die Jahre der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt.

Im Haushaltsjahr 2014 fielen aktivierte Eigenleistungen von rd. 1.135 T€ an; zum Haushaltsansatz von rd. 1,092 Mio. € ist eine Steigerung um rd. 43 T€ zu verzeichnen. Der Haushaltsansatz entspricht damit weitestgehend dem avisierten Ergebnis.

Die Reduzierung zum Vorjahr beträgt rd. 414 T€ und resultiert zum Großteil aus dem um rund 344 T€ geringeren Betrag des Produktes 5511 „Öffentliches Grün“. Der Restbetrag von rd. 70 T€ verteilt sich gleichmäßig auf unterschiedliche Produkte.

Die höchsten Erträge erzielten die Produkte 5411 „Gemeindestraßen“ (321 T€), 5441 „Bundesstraßen“ (235 T€), 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ (131 T€), 5421 „Kreisstraßen“ (119 T€), 5511 „Öffentliches Grün“ (93 T€), 5521 „Gewässerunterhaltung“ (61 T€).

## 9. Sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen	4.891.528,03	4.879.144,34
Weitere sonstige laufende Erträge	11.258.680,06	10.874.365,07
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	12.207.702,39	16.845.820,47
Andere sonstige ordentliche Erträge	11.862.937,29	1.505.687,79
	<b>40.220.847,77</b>	<b>34.105.017,67</b>

Die sonstigen laufenden Erträge verzeichnen zum Haushaltsansatz von 15.360.123 € einen Anstieg um 18.744.895 € (122,0 %). Damit wurde der Ansatz wie in den Vorjahren deutlich überschritten (2010: + 12,9 Mio. € = 102 %; 2011 + 9,9 Mio. € = 75 %; 2012: +13,8 Mio. € = 60 %; 2013: + 22,3 Mio. € = 124 %). Für das Jahr 2014 beläuft sich der Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag auf 13.600.362 Euro.

Der Rückgang zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den „Anderen sonstigen ordentlichen Erträgen“, die nachstehend näher erläutert werden.



## ■ Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	4.802.348,96	4.839.547,03
Gewinn aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	5.104,00	6.776,13
Gewinn aus der Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen	84.075,07	32.821,18
	<b>4.891.528,03</b>	<b>4.879.144,34</b>

Es handelt sich um zum Teil planmäßige Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstigen (un-)beweglichen Vermögensgegenständen.

Der im Nachtragshaushalt auf rd. 4,397 Mio. € erhöhte Ansatz wurde im Berichtsjahr um T€ 482 überschritten, weil sich aus der Abrechnung der Entwicklungsmaßnahme Bubenheim / B9 ein nicht eingeplanter Gewinn ergab.

## ■ Weitere sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Ordnungsrechtliche Erträge	2.717.075,32	2.594.432,54
Säumniszuschläge, Mahngebühren etc	382.090,51	435.910,73
Konzessionsabgaben	7.593.642,13	7.571.356,44
Verkauf von Angebotsunterlagen	8.976,65	4.032,16
Versicherungserstattungen	123.313,05	193.661,85
Jagdrecht	24.806,93	13.205,89
Baulandumlegung	361.606,24	0,00
Sonstige	47.169,23	61.765,46
	<b>11.258.680,06</b>	<b>10.874.365,07</b>

### • Ordnungsrechtliche Erträge

Zum Planansatz von 2.483.500 € stiegen die ordnungsrechtlichen Erträge um 110.932 € (4,5 %), im Vergleich zum Vorjahresergebnis ergab sich Rückgang um rd. 123 T€ = 4,5 %.

### • Säumniszuschläge, Mahngebühren etc.

Von den Erträgen in Höhe von 435.910 € entfallen auf:

- Säumniszuschläge 90.093 €
- Mahngebühren 121.974 €
- Vollstreckungsgebühren 188.535 € und
- Erträge aus abgeschriebenen Forderungen 35.308 €.

Der Anstieg zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Erträgen bei den Vollstreckungs- und Mahngebühren.



### • Konzessionsabgaben

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) - Wasser -	1.726.642,13	1.744.356,44
Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) - Gas -	800.000,00	760.000,00
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (KEVAG) - Strom -	5.067.000,00	5.067.000,00
	<b>7.593.642,13</b>	<b>7.571.356,44</b>

Der Rückgang beträgt zum Haushaltsansatz 84.643 € und zum Vorjahresergebnis 22.285 €.

Die Richtigkeit der ausgewiesenen Konzessionsabgabe aus Strom, Gas und Wasser wurde durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Für die Konzessionsabgaben lagen die jeweiligen Prüftestate vor.

### • Versicherungserstattungen

Die Erstattungen von **allen** Versicherungsleistungen werden über das Konto 462700 abgewickelt. Sie betragen im Berichtsjahr rd. 194 T€ und haben sich damit zum Vorjahr um rd. 70 T€ erhöht.

Die Verbuchung erfolgte insgesamt bei 37 Produkten des Haushaltes, wobei die Erstattungsleistungen des Versicherers bei den Produkten 5411 „Gemeindestraßen“ mit 46 T€, 2111 Grundschulen mit 32 T€, 1121 „Personal“ mit 28 T€, 5441 „Bundesstraßen“ mit 20 T€ und 5461 „Parkeinrichtungen“ mit T€ 11 von hervorgehobener Bedeutung sind.

### • Sonstige Erstattungen

Es handelt sich im Wesentlichen um Erstattungen überzahlter Fraktionszuschüsse, und die Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten.

### ■ Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	294.563,43	147.693,75
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.307.365,33	482.797,41
Erhöhung Beteiligungen	7.399.514,16	16.118.862,19
Anpassung der Bilanz	80.669,48	80.680,68
Sonstige	125.589,99	15.786,44
	<b>12.207.702,39</b>	<b>16.845.820,47</b>



• **Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen**

Es handelt sich hierbei um die Korrektur der Einzelwertberichtigungen im Berichtsjahr.

• **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen**

Insgesamt wurden folgende 25 Einzelrückstellungen aufgelöst:

	<u>T€</u>
Ausstehende Rechnungen (19)	280
Evakuierungsmaßnahme	18
Instandhaltung (1)	20
Altersteilzeit Angestellte	17
Altersteilzeit Beamte	131
Prozesskosten	14
Ehrensold	3

• **Erhöhung Beteiligungen**

Die Position erfasst im Wesentlichen die Erhöhung des Anteilwertes des verbundenen Unternehmens Stadtwerke GmbH in Höhe von 15.498 Mio. €.

• **Anpassung der Bilanz**

Es handelt sich hierbei um die Anpassung der Restbuchwerte der bei Ziffer 4.3 bilanzierten Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.

• **Sonstige**

Die Sonstigen nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge i. H. v. 15.786 € sind im Wesentlichen durch die Anpassung der Forderung aus Ansprüchen aus Dienstherrenwechsel nach § 107 BeamtVg bedingt.

■ **Andere sonstige ordentliche Erträge**

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Andere sonstige ordentliche Erträge	<b>11.862.937,29</b>	<b>1.505.687,79</b>

Die „Andere sonstige ordentliche Erträge“ beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Korrekturen zum Schulsanierungsvertrag für die Jahre 2005 bis 2009 (T€ 1.030) sowie Erträge aus Korrekturen des Sonderpostens zum Anlagevermögen (T€ 253).

<b>Summe der lfd. Erträge aus</b>		
<b>10. Verwaltungstätigkeit (Summe</b>	<b>361.214.677,37</b>	<b>332.167.730,28</b>
<b>1 bis 9)</b>		

Insgesamt hat sich die Summe der ordentlichen Erträge zum Haushaltsansatz von 315.142.511 € um 17.025.219 € (5,40 %) auf 332.167.730 € erhöht. Zum Vorjahr ist ein Rückgang um 29.046.947 € oder 8,05 % zu verzeichnen.



## 11. Personalaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	441.570,96	409.141,24
Dienstbezüge und dergleichen	57.044.409,56	58.242.849,80
Beiträge zu Versorgungskassen	3.527.928,90	3.527.390,92
Beiträge z. gesetzl. Sozialversicherung	8.307.379,88	8.405.739,31
Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen	2.554.596,01	2.624.636,36
Personalnebenaufwendungen	13.067,03	62.544,73
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	2.270.045,96	2.929.906,98
Rückstellungszuführungen für nicht ge- nommenen Urlaub, Überstunden u. ä.	185.316,90	679.553,69
Pauschalierte Lohnsteuer	4.588,54	0,00
	<b>74.348.903,74</b>	<b>76.881.763,03</b>

Mit diesem Ergebnis haben sich die Personalaufwendungen gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 79.642.090 € um 2.760.327 € (3,5 %) vermindert.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist bei den Personalaufwendungen ein geringfügiger Anstieg um rd. 2,53 Mio. € festzustellen, für den im Wesentlichen die Erhöhung der „Dienstbezüge und dergleichen“ (+ 1,198 Mio. €) ursächlich sind. Weiterhin ergaben sich Mehraufwendungen im Bereich der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen (660 T€) und den Zuführungen für nicht genommenen Urlaub sowie Überstunden (494 T€).

### ■ Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Ortsvorsteher	55.492,76	59.077,05
Rats- und Ausschussmitglieder	326.121,85	275.608,19
Sonstige	59.956,35	74.456,00
	<b>441.570,96</b>	<b>409.141,24</b>

Gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 393.225 € sind Mehraufwendungen von 15.916 € zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen um 32.430 €.

### ■ Dienstbezüge und dergleichen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Bezüge der Beamten	16.790.336,32	17.104.188,06
Sonstige	2.943,53	5.714,31
Vergütungen der Arbeitnehmer	39.843.526,00	40.768.584,14
Sonstige Aufwendungen für Bedienstete	407.603,71	364.363,29
	<b>57.044.409,56</b>	<b>58.242.849,80</b>



Gegenüber dem Ansatz in Höhe von 60.869.158 € ergeben sich Minderaufwendungen von 2.626.308 €, die – wie in den letzten Jahren – auf zu hohe Haushaltsansätze zurückzuführen sind. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen insgesamt um rd. 1.198 T€, wobei dieser Anstieg sowohl im Bereich der „Vergütung für Arbeitnehmer“ mit rd. 925 T€ (2,3 %) als um im Bereich der „Beamtenbezüge“ mit rd. 314 T€ (1,9 %) stattfand und nicht durch Einsparungen bei den „Sonstigen Aufwendungen für Bedienstete“ kompensiert werden konnte.

#### ■ Beiträge zu Versorgungskassen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Beamte	435.104,59	452.274,77
Arbeitnehmer	3.088.171,13	3.073.526,38
Sonstige	4.653,18	1.589,77
	<b>3.527.928,90</b>	<b>3.527.390,92</b>

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.718.973 € ist ein Minderbetrag von 191.582 € festzustellen. Die Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Pflichtzuführungen zur Kommunalen Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG und haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig reduziert.

#### ■ Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Beamte (u. a. Nachversicherung)	19.258,40	10,26
Arbeitnehmer	8.243.045,44	8.360.772,68
Sonstige	45.076,04	44.956,37
	<b>8.307.379,88</b>	<b>8.405.739,31</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 8.893.745 € um 488.005 € vermindert. Durch vermehrte Leistungen an die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich beschäftigte Arbeitnehmer in Höhe von rd. 118 T€ ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr begründet. Nachversicherungen von Beamten fanden im Berichtsjahr nur im marginalen Bereich statt.

#### ■ Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen

Mit 2,624 Mio. € haben sich die Beihilfeaufwendungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 2.554.596,01 € um 70.040 € = 2,7 % erhöht. Gegenüber dem Haushaltsansatz von 2.706.005 € ist eine Minderinanspruchnahme von rd. 81 T€ = 3,0 % zu verzeichnen.

#### ■ Personalnebenaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Trennungsgeld, Fahrtkosten, Prämien, Leistungszulagen, Prämien	6.834,73	12.713,75
Dienstherrenwechsel	6.232,30	49.830,98
	<b>13.067,03</b>	<b>62.544,73</b>



Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 210.950 € ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 149.405 €. Für den Wechsel von städtischen Beamten wurden Ausgleichszahlungen an den neuen Dienstherrn bezahlt.

#### ■ Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Pensionsrückstellungen	1.913.517,24	2.438.632,63
Beihilferückstellungen	339.685,72	491.274,35
Sonstige (Ehrensold)	16.843,00	0,00
	<b>2.270.045,96</b>	<b>2.929.906,98</b>

Die Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung sind durch das Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse begründet (siehe hierzu Erläuterungsteil zur Bilanzposition „3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich zum 31.12.2014 auf **151.752.030 €**.

#### ■ Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden und ähnliches

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Beamte	157.144,16	291.327,15
Arbeitnehmer	27.691,44	332.524,04
Sonstige	481,30	55.702,50
	<b>185.316,90</b>	<b>679.553,69</b>

Für das Haushaltsjahr 2014 waren Zuführungen in Höhe von 36.545 € geplant, so dass sich Mehraufwendungen v. rd. 643 T€ ergaben.

Grundlage der Bemessung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage bzw. der geleisteten Überstunden zum 31.12.2014 mit den individuellen Stundensätzen des jeweiligen Mitarbeiters. Im Durchschnitt erhöhte sich die Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter von 1.095,25 € auf 1.144,69 € (4,5 %), während die Rückstellung für geleistete Überstunden von 857,01 € auf 1.105,80 € (28,9 %) anstieg.

Unter der Rubrik „Sonstige“ wurde die Erhöhung der Rückstellung Dienstjubiläen mit insgesamt 39.452,50 € und der Rückstellung für Mitarbeiter, die die Stadt zwischenzeitlich verlassen haben (Dienstherrnwechsel) mit insgesamt 16.250,00 € erfasst.

In der Berechnung der Rückstellung für Dienstjubiläen für 2014 wurden versehentlich die Mitarbeiter der Eigenbetrieb miterfasst. Die erforderliche Korrektur wird im folgenden Jahresabschluss durchgeführt.



Die Rückstellungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2014 auf folgende Beträge:

	€		€
Rückstellung für nicht genommenen Urlaub:	2.099.406,83	(2013):	2.018.540,86
Überstundenrückstellung:	2.029.146,94	(2013):	1.579.468,66
Rückstellung für Dienstjubiläen:	<u>119.717,40</u>	(2013):	<u>80.264,90</u>
	<b>4.248.271,17</b>		<b>3.678.274,42</b>

## 12. Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Versorgungsaufwendungen	<b>7.051.563,79</b>	<b>7.264.554,20</b>

Die Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 213 T€ = 3,0 % erhöht. Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag (7.300.000 €) ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 35 T€ = 0,5 %.

## 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung	13.571.792,02	16.985.250,83
Kostenerstattungen an den Bund, das Land RLP sowie an verbundene Unternehmen und Eigenbetrieb	19.866.726,77	20.883.074,35
Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall	9.373.418,73	8.443.885,66
Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	9.405.556,15	8.824.418,97
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.391.140,64	2.655.715,46
Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren	<u>527.944,23</u>	<u>610.297,41</u>
	<b>55.136.578,54</b>	<b>58.402.642,68</b>

Im Vergleich zu den prognostizierten Aufwendungen von 68.665.530 € hat sich das Rechnungsergebnis um 10.262.887 € (15,0 %) reduziert.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis von rd. 55,1 Mio. € haben sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um saldiert rd. 3,266 Mio. € = 5,9 % erhöht, wobei insbesondere die Mehraufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung zu dieser Entwicklung beitrug.

Erwähnenswert sind allerdings auch die Reduzierungen bei den Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall (- 930 T€) und den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (-581 T€).



## ■ Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	10.402.259,10	12.566.424,60
Infrastrukturvermögen	1.502.478,16	2.870.679,91
Betriebs- und Geschäftsausstattung	433.351,92	338.874,49
Fahrzeugunterhaltung	326.110,70	329.028,83
Geringfügige Geräte	663.917,17	671.309,59
Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	61.781,50	57.987,18
Maschinen und technische Anlagen	76.624,17	111.228,00
Unterhaltung von Kunstgegenständen und Denkmälern	105.269,30	39.718,23
	<b>13.571.792,02</b>	<b>16.985.250,83</b>

Gegenüber **dem Ansatz** (23.319.970 €) haben sich die Aufwendungen um saldiert rd. 6.335 T€ (27,1 %) reduziert. Insofern ist die bereits in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass in einigen Bereichen die Haushaltsansätze nicht annähernd in Anspruch genommen wurden, zu wiederholen. Zu nennen sind hier insbesondere Minderaufwendungen in den Bereichen der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtung mit 4.336 T€ sowie der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens mit 1.563 T€.

### **Im Rahmen der Erstellung des Nachtragsplans empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt eine realistischere Planung seitens der Fachämter durchzuführen.**

Im Vergleich **zum Vorjahr** erhöhten sich die Gesamtaufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Maschinen etc. um saldiert rd. 3.413 T€. Die Erhöhung ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen in Höhe von 2.164 T€ sowie den Anstieg im Bereich der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (+ 1.368 T€) begründet. Grund für die Erhöhung der Unterhaltungskosten der Gebäude sind die zahlreichen Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Schulen. Erwähnenswert sind hier die Brandschutzsanierungen des Eichendorff- (2014: 833 T€) und des Hildagymnasiums (2014: 1.065 T€) sowie die Komplettsanierung – auch hier insbesondere Brandschutz - der Comeniusschule (2014: 1.323 T€).

Weiterhin wurde für die Spitzabrechnung „Öffentliches Grün“ ein normaler Wert erreicht, nachdem im Vorjahr für in 2012 weniger erbrachte Leistungen seitens des EB 67 eine Rückzahlung erfolgte und diese verrechnet wurde. Der Anstieg im Bereich der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens ist im Wesentlichen durch die Bildung von Rückstellungen im Bereich von Brückenbauwerken begründet. Als größere Maßnahme sind hier die Ertüchtigung Brücke Mainzer Straße (482 T€) sowie die Fußgängerunterführung Schlachthofstraße (151 T€) anzuführen (siehe auch „Rückstellungen für ausstehende Rechnungen“).



## ■ Kostenerstattungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	4.012.944,00	4.945.740,14
Eigenbetriebe	14.337.581,76	14.205.995,96
Sonstiger öffentlicher Bereich	1.085.078,21	1.065.855,91
Gemeinde und Gemeindeverbände	131.123,45	186.830,26
Private Unternehmen	182.591,43	246.217,97
Zweckverbände	102.703,00	124.551,01
Sonstiges	14.704,92	107.883,10
	<b>19.866.726,77</b>	<b>20.883.074,35</b>

Bei der Kontenart 525 „Kostenerstattungen“ standen im Haushaltsplan insgesamt 23.194.625 € für die anfallenden Aufwendungen zur Verfügung. Mithin ergaben sich bei der Haushaltsausführung Minderaufwendungen von saldiert 2.311.551 € (10,0 %).

Minderaufwendungen **zum Haushaltsansatz** waren in nahezu allen Bereichen zu verzeichnen. Erwähnenswert sind:

- die Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 2.320.597 €
  - Eigenbetriebe Grünflächen und Bestattungen 121.041 €
- 2.441.638 €**

Im Bereich der Sonstigen Kostenerstattungen ergaben sich Mehraufwendungen in Höhe von 100.168 €.

Im Vergleich **zum Vorjahr** ist ein Anstieg um saldiert 1.016 T€ = 5,1 % festzustellen. Ursächlich hierfür ist eine deutliche Kostenerhöhung bei den Erstattungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis in Höhe von 933 T€. Die Mehraufwendungen aus der Abwicklung des Schulbausanierungsvertrages begründen im Wesentlichen den Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

## ■ Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Stromkosten	1.809.291,51	1.866.133,76
Heizungskosten	2.548.190,78	2.027.645,12
Abwasserbeseitigung	2.647.235,78	2.064.593,36
Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst (Konto 5225000)	24.061,35	12.079,66
Eigenbetrieb 70 Abfallentsorgung etc. (Konten 522300, 522400 und 522517)	2.344.639,31	2.473.433,76
	<b>9.373.418,73</b>	<b>8.443.885,66</b>

Die Aufwendungen der Kontengruppe 522 für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung waren mit einem Gesamtansatz von 9.369.717 € kalkuliert. Der Minderbedarf belief sich saldiert auf rd. 925.831 € (9,9 %).

Der Minderaufwand gegenüber **dem Vorjahr** von saldiert rd. 930 T€ entfiel im Wesentlichen auf den Rückgang der Heizungskosten infolge des warmen Winters 2013/2014 und

der Kosten für die Abwasserbeseitigung. Der Rückgang im Bereich der Abwasserbeseitigung resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Abgrenzung der durch den Eigenbetrieb 85 erstellten Abrechnungen für den JA 31.12.2013.

#### ■ Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Schülerbeförderungskosten	3.685.543,27	3.616.179,53
Sonstige bezogene Leistungen	2.595.031,70	2.831.125,37
Essenskosten	681.374,11	685.317,40
Labor- und Werkstättenbedarf	501.352,50	468.698,51
Lehr- und Unterrichtsmittel	655.900,19	548.549,39
Sonstiges	1.286.354,38	674.548,77
	<b>9.405.556,15</b>	<b>8.824.418,97</b>

Die Ist-Aufwendungen lagen um ca. 506 T€ unter dem Voranschlag von 9.330.017 €, wobei sich die Einsparungen auf alle Bereiche verteilten. Lediglich für die zum dritten Mal im Aufwand verbuchten Steuerzahlungen an das Finanzamt Koblenz für das Stadion Oberwerth wurde kein Planansatz erstellt.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis reduzierten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 581 T€. Während sich die Schülerbeförderungskosten um ca. 69 T€, die Lehr- und Unterrichtsmittel um 107 T€ und der Bereich „Sonstiges“ um 612 T€ verringerten, ergaben sich bei den „Sonstigen bezogenen Leistungen“ Mehraufwendungen in Höhe von 236 T€. Der Rückgang im Bereich „Sonstiges“ ist hauptsächlich dadurch begründet, dass im Berichtsjahr Projekte der Jugendhilfe im Bereich der Aufwendungen der sozialen Sicherung (Zeile 17) verbucht wurden.

#### ■ Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Sonstige Aufwendungen für <b>Sach-</b> leistungen	23.062,60	35.876,59
Sonstige Aufwendungen für <b>Dienst-</b> leistungen	958.223,62	1.046.014,95
Sonstige Aufwendungen für Honorare	1.409.854,42	1.573.823,92
	<b>2.391.140,64</b>	<b>2.655.715,46</b>

Im Vergleich zum Gesamtansatz von 2.803.200 € sind Minderaufwendungen von saldiert rd. 147 T€ festzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg und zwar saldiert um rd. 265 T€ zu verzeichnen. Während sich im Bereich der Sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen Mehrausgaben in Höhe von 88 T€ ergaben, wurden bei den Honoraraufwendungen 164 T€ mehr verausgabt.

#### ■ Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren

Hierunter fallen bspw. der Einkauf von Ausweisen, Führerscheinen, Katalogen etc. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um 82 T€ zu verzeichnen.



## 14. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung.

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.959.935,84	3.060.675,28
Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke	2.435,93	487.272,34
Abschreibungen auf bebaute Grundstücke	4.008.631,15	4.888.416,68
Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	12.891.406,30	13.577.766,24
Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund	128.753,98	312.372,00
Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler	23.175,84	58.195,50
Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.306.999,08	2.536.996,86
Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen	1.064.565,64	20.680,28
	<b>23.385.903,76</b>	<b>24.942.375,18</b>

Die Summe der Abschreibungen wird im Anlagenspiegel mit 24.942.375,18 € angegeben und entspricht exakt dem Betrag in der Ergebnisrechnung.

Die Summe der Abschreibungen insgesamt erhöhte sich zum Vorjahr um rd. 1.556 T€ (rd. 6,65 %) und blieb gleichzeitig rd. 3 Mio. € unter dem Haushaltsansatz von 27.957 T€ (einschl. Nachträge).

### ■ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände

Zuwendungen und Investitionszuschüsse mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung wurden buchmäßig fortgeschrieben. Ebenso wurden die im Haushaltsjahr geleisteten Zuschüsse und Zuwendungen gemäß der vereinbarten mehrjährigen Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung anteilig abgeschrieben.

Von den Abschreibungen entfallen auf:

Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	mit	127.392,27 €
Geleistete Zuwendungen / gezahlte Investitionszuschüsse	mit	2.933.283,01 €

Der Mehraufwand zum Vorjahr um rd. 100 T€ entstand bei den geleisteten Zuwendungen / gezahlten Investitionszuschüssen.

### ■ Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke

Der gesamte Wert bezieht sich auf Parkanlagen und Spielplätze.

### ■ Abschreibungen auf bebaute Grundstücke

Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke sind geprägt durch die Abschreibungen für Schulen mit rd. 2,53 Mio. €. Die weiteren Positionen bewegen sich auf dem Niveau der Vorjahre. Lediglich die mit sonst. Bauten bebauten Grundstücke haben einen enormen Zuwachs von rd. 903 T€ zu verzeichnen in Form der Abschreibung für das Forum Confluentes.

### ■ Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen unterliegt bis auf den jeweiligen Grundstücksanteil der regelmäßigen bilanziellen Abschreibung. Der bedeutendste Teil der Aufwendungen entfällt auf den Bereich der Straßen mit rd. 10,8 Mio. €.

### ■ Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund

Die Abschreibungen bei den Bauten auf fremden Grund und Boden wurden sowohl beim Stadion Oberwerth als auch bei den übrigen Sportstätten vorgenommen. Sie entsprechen den im Anlagespiegel aufgelisteten Beträgen. Des Weiteren wurden die von der Buga übernommenen Gartenanlagen fortgeschrieben.

### ■ Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler

Die Abschreibungen setzen sich aus den Abschreibungen für die Feste Franz, das Romanische Haus und das Fort Asterstein zusammen.

### ■ Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge u. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es handelt sich um einen kumulierten Betrag der sich wie folgt zusammensetzt:

Bilanzposition 1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	1.144.858,12 €
Bilanzposition 1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.392.138,74 €</u>
		<b>2.536.996,86 €</b>

Die Abschreibungen beider Bilanzpositionen haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rd. 230 T€ erhöht (1.2.7. + 130 T€, 1.2.8. + 100 T€).

Auf die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter werden weiter die Regelungen des § 35 (3) Satz 2 GemHVO angewandt, so dass solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam gebucht werden (Wahlrecht). Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiterhin planmäßig bis zum Zeitablauf abgeschrieben.



## ■ Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen

Die Insolvenz des Zweckverbandes „Tierkörperbeseitigung in RLP“ führte zu einer außerplanmäßigen Herabsetzung des Anteilswertes auf einen Erinnerungswert von 1,00 Euro. Zum Vorjahr verringerte sich der Aufwand in diesem Bereich um rd. 1,044 Mio. €, da durch die nachträgliche Erfassung der von der Buga-GmbH vorgenommenen Abschreibungen auf das von ihr geschaffene Vermögen ein außerordentlich hoher Einmaleffekt auftrat.

### 15. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten. Im Berichtsjahr sind, wie auch schon im Vorjahr, keine derartigen Abschreibungen angefallen.

### 16. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	1.967.284,85	1.564.705,57
Schuldendiensthilfen	77.569,01	65.581,70
Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dergleichen	23.306.222,86	16.536.516,90
Allgemeine Umlagen	5.168.629,36	6.111.484,48
	<b>30.519.706,08</b>	<b>24.278.288,65</b>

Während gegenüber dem Haushaltsansatz von 25.318.481 € rd. 1,040 Mio. € weniger verausgabt wurden, blieben die Aufwendungen insgesamt mit 6.241.417 € (- 20,45 %) deutlich unter dem Vorjahreswert.

## ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Hierunter werden sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse für die verbundenen Unternehmen, das Sondervermögen, die Eigenbetriebe sowie für den öffentlichen und privaten Bereich abgebildet. Gegenüber dem Voranschlag von 2.308.941 € konnten Einsparungen in Höhe von rd. 744 T€ realisiert werden.

Zum Vorjahr sanken die Aufwendungen saldiert um rd. 403 T€.

## ■ Schuldendiensthilfen

Die Schuldendienstleistungen betreffen ausschließlich den privaten Bereich. Da die Hilfen in der Regel vertraglich festliegen, bewegt sich der Aufwand mit 65.581,70 € im Rahmen des Ansatzes von 68.960 €.

### ■ Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dgl.

Hinter dieser Kostenart verbirgt sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage. Bei einem Ansatz von 16.829.300 € fielen tatsächliche Aufwendungen in Höhe von 16.536.517 € an; Minderaufwand mithin von 292.784 €. Im Vergleich zum Vorjahr (23.306.223 €) fiel die Umlage wegen der rückläufigen Gewerbesteuererträge (s. Ziffer 1 dieser Anlage) deutlich niedriger aus.

### ■ Allgemeine Umlagen

Die Allgemeinen Umlagen werden beherrscht durch die in die Finanzausgleichsmasse abzuführende Finanzausgleichsumlage mit einem Aufwand von 5.652.105 € und dem Finanzierungsanteil der Stadt Koblenz am Fond „Deutsche Einheit“ mit 455.008 €.

Während sich der Finanzierungsanteil am Fond „Deutsche Einheit“ gegenüber dem Vorjahr (rd. 487 T€) um 32 T€ ermäßigte, betrug der Anstieg der Finanzausgleichsumlage rund 974.553 €.

Saldiert erhöhten sich die Aufwendungen zum Vorjahr um rd. 943 T€ bzw. 18,3 %.

## 17. Aufwendungen der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Leistungen nach SGB II	19.106.003,06	19.296.737,44
Leistungen nach SGB XII	50.456.959,19	52.983.556,56
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII	286.055,71	245.372,46
Leistungen nach SGB VIII	13.145.855,25	14.216.141,58
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII	847.628,54	787.059,47
Sonstige Leistungen	5.777.906,02	6.863.396,25
Kostenbeteiligungen/-erstattungen für sonstige Leistungen	547.358,01	589.377,95
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Sicherung	26.226.809,34	27.409.474,66
	<b>116.394.575,12</b>	<b>122.391.116,37</b>

An Aufwendungen für die soziale Sicherung sah der Haushaltsplan 2014 bei der Kontengruppe 55 insgesamt Aufwendungen von 122.384.865 € vor. Mit dem vorstehend dargestellten Ergebnis ergab sich ein Anstieg von rd. 6 T€.

Insgesamt gesehen erhöhten sich die Aufwendungen für die soziale Sicherung zum Vorjahr um saldiert 5.996.541 € = 5,15 %. Kostensteigerungen waren insbesondere bei den Leistungen nach SGB XII mit 2.527 T€, den Leistungen nach SGB VIII mit 1.070 T€, den Sonstigen Leistungen mit 1.085 T€ und den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke der sozialen Sicherung mit 1.183 T€ festzustellen.



## ■ Leistungen nach SGB II

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Kosten der Unterkunft und Heizung	18.347.728,38	18.532.032,93
Einmalige Leistungen des kommunalen Trägers	256.597,34	345.397,96
Laufende Leistungen des kommunalen Trägers	336.104,77	285.448,69
Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden	165.572,57	133.857,86
	<b>19.106.003,06</b>	<b>19.296.737,44</b>

Für die Leistungen nach dem SGB II waren 19.213.000 € veranschlagt, so dass sich geringfügige Mehraufwendungen in Höhe von rd. 84 T€ ergaben. Mit diesem Ergebnis stiegen die Leistungen insgesamt um rd. 191 T€ = 1 % gegenüber dem Vorjahresergebnis an. Im Gegensatz dazu reduzierte sich die Anzahl der im Leistungsbezug befindlichen Bedarfsgemeinschaften und Leistungsbezieher unwesentlich. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften verringerte sich im Jahresdurchschnitt von 4.619 auf 4.605 und die der Leistungsbezieher von 8.955 auf 8.911.

## ■ Leistungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Leistungen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	2.141.291,00	1.980.087,92
Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	16.410.652,85	18.140.758,02
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	28.937.671,30	29.415.564,55
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	276.716,52	268.348,78
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	2.657.935,18	3.143.230,66
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	27.931,18	31.691,65
Sonstige Leistungen	4.761,16	3.874,98
	<b>50.456.959,19</b>	<b>52.983.556,56</b>

Für die Leistungen nach dem SGB XII sah der Haushaltsansatz für das Jahr 2014 insgesamt 53.361.000 € vor. Somit weist der Jahresabschluss eine Abweichung von rd. 377.443 € oder 0,7 % aus.

Zum Vorjahr ergab sich bei den Leistungen nach dem SGB XII eine Steigerung um rd. 2.526.597 € oder 5,0 %. Kostensteigerungen waren insbesondere bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe



von 1.730 T€, den Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe von 478 T€ sowie den Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe von 485 T€ festzustellen.

#### ■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Kostenbeteiligungen nach AGSGB XII an das Land	182.188,39	195.479,31
Kostenerstattung an andere Sozialhilfeträger	103.867,32	49.893,15
	<b>286.055,71</b>	<b>245.372,46</b>

Für die Aufwendungen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB XII waren im Haushalt 260.000 € veranschlagt; mithin ergeben sich Minderaufwendungen von rd. 14.628 € (rd. 5,6 %). Zum Vorjahr erhöhten sich die Kostenbeteiligungen nach dem AGSGB XII um rd. 13 T€, während sich die Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger um rd. 54 T€ reduzierten.

#### ■ Leistungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, <b>allgemein</b>	2.527.017,50	2.975.306,83
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, <b>Eingliederungshilfe</b>	586.546,30	470.806,00
Sonstige Leistungen außerhalb von Einrichtungen, <b>Eingliederungshilfe</b>	16.229,59	7.626,87
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>allgemein</b>	2.698.587,33	3.027.583,96
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>allgemein abrechnungsfähig</b>	412.244,91	551.677,67
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>Eingliederungshilfe</b>	172.142,84	275.411,51
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>Heimerziehung</b>	6.430.621,35	6.644.848,15
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>betreute Wohnform</b>	288.602,23	262.880,59
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>betreute Wohnform abrechnungsfähig</b>	13.863,20	0,00
	<b>13.145.855,25</b>	<b>14.216.141,58</b>

Die Aufwendungen für die Leistungen nach dem SGB VIII unterschritten den Haushaltsansatz von 14.501.000 € um rd. 284.858 € (rd. 2,0 %), wobei die größten Ab-



weichungen auf die Leistungen außerhalb von Einrichtungen – allgemein – (+ 230 T€), Leistungen innerhalb v. Einrichtungen – allgemein – (- 197 T€) und Leistungen innerhalb v. Einrichtungen - Heimerziehung – (- 303 T€) entfielen.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis stiegen die Leistungen nach dem SGB VIII um ca. 1.070 T€ (+ 8,1 %). Während bei den Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, allgemein, 448 T€, bei den Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein, 329 T€ und Leistungen innerhalb v. Einrichtungen, allgemein abrechnungsfähig, 139 T€, mehr verausgabt wurden, ergaben sich bei den Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, Eingliederungshilfe, Minderaufwendungen in Höhe von 116 T€.

Die Fallzahl- und auch die Kostenentwicklung im Bereich der erzieherischen Hilfen ist in den vergangenen Jahren stets Gegenstand von Diskussionen gewesen. Auch in 2014 sind die Fallzahlen in diesem Bereich erneut gestiegen.

Der Anstieg der Gesamtzahl der im Rahmen einer Erziehungs- oder Eingliederungshilfe betreuten jungen Menschen (+ 71) ist in 2014 insbesondere auf Zunahmen bei den Hilfearten „Sozialpädagogische Familienhilfe“ (+ 49) und „Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform“ (+ 28) zurückzuführen. Im Bereich der „Hilfe zur Erziehung“ ist ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu beobachten (-10).

Es ist jedoch auch zu erwähnen, dass allein 47 Heimunterbringungen im Verlauf des Jahres 2014 dem Produkt „Heimerziehung als Krisenintervention“ zugeordnet werden können und damit eine Verringerung gegenüber dem Jahr 2013 vorhanden ist.

\*Quelle: Jahresbericht 2014 des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales der Stadt Koblenz

### ■ Kostenbeteiligung und -erstattungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Kostenbeteiligungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	41.992,54	41.384,73
Kostenerstattungen nach SGB VIII – innerhalb von Einrichtungen	697.328,61	711.173,12
Kostenerstattungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	108.307,39	34.501,62
	<b>847.628,54</b>	<b>787.059,47</b>

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB VIII erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von rund 627 T€ um rd. 160 T€. Zum Vorjahresergebnis reduzierten sich die Kosten um rd. 61 T€ oder 7,1%, vornehmlich im Bereich der Kostenerstattungen außerhalb von Einrichtungen.



## ■ Sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Leistungen nach dem AsylbLG	3.017.346,52	4.138.810,08
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	1.486.482,53	1.466.676,34
Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz und Landespflegegeldgesetz	1.116.569,51	1.106.629,46
Sonstige	157.507,46	151.280,37
	<b>5.777.906,02</b>	<b>6.863.396,25</b>

Bei den Sonstigen Leistungen war zum Haushaltsansatz von 7.363.900 € eine deutliche Einsparung um rd. 501 T€ (6,8%) festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr ist allerdings ein deutlicher Anstieg in Höhe von 1.085.490 € (18,8 %) zu verzeichnen. Während die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz weiterhin einen rückläufigen Trend zu verzeichnen haben (- 20 T€; Vorjahr: - 29 T€; Vorvorjahr: - 123 T€) ist bei den Leistungen nach dem AsylbLG aufgrund der momentanen Entwicklung ein ansteigender Verlauf festzustellen (+ 1.120 T€, Vorjahr: + 1.259 T€).

## ■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	272.008,86	310.148,24
Vollzug des Betreuungsgesetzes	77.202,00	79.245,00
Sonstige	198.147,15	199.984,71
	<b>547.358,01</b>	<b>589.377,95</b>

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und –erstattungen für sonstige Leistungen entsprachen im Wesentlichen den Haushaltsplanansätzen. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ein Anstieg in Höhe von ca. 38 T€.

## ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung haben sich zum Vorjahr um rd. 1.183 T€ = 4,5 % von **26.226.809 €** auf **27.409.474 €** erhöht. Gegenüber dem veranschlagten Bedarf von **26.475.665 €** ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von ca. 934 T€.

Die Kostenart 559 beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Produkt 3311), von Kindern in Tageseinrichtungen (Produkt 3611), der Jugendarbeit (Produkt 3621) sowie von Sonstigen Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produkt 3631). Der Mehraufwand zum Vorjahr entfiel im Wesentlichen auf den Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und wird mit dem Anstieg der Ganztags- und Teilzeitplätze infolge des Rechtsanspruches für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres auf einen Platz seit dem 01.08.2013 begründet.



## 18. Sonstige laufende Aufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	738.058,57	793.876,14
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.757.741,12	8.448.509,91
Geschäftsaufwendungen	2.453.024,41	2.441.743,94
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.814.599,36	1.885.651,19
Verluste aus Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc.	3.402.752,72	3.655.451,16
Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen	4.963,67	50.527,86
Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.558.776,16	5.352.532,35
Sonstige Steueraufwendungen	151.050,88	180.392,71
Sonstige laufende Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit	21.087.448,09	707.884,83
	<b>39.968.414,98</b>	<b>23.516.570,09</b>

Die sonstigen laufenden Aufwendungen betragen 23.516.570,09 €; sie lagen damit geringfügig unter dem Haushaltsvoranschlag von 23.876.961 € um saldiert 360.391 €. Zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen insgesamt um 16.451.845 €, wobei insbesondere die Abweichungen im Bereich „Sonstige laufende Verwaltungstätigkeit“ mit - 20.380 T€ und den Aufwendungen bei Steuern vom Einkommen und Ertrag mit + 3.794 T€ erwähnenswert sind.

### ■ Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung	192.576,23	184.900,49
Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge	330.802,43	396.079,40
Aufwendungen für allgem. Betreuung von Bediensteten	42.877,87	39.404,09
Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	145.843,23	152.869,53
Sonstige Personalnebenaufwendungen	25.958,81	20.622,63
	<b>738.058,57</b>	<b>793.876,14</b>

Während gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 1.881.256 € eine Reduzierung in Höhe von ca. 1.087 T€ festzustellen ist, ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg der „Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen“. Während der Anstieg gegenüber dem **Vorjahr** von geringer Bedeutung ist, wurden die Haushaltsansätze für die Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen in allen Bereichen **deutlich** unterschritten.

## ■ Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.848.320,22	2.840.041,18
Leasing	22.179,03	36.372,78
Datenverarbeitung	4.033.481,06	4.217.642,62
Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	1.061.425,67	538.648,08
Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten	792.335,14	815.805,25
	<b>8.757.741,12</b>	<b>8.448.509,91</b>

Der Haushaltsansatz war mit 9.439.556 € abermals deutlich zu hoch bemessen. Die Einsparungen betrafen im Wesentlichen die Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen (- 122 T€) sowie die Datenverarbeitungskosten (- 426 T€), während für die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Kosten überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 53 T€ angefallen sind. Das Rechnungsprüfungsamt regt an, dass die Fachämter in diesen Bereichen zukünftig realistischere Planzahlen ansetzen.

Zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 309 T€ (3,53 %). Hervorzuheben sind die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen, mit einem Rückgang um 523 T€, während sich im Bereich der anderen Positionen lediglich kleinere Veränderungen ergaben. Hauptursache für die Reduzierung sind die nicht mehr angefallenen Aufwendungen für das Kostencontrolling hinsichtlich des Kulturbaus (2013: T€ 317) sowie gesunkenen Aufwendungen im Produkt 5111 „Räumliche Planung / Entwicklungsmaßnahmen“ (- 108 T€).

## ■ Geschäftsaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Büromaterial	491.425,81	481.551,85
Fachliteratur, Zeitschriften	199.089,85	197.698,40
Porto und Versandkosten	488.702,49	571.583,72
Fernmelde- und Rundfunkgebühren	312.919,38	350.433,74
Öffentliche Bekanntmachungen	161.934,93	264.947,90
Öffentlichkeitsarbeit	359.670,85	249.649,57
Bankgebühren	59.337,70	102.425,47
Transportkosten	209.753,79	52.163,42
Sonstiges	170.189,61	171.289,87
	<b>2.453.024,41</b>	<b>2.441.743,94</b>

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 2.768.222 € ergeben sich Minderaufwendungen von 326.478 €. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringfügiger Rückgang von 11.280 € = 0,5 % zu verzeichnen. Den Anstiegen im Bereich der Porto und Versandkosten (+ 83 T€) sowie Bankgebühren (+ 43 T€) stehen Minderaufwendungen im Bereich der Transportkosten gegenüber (- 158 T€).



## ■ Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Versicherungsbeiträge	1.592.210,26	1.599.372,01
Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	219.415,16	285.132,71
Sonstige	2.973,94	1.146,47
	<b>1.814.599,36</b>	<b>1.885.651,19</b>

Das Abschlussergebnis erhöhte sich durch den Anstieg der Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen um insgesamt 71.052 €. Der Haushaltsvoranschlag von 1.841.652 € wurde im Bereich der Versicherungsbeiträge um T€ 21 unter- und im Bereich der Beiträge um T€ 67 überschritten. Grund für den Anstieg bzw. die Überschreitung ist die Abrechnung der Künstlersozialabgabe für die Jahre 2013 und 2014. Um künftig solche Schwankungen zu vermeiden sollten zur periodengerechten Darstellung Rückstellungen gebildet werden.

## ■ Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens, Wertminderungen des Umlaufvermögens, Einstellungen in Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2.167.373,07	749.173,24
Wertberichtigungen zu Forderungen	1.235.379,65	1.675.942,80
Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten	0,00	1.230.335,12
	<b>3.402.752,72</b>	<b>3.655.451,16</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen weichen in einem erheblichen Maß von dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 714.300 € ab; zum Vorjahr erhöhten sie sich um rd. 253 T€.

Bei den Verlusten aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 749.173 € handelt es sich weitgehend um Verluste aus den Abgängen bei den Sachanlagen.

Die Zuführung zu den Einzelwertberichtigungen hat sich per Saldo um 139 T€ erhöht, während die Zuführung zur Pauschalwertberichtigung einen Anstieg in Höhe von 302 T€ zu verzeichnen hatte.

Die Einstellung in den Sonderposten betrifft den Gewinn aus dem Verkauf des Schwimmbades Weißer Gasse. Der gebildete Sonderposten wird zur Nutzung zukünftiger Jahresverluste verwendet.



## ■ Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer Koblenz Touristik	0,00	4.300.000,00
Kapitalertragssteuer für Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz	1.487.550,00	996.975,00
Kapitalertragssteuer Wirtschaftsförderungsgesellschaft	71.212,50	55.387,50
Sonstige	13,66	169,85
	<b>1.558.776,16</b>	<b>5.352.532,35</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen erhöhten sich sowohl gegenüber dem Haushaltsansatz (4.094 T€) als auch gegenüber dem Vorjahresergebnis (3.794 T€).

Aufgrund der Betriebsprüfung durch das Finanzamt sind für den Eigenbetrieb Touristik Körperschaftsteuer in Höhe von 4,1 Mio. € und Kapitalertragsteuer in Höhe von 0,2 Mio. € abzuführen.

Für die Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz an den Kernhaushalt ist Kapitalertragssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag abzuführen. Der Aufwand hierfür betrug 997 T€.

## ■ Sonstige Steueraufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Grundsteuer	139.224,62	168.398,47
Kraftfahrzeugsteuer	11.826,26	11.994,24
	<b>151.050,88</b>	<b>180.392,71</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen verringerten sich zum Haushaltsansatz um rd. 49 T€; zum Vorjahresergebnis ist ein Anstieg um rd. 29 T€ zu verzeichnen, der auf einen Mehraufwand bei der Grundsteuer zurückzuführen ist.

## ■ Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zuwendungen an Fraktionen	317.729,49	403.767,15
Verfüungsmittel	3.437,75	8.543,84
Repräsentationen	14.252,35	9.491,36
Aufwendungen für Schadensfälle	400,00	100,00
Sonstige	20.751.628,50	285.982,48
	<b>21.087.448,09</b>	<b>707.884,83</b>

Die Aufwendungen der Kostenart 569 haben sich zum Ansatz um 5.034 T€ reduziert. Gegenüber dem Vorjahr war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen (- 20.380 T€). Die im Vorjahr gebuchten Aufwendungen bzgl. des Schulbausanierungsvertrages in Höhe von 7.048 T€ sowie die Korrekturbuchungen zur Änderung der Eröffnungsbilanz



lanz in Höhe von ca. T€ 11.500 sind im Berichtsjahr nicht mehr angefallen und begründen somit im Wesentlichen den Rückgang in diesem Bereich.

<b>19. Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 18)</b>	<b>346.805.646,01 €</b>	<b>337.677.310,20 €</b>
--	-------------------------	-------------------------

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 355.144.811 € um saldiert 17.467.501 € auf 337.677.310 € reduziert.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 346.805.646 € haben sich die Gesamtaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit um saldiert 9.128.336 € = 2,6 % verringert, wobei die vorstehend erläuterten Minderaufwendungen im Wesentlichen durch die nicht mehr angefallenen Einmaleffekte des Vorjahres im Bereich der periodenfremden Aufwendungen bedingt sind. Weitere Reduzierungen ergaben sich bei den Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen mit 6.241 T€, während sich bei allen anderen Aufwandsarten Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr einstellten. Die Anstiege im Bereich der Aufwendungen der sozialen Sicherung mit 5.997 T€, der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 3.266 T€ sowie der Personalaufwendungen mit 2.533 T€ sind hier als wesentliche Positionen zu nennen.

<b>20. Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo 10 und 19)</b>	<b>14.409.031,36 €</b>	<b>-5.509.579,92 €</b>
--	------------------------	------------------------

Die Zeile 20 der Ergebnisrechnung stellt durch Saldierung der Zeilen 10 und 19 das laufende Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit der Kommune dar. Für das Jahr 2014 wird ein **Fehlbetrag** von 5.509.579,92 € ausgewiesen (Haushaltsansatz: Fehlbetrag in Höhe von 40.002.300 €). Insofern ist gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung von 34.492.720 € festzustellen.

<b>21. Zins- und sonstige Finanzerträge</b>
---

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zinserträge für Kredite	122.377,63	98.687,18
Zinsen aus Stundungen und Verrentungen	3.126,59	4.185,71
Erträge aus verbundenen Unternehmen	9.850.051,80	6.650.643,99
Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts	105.544,56	117.785,68
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.901.353,20	1.858.112,46
	<b>13.982.453,78</b>	<b>8.729.415,02</b>



### ■ Zinserträge für Kredite

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinserträge für Kredite von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, von Banken, von Sparkassen sowie vom sonstigen Bereich.

### ■ Erträge aus verbundenen Unternehmen

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus verbundenen Unternehmen vor allem aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 6.300.000,00 € und der Aufbaugesellschaft von 350.000,00 €.

### ■ Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts

Diese Position erfasst die Erträge aus den nicht rechtsfähigen Stiftungen.

### ■ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund von Nachveranlagungen inklusive Zinsen nach § 233 a AO (1.415.835,25 €), Avalprovisionen (60.077,49 €), Zinserträgen aus Derivaten für Investitionen (42.474,40 €), Aussetzungszinsen (43.391,40 €) sowie Zinserträgen aus Derivaten zur Liquiditätssicherung (259.756,31 €).

## 22. Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zinsaufwendungen an Sondervermögen	55.946,19	70.155,61
Zinsaufwendungen a. d. öffentl. Bereich	466.320,69	111,22
Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt	11.279.342,07	10.769.967,67
Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt	866.419,55	986.346,50
Sonstige Zinsen Finanzaufwendungen	2.701.742,92	3.623.468,24
	<b>15.369.771,42</b>	<b>15.450.049,24</b>

Der Zins- und Finanzaufwand hat sich zum Vorjahr um 80.278 € = 0,5 % erhöht.

### ■ Zinsaufwendungen an Sondervermögen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.451,68	3.585,87
Grünflächen- und Bestattungswesen	3.563,65	5.880,52
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	2.508,04	0,00
Koblenz-Touristik	0,00	0,00
Stadtentwässerung	47.296,49	60.569,99
Jagdgenossenschaft	126,33	119,23
Koblenzer Wohnbau	0,00	0,00
	<b>55.946,19</b>	<b>70.155,61</b>



Die Zinsgutschriften für Guthaben der Eigenbetriebe und der Jagdgenossenschaft auf dem Konto 240 der Stadtkasse haben sich im Berichtsjahr um rd. 14 T€ erhöht, wobei der Bereich Stadtentwässerung (+ 13 T€) hervorzuheben ist.

#### ■ Zinsaufwendungen an den öffentlichen Bereich

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Land Rheinland-Pfalz	466.320,69	96,82
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	0,00	14,40
	<b>466.320,69</b>	<b>111,22</b>

Für die Baumaßnahmen Kurt-Schumacher-Brücke, den Ausbau der B9 und die Auf-  
fahrt Mainzer Straße waren im Vorjahr aufgrund von Überzahlungen seitens des  
Landes für die jeweilige Baumaßnahme Zinsen zu bezahlen.

#### ■ Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zinsen für langfristige Darlehen	11.122.870,19	10.595.939,93
Zinsen für Liquiditätskredite	156.471,88	174.027,74
	<b>11.279.342,07</b>	<b>10.769.967,67</b>

Die Reduzierung bei den Zinsen für langfristige Darlehen (- 527 T€) ergibt sich im  
Wesentlichen aus dem Rückgang von Zinsbelastungen aufgrund von Darlehensum-  
schuldungen (günstigeres Zinsniveau). Gleichzeitig stiegen die Zinsen im kurzfristi-  
gen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung um rd. 17 T€. Grund hierfür ist die  
unterjährig höhere Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten.

Zum Haushaltsvoranschlag von rd. 11.939 T€ konnten durch das nach wie vor sehr  
niedrige Zinsniveau mit 1.169 T€ = 9,8 % Einsparungen erzielt werden.

#### ■ Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Zinsen an Versicherungsunternehmen	488.341,64	970.042,33
Sonstige	378.077,91	16.304,17
	<b>866.419,55</b>	<b>986.346,50</b>

Zinsen für langfristige Darlehen gegenüber Versicherungsunternehmen sowie Zinsen  
gegenüber dem Bundeswehr-Dienstleistungszentrum.

#### ■ Sonstige Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2013 EUR	2014 EUR
Aus der Verzinsung sonstiger Steuer- nachforderungen	443.475,00	913.523,00
Sonstige wie Derivate für Investitionen und Liquidität	2.258.267,92	2.709.945,24
	<b>2.701.742,92</b>	<b>3.623.468,24</b>



Bei der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen handelt es sich um Erstattungszinsen nach § 233 a AO, die in der Regel bei Änderung des Gewerbesteuerbescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen fällig werden. Das Gros des Zinsaufwandes konzentriert sich auf diverse Steuerpflichtige, denen im Einzelfall bis zu 170 T€ erstattet wurden.

<b>23. Finanzergebnis (Saldo aus 21 und 22)</b>	<b>- 1.387.317,64 €</b>	<b>- 6.720.634,22 €</b>
---	-------------------------	-------------------------

Der Betrag von – 6.720.634,22 € spiegelt den Saldo zwischen den Finanzerträgen der Spalte 21 sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Spalte 22 wider. Während im Vorjahr ein Fehlbetrag von rd. 1.387 T€ hingenommen werden musste, weist das Ergebnis 2014 einen deutlich höheren Fehlbetrag von 6.721 T€ aus. Die Ergebnisverschlechterung beträgt mithin 5.333 T€ und ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Ausschüttungserträge durch die Stadtwerke (- 3.100 T€) und der früheren Aufbaugesellschaft (- 100 T€) zurückzuführen.

<b>24. Ordentliches Ergebnis (Summe 20 und 23)</b>	<b>13.021.713,72 €</b>	<b>-12.230.214,14 €</b>
--	------------------------	-------------------------

Das ordentliche Jahresergebnis wird aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Zeile 20) sowie dem Finanzergebnis (Zeile 23) gebildet und beläuft sich auf – 12.230.214,14 €. Zum Vorjahr eine Verschlechterung von rd. 25,25 Mio.€.

<b>25. Außerordentliche Erträge</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>
<b>26. Außerordentliche Aufwendungen</b>	<b>11.484,41 €</b>	<b>59.452,06 €</b>
<b>27. Außerordentliche Ergebnis</b>	<b>11.484,41 €</b>	<b>59.452,06 €</b>

Als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen werden solche Geschäftsvorfälle definiert, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einer Kommune liegen. Nachdem im Vorjahr beim „Außerordentlichen Ergebnis“ in Zeile 27 außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 11.484,41 € beim Produkt 5117 „Stadtentwicklung BUGA 2011“ verbucht wurden, ergaben sich in 2014 für den gleichen Sachverhalt wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 59.452,06 €.

Die außerordentlichen Aufwendungen beziehen sich vollständig auf die Reduzierung von Forderungen aufgrund des Rückerstattungsanspruches an die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH.

<b>28. Jahresergebnis (Summe 24 und 27)</b>	<b>13.010.229,31 €</b>	<b>-12.289.666,20 €</b>
---	------------------------	-------------------------

Das Jahresergebnis ergibt sich in kreisfreien Städten aus der Summe des ordentlichen (Zeile 24) und des außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 27). Das Jahresergebnis ist die entscheidende Größe für die Veränderung des Eigenkapitals, da hierin sämtlicher Werteverlust oder -zuwachs eines Haushaltsjahres abgebildet ist. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine **Verschlechterung** in Höhe von **25.299.895,51 €**. Zum Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag mit einem Fehlbetrag von 47.134.792 € beträgt die Verbesserung 34.845.126 €.





# Anlage 12    Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

---

## Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Koblenz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 477).

Die Stadt Koblenz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft. Sie verwaltet ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes RLP.

Das Stadtgebiet gliedert sich in folgende Stadtbezirke:

- Altstadt
- Mitte
- Süd
- Oberwerth
- Karthause Nord
- Karthäuserhofgelände
- Karthause Flugfeld
- Goldgrube
- Rauental
- Moselweiß
- Stolzenfels
- Lay
- Lützel
- Metternich
- Neuendorf
- Wallersheim
- Kesselheim
- Güls
- Rübenach
- Bubenheim
- Ehrenbreitstein
- Niederberg
- Asterstein
- Pfaffendorf
- Pfaffendorfer Höhe
- Horchheim
- Horchheimer Höhe
- Arzheim
- Arenberg
- Immendorf

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz. Daneben gibt es in 2014 noch folgende weitere Verwaltungssitze:

- Hochhaus am Bahnhof, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz
- Ordnungsamt, Ludwig-Erhard-Straße 2, 56073 Koblenz
- Amt für Brand- u. Katastrophenschutz, Schlachthofstraße 2-12, 56073 Koblenz
- Schängel-Center, Rathauspassage 2, 56068 Koblenz
- Musikschule, Volkshochschule und KSI Hoevelstraße 6, 56073 Koblenz
- Stadtarchiv, Burgstraße 1, 56068 Koblenz
- Stadtbibliothek und Mittelrhein Museen, Zentralplatz 1, ab (01.06.2013)
- Ludwig Museum, Danziger Freiheit, 56068 Koblenz
- Stadttheater, Clemensstr. 1-5, 56068 Koblenz



Gemäß § 25 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) hat der Rat der Stadt Koblenz am 12. Juni 1974 die Hauptsatzung der Stadt Koblenz beschlossen. Die Fassung dieser Satzung wurde ergänzt durch die Satzung vom 19.07.1977 und zuletzt am 12.02.2016 geändert.

## Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen durch die Wahl des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Ortsbeiräte sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 17 a GemO) an der Verwaltung der Stadt teil. Organe der Stadt Koblenz sind nach § 28 GemO der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister ist Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig.

Die nach § 29 Abs. 1 GemO in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) für Städte/ Gemeinden/Verbandsgemeinden mit mehr als 100.000 bis 150.000 Einwohnern 56. Diese verteilen sich zum Stand 25.09.2014 wie folgt auf Parteien und Wählergruppen:

CDU	21 Sitze
SPD	14 Sitze
Grüne	8 Sitze
BIZ	3 Sitze
FDP	2 Sitze
FBG	3 Sitze
Die Linke	2 Sitze
AFD	2 Sitze
Fraktionslos	1 Sitz

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrates zum 25.09.2014 sind:

Ratsmitglieder:

- Anna-Maria Schumann-Dreyer
- Detlev Pilger
- Monika Artz
- Hermann-Josef Schmidt
- Peter Balmes
- Thorsten Schneider
- Andreas Biebricher
- Anita Weis
- Leo Biewer
- Andrea Mehlbreuer
- Herbert Bocklet
- Hans-Peter Ackermann
- Eitel Bohn
- Uwe Diederichs-Seidel
- Vito Contento
- Sylvia Enger
- Manfred Diehl
- Julia Schmenk
- Herbert Dott
- Catharina Weichert
- Edith Hoernchen
- Nils Wiechmann
- Rudolf Kalenberg
- Patrick Zwiernik
- Ernst Knopp
- Angela Keul-Göbel
- Julia Maria Kübler
- Dr. Michael Gross
- Stephan Otto
- Stephan Wefelscheid



- Claudia Probst
- Thomas Roos
- Karl-Heinz Rosenbaum
- Monika Sauer
- Martina von Berg
- Jens Wehran
- Marion Lipinski-Naumann
- Christian Altmaier
- Manfred Bastian
- Heribert Heinrich
- Ute Hentschel
- Ursula Hühnerfeld
- Thomas Kirsch
- Gerhard Lehmkühler
- Marion Mühlbauer
- Fritz Naumann
- Manfred Gniffke
- Walter Baum
- Josef Wilbert
- Sabine Veidt
- Gabriele Hofmann
- Herbert Mertin
- Torsten Schupp
- Stefan Scheer
- Florian Arndt
- Franz-Josef Möhlich

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf die (Ober-)Bürgermeisterin / den (Ober-)Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 32 Abs. 2 GemO RLP aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung der Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für allgemeine Bau- u. Liegenschaftsverwaltung
- Ausschuss für Bauleitpläne
- Ausschuss für Demographie und integrierte Stadtentwicklung
- Ausschuss für Hochschulfragen
- Bauherrenausschuss „Zentralplatz und Forum Mittelrhein“
- BUGA-Ausschuss
- Fachausschuss Frauen
- Fachbereichsausschuss IV
- Forstausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Kulturausschuss
- Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulträgerausschuss
- Sozialausschuss
- Sport- und Bädereusschuss
- Stadtrechtsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Umweltausschuss
- Werkausschuss „Grünflächen und Bestattungswesen“
- Werkausschuss „Koblenz Touristik“
- Werkausschuss „Koblenzer Entsorgungsbetrieb“
- Werkausschuss „Kommunales Gebietsrechenzentrum“
- Werkausschuss „Stadtentwässerung“
- Widerspruchsausschuss in Angelegenheiten d. Kriegsofferfürsorge
- Widerspruchsausschuss in Angelegenheiten der Sozialhilfe
- Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung sowie die Geschäftsführung der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl auf die Dauer von acht Jahren gewählt. Er leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen.



## Bezüge der Organe

Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder:	250 €
Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitzende:	250 €
Sitzungsgeld je Sitzung	25 €
Aufwandsentschädigung Vorsitz d. Ausländerbeirats:	250 €
Aufwandsentschädigung des Behindertenbeauftragten:	250 €

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31.12.2014 waren bei der Stadt Koblenz beschäftigt:

Beamte	448
Angestellte / Beschäftigte	1.170
Mitarbeiter/innen insgesamt	1.618
Bedienstete im Vorbereitungsdienst	23
Auszubildende	58
Auszubildende insgesamt	81

## Steuerliche Verhältnisse

### Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

Eine zum Bilanzstichtag bestehende Rückstellung in Höhe von 100.000 € resultiert aus einer nach Prüfung durch das Finanzamt festgestellten Steuernachforderung beim BgA Stadion Oberwerth.

### Umsatzsteuer

Die Stadt Koblenz ist gem. § 18 Abs. 1 u. 2 UStG verpflichtet, Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, sofern erforderlich, gem. § 39 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO rückgestellt.

## Wirtschaftliche Grundlagen

### 1. Allgemeine Angaben

Stadt:	Koblenz
Einwohnerzahl der Stadt:	110.677
Oberbürgermeister:	Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Anschrift der Stadtverwaltung:	Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz



## 2. Stadtgebiet

Größe des Stadtgebietes 10.512,9 ha

### Stadtgebiet nach Ortsteilen:

• Koblenz:	2.535,2 ha
• Moselweiß:	313,2 ha
• Lay:	249,5 ha
• Bisholder:	23,7 ha
• Güls:	795,4 ha
• Rübenach:	1.295,9 ha
• Metternich:	479,7 ha
• Bubenheim:	316,0 ha
• Kesselheim:	483,7 ha
• Wallersheim:	262,1 ha
• Neuendorf:	546,4 ha
• Neudorf:	33,1 ha
• Niederberg:	208,5 ha
• Immendorf:	252,9 ha
• Arenberg:	646,7 ha
• Ehrenbreitstein:	161,1 ha
• Arzheim:	486,8 ha
• Pfaffendorf:	402,9 ha
• Horchheim:	769,7 ha
• Stolzenfels:	250,3 ha

### Stadtgebiet nach Nutzungsart:

• Gebäude- und Freifläche:	19,7 %
• Betriebsfläche:	1,1 %
• Erholungsfläche:	4,9 %
• Verkehrsfläche:	10,5 %
• Landw. genutzte Fläche:	23,6 %
• Waldfläche:	33,7 %
• Wasserfläche:	5,2 %
• Sonstige Flächen:	1,2 %

## 3. Bevölkerungsstruktur

Einwohner mit Hauptwohnsitz:	110.677 Einwohner, davon 53.498 männlich (48,3 %) 57.179 weiblich (51,7 %)
------------------------------	--

Einwohnerentwicklung:	Lebendgeborene	1.010
	Sterbefälle	1.310
	Geburten-/Sterbesaldo	- 310
	Zuzüge	9.176
	Fortzüge	8.111
	Gesamtgewinn/-verlust	+ 765

Einwohnerstruktur:	< 18 Jahre	14,5 %
	18 bis 35 Jahre	24,9 %
	35 bis 65 Jahre	39,1 %
	> 65 Jahre	21,6 %
	ledig	43,8 %
	verheiratet	40,6 %
	geschieden	8,5 %
	verwitwet	7,1 %



## 4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: 69.164

Aufteilung Arbeitsmarkt:	Land- und Forstwirtschaft	106
	Produzierendes Gewerbe	10.504
	Handel und Verkehr	14.135
	Dienstleistungsbereich	44.419
Berufspendler:	Berufseinpender	46.030
	Berufsauspendler	14.127
Gewerbeentwicklung:	Anmeldungen	1.268
	Abmeldungen	1.186
	Insolvenzen	183
Grundsteuer	Hebesatz Grundsteuer A: 340 v. H.	
	Hebesatz Grundsteuer B: 420 v. H.	
Gewerbsteuer (Hebesatz):	410 v. H.	

## 5. Beteiligungen

Beteiligungsstruktur der Stadt (Vermögenswerte zum 31.12.2014)

### ■ Verbundene Unternehmen

Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0 %	151.522.310,89 €
Aufbaugesellschaft Koblenz mbH	100,0 %	3.178.088,00 €
Koblenzer Wohnbau GmbH	100,0 %	20.050.439,20 €
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0 %	51.276,19 €
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	66,6 %	16.650,00 €

### ■ Beteiligungen

Gemeinschaftsklinikum Kemperh.-St.-Elisab.	50,00 %	5.120.000,00 €
TechnologieZentrum Koblenz GmbH	32,54 %	247.001,35 €
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	11,11 %	3.067,76 €
Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00 €
EK02 GmbH	k.A.	11.264,40 €

### ■ Eigenbetriebe

Eigenbetrieb 17: Kommunales Gebietsrechenzentrum	1.161.786,75 €
Eigenbetrieb 67: Grünflächen- & Bestattungswesen	568.789,46 €
Eigenbetrieb 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30 €
Eigenbetrieb 83: Koblenz-Touristik	28.510.108,89 €
Eigenbetrieb 85: Stadtentwässerung	74.476.962,24 €



## Anlage 13 Kennzahlenberechnung

<b>Aufwandsdeckungsgrad</b>	=	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Eigenkapitalquote 1</b>	=	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Eigenkapitalquote 2</b>	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Verschuldungsgrad</b>	=	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{wirtschaftliches Eigenkapital}}$
<b>Fehlbetragsquote</b>	=	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times -100}{(\text{Kapital- u. sonst. Rücklage} + \text{Ergebnisvortrag})}$
<b>Anlagevermögensintensität</b>	=	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Infrastrukturquote</b>	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Abschreibungsintensität</b>	=	$\frac{\text{Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Investitionsquote</b>	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen}}$
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$
<b>Liquidität 2. Grades</b>	=	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen} \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$
<b>Kurzfristige Verbindlichkeitsquote</b>	=	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Zinslastquote</b>	=	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Steuerquote</b>	=	$\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
<b>Zuwendungsquote</b>	=	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
<b>Personalintensität</b>	=	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Sach- u. Dienstleistungsintensität</b>	=	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Transferaufwandsquote</b>	=	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$





# Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz

---

Hausanschrift: Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz  
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz  
Telefon: 0261 / 129-1452  
Fax.: 0261 / 129-1450  
Email: [rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de](mailto:rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de)